

Mitgliederzeitschrift für die Bediensteten des Justizvollzugs

Der VOLLZUGSDIENST

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands



dbb
beamtenbund
und tarifunion



4+5|2024

71. Jahrgang



**BSBD Vorsitzender
René Müller im Interview**

**„Beschäftigte im Strafvollzug müssen
Allroundtalente sein“**



STUV ACADEMY

Absolvieren Sie in der neuen STUV ACADEMY das Grundseminar **Schlossbeauftragte/r** und das Aufbauseminar **Fachkraft für Schlosstechnik**.

Aktuelle Termine finden Sie online:



Mitglied im
 dbb beamtenbund und tarifunion
 Europäische Union der
 Unabhängigen Gewerkschaften
 (CESI)



Bundvorsitzender	René Müller	rene.mueller@bsbd-bund.de www.bsbd.de
Stellv. Bundvorsitzender	Horst Butschinek	horst.butschinek@bsbd-bund.de
Stellv. Bundvorsitzender	Sönke Patzer	soenke.patzer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundvorsitzender	Alexander Sammer	alexander.sammer@bsbd-bund.de
Stellv. Bundvorsitzende	Dörthe Kleemann	doerthe.kleemann@bsbd-bund.de
Stellv. Bundvorsitzender		
Schriftleitung	Martin Kalt	martin.kalt@bsbd-bund.de
Geschäftsstelle:	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Waldweg 50 · 21717 Deinste · post@bsbd.de	

Landesverbände	Vorsitzende	
Baden-Württemberg	Michael Schwarz	bsbdschwarz@web.de www.bsbd-bw.de
Bayern	Alexander Sammer	post@jvb-bayern.de www.jvb-bayern.de
Berlin	Thomas Goiny	mail@bsbd-berlin.de www.bsbd-berlin.de
Brandenburg	Dörthe Kleemann	geschaeftsstelle@bsbd-brb.de www.bsbd-brb.de
Bremen	Sven Stritzel	sven.stritzel@jva.bremen.de
Hamburg	René Müller	rene.mueller@lvhs-hamburg.de www.lvhs-hamburg.de
Hessen	Wilma Volkenand	vorsitzende@bsbd-hessen.de www.bsbd-hessen.de
Mecklenburg-Vorpommern	Matthias Nicolay	mpaape@onlinehome.de www.bsbd-mv.de
Niedersachsen	Oliver Mageney	oliver.mageney@vnsb.de www.vnsb.de
Nordrhein-Westfalen	Horst Butschinek	info@bsbd-nrw.de www.bsbd-nrw.de
Rheinland-Pfalz	Mark Schallmo Stefan Wagner	mail@bsbd-rlp.de www.bsbd-rlp.de
Saarland	Markus Wollscheid	M.Wollscheid@justiz.saarland.de
Sachsen	Thomas Porr	thomas.porr@bsbd-sachsen.de www.bsbd-sachsen.de
Sachsen-Anhalt	Mario Pinkert	mario.pinkert@bsbd-lsa.de www.bsbd-lsa.de
Schleswig-Holstein	Michael Hinrichsen	hinrichsen@bsbd-sh.de www.bsbdsh.de
Thüringen	Ronny Rüdiger	post@bsbd-thueringen.de www.bsbd-thueringen.de

BUNDESHAUPTVORSTAND

Interview mit René Müller	4
Sicherheitspaket und die Rolle des Justizvollzugs	6
Übergriffe auf Justizvollzugsbeamte	6
Mehr Personal ist der Schlüssel	8
Viel mehr als Schließen	9
Einführung der Pflegezulage	12
Tarifabschluss und Tarifpolitik im Mittelpunkt	13
Seniorenarbeit im BSBD Hessen	14
Bundesseniorenausschuss tagte	14
Rätselspaß	15
Lösungen aus 3/2024	16

LANDESVERBÄNDE

Baden-Württemberg	18
Bayern	27
Berlin	31
Brandenburg	36
Hamburg	38
Hessen	46
Mecklenburg-Vorpommern	57
Nordrhein-Westfalen	59



Einweihung der neuen Sozialtherapeutischen Abteilung der JVA Bielfeld-Brackwede

Rheinland-Pfalz	70
Saarland	77
Sachsen	83
Sachsen-Anhalt	87
Schleswig-Holstein	90
Thüringen	97
Impressum	46



REDAKTIONSSCHLUSS

Ausgabe 6: ▶▶▶ 25. Oktober 2024



ERSCHEINUNGSTERMIN

Ausgabe 6: ▶▶▶ 3. Dezember 2024

„Beschäftigte im Strafvollzug müssen Allroundtalente sein“

BSBD Vorsitzender René Müller im Interview

Die Aufgaben in den Gefängnissen wachsen – auch im Umgang mit politischen Extremisten. Bedienstete sind stark gefordert, werden aber immer noch „Schließer“ genannt.

Herr Müller, nach dem Anschlag von Solingen ist viel über den Umgang mit islamistischen Straftätern diskutiert worden. Welche Erfahrungen machen Sie da in den Haftanstalten?

Wir warnen, als BSBD, schon seit Jahren, dass sich Islamismus auch in den Haftanstalten breit macht und wir dem den Boden entziehen müssen. In den Haftanstalten sitzen ja viele labile Personen ein, die gegebenenfalls sehr empfänglich sind für die Agitation von Extremisten.

Das heißt auch in den Gefängnissen können sich Leute radikalieren?

Es lässt sich nicht verhindern, dass es Insassen gibt, die andere Inhaftierte aus ihrem Kulturkreis um sich scharen und dabei auch für extremistische Ziele zu gewinnen versuchen. Welche Auswirkungen das letztlich hat, sehen wir erst, wenn Gefangene entlassen worden sind. Da gibt es leider immer wieder Beispiele von Personen, die in Europa in Haft gesessen haben und deren Resozialisierung offenkundig nicht erfolgreich war.

Und man kann nichts dagegen tun?

Der reguläre Strafvollzug ist mit dieser Situation überfordert. Deswegen plädieren wir als BSBD schon lange dafür, Extremisten nicht im normalen Strafvollzug unterzubringen, sondern in eigenen Haftanstalten des Bundes.

Was wäre denn der Vorteil derartiger Bundeshaftanstalten?

Man kann dort diejenigen, die als Extremisten straffällig geworden sind, intensiver beobachten. Unsere Erfahrung ist, dass es in den Reihen der extremistischen Straftäter etliche gibt, die an ihrer Resozialisierung überhaupt nicht mitarbeiten wollen. Hier zielen unsere Programme ins Leere, und wir müssen überlegen, ob wir dafür über-



René Müller, BSBD-Bundesvorsitzender

haupt noch Mittel bereitstellen sollten.

Andererseits gibt es extremistische Straftäter, die erkennbar sozialisierungswillig und vielleicht sogar zum Umdenken bereit sind. Mit diesen müsste man besonders intensiv arbeiten. Mit den Ressourcen, die wir in den Haftanstalten der Länder haben, gelingt uns dies aber nicht. Zentrale Haftanstalten, die dann auf solche Probleme spezialisiert wären, könnten dies viel besser leisten.

Aber Sie stoßen mit Ihrem Vorschlag nicht gerade auf offene Ohren?

So ist es. Wir haben Gespräche mit der Staatssekretärin im Bundesinnenministerium geführt, dabei aber wenig Gegenliebe für unsere Idee gefunden.

Also bleibt alles beim Alten?

Das halte ich für falsch. Es zeigt sich immer wieder, dass der politische Extremismus ein zentrales Problem ist. Der Ruf nach mehr Sicherheit wird immer dann laut, wenn etwas passiert ist, wie zuletzt dieser schlimme Anschlag in Solingen. Aber in diesen ganzen Debatten spielt der Justizvollzug so gut wie keine Rolle. Dabei liegt es doch auf der Hand: Wir haben es im Strafvollzug auch mit Extremisten zu tun, die nach Verbüßung ihrer Haft entlassen werden. Ist es nicht gelungen, sie zu resozialisieren, dann können

sie eine große Gefahr für die Öffentlichkeit darstellen. Es spricht also alles dafür, neue Wege zu gehen. Mit Blick auf den Strafvollzug komme ich mir manchmal vor wie auf der Titanic. Solange die Kapelle spielt, also der Laden halbwegs läuft, geht man davon aus, dass alles in Ordnung ist. Dabei ist das Schiff längst im Sinken begriffen.

Soll heißen: Der Strafvollzug wird mit immer neuen Aufgaben belastet, die er gar nicht mehr stemmen kann. Auch als Folge einer erhöhten Zuwanderung?

Allein dadurch, dass seit vielen Jahren mehr Menschen nach Deutschland kommen, steigt auch der Druck in den Haftanstalten. Mehr Menschen – das bedeutet zwangsläufig mehr Straftäter, also mehr Inhaftierte.

Es gibt doch aber nicht nur ein quantitatives Problem?

Das stimmt. Wenn Menschen in Haft der deutschen Sprache nicht mächtig sind, also eine vernünftige Unterhaltung mit ihnen nicht möglich ist, dann tendiert der Resozialisierungsansatz gegen Null. Wir haben es vielfach mit Menschen aus anderen Kulturkreisen zu tun, die ein anderes Frauenbild haben, ein anderes Verständnis vom Staat, die mit unserem Verständnis von Recht und Demokratie wenig anfangen können, die vielleicht traumatisiert sind. Es sind immer mehr Menschen mit psychischen Auffälligkeiten in den Haftanstalten. Nicht selten natürlich auch aus Staaten, wo Krieg herrscht. Das alles stellt unsere Vollzugsbeamtinnen und -beamten vor große Herausforderungen. Sie sind Ansprechpartner, Wachmann, Sozialarbeiter, in gewisser Weise auch Psychologe und Pädagoge, oft auch Handwerker und Lehrmeister. Kurz gesagt: Beschäftigte im Strafvollzug müssen Allroundtalente sein.



Das passt gar nicht zur gängigen Vorstellung des Wachmanns, der vor allem die Zellentüren auf- und zuschließt ...

Tatsächlich gibt es noch immer die Vorstellung, dass der Strafvollzugsbeamte vor allem der Schließer ist. Zellentür auf, Essen rein, Zellentür zu – das war's. Doch davon sind wir seit Jahrzehnten weit, weit entfernt. Und wenn Medien – wie unlängst die „Bild-Zeitung“ – immer noch vom Gefängniswärter oder Schließer sprechen, dann wird das in keiner Weise der Arbeit unserer Strafvollzugsbeamten gerecht. Es ist despektierlich, die Arbeit der Kolleginnen und Kollegen auf eine einzige Tätigkeit zu reduzieren.

Sie haben hingewiesen auf die unterschiedlichsten Qualifikationen, die es im Vollzugsdienst braucht. Wird die Ausbildung der Bediensteten den Anforderungen gerecht?

Wir haben normalerweise eine zweijährige Ausbildung für den Justizvollzug, da lässt sich schon viel vermitteln. In einigen Bundesländern, beispielsweise in Rheinland-Pfalz, wurde die Ausbildungszeit zuletzt auf anderthalb Jahre reduziert. Als BSBD schauen wir da sehr kritisch drauf. Hier zeigt sich die ganze Not des Strafvollzugs: Angesichts des immer größer werdenden Aufgabenspektrums müssten wir die Ausbildung und auch die Fortbildung unserer Bediensteten eigentlich massiv ausweiten. Andererseits haben wir große Personalnot, brauchen neue Leute möglichst schnell und können es uns kaum erlauben, Bedienstete zur Fortbildung zu schicken, weil sie ja dann in den Haftanstalten fehlen.

Wo gibt es den größten Handlungsbedarf?

Ich habe schon erwähnt, dass immer mehr Menschen mit psychischen Auffälligkeiten im regulären Strafvollzug landen. Für den Umgang mit diesen Menschen sind unsere Bediensteten in der Regel nicht gut genug geschult. Hier muss sich unbedingt etwas tun.

Sie weisen immer wieder auf den Personalmangel in den Haftanstalten hin. Finden Sie Gehör?

Durchaus. Die Justizministerien der Länder versuchen zumindest, verstärkt auf dem Ausbildungsmarkt Fuß zu fassen und neue Bewerber für den Vollzugsdienst zu gewin-

nen. Allerdings muss man auch sagen, auch das haben wir schon ewig thematisiert, dass die Anreize, die wir für diese Arbeit setzen, einfach zu gering sind. Zwar wurde in einigen Bundesländern die Gitterzulage angehoben, aber das ist letztlich eine Politik der ganz kleinen Schritte. Dringend notwendig wäre eine radikale Erhöhung der Gehälter oder der Zulage, um jetzt Personal zu generieren, das auf dem Markt ja ganz, ganz knapp ist.

Der Strafvollzug führt noch immer ein Schattendasein?

Richtig. Es ist ein Thema, mit dem sich viele Menschen nicht beschäftigen wollen, weil sie einfach keine Berührungspunkte zu ihrem Leben sehen. Anders als zum Beispiel beim Pflegenotstand. Jeder weiß, dass er einmal in die Situation kommen kann, dass

er medizinische Hilfe und Pflege benötigt. Also hat das Thema über die Jahre eine große Aufmerksamkeit und das Pflegepersonal große Wertschätzung erfahren. Aber warum soll man sich mit Haftanstalten und Strafvollzugsbeamten beschäftigen? Dabei sollte doch einsichtig sein: Wenn Gefangene nicht ordentlich betreut werden, wenn nicht große Anstrengungen darauf verwandt werden, dass von ihnen nach der Entlassung aus der Haft keine Gefahr für die Gesellschaft ausgeht, dann erwachsen daraus schwerwiegende Probleme. Und die betreffen am Ende uns alle.

Interview: Volker Goebel.

Der Autor ist Journalist, hat bei HAZ und Neue Presse in Hannover gearbeitet und war lange Zeit auch zuständig für die Themen Gewerkschaften und Tarifpolitik. ■

- Anzeige -

HIERO
TACTICAL EQUIPMENT

ONLINE GUTSCHEIN CODE 10%
HIERO_10

NEU !!!!
Handschuhhalter
Art.Nr. 8100
One 4 all - Nutzung
vertikal und horizontal
zu tragen

NEU !!!!
Entlastungsgürtel
HIGH FUNCTION
Art.Nr. 7000

NEU !!!!
Tactical Rain Jacket
HIGH FUNCTION
Art.Nr. 10002

www.HIERO.de
BrandsBusiness c/o HIERO
Aschaffburger Str. 111 63500 Seligenstadt
Telefon 06182 - 948 7346 www.hiero.de order@hiero.de

Sicherheitspaket und die Rolle des Justizvollzugs

Nach den jüngsten Anschlägen in Mannheim, Solingen und zuletzt in München wird erneut über die Themen der zunehmenden Islamisierung und Radikalisierung sowie über die Auswirkungen und Maßnahmen zum Schutz unserer Gesellschaft diskutiert. Die Debatte ist nicht neu, aber sie hat an Intensität zugenommen. Insbesondere die Abschiebung von Gefährdern und deren Inhaftierung bzw. Unterbringung in speziellen Hafteinrichtungen ist mittlerweile ein zentrales Thema in der politischen Diskussion. Ein neues Sicherheitspaket soll geschnürt werden, doch es stellen sich viele Fragen, insbesondere im Hinblick auf den Justizvollzug.

Für den Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) bedeutet diese Entwicklung erhöhte Wachsamkeit. Es ist unklar, wie sich die Zahl der Inhaftierung von Gefährdern entwickeln wird und wer die Sicherung der Ausreise durch Inhaftierung durchführt. Aktuell ist die Unterbringung von Gefährdern bereits dem Justizvollzug zugeordnet und es ist zu erwarten, dass die Zahl der inhaftierten Gefährdern aufgrund der jüngsten Vorfälle weiter ansteigen wird. Abschiebehafteinrichtungen werden bereits jetzt in zwei Bundesländern personell aus dem Justizvollzug besetzt.

Dies wirft dringende Fragen auf, die den Justizvollzug direkt betreffen. Bislang gibt es jedoch keine offiziellen Stellungnahmen zu den Auswirkungen auf den Justizvollzug – weder vom Bundesjustizministerium noch vom Bundesinnenministerium. Auch die Bundesländer haben sich zu diesen Themen bisher bedeckt gehalten.

Der BSBD erinnert in diesem Zusammenhang an den letzten Sicherheitspakt des Bundes, bei dem Polizei- und Richterstellen zwar berücksichtigt wurden, aber andere Justizbereiche, insbesondere auf Länderebene, kaum Erwähnung fanden. Diese Vernachlässigung hat die personelle Krise im Justizvollzug nach Ansicht des BSBD noch verschärft. Schon jetzt ist der Justizvollzug vielerorts nicht mehr in der Lage, seine Aufgaben aufgrund der Personalknappheit vollständig zu erfüllen. Die angespannte personelle Lage wurde von den Medien bereits thematisiert und vom BSBD deutlich aufgezeigt.

Angesichts dieser Lage erwartet der BSBD, dass die Abschiebehaft nach wie vor in spezialisierten Einrichtungen durchgeführt wird, ohne zusätzliche Belastung des Personals im regulären Justizvollzug.

Gleichzeitig mahnt der BSBD an, Resozialisierungsmaßnahmen stärker als bisher zu differenzieren und die knappen personellen und finanziellen Ressourcen ge-

zielter einzusetzen. Statt das sogenannte „Gießkannenprinzip“ anzuwenden, bei dem Ressourcen gleichmäßig verteilt werden, sollten diese gezielt auf resozialisierungswillige Inhaftierte fokussiert werden.

Besonderes Augenmerk liegt dabei auf der Mitwirkung und den sozialen Integrationsbemühungen von Gefangenen. Inhaftierte, die abgeschoben werden müssen oder ihre extremistischen Aktivitäten nicht einstellen, sollten in zentralen Bundeseinrichtungen untergebracht werden. Dort sollten gezielte Aussteigerprogramme und Unterstützungsangebote bereitgestellt werden. Andernfalls könnten die Resozialisierungsbemühungen der Justizvollzugsanstalten der jeweiligen Länder ins Leere laufen.

Der Justizvollzug steht vor großen Herausforderungen, wenn er weiterhin in Sicherheitsmaßnahmen eingebunden wird, ohne dass personelle und finanzielle Ressourcen entsprechend aufgestockt werden. Der BSBD fordert daher eine klare Abgrenzung der Zuständigkeiten und eine gezielte Unterstützung für den Justizvollzug, um die Sicherheit der Gesellschaft zu gewährleisten und gleichzeitig humane und effektive Resozialisierungsmaßnahmen zu ermöglichen.

Bundesvorsitzender
René Müller

Übergriffe auf Justizvollzugsbeamte

Bedrohung und mangelnder Schutz für Vollzugsmitarbeiter außerhalb der Gefängnismauern

In den letzten Jahren haben sich die Übergriffe auf Justizvollzugsbeamte nicht nur innerhalb der Gefängnismauern, sondern zunehmend auch im privaten Umfeld der Mitarbeiter ausgedehnt. Jüngste Vorfälle in Berlin und Hamburg, bei denen Autos von Justizvollzugsbeamten in Brand gesetzt wurden, verdeutlichen diese alarmierende Entwicklung. Der Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD) sieht diese Taten als gezielten Terror gegen Vollzugsmitarbeiter und fordert umfassende Maßnahmen zum Schutz der Betroffenen.

Die Justizministerien Hamburg und Berlin reagierten nach den Anschlägen umge-

hend, trafen zügig Maßnahmen, die sie in Eigenregie durchführen konnten und die einen besseren Schutz der Mitarbeiter zum Ziel haben. Die regierende CDU in Berlin fasste kurz nach den letzten Anschlägen am 7. Juli 2024 einen umfangreichen Beschluss zur Wertschätzung / Schutzmaßnahmen im Justizvollzug in ihrer Fraktion. Die Ermittlungsbehörden nahmen die Vorfälle ernst und begannen mit den Ermittlungsarbeiten, auch wenn die Aussicht auf Erfolg, die Verhaftung der Täter*innen, gering erscheint. Die Gewalt gegen Justizvollzugsbeamte beschränkt sich längst nicht mehr nur auf ihren Dienst innerhalb der Haftanstalten. Mitarbeiter und ihre Familien sind zunehmend auch außerhalb ihrer Arbeitsstätte

Bedrohungen ausgesetzt. Die Täter, die sich vermutlich aus der linksautonomen Szene zu den Taten bekannten, lieferten Bekennerschreiben ab, deren Wahrheitsgehalt und Zuordnung jedoch zweifelhaft erscheint.

Der BSBD stuft diese Angriffe als Terrorakt ein und fordert den Staatsschutz auf, intensiv zu ermitteln. Besonders besorgniserregend ist dabei die Tatsache, dass nicht nur die betroffenen Mitarbeiter, sondern auch ihre Familien ins Visier der Täter geraten. Diese gezielten Angriffe zeigen, wie gefährlich die Situation für Mitarbeitende im Justizvollzug geworden ist, und verdeutlichen den dringenden Handlungsbedarf, um diesen Personenkreis besser zu schützen.

Ein wichtiger Schritt zum Schutz der Vollzugsmitarbeiter wäre die Einführung einer vereinfachten Auskunftssperre, wie sie auch die Berliner CDU-Fraktion in ihrem o. g. Beschluss fordert. Der BSBD hat hierzu bereits eine Stellungnahme über den dbb an das Bundesministerium des Innern (BMI) übermittelt und kritisiert die zögerliche Reaktion. Es ist für den BSBD unverständlich, dass überhaupt darüber debattiert wird, ob Justizvollzugsbeamte, die täglich Extremisten und Verbrechern gegenüberstehen, nicht denselben Schutz verdienen wie die Politiker, die ebenfalls Angriffen und Bedrohungen ausgesetzt sind.

Ein weiteres Problem sieht der BSBD in der Art und Weise, wie Justizvollzugsbeamte in den Medien dargestellt werden. Solange in der Berichterstattung von Begriffen wie „Schließern“ und „Wärtern“ die Rede ist (BILD 24. Juni 2024), fehlt es an der gesellschaftlichen Anerkennung für die wertvolle und gefährliche Arbeit, die Justizvollzugsbeamte täglich leisten. Diese stereotype

und abwertende Darstellung in den Medien trägt dazu bei, dass die Bedeutung des Justizvollzugs für die Sicherheit Deutschlands in der öffentlichen Wahrnehmung unterschätzt wird.

Der BSBD fordert das Bundesministerium des Innern und die Landesministerien dringend auf, die Bedrohungen gegen Justizvollzugsbeamte ernst zu nehmen und umfassende Schutzmaßnahmen zu ergreifen. Es muss anerkannt werden, dass Vollzugsmitarbeiter, die tagtäglich ihr Leben für den Schutz der Gesellschaft riskieren, auch außerhalb ihrer Arbeitsstätte vor Angriffen geschützt werden müssen. Dies umfasst sowohl den Schutz ihrer persönlichen Daten durch eine vereinfachte Auskunftssperre als auch gezielte Sicherheitsmaßnahmen im privaten Umfeld.

Die steigende Zahl an Übergriffen auf Justizvollzugsbeamte zeigt deutlich, dass die Sicherheitslage für diese Berufsgruppe immer prekärer wird. Es ist höchste Zeit, dass der Staat umfassende Maßnahmen ergreift,

um diese Mitarbeiter und ihre Familien zu schützen. Der BSBD wird sich weiterhin dafür einsetzen, dass die Belange der Justizvollzugsbeamten in der politischen Diskussion nicht ignoriert werden, und fordert eine klare Positionierung der Politik, des BMI und des BMJ zu diesen dringenden Themen. Die Information der Öffentlichkeit durch die Medien und gewerkschaftspolitische Diskurs mit den politischen Akteuren bleiben dabei elementare Aufgaben.

Bundesvorsitzender
René Müller

- Anzeige -

DBV

Für Dienstanfänger:innen

Sichere Sache: Schutz und Vorsorge für Ihren Karrierestart.

Gerade erst im Job eingestiegen? Dann sollten Sie jetzt die Themen **Sicherheit und Vorsorge** richtig regeln. Dabei können wir Ihnen helfen. Mit Beratung und Leistungen, die immer zu Ihrer Lebensphase passen. Mit dem Schutz, den Sie brauchen – und mit **exklusiven Beitragsvorteilen für BSBD-Mitglieder**.



Ihre **persönlichen Berater:innen vor Ort** finden Sie über den QR-Code.



„Mehr Personal ist der Schlüssel“

Was sich In Deutschlands Gefängnissen ändern muss

Zu wenig Leute, mehr Gewalt: Im Justizvollzug sehen sich die Beschäftigten mit schwierigen Bedingungen konfrontiert. Zwei Gewerkschafter schlagen Alarm.

„Polizeimeldungen, Gerichtsreportagen, all das findet in den Medien viel Beachtung, und das auch zu Recht“, sagt René Müller, Bundesvorsitzender des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands (BSBD). „Aber was sich hinter den Gefängnismauern abspielt, ist in der Öffentlichkeit kaum ein Thema. Dabei ist ein gut funktionierender Justizvollzug zentral für die innere Sicherheit.“

Und aktuell gibt es zu viel, was nicht funktioniert, beklagt der BSBD, und fordert von der Politik, konsequent gegenzusteuern. Die Gewerkschaft zählt etwa 25.000 Mitglieder, insgesamt gibt es bundesweit im Justizvollzug etwa 38.000 Beschäftigte.

1. Personalmangel bekämpfen

Es gibt Haftanstalten, in denen auf 70 Gefangene nur ein Beamter beziehungsweise eine Beamtin kommt. Bundesweit sind im Justizvollzug etwa 2.000 Planstellen unbesetzt. Laut Gewerkschaft bräuchte es noch 2.000 weitere, um allen Anforderungen gerecht zu werden. Doch die Bewerberlage ist dürrig. Viele Bundesländer schaffen es nicht, alle Ausbildungsplätze zu besetzen. Dem gegenüber steht eine zunehmende Gewaltbereitschaft bei den Gefangenen untereinander, aber auch gegen Beschäftigte. So erleben es die Mitglieder der Gewerkschaft in ihrem Berufsalltag. Außerdem nehme die Zahl der Gefangenen mit psychischen Problemen zu, berichten sie. Müller: „Grund dafür ist unter anderen, dass im Maßregelvollzug nicht ausreichend Kapazitäten zur Verfügung stehen, um die Betroffenen überhaupt zu betreuen.“

Diese Gemengelage ist nicht zuträglich für die Resozialisierung, unterstreicht der Gewerkschafter. „Wir können den Gefangenen weniger Angebote machen, weil es schwieriger ist, die Sicherheit zu gewährleisten. Mehr Personal ist der Schlüssel“ – auch in Hinblick auf Sozialarbeit und Therapie. Weiterhin kritisiert er, dass Beschäftigte in den Abteilungen zu oft alleine sind. „Zwei sollten es mindestens sein. Es ist schon etwas befremdlich, dass wir als Gewerkschaft diese Forderung stellen müssen. Aber es unterstreicht den Ernst der Lage.“

2. Arbeitsbedingungen verbessern

Um mehr Personal zu gewinnen, gilt es, an verschiedenen Stellschrauben zu drehen, vor allem an der finanziellen – das ist für René Müller zentral. Er verweist darauf, dass es in der vergangenen Tarifrunde gelungen ist, die Zulage für Beschäftigte in den Pflegeberufen des Justizvollzugs auf den gesamten Geltungsbereich des Tarifvertrags der Länder (TV-L) auszudehnen.

„Das ist ein zweifelsohne ein Erfolg, aber es ist noch vieles offen“, sagt der Bundesvorsitzende. Ein Beispiel: Anders als etwa bei der Polizei können Beamtinnen und Beamte im Justizvollzug die Heilfürsorge nicht in allen Bundesländern in Anspruch nehmen. Das geht ausschließlich in Baden-Württemberg und Sachsen. In den übrigen Bundesländern müssen sie sich privat versichern, was mit höheren Kosten verbunden ist. „Da fragen sich die Kolleginnen und Kollegen schon, ob ihre Arbeit weniger wert ist als die Arbeit der Feuerwehr und Polizei. Wir brauchen in ganz Deutschland einheitliche Standards im Justizvollzug, im Übrigen nicht nur in Sachen Krankenversicherung.“

Weitere Punkte, die aus gewerkschaftlicher Sicht von Bedeutung sind: Die Justizvollzugszulage, auch als „Gitterzulage“ bekannt, sollte bei der Berechnung der Pensionsansprüche von Beamtinnen und Beamten immer berücksichtigt, also ruhegehaltsfähig werden. Zudem sollte eine arbeitgeberfinanzierte Berufsunfähigkeitsversicherung selbstverständlich sein. „Die fehlt im Fall der Tarifbeschäftigten komplett, Wertschätzung sieht anders aus“, klagt Müller. „Nicht zuletzt erwarten wir eine deutliche Anhebung der Schichtzulagen und der Zulagen für den Dienst zu ungünstigen Zeiten.“

3. Bundesgefängnisse für Extremisten schaffen

Der BSBD setzt sich dafür ein, dass Straftäterinnen und Straftäter, gegen welche die Generalbundesanwaltschaft in Karlsruhe wegen Extremismus ermittelt, künftig in zentralisierten Bundesgefängnissen untergebracht werden – idealerweise direkt vor Ort. Dies würde die Justizvollzugsanstalten unmittelbar entlasten, weil aufwendige Transporte wegfielen und es leichter wäre, die Trennung der Gefangenen sicherzustellen,

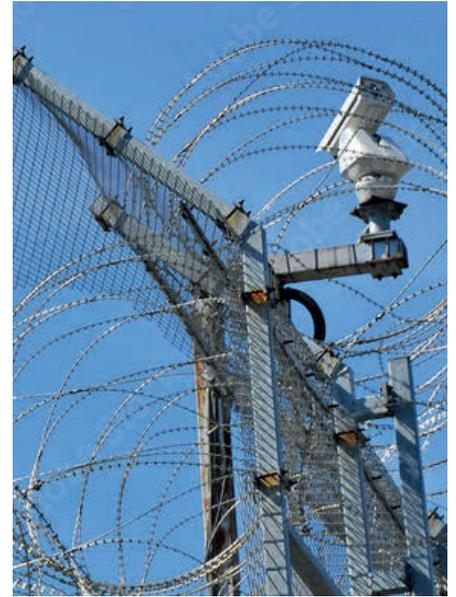


Foto: stock.adobe.com

erklärt BSBD-Chef Müller. „Und es ließe sich effektiv verhindern, dass Reichsbürger und Islamisten andere Gefangene für ihre Sache rekrutieren. Man könnte auch viel gezielter mit Aussteigerprogrammen ansetzen.“

4. Mehr auf die Bedürfnisse junger Menschen eingehen

„Alle genannten Punkte würden dazu beitragen, Berufe im Justizvollzug für potenzielle Fachkräfte, die wir so dringend brauchen, attraktiver zu machen“, sagt Bundesjugendsprecher Philipp Weimann. Für ihn ist auch die Dienstausrüstung ein Knackpunkt: „Gerade junge Menschen erwarten eine zeitgemäße Technik!“ – da könne der Dienstherr in vielen Fällen noch nachlegen, zum Beispiel, was die Funktechnik betrifft. Sinnvoll sei nicht zuletzt, eine Vollzugsakademie für die Ausbildung ins Leben zu rufen, um bundesweit einheitliche Qualitätsstandards in der Ausbildung zu gewährleisten.

Trotz allem schätzt der junge Gewerkschafter seinen Job. „Unser Beruf ist extrem spannend, man weiß morgens nie, was einen tagsüber erwartet“, berichtet er. „Und vor allem ist er gesellschaftlich von enormer Bedeutung. Umso wichtiger ist es, dass die Politik im Sinne der Nachwuchskräfte längst überfällige Reformen endlich anpackt.“

Christoph Dierking

Viel mehr als Schließen

Wie eine Beamtin junge Straftäter durch die Haftzeit begleitet

Sie schließt den ganzen Tag nur Türen auf und wieder zu? Stimmt nicht, unterstreicht eine Justizvollzugsbeamtin und führt durch ihren Arbeitsalltag, um das Klischee zu widerlegen. Situationen können in Sekundenschnelle kippen.

Das Alte Land, bei Hamburg: Wenig deutet darauf hin, dass sich mitten im Urlaubsgebiet ein Gefängnis befindet. Gestresste Städter entspannen auf dem Deich an der Elbe, Feinschmecker lassen es sich in den Gaststätten gutgehen und manch ein Radfahrer flucht, wenn der Wind aus der falschen Richtung kommt. Nur ein Schild am Straßenrand gibt einen Hinweis: „Durchfahrt zur JVA für Anlieger frei.“

Wer weiterfährt, passiert Höfe und Plantagen. Landwirte bieten Äpfel, Kirschen und Stachelbeeren zum Verkauf an. Aus eigener Ernte, versteht sich. Im Norden ist das Alte Land für den Obstanbau bekannt.

Hinter einer Kurve plötzlich gestreifte Barrieren, Vollsperrung, Baustelle. Jetzt geht es nur noch nach links auf die Insel. Dann heißt es: Stacheldraht statt Stachelbeeren, Schlagbaum statt Obstbaum. Ein mächtiges Tor versperrt den Weg, davor ein Parkplatz, auf dem ein junger Mann steht und raucht. Er fragt eine Familie, die im Auto wartet, ob er helfen kann. Selbst sei er für den Arrest hier, erwähnt er beiläufig.

Die JVA Hahnöfersand – JVA steht für Justizvollzugsanstalt – ist ein Gefängnis für junge Straftäter im Alter von 14 bis 24 Jahren und liegt auf der gleichnamigen Elbinsel. Hier arbeitet Justizvollzugsbeamtin Dammann. Ihren Vornamen, ihr Alter, woher sie gebürtig kommt, möchte sie nicht öffentlich preisgeben. „Je weniger Persönliches über mich im Netz steht, desto besser“, sagt Dammann, die sich im Landesverband Hamburgischer Strafvollzugsbediensteter (LVHS) engagiert.

Auch, wenn der Job manchmal fordernd ist, macht sie ihn sehr gerne, und das von Beginn an, erzählt die Frau mit dem blonden, geflochtenen Zopf. Besonders schätzt sie die vielen Facetten, die Arbeit mit herausfordernden Charakteren findet sie spannend und bereichernd. „Die jungen Menschen haben nicht nur schlechte Seiten, wir haben hier auch viel Spaß. Ich bin Ansprechpartnerin, Erzieherin und im Idealfall Begleiterin in ein Leben ohne Kriminalität.“ Umso mehr stört es Dammann, dass sich



„Schließerin“ – diese Bezeichnung ist Justizvollzugsbeamtin Dammann ein Dorn im Auge. Um Vorurteile zu widerlegen, führt sie durch ihren Arbeitsalltag in der JVA Hahnöfersand bei Hamburg.

der Begriff „Schließer“ im Sprachgebrauch hartnäckig hält. „Wir schließen ja nicht bloß Türen“ – das sei vielleicht früher mal so gewesen, trifft jedoch nicht mehr zu. Ebenso ein Relikt aus der Vergangenheit und nicht gerne gehört: die Bezeichnung „Wärter“ – der Grund: „Das klingt, als hätten wir mit Tieren zu tun, aber wir arbeiten hier mit Menschen!“

Heute möchte Dammann gegensteuern und zeigen, was ihr Arbeitsalltag alles umfasst. Sie ist auch im offenen Vollzug beschäftigt, in dem Gefangene tagsüber das Leben in Freiheit erproben. Das beinhaltet: mit ihnen einkaufen oder einen Personalausweis beantragen. Kontrollieren, ob sie wirklich in der Berufsschule sind. Mit Lehrkräften über Fortschritte und Probleme sprechen. Kurzum: die Resozialisierung vorantreiben und beaufsichtigen. Abends müssen alle in die Anstalt zurückkehren. „Aktuell betreue ich nur einen Gefangenen im offenen Vollzug“, erzählt Dammann. Die anderen dort untergebrachten Gefangenen hätten sich ohne Absprache aus dem Außenbereich, in dem sie sich bewegen durften, entfernt und mussten deshalb zurück in den geschlossenen. Mit anderen Worten: rund um die Uhr auf Hahnöfersand bleiben, auf der Insel hinter den Zäunen.

Der Beamte am Tor drückt den Knopf, der Schlagbaum klappt hoch, der Weg zur Anstalt ist frei. Anwältinnen, Sozialarbeiter, Angehörige von Gefangenen, alle müssen sich anmelden, ohne Erlaubnis kommt niemand durch. Nur die Tierwelt kümmert die

Absperrung nicht. Schwalben fliegen mit waghalsigen Manövern über sie hinweg, Raubvögel ziehen am Himmel unbeirrt ihre Kreise. Im Frühjahr hat es sogar ein Wolf auf die Insel geschafft – wie genau, ist unklar – und Schafe gerissen. Das berichtet die Lokalpresse. Heute grasen die Tiere ungestört auf dem Deich.

Was die Sozialtherapie leisten soll

Dammann ist seit frühmorgens im Dienst im Haus 3, in der Sozialtherapie. Alle, die hier einsitzen, haben schwere Straftaten begangen. Körperverletzungen, versuchter Totschlag, Vergewaltigungen. Und alle gelten als besonders rückfallgefährdet. In der Sozialtherapie geht es darum, intensiv zu begleiten, Persönlichkeiten weiterzuentwickeln, dabei zu helfen, problematische Verhaltensmuster abzulegen.

Ob sich die Justizbeamtin mit den Taten der jungen Menschen befasst? „Natürlich weiß ich grob Bescheid“ – aber es sei viel wichtiger, die sozialen Hintergründe zu kennen, um bestmöglich zu unterstützen. Wie sieht das Umfeld aus? Gab es überhaupt so etwas wie elterliche Fürsorge? Letzteres ist keine Selbstverständlichkeit. „Wir haben hier Leute, denen hat nie jemand gezeigt, wie Zähneputzen funktioniert.“

Und für einige ist es eine völlig neue Erfahrung, dass sie morgens jemand mit einem freundlichen „Guten Morgen“ weckt. Pünktlich, ab 6.45 Uhr, schließen die Beamtinnen und Beamten die Türen auf, ein strukturierter Tag beginnt. Dammann grüßt

alle mit Namen. Einen guten Umgang vorleben, Vorbild sein, das ist ihr wichtig. Nach dem Frühstück, um halb acht, rücken die Gefangenen aus. „Ausrücken“, das sagt man im Gefängnis so; es bedeutet „zur Arbeit gehen“ – oder eben zur Ausbildung.

Suicide im Justizvollzug

Ebenfalls Gefängnisprech: die sogenannte „Lebendkontrolle“, die zeitgleich mit dem Wecken stattfindet. Einen vollendeten Suizid hat die junge Justizbeamtin auf Hahnöfersand noch nicht erlebt. In einer Haftanstalt für Erwachsene hingegen schon. „Es war das erste Mal, dass ich einen toten Menschen gesehen habe“, erinnert sie sich. „Das kann leider zum Job gehören.“ Alle Beschäftigten, die mit Suiziden konfrontiert waren, können psychologische Hilfe in Anspruch nehmen. „Ich habe das damals nicht gebraucht, die Gespräche mit erfahrenen Kollegen haben mir gut geholfen.“

Am Vormittag wird es mitunter stressig: Ein Gefangener hat einen Termin beim Arzt, ein anderer mit seinem Anwalt, wiederum ein anderer muss zum Gericht, außerdem warten Anträge, die alle gestellt haben, die Besuch empfangen wollen. Und das wollen die meisten. „Wenn der Besuch dann kommt, müssen wir ihn natürlich beaufsichtigen“, sagt Dammann und deutet in einen Raum mit sechs Tischen. Die jungen Männer und ihre Gäste, höchstens zwei, müssen sich gegenüber sitzen. Die Tischplatten sind aus



Hat Besucherinnen und Besucher genau im Blick: Justizvollzugsbeamtin Dammann.



Der Besucherraum: Gleichzeitig können höchstens sechs Gefangene Besuch empfangen.

Glas, was illegale Übergaben – von was auch immer – erschwert. Ganz hinten im Raum befindet sich eine Spielecke für Kinder. Unter den Gefangenen sind Väter. „Eltern dürfen immer kommen, Freunde nicht unbedingt“, sagt Peter Vetter. „Denn es wäre nicht zuträglich, wenn ausgerechnet der Mittäter vorbeischaute.“

Vetter ist studierter Psychologe und seit 2016 Leiter der JVA auf Hahnöfersand. Dass Besucherinnen und Besucher etwas hereinschmuggeln, sei trotz Kontrollen nicht vollständig zu unterbinden. Und ja, Drogen seien ein Thema, wie überall im Strafvollzug. „Es ist ein Räuber- und Gendarmenspiel“ – immerhin: Sogenannte Mauerwürfe, mit denen Außenstehende Drogen, Handys oder gar Fluchtwerkzeuge in die JVA schmuggeln, würden auf der Insel keine Probleme bereiten. „Die lassen sich hier einfach schlecht umsetzen.“

Bildungs- und Bindungsverlierer

80 Prozent der jungen Gefangenen haben keinen Schulabschluss, es handelt sich um Bildungsverlierer, oft aus sozial benachteiligten Stadtteilen. Viele sind gleichzeitig Bindungsverlierer. Vor allem in diesen Fällen übernehmen die Beschäftigten im Vollzug eine gewisse elterliche Funktion: „Sie zeigen Grenzen auf, sind aber auch Bezugs-

personen, die auffangen und zuhören“, erklärt Vetter. Von zart bis hart, abhängig von der Situation gelte es, den richtigen Ton zu treffen.

Doch manche Gefangene sind weder Bildungs- noch Bindungsverlierer: „Sexualstraftäter gibt es in allen sozialen Schichten.“

Das Gefängnis spiegelt gesellschaftliche Entwicklungen, auch straffällig gewordene, unbegleitete Geflüchtete verbüßen auf Hahnöfersand ihre Haftstrafe, berichtet der Anstaltsleiter. „Sie mussten sich durchschlagen und sind durch ihre oft traumatischen Fluchterfahrungen verletztlich, aber oft auch abgestumpft und abgehärtet“ – das habe Folgen für die praktische Arbeit. Zwar komme Gewalt, die sich direkt gegen Beschäftigte richtet, auf der Insel kaum vor. Aber unter Gefangenen durchaus. Außerdem gilt: „In vielen Fällen müssen wir erstmal mit Alphabetisierungs- und Deutschkursen ansetzen.“

Wer zum Jugendarrest auf die Insel muss, bleibt höchstens vier Wochen, das ist die Höchstdauer, die das Jugendstrafrecht für diese Vollzugsform vorsieht. Wenn man so will, handelt es sich um einen letzten Warnschuss; kommt es zu weiteren Straftaten, folgt meist eine Jugendstrafe. „Die zu einer Haftstrafe verurteilten Jugendlichen bleiben etwa zweieinhalb bis drei Jahre“, sagt Vetter. Ganz entscheidend sei, den Betroffenen Bildungsangebote zu machen. Die Gefangenen können auf dem JVA-Gelände Ausbildungen absolvieren – zum Schlosser, Tischler, Lagerlogistiker oder Maler.

Cabonara in der Mensa

Gleich gibt's Mittagessen, die Gefangenen kommen von der Arbeit, beziehungsweise: Sie rücken ein. Ein junger Mann trägt eine weiße Hose mit Farbflecken, er lernt das Malerhandwerk. Die anderen tragen dunkelblaue Hosen und dunkelgrüne T-Shirts, sie haben bis eben auf dem Gelände Rasenkanten abgestochen. Von dem verdienten Geld können sie im Anstaltsladen einkaufen. Arbeiten in der JVA ist Pflicht, so will es das Gesetz.

Von der Station bewegt sich die Gruppe in Richtung Kantine, die jungen Männer lachen, tauschen sich aus. Dammann läuft ganz hinten, eben hat sie still durchgezählt, ob alle da sind. Routine. Neben ihr der Kollege Klaas – Klaas ist der Nachname, auch er möchte sich in Hinblick auf weitere persönliche Informationen bedeckt halten. Wer fest in der Sozialtherapie arbeitet, ist ohne Uniform unterwegs: Deshalb trägt der Beamte im mittleren Dienst ein schlichtes T-Shirt und dunkle Jeans. Das Funkgerät



Haftplätze für Frauen gibt es auf Hahnöfersand nicht – sie sind unter anderem in der JVA Vechta untergebracht.



Mittagszeit: Das Essen in der Mensa bereiten die Gefangenen zu.



Blick aus einem Haftraum der Sozialtherapie: Einschluss ist ab 19 Uhr, nach der Stationsfreizeit.

am Gürtel rauscht in regelmäßigen Abständen. „Man hört immer mit einem Ohr mit“, erzählt Klaas. „Situationen können innerhalb von Sekunden kippen.“ Passiert etwas Ernstes, eilen sich die Beschäftigten in der JVA gegenseitig zur Hilfe.

Durch ein Tor, über den Hof, durch eine Schleuse, die sich nur öffnet, wenn der Beamte hinter der Glasscheibe es zulässt – das Gelände auf Hahnöfersand ist weitläufig. Der gläserne Vorbau der Kantine mutiert bei sommerlichen Temperaturen zur Wärmeschleuse. Wer essen will, muss durch die heiße Luft. Heute auf dem Speiseplan: Pasta Cabonara.

Und dann kippt die Situation. Ein junger Mann fühlt sich durch etwas gestört, springt auf, der Stuhl schellt nach hinten, poltert, ein Mitgefangener hält ihn, ruft, dass alles gut ist. Klaas und Dammann sind sofort da. Er bringt den jungen Mann zurück zur Station, sie erklärt: „Wenn jemand ein Problem hat, soll er vernünftig darüber sprechen. Aggressives Verhalten dulden wir nicht.“

Der Vorfall war harmlos. Später im Büro der Sozialtherapie – die Gefangenen sind wieder zur Arbeit ausgerückt – erzählt Klaas, dass es auch ganz anders kommen kann: Einmal hat ein Jugendlicher einem anderen, der sich gerade die Schnürsenkel zuband, das Knie ins Gesicht gerammt. „Das kam für mich völlig überraschend, quasi aus dem Nichts.“

Wenn so etwas passiert, wird alles erzieherisch oder disziplinarisch aufgearbeitet, bei schwerem Fehlverhalten wie Tötlichkeiten und Bedrohungen immer Anzeige erstattet. „Manche haben in der gesamten Haftzeit vielleicht ein oder zwei Disziplinarverfahren“, sagt Dammann. „Andere dagegen wöchentlich eins.“

Im Büro, von dem sich die beiden Flure mit den Hafträumen gut überblicken lassen,



Dammann und ihr Kollege Klaas: Heute arbeiten die beiden gemeinsam in der Sozialtherapie.

hängt ein Whiteboard, darauf die Namen der Gefangenen. Wer Mist baut, erhält einen roten Punkt. Wer positiv auffällt, einen blauen. Das System erinnert an lächelnde oder weinende Smileys, die Lehrkräfte mitunter ins Aufgabenheft malen.

Kreativität bei Verstecken kennt keine Grenzen

Dammann streift sich Einweghandschuhe über, ihr Kollege ebenfalls: Dann laufen sie, vorbei am Stationstelefon, den Flur hinunter. Haftraumkontrolle. Die erfolgt grundsätzlich zu zweit, damit sich die Vollzugskräfte gegenseitig bezeugen können, wenn sie etwas finden. Zum Beispiel nicht abgegebene Werkzeuge, geschmuggelte Minihandys oder Drogen.

Tageslicht scheint in das schmale, längliche Zimmer. Links, direkt neben der Tür, eine Toilette mit Waschbecken, abgetrennt durch einen Sichtschutz. Rechts an der Wand ein Bett, darüber eine Bilderleiste. Am Fenster ein zusätzliches, engmaschiges Gitter. Dieses verhindert, dass die Gefangenen ihren Müll einfach hinauswerfen.

Klaas hebt eine leere Getränkepackung, der Strohalm steckt noch, vom Boden auf, schüttelt den Kopf. Dammann tastet sorgfältig die Poster ab, durchsucht die Kleidung im Schrank. Sie kontrolliert auch weniger offensichtliche, mögliche Verstecke, die allerdings nicht zur Inspiration im Netz stehen sollen. Nur so viel: „Die Jugendlichen sind extrem erfinderisch, die Kreativität kennt keine Grenzen.“

Heute ist der Raum sauber, abgesehen von einem Tischtennisschläger, den hat der Zimmerbewohner nicht abgeben. Ein guter Tag, nicht zuletzt für die Einrichtung: Es kommt vor, dass Gefangene nicht besonders sorgsam mit ihr umgehen. Wer Brandflecke auf dem Matratzenschoner

hinterlässt, muss diesen von dem in Haft erarbeiteten Geld ersetzen.

Gemeinsam kichern und kochen: Dammann gefällt es, dass es im Job auch mal locker zugeht. „Trotz allem haben wir immer noch mit jungen Menschen zu tun, die offen und neugierig sind, die den Kontakt mit uns einfordern und schätzen“ – das sei im Erwachsenenvollzug anders. Klaas sieht es ganz ähnlich: Er leitet Sportgruppen, mal bietet er einen Führerscheinkurs an und vermittelt Verkehrstheorie. Das kommt bei den Gefangenen gut an, die neulich unaufgefordert eine große Putzaktion gestartet haben, erzählt der Beamte – das wiederum kommt beim Personal gut an. „Dafür gab's natürlich reichlich blaue Punkte. Wir haben hier Tage, da läuft's einfach!“

19 Uhr, nach der Stationsfreizeit, müssen alle zurück in ihre Hafträume. Dann endet für Dammann und Klaas, nach dem Einschluss und der Übergabe an den Nachtdienst, eine Zwölf-Stunden-Schicht.

Hin und wieder sehen die beiden Gefangene auf der Insel wieder, die ein Gericht zu einer weiteren Haftstrafe verurteilt hat. Der Drehtüreffekt bleibt nicht aus.

Aber es gibt auch Ehemalige, die schreiben oder anrufen, um zu berichten, wie es ihnen draußen ergeht. Anstaltsleiter Vetter bekommt manchmal Weihnachtspost. Bemerkenswert: Ein Gefangener hat im Vollzug die Ausbildung zum Lagerlogistiker gemacht und als Jahrgangsbester abgeschnitten, bezogen auf ganz Hamburg. Die Handelskammer würdigte das mit einer Auszeichnung.

Erfolgsgeschichten, die wohl nicht möglich wären, wenn alle Beschäftigten im Justizvollzug bloß Türen abschließen würden.

Christoph Dierking
Fotos (7): cdi

Kein Taktieren bei der Einführung der Pflegezulage für Beschäftigte in Gesundheits-Pflegeberufen im Justizvollzug

Die Tarifvertragsparteien haben im Rahmen der jüngsten Tarifrunde für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes der Länder (TV-L) ein bedeutendes Ergebnis erzielt. Diese Einigung sieht vor, dass Beschäftigte im Gesundheitswesen und in Pflegeberufen innerhalb des Justizvollzugs eine Pflegezulage erhalten.

Pflegezulagen zur Stärkung der Gesundheitsberufe im Justizvollzug

Mit Wirkung zum 1. Januar 2024 wird für die im Krankenpflegebereich tätigen Beschäftigten eine monatliche Zulage in Höhe von 143,92 Euro gewährt. Andere Beschäftigte in Gesundheitsberufen erhalten eine Zulage von 71,96 Euro pro Monat. Diese finanzielle Unterstützung soll dazu beitragen, die Attraktivität der Arbeitsplätze in Gesundheitsberufen im Justizvollzug zu erhöhen und die Wettbewerbsfähigkeit bei der Anwerbung und Bindung von qualifizierten Fachkräften im Vergleich zu anderen öffentlichen Trägern zu stärken.

„Die Einführung der Pflegezulage ist ein entscheidender Schritt zur Anerkennung der wertvollen Arbeit unserer Beschäftigten in den Gesundheitsberufen des Justizvollzugs“, erklärte der Vorsitzende des BSBD, René Müller. „Sie ist nicht nur eine wichtige finanzielle Anerkennung, sondern auch ein Zeichen dafür, dass wir die Bedeutung dieser Berufe für das Justizvollzugssystem schätzen und fördern.“

Umso unverständlicher ist es, dass einige Bundesländer zögern und sich offenbar der Umsetzung der vollen Pflegezulage für alle im Justizvollzug beschäftigten Gesundheitsberufe widersetzen. Es ist inakzeptabel,



Foto: jonasginter / stock.adobe.com

bel, dass Krankenpflegekräfte, die in den Ambulanzen der Justizvollzugsanstalten tätig sind, lediglich die geringere Zulage von 71,96 Euro erhalten sollen, während ihnen gemäß der Tarifvereinbarung die höhere Zulage von 143,92 Euro zusteht.

Der BSBD betont eindringlich, dass auch diese Fachkräfte in vollem Umfang Anspruch auf die vollständige Pflegezulage haben. Die Weigerung, ihnen die volle Zulage zu gewähren, steht im Widerspruch zum erzielten Tarifabschluss und untergräbt die Bemühungen, die Attraktivität der Gesundheitsberufe im Justizvollzug zu erhöhen und qualifiziertes Personal zu gewinnen und zu halten.

Es ist von größter Bedeutung, dass die vereinbarten Zulagen ohne Einschränkungen und Verzögerungen umgesetzt werden. Der BSBD wird sich weiterhin mit Nachdruck dafür einsetzen, dass alle Beschäftigten die ihnen zustehende Unterstützung erhalten und appelliert an die Verantwortli-

chen in den Bundesländern, ihrer Verpflichtung nachzukommen und die Pflegezulagen vollumfänglich zu gewähren.

Übernahme der Pflegezulage für Beamte im Justizvollzug

Wir fordern eindringlich, dass die Pflegezulage zeitnah und in vollem Umfang auch auf unsere verbeamteten Kolleginnen und Kollegen im Gesundheitsbereich des Justizvollzugs übertragen wird. Es ist unerlässlich, dass die gleichen attraktiven und fairen Arbeitsbedingungen, die für die tariflich Beschäftigten vereinbart wurden, auch für Beamte gelten. Nur so können wir sicherstellen, dass alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Justizvollzug die Anerkennung und Unterstützung erhalten, die sie für ihre unverzichtbare Arbeit im Gesundheitswesen verdienen.

René Müller
Bundesvorsitzender

- Anzeige -

• Your system has a serious problem and needs to be restarted. We only collect all error information and then tray again to restart the system. Wish us luck ...

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

Die Angehörigen des deutschen Justizvollzuges halten das System am Laufen...
Schon mal darüber nachgedacht?

DEINE GEWERKSCHAFT - DEINE ZUKUNFT

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker Seit 1997

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.
Immobilien-Finanzierung mit Zinsfestschreibung bis zu 20 Jahren oder für die gesamte Laufzeit.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.



Top-Finanz.de · Nulltarif-☎ 0800-33 10 332
Klaus Wendholt · Unabhängige Kapitalvermittlung · Prälat-Höing-Str. 19 · 46325 Borken

Tarifabschluss und Tarifpolitik im Mittelpunkt

Seminar für Interessierte in Erfurt

Noch beeindruckt von den Tarifverhandlungen Ende 2023 und dem im Dezember geschlossenen Tarifvertrag trafen sich Interessierte an der Tarifpolitik und der zukünftigen Tarifentwicklung zu einem Seminar in Erfurt. Neben dem für die Tarifarbeit auf der BSBD Bundesebene zuständigen Kollegen Sönke Patzer war auch Bundesvorsitzender René Müller als Dozent und Teilnehmer nach Erfurt angereist.

Bundesseminarleiter Winfried Conrad hatte ein interessantes und informatives Programm vorbereitet. Nach einer Vorstellungsrunde stieg der Bundesvorsitzende in die Thematik ein. René Müller berichtete über die vom BSBD Bund und den Landesverbänden durchgeführten Aktionen. Er dankte der Hamburger Kollegin Fenna Grehm, die insbesondere für die Beschaffung und Organisation der Werbematerialien zuständig war. Nur wenn wir unsere Forderungen knapp und präzise auf unsere Plakate und Banner bringen, so René Müller, können wir bei der Arbeitgeberseite Aufmerksamkeit erreichen. Noch nie war der BSBD Bund zusammen mit den Landesverbänden so intensiv als Fachgewerkschaft präsent bei den Tarifveranstaltungen.

gen. Dank gilt in diesem Zusammenhang den Tarifvertretern/innen der Länder und dem Planungsstab auf BSBD Bundesebene, die maßgeblich an der Organisation und Durchführung beteiligt waren.

Den zweiten Seminartag eröffnete der Kollege Sönke Patzer aus Schleswig Holstein. Er ist unser BSBD-Vertreter in der Runde der dbb-Tarifkommission. Er vermittelte zunächst die Basics der Tarifverhandlungen. Am Nachmittag beschäftigte sich die Seminargruppe mit der Geschichte der Stadt Erfurt. Bei einem geführten Stadtrundgang konnten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Faszination der historischen Stadt erfahren. Erfurt ist nicht nur die größte Stadt in Thüringen, es ist auch eine beeindruckende und sehenswerte Stadt im Herzen Deutschlands. Neben den beiden Wahrzeichen der Stadt, dem Dom St. Marien und der St. Severi Kirche, wurde auch die Krämerbrücke besucht. Interessant war auch die Altstadt mit dem jüdischen Viertel und der Synagoge.

„Ziele des BSBD in der gewerkschaftlichen Ausrichtung für Beamte und Tarifkräfte“ und „Die ungewisse Zukunft der Arbeitsentlohnung, Besoldung, Renten und Pensionen“ – diese Themen hatte sich der Bundes-

seminarleiter Winfried Conrad für sein Referat ausgesucht. Werden zukünftig die Tarifabschlüsse noch auf die Beamten und Pensionäre übertragen? Wenn ja, in welcher Höhe oder mit Abschlägen? Conrad zeigte deutlich auf, dass sich die Pensionslasten im Bund und in den Ländern in den nächsten Jahren dramatisch erhöhen werden. In der Rentenkasse sieht es nicht besser aus, so der Referent. Auch hier muss die Politik endlich die Absicherung der nächsten Jahre und Generationen durch intelligente Maßnahmen nachhaltig gewährleisten.

Damit endete das Seminar der Tarifvertreterinnen und -vertreter. ■



Seniorenarbeit im BSBD Hessen

In den Ortsverbänden sollte Seniorenvertreter in den Vorstand gewählt werden

Die Seniorenarbeit im BSBD Hessen wird von den Kollegen Thomas Pulwer und Günter Kowalski getragen. Der BSBD Hessen hat 240 Pensionärinnen und Pensionäre. Dies entspricht in etwa einem Anteil von 20 Prozent der Gesamtmitglieder im BSBD Hessen.

Seniorenarbeit im BSBD Hessen bedeutet für uns zunächst Aufbau einer Informations- und Kontaktstruktur. Jede/r Neupensionär/ in wird mit einem persönlichen Anschreiben im Kreise der BSBD-Senioren/innen begrüßt. Damit verbunden ist das Angebot über die Seniorenvertretung, die Vermittlung des Bezugs der Verbandszeitschrift „Der Vollzugsdienst“ sowie das Angebot der Aufnahme in einen E-Mail-Verteiler der BSBD Hessen Seniorenvertretung, in dem aktuelle Informationen des BSBD Hessen, des dbb Hessen sowie der BSBD-Bundesseniorenvertretung regelmäßig einmal im

Monat verteilt werden. Kontakt zu unseren Seniorinnen und Senioren halten wir zudem, indem wir Grüße zu runden Geburtstagen und ab dem 75. Lebensjahr jährlich Geburtstagsgrüße versenden.

Die BSBD Seniorenvertretung Hessen unterstützt Pensionärinnen und Pensionäre auch in diversen Fragestellungen zu Beihilfe, Pension etc. Im BSBD Hessen ist Günter Kowalski in Personalunion zugleich auch Rechtsschutzbeauftragter des BSBD Hessen.

In der über den BSBD Hessen hinausgehenden Verbandsarbeit sind wir beteiligt, indem wir an den Senioren/innen-Tagungen des dbb Hessen sowie an den Tagungen des BSBD-Bund teilnehmen.

Für die Zukunft würden wir uns wünschen, dass die Ortsverbände im BSBD Hessen

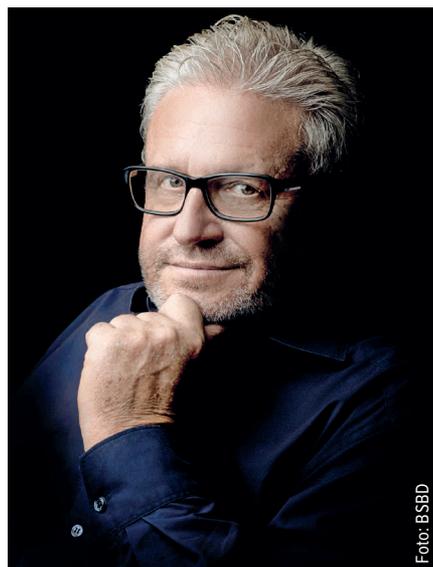
Pensionäre/innen eine/n Pensionärsvertreter/in in ihre Ortsverbandsvorstände wählen lassen würden um somit die Kontakte zwischen den Ortsverbänden und den Pensionären/innen vor Ort zu intensivieren. Dies erscheint uns wichtig, denn leider erhalten wir auch immer wieder mal eine Rückmeldung von Pensionären/innen, dass sie sich von ihren Ortsverbänden Außervorgelassen fühlen. Auf der Grundlage einer breiten Seniorenarbeit schon aus den Ortsverbänden heraus könnten dann gezielte Informationsveranstaltungen der BSBD-Seniorenvertretung konzipiert werden.

Günter Kowalski,
Fachgruppenvertreter Pensionärinnen und Pensionäre im BSBD Hessen ■

Der Bundesseniorenausschuss tagte

Turnusgemäß trafen sich auch in diesem Frühjahr die Mitglieder des Bundesseniorenausschusses zu einer Arbeitssitzung. Eingeladen hatte der Bundesseniorensprecher Winfried Conrad. Erfreulicherweise waren fast alle Seniorenvertreter seiner Einladung gefolgt.

Nach kurzer Eröffnung, Begrüßung und Genehmigung der Tagesordnung stiegen die Anwesenden umgehend in die Beratungen ein. Zunächst berichtete Conrad über die Sitzung des Bundesseniorenkongresses Ende 2023 in Berlin. Das höchste Gremium der dbb Senioren trifft sich alle vier Jahre, auch um eine neue Führungsmannschaft zu wählen. Nach dem Kurzbericht erörterten die Kollegen und die anwesende Kollegin den Vorschlag des Bundesseniorensprechers, regelmäßig eine Seite des Vollzugsdienstes mit Senienthemen zu füllen. Der Vorschlag wurde ohne Gegenrede aber nach intensiver Diskussion angenommen. Anschließend wurde intensiv und sehr engagiert der Ausgang und die Umsetzung



Winfried Conrad

des neuen Tarifvertrages TvL erörtert. Begrüßt wurde ausdrücklich die Tatsache, dass fast alle Bundesländer die Einkommenserhöhungen und Verbesserungen

auch auf den Bereich der Ruhestandsbeamtinnen und -beamten übertragen möchten. Hitzig diskutiert wurde, inwieweit in der Zukunft diese Regelung auch weiterhin so umgesetzt wird.

Im Anschluss berichteten die Landesvertreter über ihre Aktivitäten in den einzelnen Landesverbänden. Überall werden Bemühungen unternommen, unseren pensionierten Kollegen und Kolleginnen sowie den Rentnern und Rentnerinnen auch weiterhin in der Gewerkschaft eine Heimat zu geben. Auch auf das Seniorenseminar in Regensburg wurde zurückgeblickt. Alle waren sich einig, dass im nächsten Jahr eine solche Veranstaltung angeboten werden soll.

Erörtert wurden weitere Aktivitäten und Aktionen zielgerichtet auf unsere Senioren. Nachdem der letzte Tagungsordnungspunkt – Verschiedenes – auch noch abgearbeitet war, konnte der Bundesseniorensprecher die Arbeitssitzung schließen. ■

Rätselspaß im "Vollzugsdienst"

Sudoku-Level: Einstieg

Sudoku-Level: schwer

Sudoku-Level: sehr schwer

Teil in der Netzhaut		Herzensdame		Zustimmung		kirchlicher Ehrentitel		Schalltrichter		Prüfungsergebnis
Gartengemüse		Mehrzahlartikel		Flaschenverschluss		Oberbürgermeister		geizen		
				Abkürzung Sekunde						
Baustoff				Zahlenlotto						
größte Provinz Kanadas				Bleichmittel		Dienstgrad Marine				
						Lippenlaut				
Bündnis		Schlinge								
		Geschossdurchmesser								
				Wurfseil						Primzahl
				freundlicher Hinweis						
bringt Haare in Form		Luftsauerstoff früher				open				
						Heldenerzählung				
				Indogermanen						Brillenfachmann
				aufbrausend						
Schafhüter						Atemstillstand				
Weinpflanze						dreist, flott				
								KFZ Pinneberg		
				Toilette				die Besten		
				Katzenrasse						
				Toilette				KFZ Pinneberg		
				Katzenrasse				die Besten		
Singvogel										
eitler Selbstbewunderer						Garnitur				Bindewort
						Depot, Speicher				
								Augenteil		
								Eisenbahnfahrzeug		
alte Bezeichnung Schwiegersohn		Kirchengebäude								
		KFZ Darmstadt								
						Wassertiefen messen				
durchgekocht						Kartenspiel spielen				

1	3	6	7		4	2		
		4		8	3	6	9	
7				6				1
	1				6		7	
8			4					6
	6	9		7				
			6	2				
4					1			8
8		3		7		1		

						6	3	
		9		5		7	4	8
3						2		5
4						5	6	
				7				
2			1					
		8						6
		6		3	8			
5	4	9	6				8	7

		9		5				4
				3		6		9
					4	5		
5	7					3		
8	3		5					
	9				8		1	
3			2	7				
		6						
2			4	9	1	8		

	11		1		3		26		9		2		
8	14	11	18	17	11		6	22	14	8	22	18	
	9		8		23		7		25		20		
20	11	21	7			11	14	2	5		9	20	26
			18			9		2		18		2	
18	7	4	22	9	7	11		12	22	16	9	11	
	18				22		16					22	
11	23	7	26	1		6	22	9	11	25	7	6	
	11		10		15		4		18				
	26		26		8		1		2	14	4	22	
	7		20		11		18		11		1		
17	1	12	22	18	20		7		8		20		
	18		25		20		22		8		22		

1	2	3	4	5	6
7	8	9	10	11	12
I		R		A	
13	14	15	16	17	18
19	20	21	22	23	24
	T	X	E		
25	26	Die Auflösung der Rätsel werden in Ausgabe 6-2024 abgedruckt.			

SIGNAL IDUNA 
füreinander da

Vorteilskonditionen für den
Öffentlichen Dienst

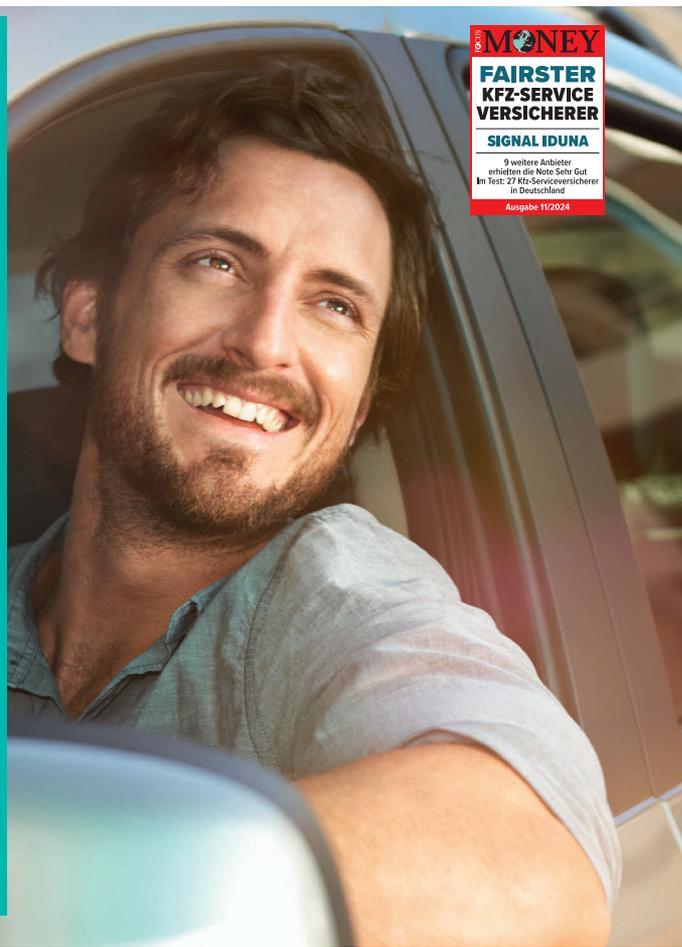
Fair und verlässlich: unsere Kfz-Versicherung.

Sie sind im Öffentlichen Dienst beschäftigt? Dann profitieren Sie von günstigen und leistungsstarken Konditionen. Und als Mitglied im Auto- und Reiseclub Deutschland (ARCD) fahren Sie mit uns noch günstiger. Lassen Sie sich gleich ein persönliches Angebot erstellen!

Übrigens: SIGNAL IDUNA wurde 2023 erneut als „Fairster Kfz-Serviceversicherer“ ausgezeichnet.



SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen
Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551
oed-info@signal-iduna.de



ÖFFENTLICHER DIENST

**IHR GEBT
NIEMALS AUF
WIR FÜR EUCH
AUCH NICHT**



Ihr für uns. Wir für Euch.
Das **Füreinander** zählt.

Debeka
Versichern und Bausparen

Debeka: Verbesserung bei Long-Covid-Patienten

Nach einer Corona-Erkrankung leiden viele Betroffene unter anhaltenden Problemen durch Long Covid. Ein spezielles Versorgungsprogramm kann deren Gesundheitszustand nachhaltig verbessern, wie aktuelle Zahlen der Debeka belegen. Die größte private Krankenversicherung berichtet von Fortschritten bei der symptomatischen Behandlung von Long-Covid-Patienten durch ein telefonisches Versorgungsprogramm, an dem seit Einführung im Juli 2021 mehr als 2.400 Debeka-Versicherte teilgenommen haben. Während zu Beginn des Programms 26 Prozent der befragten Programmteilnehmer arbeitsunfähig waren, so hatte sich dieser Wert am Ende des Programms auf 13 Prozent halbiert. Fast 80 Prozent der befragten Teilnehmer gaben an, dass sich ihr Gesundheitszustand im Laufe des Programms gebessert hat. Für 83 Prozent kam es zu einer Verbesserung der Lebensqualität. Ein ergänzendes Nachsorgekonzept der Charité hilft Betroffenen von Post-Covid – also Patienten, die länger als drei Monate nach einer Corona-Infektion an Beschwerden leiden.

„Long Covid ist als Krankheit immer noch zu wenig erforscht, dabei gibt es viele Betroffene. Wir versuchen alles, um unsere Mitglieder, die darunter leiden, bestmöglich zu unterstützen. Unser Versorgungsprogramm covidcare zeigt hier wirklich gute Erfolge“, sagt Annabritta Biederbeck, Vorstandsmitglied der Debeka.

62 Prozent der Programmteilnehmenden von covidcare waren weiblich, 38 Prozent männlich. Das Durchschnittsalter der Frauen betrug 49 Jahre, das der Männer 56 Jahre. 85 Prozent der befragten Teilnehmenden klagten zu Programmbeginn über Fatigue oder sogar extreme Fatigue – eine Symptomatik, die durch anhaltende Müdigkeit, Kraftlosigkeit und fehlenden Antrieb geprägt ist, sodass ein normaler Alltag kaum mehr zu bewältigen ist. Insbesondere die Angabe einer extremen Fatigue hatte sich bei den Teilnehmenden im Laufe des Programms gebessert. Zu Beginn gaben 42 Prozent der Befragten an, unter extremer Fatigue zu leiden. Zum Ende der Programmteilnahme hatte sich auch dieser Wert auf 21 Prozent halbiert. Der Anteil derjenigen, die nicht unter Fatigue litten, erhöhte sich von anfangs 11 Prozent auf 27 Prozent zum Schluss der Teilnahme. Für mehr als drei Viertel der befragten Teilnehmenden kam es zu einer Verbesserung des Gesundheitszustands und der Lebensqualität.

Covidcare ist ein telefonisches Versorgungsprogramm, bei dem erkrankte Debeka-Versicherte bei Fragen rund um die Corona-Erkrankung sowie bei gesundheitlichen Belastungen und Folgen in regelmäßigen Telefongesprächen Unterstützung durch persönliche Gesundheitsmanager erhalten. Je nach Beschwerdebild und aktueller Situation, werden die Programminhalte individuell abgestimmt und auf die speziellen Bedürfnisse zugeschnitten. Covidcare kann beispielsweise bei Geruchs- und Geschmacksstörungen, Fatigue oder organischen Erkrankungen unterstützen. Hauptziele des Programms sind die Linderung von Long-Covid-Symptomatik, die Verhinderung von Chronifizierungen sowie die Verbesserung der Lebensqualität.

Weitere Informationen zu den Programmen:
www.debeka.de/covidcare und www.debeka.de/restart

Hervorragendes Wahlergebnis für den BSBD Landesverband Baden-Württemberg bei den Wahlen zum HPR

Es konnte an den Erfolg bei den letzten Wahlen im Jahr 2019 angeknüpft werden. 6 von 8 der für den BSBD Baden-Württemberg Kandidierenden haben den Einzug in das Gremium geschafft

Am 02. und 03. Juli 2024 fanden die Wahlen zum Hauptpersonalrat im Ministerium der Justiz und für Europa und zu den örtlichen Personalräten in den Justizvollzugsanstalten statt.

Der BSBD Landesverband war in der Liste der Arbeitsgemeinschaft Justiz-AG Justiz-des BBW Beamtenbund Tarifunion mit insgesamt 8 Kandidatinnen und Kandidaten aus den Ortsverbänden und dem Landesvorstand zur HPR-Wahl angetreten, davon 5 für die Gruppe der Beamten und 3 für die Gruppe der Arbeitnehmer.

Neben der Liste der AG Justiz, auf der alle Kandidatinnen und Kandidaten des BSBD vertreten waren, gab es dieses Mal eine weitere Liste der DJG. Gewählt wurde daher nach den Grundsätzen der Verhältniswahl, so dass bis zu 3 Stimmen an einen Kandidierenden vergeben werden konnten. Den Angehörigen der Gruppe der Beamten standen insgesamt 11 Stimmen zur Abgabe zur Verfügung, für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer waren es 6.

Der Hauptwahlvorstand beim Ministerium der Justiz und für Europa stellte in seiner Sitzung am 10.07.2024 das Wahlergebnis

fest. Die Bekanntmachung sorgte beim BSBD Baden-Württemberg für große Freude, da sich einmal eindrucksvoll zeigte, wie groß die Unterstützung im Land ist.

Hier nun die wichtigsten Zahlen und Fakten zur Wahl (Auszüge aus der Bekanntmachung des Wahlergebnisses):

1. Gruppe der Beamten

Wahlberechtigt waren 9.461 Beamte, davon wählten 5.364. Dies entspricht einer Wahlbeteiligung von 56,70 Prozent.

Von den 45.082 gültigen Stimmen haben die Kandidaten des BSBD-Landesverbandes erhalten:

Michael Schwarz:	3.994 Stimmen
Lars Rinklin:	3.245 Stimmen
Daniel Meurer:	2.481 Stimmen
Alexander Rees:	2.373 Stimmen
Manja Sommer:	1.704 Stimmen
Summe:	13.797 Stimmen (rund 31 %)

Damit wurden alle Kandidaten des BSBD in den HPR gewählt.

Neben dem BSBD-Landesvorsitzenden Michael Schwarz, der 2014 erstmals in den Hauptpersonalrat einzog und dem 1. Stellvertretenden Landesvorsitzenden Lars Rinklin, der seit 2019 Mitglied des HPR ist, hat es auch der stv. Landesvorsitzende Alexander Rees das zweite Mal ins Gremium geschafft, so dass der Werkdienst weiter vertreten bleibt. Mit ihnen werden sich Daniel Meurer, der seine zweite Amtszeit antritt und Manja Sommer, die erstmals dabei ist, für die Belange des Justizvollzugs stark machen.

2. Gruppe der Arbeitnehmer

Wahlberechtigt waren 5.485 Arbeitnehmer, davon wählten 2.750. Dies entspricht einer Wahlbeteiligung von 50,14 Prozent.



Michael Schwarz



Lars Rinklin



Alexander Rees



Manja Sommer



Daniel Meurer



Sabine Glas

Von den 13.039 gültigen Stimmen haben die Kandidatinnen des Landesverbandes erhalten:

Sabine Glas:	768 Stimmen
Steffen Schelenz:	434 Stimmen
Andrea Marker:	437 Stimmen
Summe:	1.639 Stimmen (rund 13 %)

Damit hat leider nur Sabine Glas, die nun ihre zweite Amtszeit antritt, den Einzug in den HPR geschafft. Sie muss nun ohne weitere, vollzugliche Unterstützung im Arbeitnehmer-Bereich kämpfen und das obwohl gerade in dem Bereich so viel zu tun ist. Selbstverständlich wird sie von den gewählten Kollegen aus der Gruppe der Beamten tatkräftig unterstützt werden, dennoch hatte der BSBD auf ein anderes Ergebnis gehofft.

Am 18.07.2024 fand dann die konstituierende Sitzung des Hauptpersonalrats statt. Zur Vorsitzenden wurde Monika Haas und zur Stellvertreterin die BSBD-Kandidatin Sabine Glas gewählt.

Auch wenn der BSBD in dieser Amtszeit mit 6 von 17 Sitzen nicht ganz so stark vertreten ist, wie in der letzten, wo es 9 von 17 Sitzen waren, werden die Vorstellungen und Ziele des BSBD auch weiterhin die praktische Arbeit des Hauptpersonalrats maßgeblich beeinflussen.

Diese positiven Aussichten für den Vollzug bezüglich der Arbeit im HPR sind aber nicht nur den Kandidatinnen und Kandidaten zu verdanken.

Vielmehr haben Sie als Unterstützer in den einzelnen Ortsverbänden der Justizvollzugsanstalten mit jeder Stimme, die Sie einem Kandidaten des BSBD gegeben haben, dies ermöglicht.

Für diese herausragende Teamleistung und innere Geschlossenheit sei Ihnen hiermit herzlichst gedankt. Nur durch Sie war dieses Ergebnis zu erzielen.

Der BSBD Landesverband Baden-Württemberg weiß diesen Vertrauensbeweis sehr zu schätzen und wird weiter Ihre Ziele zu seinem Anliegen machen und für Ihre Interessen eintreten!

„Euer Wohlergehen, unser Auftrag – vom ersten bis zum letzten Tag“

Bericht: Teresa Mazzarella

Der BSBD im Gespräch mit der Strafvollzugsbeauftragten Julia Goll MdL

In Folge eines regen Austausches zwischen dem Fachgruppensprecher für die Jungen Bediensteten, Philipp Weimann, und dem Vorsitzenden der Jungen Liberalen Baden-Württemberg, Mark Hohensee, trafen sich Ende Juni der BSBD-Landesvorsitzende Michael Schwarz und Philipp Weimann mit der Strafvollzugsbeauftragten der FDP Julia Goll MdL zum Gespräch über ein Kernthema des BSBD Baden-Württemberg: die Aus- und Fortbildung im Justizvollzug verbunden mit den Herausforderungen Mitarbeitergewinnung und -bindung.

Entsprechend ausgiebig hat man sich dazu ausgetauscht. Besonders intensiv wurden die finanzielle Ausstattung der Aus- und Fortbildung im Haushalt, die Situation an und durch die drei Standorte des Bildungszentrums Justizvollzug, sowie die Personalausstattung und Besoldungsstruktur vor Ort besprochen.

Der BSBD hat am Ende nochmals die Forderung nach einem zentralen Aus- und Fortbildungszentrum mit zeitgemäßer, moderner Technik und Unterbringung angebracht.

Uns ist bewusst, dass dies ein Ziel ist, das einen langen Atem benötigt. Umso wichtiger ist es, bis dahin die Zwei-Klassen-Unterbringung unsere Anwärterinnen und Anwärter zu beenden und alle so unterzubringen, dass es einem sogenannten einfachen Hotelstandard entspricht, wie es derzeit in der Außenstelle Crailsheim und größtenteils im Haus 4 im „Kelterle“ der Fall ist.

Es soll an der Stelle nicht unerwähnt bleiben, dass die Notwendigkeit Veränderungen in den baulichen Unterkunftsbereichen anzugehen von den Verantwortlichen gesehen wird und es spürbare Bemühungen um Verbesserung in die richtige Richtung gibt. Die Maßnahmen dürfen allerdings nicht auf die grösste Mängelbeseitigung begrenzt sein und sollten in einem akzeptablen, zeitlichen Rahmen stattfinden. Hierzu bedarf es vielseitiger Unterstützung.

Eine adäquate Unterbringung während der Ausbildung ist eine Art von Wertschätzung, die man den Bediensteten zeigt, was wiederum ein wichtiger Baustein in Bezug auf die Mitarbeiterbindung ist.

Das Logistikzentrum Baden-Württemberg und das Diensthundewesen waren unter anderem weitere Themen über die man sich im restlichen Verlauf des Gespräches noch ausgetauscht hat. Anhand von Beispielen aus der Praxis rund um die Dienstkleidung, konnten verschiedene Sachverhalte und deren Auswirkung auf den täglichen Dienst der Abgeordneten erläutert werden. Auch hier war Frau Goll sehr interessiert und hat sich ausführlich über Punkte wie z.B. die Bestell- und Tauschmodalitäten oder die verminderte Grundausstattung im Angestellten- und Anwärterbereich informieren lassen.

Wir bedanken uns bei Frau Goll für den offenen, konstruktiven Austausch und ihre Unterstützung für den Vollzug.

Bericht: Philipp Weimann



Foto: BSBD BW

v.l.: Michael Schwarz, Julia Goll MdL, Philipp Weimann

Pflegezulage für Tarifbeschäftigte im Justiz- und Maßregelvollzug eingeführt

Ein Schritt Richtung Abbau des Konkurrenzdrucks um Beschäftigte ist getan



Sabine Glas

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Beschäftigte in der ambulanten und stationären Pflege im Vollzug und Maßregelvollzug erhalten seit 1. Januar

2024 eine dynamische Zulage für Pflegekräfte sowie für Beschäftigte in Gesundheitsberufen.

Zulage für Krankenpfleger/ Krankenpflegerinnen

Seit dem 1. Januar 2024 profitieren Pfleger/ Pflegerinnen und Pflegehelfer/ Pflegehelferinnen im Justizvollzug von einer neuen Pflegezulage in Höhe von 143,92 Euro pro Monat. Diese Zulage ist dynamisch und passt sich den allgemeinen Entgeltanpas-

sungen an. Betroffen sind alle Pfleger/ Pflegerinnen und Pflegehelfer/ Pflegehelferinnen im Justizvollzugsdienst im Geltungsbereich des TV-L.

Zulage für bestimmte Gesundheitsberufe

Ebenso profitieren seit dem 1. Januar 2024 bestimmte Tarifbeschäftigte in Gesundheitsberufen im Justizvollzug von einer neuen, dynamisierten Pflegezulage in Höhe von 71,96 Euro pro Monat. Es handelt sich um folgende Berufe: Ergotherapeuten, Logopäden, medizinische Fachangestellte und Zahnmedizinische Fachangestellte, medizinisch-technische Assistenten, pharmazeutisch-technische Assistenten und Physiotherapeuten, biologisch-technische Assistenten und chemisch-technische Assistenten im Geltungsbereich des TV-L.

Damit erfährt die Arbeit im medizinischen Dienst im Justizvollzug endlich die drin-

gend notwendige Anerkennung. Dafür hat sich der BSBD bei den Tarifverhandlungen seit Jahren eingesetzt.

Der Beruf der Krankenpflegerin bzw. des Krankenpflegers im Vollzug muss eine ähnliche Aufwertung erfahren, wie die Pflege in den Universitätskliniken. Nur durch deutliche Verbesserungen bei der Bezahlung kann der prekären Situation des medizinischen Dienstes im Justizvollzug begegnet werden. Ein erster wichtiger Schritt dazu ist mit dem Tarifabschluss gelungen.

Dieses gute Ergebnis verdanken wir unter anderem auch dem engagierten und beharrlichen Einsatz vieler BSBD-Kolleginnen und -Kollegen, die uns im Tarifstreit aktiv unterstützt haben. Dieses Engagement wird nun belohnt!

Vielen Dank!!!

Eure/ Ihre Sabine Glas
Fachgruppensprecherin Tarif

Die Fachgruppe „Weibliche Bedienstete“ wächst weiter

Am 24. und 25.06.2024 versammelte sich die Fachgruppe der weiblichen Bediensteten zu einer zweitägigen Tagung im Flair Hotel Landgasthof Roger in Löwenstein-Höblinsülz. Insgesamt nahmen neben dem BSBD-Landesvorsitzenden Michael Schwarz 17 Frauen teil.

Zu Beginn begrüßten Landesfachgruppensprecherin Manja Sommer und ihre Stellvertreterin Nadin Deininger alle Teilnehmerinnen, sowie Michael Schwarz und eröffneten eine kleine Vorstellungsrunde, da unter ihnen neue Gesichter waren. Die Fachgruppe ist in den letzten 2 Jahren enorm gewachsen. So viele Teilnehmerin-



Frauen, Beurteilungen und ETR gemeinsam erörtert und für verschiedene Thematiken Lösungsansätze angeregt.

Landesvorsitzender Michael Schwarz hielt zudem noch einen interessanten und ausführlichen Bericht über die zu dem Zeitpunkt bevorstehende Wahl des Hauptpersonalrats beim Ministerium der Justiz und für Migration Baden-Württemberg, die Einkommensrunde TV-L 2023 und den Tarifabschluss der Länder, sowie die Übertragung auf den Beamtenbereich und das Fortbildungsprogramm im Justizvollzug.

Zum Abschluss bereicherte Michele Assenza von Swiss Life Select als Vorsorgespezialist die Tagung mit seiner Präsentation über die dbb Vorteilswelt!

Insgesamt freute sich die Fachgruppe der weiblichen Bediensteten darüber, dank dem BSBD, die Möglichkeit zu haben 2 weiterbringende und sehr aufschlussreiche Tage im Landgasthof Roger verbringen können und bedankt sich für die sehr gute Gastfreundlichkeit und hervorragende Bewirtung.

Bericht: Manja Sommer



nen gab es zuvor noch an keiner Tagung der weiblichen Bediensteten.

Anschließend ging die Fachgruppe in einen regen Austausch und diskutierte aktuelle, anstaltsübergreifende Schwierigkeiten wie den Personalmangel und die Langzeit-Kranken, was zu immer mehr Überstunden führt. Dass dies auf die allgemeine Stimmung in den verschiedenen Justizvollzugsanstalten drückt, wurde sehr schnell deutlich.

Weiterhin wurden verschiedene Themen, wie BfC, Teilzeit, Stellenbesetzungen der

Landeshauptvorstand des BSBD tagt in Herrenberg

Am 16. Mai 2024 fand in Herrenberg die erste von zwei Landeshauptvorstandssitzungen 2024 statt.

Der Landesvorsitzende Michael Schwarz freute sich, die Kolleginnen und Kollegen, darunter den Ehrenvorsitzenden Alexander Schmid, zur Landeshauptvorstandssitzung des BSBD im Hotel Hasen in Herrenberg begrüßen zu dürfen.

Es wurde kurz der Ablauf der Tagung und das Organisatorische geklärt. Da in diesem Jahr die Hauptpersonalratswahlen stattfanden, ist die üblicherweise 2 Tage dauernde Landeshauptvorstandssitzung auf zwei eintägige Veranstaltungen aufgeteilt worden. Die zweite findet im Oktober statt. Nach Abhandlung der ersten Tagesordnungspunkte, welche auch einen Rückblick auf die gelungenen Tarifverhandlungen beinhalteten, bedankte sich Landesvorsitzender Schwarz bei allen Vertreterinnen und Vertretern der Ortsverbände für die große Unterstützung bei der am 30.11.2023 stattgefundenen Kundgebung in Stuttgart und der aktiven Mittagspause vor den Anstalten.

Weiter berichtete er von verschiedenen Gesprächen beim Ministerium und mit der Politik. Es gibt Kontakt zu allen Fraktionen, besonders zu deren Strafvollzugsbeauftragten, mit Ausnahme der AfD, von der sich der BSBD klar distanziert.

Folgende weitere Themen wurden u.a. besprochen:

- Gewalt am Arbeitsplatz gegenüber Bediensteten. In dem Bereich hat sich mittlerweile einiges getan. So sieht ein Gesetzesentwurf vor, dass auch im Fal-

le einer Abschiebung/Ausweisung oder einer Schuldunfähigkeit eines Gefangenen, bei Anspruch eines Bediensteten auf Schmerzensgeld, dieser vom Land BW übernommen wird. Auch werden jetzt Vorkommnisse von niederschwelliger Gewalt statistisch erfasst und ausgewertet.

- Die lange Bearbeitungszeit bei der Beihilfe und bei der Auslieferung der Dienstkleidung.
- Mitarbeitergewinnung und -bindung. Derzeit sieht es leider so aus, dass die neu eingestellten Kollegen genauso viele sind wie die, die unter dem Jahr geplant und ungeplant ausscheiden. Der durch die Stellenmehrungen in den letzten Jahren gewünschte Effekt der Entlastung kommt daher derzeit leider in den Anstalten noch nicht spürbar an. Dies zeigt klar, dass die Aufgabe der Mitarbeiterbindung ein zentraler Schwerpunkt der nächsten Jahre sein

wird, damit eine spürbare Verbesserung der Personaldecke Wirklichkeit wird. Ein Baustein, dem hierbei auch eine besondere Bedeutung zukommt, sind unsere Kolleginnen und Kollegen im Tarifbereich. Ihre Unterstützung ist unverzichtbar. Verbesserungen im Bereich der Tarifbeschäftigten sind deshalb elementar, um sie dauerhaft an uns zu binden.

- „Zukunftsgerichtet“: der Vorsitzende berichtete von seiner Teilnahme bei der Roadshow in Ellwangen und warb bei den Anwesenden sich ebenfalls aktiv an dem Projekt zu beteiligen. Mit diesem Projekt bietet das Ministerium der Justiz und für Migration Baden-Württemberg im Jahr 2024 eine Plattform, um Ideen einzubringen, zu diskutieren und die Justiz der Zukunft mitzugestalten. Es ist eine sehr gute Möglichkeit, für uns als BSBD, die Belange des Vollzugs zu platzieren und innovative Ideen zu präsentieren. Am Schluss des Projekts werden



die Beiträge und Ergebnisse ausgewertet und können Grundlage für weitere Verhandlung jeglicher Art sein.

Dem Bericht des Vorsitzenden folgte der Kassenbericht des Kassierers Frank Maertins und im Anschluss der Bericht der Kassenprüfer Maria Bohr und Mathias Vogginger, die ihm eine tadellose Kassenführung bescheinigten.

Die Landeskasse und dem Vorstand wurde daraufhin einstimmig die Entlastung erteilt. Frank Maertins berichtete weiter über die für den BSBD neu angeschaffte Software „easyVerein“. Die Software ist einsatzbe-

reit und wird seit Juni mit ausgewählten Pilotanstalten getestet. Im Herbst sollen dann die restlichen Anstalten eingebunden werden. Dies wird die Arbeit in den Ortsverbänden erleichtern.

Ein weiterer wichtiger Tagesordnungspunkt war die anstehende Hauptpersonalratswahl. Gerne wäre man auch dieses Mal wieder mit nur einer gemeinsamen Liste angetreten, allerdings gab es hierfür keine Einigung mit allen Beteiligten, so dass es bei dieser Wahl zwei Listen gab. Der BSBD war mit seinen Kandidaten auf der Liste Nr. 1 der Arbeitsgemeinschaft der Justiz des BBW vertreten.

Die Ergebnisse der Wahl finden Sie im gesonderten Artikel hierzu in dieser Ausgabe. Trotz des straffen Programms der eintägigen Landeshauptvorstandssitzung bot die Veranstaltung auch Raum ins Gespräch zu kommen und sich auszutauschen, was von den Anwesenden gerne genutzt wurde. Wir freuen uns auf die Fortsetzung am 10.10.2024!

Bericht: Kai Kretschmer

Ortsverband Heimsheim lädt Mitglieder zum Grillfest ein

Jahreshauptversammlung 2024

Bei strahlendem Sonnenschein begrüßte Kollege Brzoska die zahlreich erschienenen Mitglieder im Freizeithaus Eberdingen und bedankte sich bei allen, dass sie sich die Zeit genommen haben zu kommen. Ein besonderes Willkommen ging an den Landesvorsitzenden Michael Schwarz und seinen Stellvertreter Steffen Schelenz.

Zunächst wurde dem im März verstorbenen Kollegen Klaudius Mokwa gedacht. In Form einer Schweigeminute und mit Episoden aus dem dienstlichen Alltag wurde er geehrt. Er wird dem Verband in steter Erinnerung bleiben. Es folgten umfangreiche Berichte des Ortsverbandsvorsitzenden und Landesvorsitzenden. Die weiteren Abstimmungen und Wahlen konnten ohne Gegenstimmen oder Enthaltungen abgearbeitet werden, so dass zügig eine Entlastung stattfinden konnte.

Neu gewählt wurden:

Fachgruppenvertreter „Junge Bedienstete“:
Stefan Schaffer,
Stellvertreter Yannick Ziebart
Fachgruppenvertreterin
„Weibliche Bedienstete“: Ina Westphal,
Stellvertreterin Sarah Bosch

Wir gratulieren nochmal herzlich und wünschen viel Erfolg für die neuen Aufgaben!

Ein weiteres freudiges Ereignis an diesem Tag waren die Ehrungen von Silvia Rittmann für 25-jährige Mitgliedschaft, die anwesend war, und in Abwesenheit der Herren:

Siegfried Dahm
für 60-jährige Mitgliedschaft
Wolfgang Schmid
für 50-jährige Mitgliedschaft
Pio Knecht
für 40-jährige Mitgliedschaft und
Bernd Collmer
für 25-jährige Mitgliedschaft

Nach den vielfältigen und interessanten Informationen war die Vorfreude auf den Grillabend deutlich spürbar.

An dieser Stelle möchte sich die Vorstanderschaft des Ortsverbands recht herzlich für die Bereitschaft und das Interesse vieler unserer Ortsverbandsmitglieder bedanken. Dies zeigt sich in Fragen, Anregungen und der Übernahme von Aufgaben oder Ämtern. Ein ganz zentrales Amt hatte an diesem Tag unser Grillmeister Thomas Henninger inne, der über dem offenen Feuer – zur Zufrie-

denheit aller – nichts anbrennen lies. Highlights waren auch die vielen gespendeten Salate und Nachtische, dank derer der Abend ein voller Erfolg war.

Es war dem Vorstand eine Freude!

Bericht: Philipp Grassler



v.l.: Schelenz, Grassler, Rittmann, Brzoska, Schwarz



v.l.: Schwarz, Schelenz, Brzoska, Grassler, Bosch, Westphal, Rentschler, Ziebart

Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Freiburg

Ortsverbandsvorsitzender Daniel Meurer einstimmig im Amt bestätigt

Am 18.04.2024 fand die Jahreshauptversammlung des Ortsverbandes Freiburg in der Gaststätte Rhodia Stüble in Freiburg statt.

Der Ortsverbandsvorsitzende Daniel Meurer konnte 37 Mitglieder und Pensionäre begrüßen. Ganz besonders begrüßte er die stellvertretende Verwaltungsleiterin Sandra Saier, die auch Fachgruppensprecherin des gehobenen Verwaltungsdienst ist. Anschließend ging man zur Tagesordnung über, welche schriftlich vorlag und genehmigt wurde.

Die Mitgliederversammlung gedachte sodann mit einer Schweigeminute aller verstorbenen Mitglieder.

Der Vorsitzende Daniel Meurer berichtete sodann mit einem kurzweiligen Vortrag über die verschiedenen Aktivitäten des Ortsverbandes im zurückliegenden Geschäftsjahr. Insgesamt war 2023 aus gewerkschaftlicher Sicht ein eher ruhiges Jahr. Viel Zeit wurde in die Mitgliedererwerbung gesteckt. Am 30.11.2023 hat sich der Ortsverband Freiburg mit einer beachtlichen Delegation mit einem Bus auf den Weg nach Stuttgart gemacht, um sich an der Kundgebung des BBW aufgrund der Einkommensrunde TV-L 2023 zu beteiligen.

Meurer berichtete über die nach wie vor viel zu hohe Belastung in den einzelnen Diensten. Die Nachwuchsgewinnung läuft auf Hochtouren, jedoch muss man feststellen, dass man in starker Konkurrenz mit anderen Behörden steht.

Unsere Arbeitsbedingungen, Schicht- und Wechseldienst, 41-Stunden-Woche und vieles mehr schreckt oft die Bewerber eher ab. Hier braucht es seitens der Politik dringend Verbesserungen. Die Attraktivität des Schichtdienstes muss verbessert werden, Beruf und Familie sollten besser in Einklang gebracht werden können.

Kassierer Philipp Hog berichtete über ein positives Geschäftsjahr. Die Vereinskasse konnte mit einem deutlichen Plus abgeschlossen werden. Die Mitgliederzahl im Ortsverband Freiburg liegt konstant über 300, somit ist man nach wie vor der größte Ortsverband im Ländle.

Die am 12.04.2024 durchgeführte Kassenprüfung, durch Tobias Walter und Michael Kopp ergab eine beanstandungsfreie Kassenführung. Die von den Kassenprüfern Walter und Kopp beantragte Entlastung des Kassierers erfolgte einstimmig.

Es folgten die Berichte der anwesenden Fachgruppenvertreter. Jörg Waldmann – Fachgruppe Allgemeiner Vollzugsdienst – gab letztmalig seinen Bericht ab.

Mathias Vogginger berichtete über die Tagung der Fachgruppe Werkdienst, die sich am 06.12.2023 in Ulm getroffen hatte.

Nach den Vorträgen erfolgte die Entlastung der Vorstandschaft, die Peter Scherzinger beantragte und daraufhin einstimmig erfolgte. Ebenso führte Peter Scherzinger souverän den Punkt Neuwahlen durch.

Die jeweiligen Kandidaten wurden alle einstimmig gewählt.

Ergebnis der Wahlen:

1. Vorsitzender:	Daniel Meurer
Kassierer:	Philipp Hog
Schriftführer:	Henning Kamp
Fachgruppenvertreter:	
AVD:	offen
WD:	Tobias Walter
Kassenprüfer:	Martin König

Nach den Neuwahlen konnten zahlreiche Mitglieder mit einer Urkunde, Anstecknadel und einem Weinpräsen für ihre langjährige Mitgliedschaft geehrt werden:

25 Jahre Mitgliedschaft:

Sigmund Hahn, Josef Kury, Patrick Anstatt, Daniel Meurer, Matthias Zapf, Mathias Vogginger, Georg Fessinger, Marco Ölschläger, Michael Diringer, Marc Lubig und Heike Voll

40 Jahre Mitgliedschaft:

Franz Wissert, Gottlieb Schwaab, Ernst Reimer und Bernhard Ruf

und bereits **50 Jahre Mitgliedschaft** wurden gefeiert mit: Ursula Fries-Borho

Bei einem gemeinsamen Abendessen und guten Gesprächen wurde nach Beendigung der Versammlung noch ein gemütlicher Abend in geselliger Runde verbracht.

Bericht: Mathias Vogginger



Jahreshauptversammlung des Ortsverbands Ravensburg

Kasse wieder in guten Händen

Am 22.05.2024 fand die Jahreshauptversammlung des Ortsverbands Ravensburg statt. Eröffnet wurde die Versammlung indem der Ortsverbandsvorsitzende Jochen Donneberg alle anwesenden Ortsverbandsmitglieder, sowie den Landesvorsitzenden Michael Schwarz herzlich begrüßte. Die Tagesordnung wurde nach der Begrüßung einstimmig genehmigt.

Daraufhin folgte der Bericht des Ortsverbandsvorsitzenden über die Kundgebung am 30.11.2023 im Rahmen der Einkommensrunde TV-L 2023 in Stuttgart bei der 12 Kollegen der JVA Ravensburg teilgenommen hatten und die Rückmeldung sehr positiv war.

Weiter wies er darauf hin, dass ein neuer Kassierer gewählt werden muss, da der bisherige nicht mehr im Vollzug tätig ist und sein Amt niedergelegt hat. Einen Bericht des Kassierers gab es nicht, aber es gab auch keine Veränderungen in der Kasse

seit der letzten Jahreshauptversammlung. Zur neuen Kassiererin wurde einstimmig Frau Nowak gewählt.

Im Anschluss berichtete der Landesvorsitzende Michael Schwarz über aktuelle Themen aus dem Landesvorstand. Er stellte die geplante BSBD-App vor, die es ermöglichen soll, alle gewerkschaftlichen Angelegenheiten über das Smartphone zu regeln. Zudem informierte er über die Neuerungen in Bezug auf Schmerzensgeldansprüche gegen schuldunfähige oder abzuschiebende Gefangene. Das Thema „Lebensarbeitszeitkonto“ wurde beleuchtet. Michael Schwarz betonte auch die Wichtigkeit des richtigen Umgangs mit Social Media, da es immer wieder zu Entlassungen wegen rechtsradikaler Inhalte oder verfassungsfeindlichen Symbolen auf Smartphones kommt. Weitere Themen seines Berichts waren die Ablehnung einer Zusammenarbeit mit der AfD, die Lösungsansätze bezüglich der langen Lieferzeiten und der verbesserungswür-



Fotos: BSBD BW

v.l. Michael Schwarz, Jochen Donneberg

digen Qualität der Dienstkleidung und die Forderung der BSBD die Haushaltsmittel für Ausbildung und Fortbildung zu trennen. Abschließend wurde die Entlastung der Vorstandschaft einstimmig beschlossen.

Bericht: Joey Veil

BSBD Ortsverband Konstanz / Singen aktiv

Jahreshauptversammlung wieder in gewohnter Form am 21. Juni 2024 durchgeführt

„Endlich, nachdem zuletzt am 17. Februar 2022 nur online getagt werden konnte, können wir uns wieder treffen und einen informativen und gemütlichen Abend im kollegialen Kreis des BSBD verbringen“, so der Tenor der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Jahreshauptversammlung 2024 des BSBD Konstanz, zu der die Vorsitzende Jasmin Schober zahlreiche Mitglieder begrüßen konnte.

Auch der Landesvorsitzende Michael Schwarz und der Ehrenvorsitzende Alexander Schmid, selbst Mitglied des OV Konstanz, hatten es sich nicht nehmen lassen und waren zur Versammlung erschienen. Nachdem Jasmin Schober ausführlich über ihre und die Tätigkeit des Vorstandes des Ortsverbandes berichtet hatte und auch der Kassenbericht, vorgetragen durch Frank Mazzardo, ein sehr positives Bild zeichnete, konnten die Mitglieder, der Empfehlung der Rechnungsprüfer folgend, die Gesamtvorstandschaft und die Kasse einstimmig und besten Gewissens entlasten.

Höhepunkt war sicherlich auch der umfangreiche und sehr informative Bericht des Landesvorsitzenden Michael Schwarz, der keine „Baustelle des BSBD“ ausließ und allen Anwesenden vermittelte, dass der BSBD sich intensiv und dauerhaft für

die vielen verschiedenen Anliegen und Belange der Mitglieder einsetzt. Beispielhaft seien hier nur Rechtsschutz, Dienstbekleidung, LBV, Beförderungssituation, Personalausstattung, Gitterzulage... die Liste ließe sich noch lange fortsetzen, genannt.



v.l. Schober, Görn, Schwarz



v.l. Schmid, Schober, Schwarz

Bei den sich anschließenden Wahlen wurden folgende Entscheidungen getroffen:

1. Schriftführerin wird Jennifer Neuberger
2. Fachgruppenvertreter Mittlerer Verwaltungsdienst wird Willi Bühler
3. Fachgruppenvertreterin Sozialdienst wird Jennifer Neuberger
4. Fachgruppenvertreter Junge Bedienstete wird Justin Löffler
5. Fachgruppenvertreterin Tarif wird Nicole Aurioso-Wilhelm

6. Fachgruppenvertreterin Krankenpflege-dienst wird Natalie Wiker

Weiterer Höhepunkt der Veranstaltung war die persönliche Ehrung des Mitglieds Detlef Görn für seine mittlerweile 44-jährige Mitgliedschaft im BSBD.

Nach dem offiziellen Teil freute sich Jasmin Schober die Mitglieder noch zu einem gemeinsamen Essen und den damit verbundenen Gesprächen einladen zu können... sehr erfreulich, dass sich alle Anwesenden hierzu nicht lange bitten ließen.

Bericht: Alexander Schmid



Fotos (3): BSBD BW

Aller guten Dinge sind 3

Mitgliederversammlung des Ortsverbands Mannheim

Am 18.04.2024 fand im dritten Anlauf die Mitgliederversammlung des Jahres 2023 des Ortsverbands Mannheim in gemütlicher Runde statt. Der erste Termin am 30.11.2023 wurde aufgrund der Kundgebung des BBW im Rahmen der Einkommensrunde TV-L 2023 verschoben, beim Ersatztermin am 18.01.2024 waren aufgrund einer extrem schlechten Wetterlage neben dem Vorstand nur vier Mitglieder anwesend.

Nach Genehmigung der Tagesordnung und einer Gedenkminute für die verstorbenen Kolleginnen und Kollegen, berichtete Thorsten Stein als Vorsitzender über das ereignisreiche Jahr 2023, welches weiterhin geprägt war von einer angespannten Personalsituation und sich häufenden Übergriffen. Nachdem keiner der Fachgruppensprecher anwesend war und dem Vorstand auch keine Berichte vorlagen, erteilte Guido Rauschenberger Auskunft zur Kasse und anschließend bescheinigten die beiden Kassenprüfer eine beanstandungsfreie Führung dieser.

Nach der Entlastung des Vorstandes konnte erfreulicherweise Jürgen Scheike für seine 40-jährige Mitgliedschaft geehrt werden. Anschließend erfolgte die Neuwahl, sowohl des Vorstandes als auch der Fachgruppensprecher.

Peter Schulze übernimmt nun den Vorsitz und Jens van Lier dessen Stellvertretung. Guido Rauschenberger verbleibt im Amt



v.l.: van Lier, Stein, Schulze, Glaser, Rauschenberger

des Kassierers, ebenso wie Natascha Glaser im Amt der Schriftführerin. Sowohl dem Vorstand, als auch den Mitgliedern, bleibt somit nur Thorsten Stein für die jahrelange Tätigkeit im Vorstand des Ortsverbands Mannheim zu danken und allen neuen, sowie alten Mitgliedern des Vorstandes und auch den Fachgruppensprechern zur Wahl zu gratulieren.

Die Versammlung endete schließlich im gemütlichen Beisammensein.

Bericht: Natascha Glaser



Fotos (4): BSBD BW

Ortsverband Stuttgart stellt sich im Vorstand neu auf

Neues Team ist rührig und hat den Mitgliedern was zu bieten



v.l.: Hardy Wolf, Max Burkhardt, Rebecca Mühlhoff, Foto: BSBD BW

Bei der Hauptversammlung des BSBD-Ortsverbands Stuttgart wurde Hardy Wolf als Vorsitzender einstimmig wiedergewählt. Stellvertretender Vorsitzender ist nun Max Burkhardt, der genauso wie die Schriftführerin Rebecca Mühlhoff einstimmig gewählt wurde. Das Dreigestirn arbeitet seit geraumer Zeit schon sehr gut zusammen, z.B. wurde die „Gitterparty“ gemeinsam ins Leben gerufen und mit viel Lob als gelungene Party gefeiert.

Beim Frühlingsfest wurden in Zusammenarbeit mit dem BSBD-Ortsverband Asperg bei der Almhütte Royal für ca. 70 Personen Tische gebucht. Auch hier war die Stimmung ausgelassen beim Feiern mit den zugereisten Kollegen aus ganz Baden-Württemberg. Werbung für neue Kollegen in Form von Rucksäcken, Feuerzeugen, Kugelschreibern und Notizbüchern wurden ausgegeben und das Pensionärstreffen finanziell unterstützt.

Max Burkhardt zeigt sich dabei so motiviert und interessiert, dass Hardy Wolf sich freuen würde das Zepter bei der nächsten Hauptversammlung guten Gewissens an Max übergeben zu dürfen.

Bericht: Hardy Wolf

Liebe Freunde und Partybegeisterte,

es ist wieder so weit: die Gitterparty Vol. 2 steht vor der Tür!

Der BSBD-Ortsverbände Stuttgart und Hohenasperg können es kaum erwarten, euch alle am 23. November 2024 um 21 Uhr im Four Runners Asperg zu begrüßen!

Lasst uns gemeinsam eine Nacht erleben, die nicht nur mitreißende Musik, sondern auch unvergessliche Momente bieten wird. Taucht ein in die pulsierende Atmosphäre, tanzt zu den heißesten Beats und genießt das Leben in vollen Zügen!

Für alle Mitglieder des BSBD ist der Eintritt frei – mit Nachweis.

Eine kleine Belohnung für eure Treue und Unterstützung. Alle anderen zahlen lediglich 5 Euro, um Teil dieser sensationellen Party zu sein.

Kommt vorbei und feiert mit uns bis in die frühen Morgenstunden! Wir versprechen euch eine unvergessliche Nacht voller Spaß, Freude und guter Musik. Als besonderes Highlight bieten wir euch dieses Mal eine Fotobox, um eure schönsten Momente festzuhalten. Zudem wird es eine Tombola geben, bei der ihr Gutscheine für einzigartige Erlebnisse für euch und eure Freunde/Familie gewinnen könnt.

Wir freuen uns schon riesig darauf, euch alle am 23. November im Four Runners Asperg zu sehen!

Euer Gitterparty Team

Rebecca Mühlhoff, Max Burkhardt, Kimberly Biancucci, Christoph Abele



JVB Hauptausschuss: Gewalt im Fokus

Sammer: „Jeder Übergriff ist einer zu viel!“

Vom 11. bis 12. Juli 2024 versammelten sich über 60 Kolleginnen und Kollegen aus sämtlichen Bereichen des baye- rischen Justizvollzugs in Weiden, um über die Entwicklungen im JVB zu sprechen. Landesvorsitzender Alexander Sammer zog in seinem Tätigkeitsbericht eine Zwischenbilanz der letzten 12 Monate. Im Fokus der Debatten stand das Thema Gewalt und Übergriffe. Die Teilnehmer erwarteten zudem informative Vorträge vom Deutschen Beamtenbund, der DPoIG-Stiftung sowie ein breiter Einblick in die Arbeit der JVB Gremien.

Mit Nachdruck stellte Sammer das Thema Gewalt in den Mittelpunkt des diesjährigen Hauptausschusses. „Ein sicheres Arbeitsumfeld hat oberste Priorität!“, so Sammer. Dafür ist eine gute personelle Besetzung zwingend notwendig, denn hohe Arbeitsbelastung und Personalmangel schaffen einen Nährboden für gefährliche Situationen. Seine Worte, die zugleich den Auftakt der Veranstaltung markierten, wurden in einer JVB-Pressemitteilung versendet.

JVA-Bedienstete sehen sich im Laufe ihres Berufslebens mit bedrohlichen Situationen konfrontiert. Für viele bedeutet dies eine enorme Belastung, die sie an ihre Grenzen und in manchen Fällen auch darüber hinausbringt. Auf der anderen Seite darf es



keinesfalls zu einer Bagatellisierung oder Toleranzerhöhung bei Gewaltvorfällen kommen. Stattdessen muss jeder Vorfall ernst genommen und entsprechend geahndet werden. Der JVB befürwortet das Vorgehen des StMJ zur Gewaltprävention und die konsequente Ergreifung straf- und disziplinarrechtlicher Maßnahmen.

Blick nach Mannheim und Frankreich

Sammer hat die kürzlich verübten brutalen Angriffe auf Angehörige der Sicherheitsbehörden hervorgehoben, die eine erschreckende Eskalation darstellen. Die abscheulichen Vorfälle, bei denen Täter am 14. Mai

2024 in der Normandie/Frankreich einen Gefangenentransporter mit schweren Waffen attackierten und zwei Strafvollzugsbeamte ermordeten, sowie am 31. Mai 2024 in Mannheim ein Polizeibeamter durch eine Messerattacke getötet wurde, zeigen die Dimension der Bedrohungen. Sammer bekundete im Namen des JVB sein tiefes Mitgefühl gegenüber den Familien der betroffenen französischen Kollegen und des deutschen Polizeibeamten.

Zum Abschluss dankte Sammer allen Beteiligten und unterstrich die Bedeutung solcher Veranstaltungen für die Zukunft des Verbands. Von den Teilnehmern gab es ein durchweg positives Feedback.

Bericht und Bilder: Thomas Benedikt

PRESSEMITTEILUNG

Weiden, 11.07.2024

Jeden Tag mindestens ein Gewaltvorfall gegen JVA-Bedienstete in Bayern.

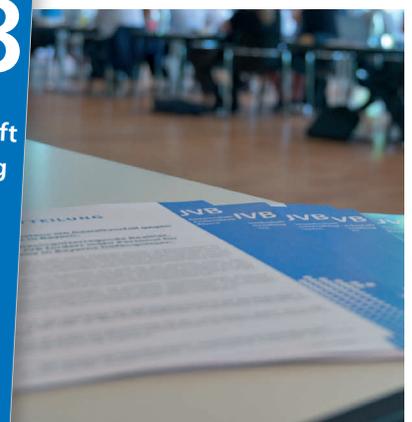
Statistik zeigt besorgniserregende Realität. Gewerkschaft JVB fordert mehr Personal für stärkere Präsenz in Bayerns Gefängnissen.

„Jeder Übergriff ist einer zu viel!“, betont Alexander Sammer, Landesvorsitzender des JVB. In Bayerns Justizvollzugseinrichtungen wird die Sicherheit der Bediensteten zunehmend bedroht. Im Jahr 2023 allein wurden 379 Gewalthandlungen registriert, was auf eine besorgniserregende Realität hindeutet. Seit dem Jahr 2022 erfolgt eine erweiterte statistische Erfassung von Gewaltvorfällen gegen Justizvollzugsbedienstete in Bayern.

Gewaltvorfälle gegen JVA-Bedienstete sind nicht nur eine physische, sondern auch eine psychische Belastung. Die Hemmschwelle, JVA-Bedienstete

JVB

Gewerkschaft
Justizvollzug
Bayern



Pressemitteilung zum Auftakt des JVB-Hauptausschusses.



JVB-Chef Alexander Sammer eröffnete den Hauptausschuss 2024



Stellv. Landesvorsitzende Kerstin Hofmann erörterte die vergangenen Tarifverhandlungen aus Sicht des JVB



Kassenprüfer Wolfgang Weber bescheinigte der Landesleitung eine solide Finanzlage und verantwortungsvolle Ausgaben



Bernhard Heim, Vorsitzender der JVB Senioren, gab einen Ausblick auf den Senioren-Informationstag im Oktober.



Die Delegierten wählten Andreas Schäffler zum neuen Fachgruppensprecher Krankenpflegediens. Herzlichen Glückwunsch!



Brigitte Behr, Vorsitzende des Gremiums JVB Gleichstellung & Frauen, hob die Bedeutung von Teilzeitmöglichkeiten hervor.



Peter Resch, Vorsitzender der JVB Jugend, stellte die neue 4. Auflage „fit for Vollzug“ vor.



Die JVB Landesleitung organisierte den Hauptausschuss in Weiden.



Reinhold Merl, Vorsitzender der DPoIG-Stiftung, informierte über die Möglichkeiten der Stiftung für JVA-Bedienstete.



Alexander Konzack, Referent des Deutschen Beamtenbundes, stellte das Angebot des dbb Vorteilclubs und das neue Autoangebot des Anbieters FINN vor.



Jürgen Schließer, Sprecher der Personalräte, vernetzt die JVB Personalvertretungen in ganz Bayern



Mit einem löwenstarken Dankeschön wurden die ehemaligen, langjährigen Ortsverbandsvorsitzenden aus dem Kreis des Hauptausschusses verabschiedet: (v.l.) Dietmar Ott (Nürnberg), Anton Schärfl (München), Hans-Jürgen Luginer (Mühdorf), JVB-Chef Alexander Sammer, Peter Hochstraßer (Straubing), Siegfried Wastian (Augsburg-Gablingen) und Thomas Mikschl (Niederschönenfeld).



Konstruktive Diskussionen auf dem Hauptausschuss

Alle Bilder: Thomas Benedikt, JVB Bayern

Strategie- und Dialogforum

Workshop für JVB Ortsverbandsvorsitzende

Am Vortag des Hauptausschusses fand ein eintägiger Workshop für JVB Ortsverbandsvorsitzende statt. Landesvorsitzender Alexander Sammer eröffnete die Diskussion und hob die Bedeutung klarer Rollen und Erwartungen zwischen Ortsverbänden und Landesleitung hervor. Das Forum bot außerdem Raum für Austausch und Vernetzung, was die Teilnehmer intensiv nutzten.

Im Fokus standen weitere Themen:

- **Mitgliederverwaltung:** Ralf Simon stellte die zentralen Funktionen des Mitgliederverwaltungsprogramms vor.

- **Pressearbeit:** Thomas Benedikt und Stefan Greulich gaben praktische Tipps für eine effektive Öffentlichkeitsarbeit, um die Sichtbarkeit der Ortsverbände weiter zu erhöhen.

- **Rechtsschutz:** Iris Rädlinger und Mark Lempenauer informierten über Neuerungen im JVB Rechtsschutz.

Bericht und Bilder:
Thomas Benedikt



Wiederbelebung einer alten Tradition

JVB-Jugend besucht Justizvollzugsakademie in Straubing

Die JVB-Jugendmitglieder Franziska Regusewicz, Peter Resch und Dominik Mozzicato besuchten die Justizvollzugsakademie in Straubing am 12. Juni 2024 und stellten sich den Anwärtern des Einstellungsjahres 2024 vor.

Nach einem herzlichen Empfang durch den stellvertretenden Akademieleiter Thomas Reulbach begann die JVB-Jugendvertretung den Austausch mit den jungen Nachwuchsbeamten.

Neben Infobroschüren und unserer neuen Ausgabe von "Fit for Vollzug", gab es für die jungen Anwärter aus den Bereichen allgemeiner Vollzugsdienst, Werkdienst und Vollzugs- und Verwaltungsdienst auch reichlich Snacks und nützliche Geschenke wie Stifte, Marker oder Displaytücher.

Die JVB-Jugend verließ die Justizvollzugsakademie mit einem positiven Eindruck von den Anwärtern und freut sich darauf, weitere solche Besuche zu organisieren. Ein besonderer Dank geht an den Ortsverband der Justizvollzugsakademie sowie an die Akademieleitung, die dieses Treffen erst ermöglicht hat.

Bericht: Dominik Mozzicato

Bilder (4): Franziska Regusewicz



Kleine Präsente und jede Menge Süßes warten auf unsere Anwärter

8. Parlamentarischer Frühschoppen dbb berlin

Becker: „Wir haben die ‚Faxen‘ dicke

Ausgesprochen verärgert äußerte sich dbb Landeschef Frank Becker, dass die Berliner Politik seit Jahren dringende Probleme des öffentlichen Dienstes verschleppt. Bei der Eröffnung des traditionellen Parlamentarischen Frühschoppens des dbb berlin am 31. August 2024 meinte Becker: „Hätte mich wie verrückt gefreut, wenn ich bei diesem bereits 8. Parlamentarischen Frühschoppen die drei Themen ‚Gewalt gegen Beschäftigte‘, ‚amtsangemessene Besoldung‘ und ‚Besoldungsanpassung‘ nicht wieder hätte ansprechen müssen.

Zur Erinnerung: Bereits im Juni 2021 haben der dbb berlin, der Senat und der DGB Berlin-Brandenburg - nach einem holprigen Start - eine Gemeinsame Grundsatzklärung „Gegen Gewalt gegen Beschäftigte“

unterzeichnet und weitere Maßnahmen eingefordert. Inzwischen liegt zwar ein Entwurf einer Dienstvereinbarung zwischen der Finanzverwaltung und dem Hauptpersonalrat vor, der aber wegen Behördenpingpongs, wer für das Aufzeichnen der Gewaltvorfälle zuständig sein soll, auf Eis liegt. „Dies ist nicht zu akzeptieren,“ kritisierte Becker.

Längst hätten auch Abgeordnetenhaus und der Senat den Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur Richterbesoldung zur Grundlage eines Reparaturgesetzes für die A-Besoldung nehmen können, um endlich eine amtsangemessene Besoldung sicher zu stellen. Eine weitere Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes in Sachen A-Besoldung abzuwarten, wertet der dbb



v.l.n.r.: Silke Jonas, Dirk Feuerberg (Staatssekretär), Thomas Goiny

Foto: Jet-Foto, Kranert

berlin als Hinhaltetaktik.

Schließlich ist auch das Gesetz zur Anpassung der Besoldung Berlin immer noch nicht im Abgeordnetenhaus angekommen. Der dbb berlin erwarte hier endlich deutliche Schritte, um die Berliner Besoldung an die der Bundesbesoldung anzupassen. ■

Auftakt der 50. Arbeits- und Fortbildungstagung der Bundesvereinigung der Anstaltsleiterinnen und Anstaltsleiter im Justizvollzug

Große Ehre wurde der 50. Jahrestagung der Arbeits- und Fortbildungstagung der Bundesvereinigung der Anstaltsleiterinnen und Anstaltsleiter im Justizvollzug zuteil, als die Justizsenatorin das treffen im Rahmen einer Festrede im Plenarsaal des Kammergerichts, eröffnete.

Wie der Pressemitteilung der Justizverwaltung zu entnehmen war, betonte die Senatorin in ihrer Rede, dass ihr der Justizvollzug, insbesondere die Sicherheit des Personals sowie die Personalgewinnung und Personalbindung sehr am Herzen liegen. So leisten insbesondere Anstaltsleiterinnen und Anstaltsleiter einen wertvollen Beitrag für die Gesellschaft: „Sie tragen maßgeblich dazu bei, die Sicherheit aller Bürgerinnen und Bürger dieses Landes zu schützen und wirken gleichzeitig daraufhin, dass Gefangene nach der Entlassung aus der Haft möglichst nicht rückfällig werden und ein Leben ohne Straftaten führen.“

Für die Senatorin hat auch die Erhaltung rechtskonformer und verfassungsgemäßer Unterbringungsmöglichkeiten für Gefangene oberste Priorität. Dazu gehören verschiedene Baumaßnahmen zur Modernisie-



rung der Justizvollzugsanstalten.

Die Sicherheitsmaßnahmen in den Anstalten sollen zusätzlich durch die Einrichtung einer justizeigenen Diensthundestaffel u.a. für weniger Drogenkriminalität in den Anstalten sorgen.

Der Landesvorsitzende des BSBD Berlin, Thomas Goiny, war zu dem Empfang geladen und konnte auch mit den Seelsorgern der evangelischen und der katholischen Kirche sich intensiv über die Aufgaben austauschen. Die Verknüpfung zwischen Gewerkschaft und Anstaltsleitung ist dem

BSBD Berlin wichtig. Können die Herausforderungen der nächsten Jahre nur gemeinsam bewältigt werden.

Während der fünftägigen Tagung trafen sich Anstaltsleiterinnen und Anstaltsleiter aus allen Bundesländern, um sich über die Weiterentwicklung des Justizvollzuges und ihre Erfahrungen auszutauschen. Aktuelle Fach- und Querschnittsthemen wurden genauso diskutiert, wie auch der Besuchen der JVA Heidering und der JVA Tegel auf dem Programm stand. ■

Empowerment für Frauen im Justizvollzug – Selbstbewusstsein, Karriere und persönliche Entwicklung

Für eine erfolgreiche Karriere im Justizvollzug müssen Frauen ihre beruflichen Ziele klar definieren und diese mit Selbstbewusstsein verfolgen. Dabei gilt: **„Frau kann Frau bleiben“**. Der Druck, sich in einer männerdominierten Umgebung anzupassen und „männliche“ Verhaltensweisen zu übernehmen, sollte bewusst vermieden werden.



Foto: Silke Jonas

Karriereentwicklung für Frauen im Justizvollzug bedeutet nicht nur, sich beruflich weiterzuentwickeln, sondern auch die Fähigkeit, sich als authentische Führungskraft zu positionieren. Frauen müssen nicht „härter“ wirken, um Erfolg zu haben. Es ist wichtig, eine Balance zwischen Durchsetzungsvermögen und Empathie zu finden, die den individuellen Führungsstil prägt.

Eine erfolgreiche Personalentwicklung im Justizvollzug muss den besonderen Herausforderungen, denen Frauen gegenüberstehen, Rechnung tragen. Empowerment-Programme, sollten darauf abzielen, Frauen durch Mentoring, gezielte Fortbildung und Netzwerke zu unterstützen. Frauen können voneinander lernen, sich gegenseitig stärken und als Vorbilder dienen, um Karrieremöglichkeiten zu eröffnen.

Das Seminar des dbb am 04.09.2024 „Empowerment“ mit Daniela Preetz als Dozentin bot eine hervorragende Gelegenheit, um das Selbstbewusstsein der Teilnehmenden zu stärken und Karriereziele klarer zu definieren. Durch die praxisnahen Übungen und inspirierenden Vorträge konnten wir lernen, wie wichtig es ist, als Frau authentisch zu bleiben und uns nicht an männliche Verhaltensweisen anzupassen, um erfolgreich zu sein. Besonders in einem anspruchsvollen Umfeld wie dem Justizvollzug, in dem wir täglich mit komplexen Herausforderungen konfrontiert sind, ist es entscheidend, sich auf die eigenen Stärken zu besinnen.

Ich bin überzeugt, dass dieses Empowerment-Training Frauen im Justizvollzug hilft, sich besser in Stellenauswahlverfahren behaupten zu können umso ihre Karriere auf authentische und selbstbewusste Weise voranzutreiben. Es sollte unbedingt allen Kolleginnen im Justizvollzug zugänglich gemacht werden, um sie in ihrer beruflichen

und persönlichen Entwicklung zu unterstützen.

Jetzt brauchen wir für die Umsetzung im Justizvollzug durch den Gesundheitspakt/Arbeitsgruppe Führungskräfte,

die Umsetzungsvorlagen mit dem Schwerpunkt Personalauswahl und Personalentwicklung für Frauen. Das kann allerdings nur gelingen, wenn das durch die Führungskräfte und insbesondere von weiblichen Führungskräften wirklich gefördert, gewollt und umgesetzt wird.

Die Personalentwicklung im Justizvollzug, insbesondere für Frauen, ist ein wesentlicher Faktor für den Erfolg und die Nachhaltigkeit des Justizsystems.

Silke Jonas

Stellv. Landesvorsitzende
BSBD Berlin

Besuch aus Bayern

Am 19. August besuchte Kolleginnen und Kollegen aus der Justizvollzugsanstalt Laufen, die Jugendstrafanstalt Berlin. Der Besuch geht auf die Initiative der beiden Betriebsgruppenvorsitzenden Michael Klotz (Vorsitzender JVB Ortsverband Laufen) und Sven Rösler (Betriebsgruppenvorsitzender der JSA Berlin) zurück.

Bei dem Besuch stand das Thema politische Bildung im Zusammenhang mit dem Besuch der Gedenkstätte Hohenschönhausen und der Gedenkstätte Plötzensee im Vordergrund des Besuchs. Dabei durfte natürlich die Helmut-Hübener-Schule in der JSA nicht fehlen.

Der Namensgeber wurde 1942 als jüngster verurteilter Widerstandskämpfer gegen die Nationalsozialisten im Alter von nur 17 Jahren in Plötzensee enthauptet.

Die Lehrerin der Schule in der Jugendstrafanstalt, Frau Annett Krause, stimmte die Besuchergruppe mit einem Vortrag auf den geschichtliche Hintergründe, im Zusammenhang der Namensgebung der Schule in der Jugendstrafanstalt Berlin ein. In Anschluss wurde die Gedenkstätte Plötzensee besucht, die gleichauf dem Nachbargrundstück anschließt.



Foto: Sven Rösler

Einladung auf ein Gewerkschaft Eis

Am 05.09.2024 hat die Betriebsgruppe des BSBD in der JVA Moabit eine Eisverteil-Aktion durchgeführt!

Bei strahlendem Sonnenschein und Temperaturen über 30 Grad war die Abkühlung für alle Mitarbeitenden mehr als willkommen. Die Aktion wurde begeistert angenommen – zahlreiche Kolleginnen und Kollegen genossen das Eis in verschiedenen Sorten in der Pause, was für gute Stimmung und eine kleine Erholung vom Arbeitsalltag sorgte. Die Betriebsgruppe wollte mit dieser Geste ihre Wertschätzung für die Mitarbeitenden ausdrücken und gleichzeitig eine Erfrischung an einem heißen Sommertag bieten. Insgesamt war die Aktion

ein voller Erfolg und hat zu einer angenehmen und entspannten Atmosphäre beigetragen. Der nächste Sommer kommt bestimmt.

Silke Jonas



Foto: Silke Jonas

BSBD Berlin – alternativlos im Justizvollzug!

Der BSBD-Gewerkschaft Strafvollzug Landesverband Berlin e. V. ist konsequenter und kompetenter Vertreter der berufs- und fachspezifischen Interessen aller Bediensteten im Justizvollzug. Deutschlandweit hat sich der BSBD mit seinen Landesbünden zu einem unüberhörbaren Sprachrohr in allen Belangen des Justizvollzugs entwickelt. Zweidrittel aller Beschäftigten in bundesdeutschen Vollzugsanstalten schenken dem BSBD bereits als Mitglieder ihr Vertrauen.

Gut aufgestellt im Beamten- und Tarifrecht

Um berufspolitisch die größtmögliche Durchsetzungskraft zu entfalten, ist der BSBD dem dbb beamtenbund und tarifunion angeschlossen, der nicht nur aktiv an allen Regelungen zu beamtenrechtlichen Fragen beteiligt ist, sondern auch anerkannter Tarifpartner - ganz im Gegensatz zu sog. „Gewerkschaften“ ohne Tarifhoheit. Konkret heißt das: Der BSBD bekennt sich nicht nur ausdrücklich zum geltenden Streik- und Schlichtungsrecht für Arbeitnehmer/innen sondern verfügt auch über die erforderlichen Rücklagen zur Durchführung von Arbeitskämpfen.

Mehr erreichen mit gebündelten Kräften

Nicht nur innerhalb des dbb hat der BSBD Einfluss mit Mandat und Stimmrecht. In Berlin spricht der BSBD Berlin bei allen fachbezogenen Gesetzgebungsverfahren ein gewichtiges Wörtchen mit bzw. bringt bereits im Vorfeld seine Forderungen, seinen Sachverstand und seine Erfahrung in Politik und Verwaltung ein. Mehr noch: mit den anderen dbb-Justizgewerkschaften und -verbänden

bündelt der BSBD-Berlin seine Kräfte – auch im Gesamtpersonalrat -, um gemeinsame Anliegen durchzusetzen.

Kernforderungen des BSBD Berlin

Zu diesen Anliegen zählen u.a.

- klare und sichere berufliche Perspektiven für alle Beschäftigten im Justizvollzug des Landes Berlin, insbesondere eine leistungsgerechte Bezahlung,
- Besetzung aller Ämter und Stellen allein nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung,
- Höchste Priorität für Personalfindung und -bindung
- finanzielle Absicherung der gesetzlichen Aufgaben des Justizvollzugs einschließlich Resozialisierung
- Aus- und Fortbildung aller Beschäftigten im Justizvollzug
- umfangreicher Gesundheitsschutz und Gesundheitsförderung für die Beschäftigten im Berliner Vollzug.
- Evaluierung des Strafvollzugsgesetzes mit dem Ziel der Rückführung auf die Kernaufgaben,
- Betreuung der Betroffenen bei Mobbing und Bossing in der Berliner Justiz
- Abwehr von Plänen zur Privatisierung von vollzuglichen Aufgaben.

Sie arbeiten im Justizvollzug?

Dann helfen Sie mit, die das Leben in den Anstalten für Beschäftigte und Insassen zu verbessern!

Schließen Sie sich der BSBD-Familie an und bringen Sie Ihre Vorstellungen und Ideen ein!



BSBD Berlin

Alt-Moabit 96a • 10559 Berlin
mail@bsbd-berlin.de • www.bsbd-berlin.de



www.bsbd-berlin.de



Facebook BSBD Berlin

BSBD
Gewerkschaft Strafvollzug

SOLIDARITÄT MIT JVA-MITARBEITERN

Die Bezirksverordnetenversammlung Reinickendorf verabschiedet Resolution zu Brandanschlägen

Am frühen Morgen des 6. Juli brannten auf einem Parkplatz an der Seidelstraße vier Autos, ein Transporter und ein Fahrzeuganhänger. Es entstand laut Polizei teils erheblicher Sachschaden. Bereits in der Nacht zuvor brannten mehrere Fahrzeuge an der Eschachstraße.

In beiden Fällen ist von Brandstiftungen auszugehen und die Taten sind als Teil einer Brandserie anzusehen, die sich gegen Autos von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Justizvollzugsanstalten (JVA) richtet hat: betroffen waren Beschäftigte der JVA

Tegel. Ähnliche Anschläge hatte es zuvor in der Nähe der JVA Plötzensee, zweimal im Umfeld der JVA Moabit sowie auf einem Parkplatz der Berliner JVA Heidering im Landkreis Teltow-Fläming in Brandenburg gegeben.

Am 7. Juli erschien auf einer linksextremistischen Onlineplattform ein Bekennerschreiben. Darin wurde die Verantwortung für die Brandstiftung in Tegel übernommen. Zudem wurde damit gedroht, im nächsten Schritt die Beamten zu Hause anzugreifen. Auf die Ereignisse hat die Bezirksverord-

netenversammlung (BVV) Reinickendorf auf ihrer Sitzung am 10. Juli reagiert und eine dringliche Resolution einstimmig verabschiedet. „Die Bezirksverordnetenversammlung Reinickendorf verurteilt die Brandanschläge auf Fahrzeuge und die Drohungen gegen Leib und Leben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Justizvollzugsanstalten auf das Schärfste und stellt sich solidarisch hinter sie“, heißt es unter anderem in der Resolution. Wer den Rechtsstaat angreife, greife unsere Gesellschaft als Ganzes an. Wer den Rechtsstaat verachte und jene Personen attackiere, die tagtäglich im Dienst für ihn eintreten, müsse mit maximaler Härte die Konsequenzen eben dieses Rechtsstaates spüren. Deshalb seien die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter „mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln des Rechtsstaats“ zu schützen.

BSBD begrüßt die Umsetzung der verbesserten Sicherheitstechnik in den Vollzugsanstalten.

Der Ankündigung der Justizsenatorin, Dr. Badenberg, die Vollzugsanstalten technisch und baulich aufzurüsten, folgen jetzt Taten. Der BSBD Berlin begrüßt ausdrücklich die Maßnahmen, die so dringen notwendig und längst überfällig sind. In den letzten Jahren, hatte der Justizvollzug und hier vor allem die Sicherheit in den Anstalten, keine große politische Bedeutung. Umso schwierige ist es, in Zeiten knapper Kassen, jetzt die Verbesserungen innerhalb und außerhalb der Haftanstalten, umzusetzen.

Neue moderne Kamera-, Alarm- und Videosysteme sowie Lichtenanlagen sollen die Sicherheit der Anstalten verbessern und ermöglichen zukünftig Bedrohungen, auch vor den Mauern zu verhindern. Vor allem denn Straf-

verfolgungsbehörden soll besseres Material zu Verfügung gestellt werden.

Es aus Sicht des BSBD Berlin auch ein wichtiges Signal der Politik gegenüber den Beschäftigten im Justizvollzug. Die Brandanschlägen der letzten Monaten, auf PKWs, in den Umgebungen der Haftanstalten, haben die Beschäftigten verunsichert. Der BSBD hatte mehr Schutz eingefordert.

„Es kann ja nicht sein, dass die Kolleginnen und Kollegen, mit Angst zum Dienst fahren. In der stillen Hoffnung, dass ihr Auto noch unversehrt ist, wenn sie diesen wieder beenden“, kommentierte der Landesvorsitzende des BSBD Berlin, Thomas Goiny, die Situation.

Auch der zusätzliche Schutz von personen-

bezogenen Daten, wie z.B.: auch der Auto-kennzeichen wird vorangetrieben. Das Land Berlin prüft derzeit eine Bundesratsinitiative, zur Änderung des Bundesmeldegesetzes, um den Schutz grundsätzlich auf andere rechtliche Beine zu stellen.

Gemeinsam mit dem dbb berlin hatte der BSBD Berlin, nach dem wieder dutzende Autos angezündet wurden, eingefordert.

Bereits mehrfach hat der dbb berlin sich für die Beschäftigten im Land Berlin für den Schutz und eine für alle einheitliche Regelung eingefordert.

Der BSBD Berlin ist guter Dinge, dass auch die weiteren angekündigten Schutzmaßnahmen für die Beschäftigten folgen und nicht den Sparmaßnahmen zum Opfer fallen. ■

dbb berlin mit seinen Fachgewerkschaften beim Motzstraßenfest 2024

Ein breites Spektrum lesbischer, schwuler, bisexueller und trans* Projekte, Vereine und Organisationen gewähren Einblick in ihr Engagement und ihre Arbeit.

Behörden und Unternehmen präsentieren sich als moderne Arbeitgeber. Von der Bundeswehr, über die BVG, die Berliner Polizei, die Berliner Feuerwehr bis hin Zoll, waren alle namenhaften Behörden vertreten. Die Werbekampagne des Landes Berlin „Hauptstadt machen“ war die zwei Tage mit ihren E-Bus vertreten. Hier konnten sich die Besucher auch über den Justizvollzug informieren. Danke in dem Zusammenhang an die Kolleginnen und Kollegen, die hier bei über 30 Grad ausgehalten haben!

Der regierende Bürgermeister Kai Wegener würdigt das Stadtfest in seinem Grußwort als

eine Visitenkarte des weltoffenen, vielfältigen Berlins.

Der dbb berlin mit seinen Fachgewerkschaften und -verbänden sind inzwischen zum 12. Mal dabei. Der BSBD Berlin fast von Anfang an!

Der Stand befand sich im Bereich "Politikwelt" in der Eisenacher Straße. Hier wurde über die Aufgaben und Strukturen des dbb Berlin und seiner Fachgewerkschaften informiert. Dabei war es besonders wichtig, im 75. Jahr des Feiern zum Grundgesetz auf die wichtigen Aufgaben des öffentlichen Dienstes und hier des Justizvollzuges zu informieren. Es geht um die Beschäftigtenrechte, unseren Einsatz rund um die Themen Vielfalt, Chancengleichheit, Inklusion, Zugehörigkeit im Arbeitsleben und um unsere Demokratie! ■



Foto: Frank Teichert: Viele Köpfe, viel bewegen und Vielfalt: Mit dem Finanzsenator Stefan Evers

Motorrad Fahrsicherheitstraining Team JVA Moabit 2024

Liebe Kolleginnen und liebe Kollegen,

wie bereits im vergangenen Jahr haben wir über die Verkehrswacht Brandenburg-Potsdam am 30.06.2024 an einem Motorrad-Fahrsicherheitstraining auf dem Gelände der Julius-Leber-Kaserne teilgenommen. Wir haben in diesem Jahr verschiedene Herausforderungen bewältigt, um unsere Fertigkeiten im sicheren Umgang mit dem eigenen Motorrad zu verbessern und unsere Kenntnisse in möglichen Gefahrensituationen zu erweitern. Unter anderem stand

das Bremsen aus verschiedenen Geschwindigkeiten, auf feuchter Fahrbahn und nur mit der Hinterrad- oder Vorderradbremse, auf der Tagesordnung. Bemerkenswert hierbei war, dass die hieraus resultierenden Bremswege keine signifikanten Unterschiede zwischen Motorrädern mit und ohne ABS aufwiesen. Kontrolliertes Fahren (Slalom) bei geringer Geschwindigkeit wurde auch geübt.

Die verschiedenen Lenktechniken konnten wir unser Können/Mut auf einem Rundkurs mit vielen Kurven erproben. Vor Ort wurde

für die Versorgung mit Kaffee gesorgt. Die große Mittagspause haben wir gemeinsam abgehalten; jeder hat etwas zu unserem eigenen Buffet beigetragen.

Sicher ist, dass wir nächstes Jahr wieder einen Termin anvisieren.

Das war für uns insgesamt ein sehr lehrreicher und schöner Tag. Danke an alle Teilnehmenden und Dennis Zilkenat für die Unterstützung.

Silke Jonas
Stellv Landesvorsitzende

Zwischen Bangen und Hoffen!

Der Justizvollzug wurde in den letzten Jahren politisch sehr stiefmütterlich behandelt. Er wurde nicht, trotz erheblicher baulicher und personeller Probleme, politisch/ideologisch bevorzugt bzw. gefördert, wie es in anderen Senatsverwaltungen gewollt war. Seit Jahren wurden wichtige Sanierungs- und Bauprojekte entweder zeitlich geschoben oder sogar ausgesetzt. Diese zeitliche Verzögerung rächt sich nun!

Baulich ist der Justizvollzug in seinen Anstalten an die Grenze gekommen. Fast 800 Haftplätze fehlen derzeit in der Belegung. Sie fallen aufgrund von Sanierungsmaßnahmen oder übergeordneter Maßnahmen (z.B. Brandschutzsanierungen) derzeit weg. Dringend notwendige Instandsetzungsvorhaben müssen im laufenden Betrieb vorgenommen werden. Eine besondere Belastung für die Beschäftigten und auch für die Inhaftierten. Eine oftmals gereizte Stimmung macht den Vollzugsalltag nicht einfacher.

Der oftmals hohe Belegungsdruck, macht es notwendig, Inhaftierte auch in Haftanstalten zu verlegen, die bisher in der Struktur dafür nicht zuständig waren. Falsche politischen Vorgaben, wie z.B. Inhaftierte mit langer Haftzeit in den Offenen Vollzug zu verlegen, haben die eigentliche Belegungssituation verändert, bzw. die eigentlichen Probleme nur verlagert.

Personalnot

Die aktuelle Personalsituation ist zusätzlich von einer hohen Fluktuation geprägt. Viele Einstellungsgespräche und neue Bewerbungsmaßnahmen belasten den Justizvollzug zusätzlich. Bei einigen Berufen liegt die Halbwertszeit bei 4 bis 5 Jahren!

Während die Werbekampagne und die Ausbildung für den allgemein Vollzugsdienst aktuell gut läuft sind die Bereiche Verwaltung und Sozialdienst problematisch. Die Perspektiven sind gering und die Belastung ist hoch.

Der Krankenpflegedienst und die Ärzteschaft trifft es ganz besonders. Hier sind viele Stellen unbesetzt, die Fluktuation ist hoch. Schlechte Einstiegsbezahlung, unnötige Wartezeiten bis zur Verbeamtung, wenige Möglichkeiten zur Fortbildung und Qualifizierung, sind kein besonders Aushängeschild für die Berufsbilder!

Hoffen

Der jetzt von der CDU angeführte Senat hatte von Anfang an das Thema Innere Sicherheit nicht nur auf seiner politischen Agenda, sondern legte bereits während der Koalitionsverhandlungen besonderen Wert auf diesen Schwerpunkt. Dabei spielt seit langem auch der Justizvollzug wieder eine Rolle. Zusätzliche Schutzausstattung für die Vollzugskollegen/innen, die Einführung ei-

ner eigenen Hundestaffel, usw. waren nur einige Punkte des neuen Sicherheitspaketes.

Es droht ein Stillstand. Auch der Gesundheitspakt steht auf der Kippe, wenn die Einsparungen weiterhin erbracht werden müssen. Die geplanten Veränderungen im Laufbahnrecht des Justizvollzuges, inkl. der Konsequenz des Einstiegsamts A8 für den AVD, sind bisher nicht gesichert.

Auch wenn die aktuelle Haushaltslage des Landes Berlin schwierig ist und der Justizvollzug im Jahr 2024 Einsparungen erbringen musste, die die Anstalten schon jetzt in die Untätigkeit drängen, bleibt zu hoffen, dass die nächsten Haushaltsjahre den Justizvollzug wieder in die Lage versetzen, zu agieren und nicht weiterhin im Dornröschenschlaf zu liegen.

Es hängt jetzt von der Politik und den Verantwortlichen in den Verwaltungen ab, die notwendigen Entscheidungen für den Justizvollzug zu treffen.

„Es ist nicht genug zu wissen, man muss es auch anwenden. Es ist nicht genug zu wollen, man muss es auch tun!“

(Zitat: Johann Wolfgang von Goethe) ■



... statt Blackbox sichtbar auf Ausbildungsmessen ...

Nachwuchsgewinnung im Justizvollzug des Landes Brandenburg

Los geht's....

...im Februar 2024 war es wieder so weit: die Saison für Ausbildungsmessen hat begonnen. Gestartet sind wir auch direkt mit der größten Messe für Bildung, Beruf und Neugründung in Brandenburg – der IMPULS Messe in den Messehallen Cottbus. Hier erhielten wir sogar hohen Besuch. Ministerpräsident Herr Woidke hielt bei seinem Rundgang an unserem Stand an, um uns – allen Bediensteten im Justizvollzug des Landes Brandenburg – für unsere tägliche, nicht zu unterschätzende Arbeit, zu danken.

Bisher ist das Bundesland Brandenburg mit der Werbung für den Justizvollzug noch nicht so in den sozialen Netzwerken unterwegs wie andere Bundesländer, aber auch hierfür gibt es mittlerweile Bestrebungen. Wir setzen also weiterhin auf den 1:1-Kontakt und sind „oldschool“ auf Berufs- und Bildungsmessen unterwegs. Auch wenn an manchen Stellen Zweifel bestehen, dass Messeauftritte bei der Nachwuchsgewinnung erfolgreich sind, da man dies nicht konkret über ansteigende Bewerberzahlen festmachen könne. Die vielfältigen Berufsbilder und das Arbeiten in einer Justizvollzugsanstalt sind eben immer noch eine Blackbox. Dennoch bemerken wir mittlerweile deutlich, dass interessierte Jugendliche und Erwachsene unseren Stand bewusst ansteuern, in einigen Fällen sogar



vorbereitete Fragen und ihre Bewerbungen mitbringen. „Old School“ scheint wieder cool zu sein.

Ferner ist es spürbar, dass unsere Teilnahmen – nunmehr regelmäßig seit 2018 – an diesen Messen den Justizvollzug durchaus sichtbarer in der Bevölkerung machen. Was auch damit zu tun haben könnte, dass unsere Entwicklung bei der optischen Ausgestaltung der Messestände in den vergange-

nen Jahren deutlich besser und interessanter geworden ist.

Von den Anfängen, als alle Anstalten des Landes sich den einen Messetresen teilen mussten, bis heute, wo jede Anstalt mit ihrem eigenen Messeequipment ausgestattet ist, wurde viel Herzblut investiert und Überzeugungsarbeit geleistet, um den Justizvollzug jetzt so präsentieren zu können. Sicher, es gibt immer Optimierungspotential, trotzdem ist Dankbarkeit auch ein guter Wegbegleiter – denn, dass die Kolleginnen und Kollegen, welche sich immer wieder für die Öffentlichkeitsarbeit vorrangig auch am Wochenende zur Verfügung stellen und hierfür auch eingeplant werden, darf man zu Zeiten von Personalknappheit eben auch nicht als selbstverständlich betrachten.

Zu Beginn des Jahres konnten wir für die Bundesagentur für Arbeit Imagefilme zum Berufsbild des allgemeinen Vollzugsdienstes sowie zum gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst in der JVA Brandenburg an der Havel drehen. Beide Filme sind auf BERUFE.TV anzuschauen.

In diesem Sinne – nach der Messe ist vor der Messe...

Viviana Kursim



...auch in diesem Jahr galt es gemeinsam zu laufen ...

StWB Teamstaffellauf 2024 in Brandenburg an der Havel!

Auch in diesem Jahr fand am 23.05.2024 der diesjährige StWB Teamstaffellauf in Brandenburg an der Havel statt. Bei sehr guten Wetterbedingungen, was zu jener Zeit nicht selbstverständlich war. In diesem Jahr jährte sich diese Veranstaltung bereits zum achtzehnten Mal.

Insgesamt waren 1.268 Läufer*innen in 317 Teams, die an der jährlichen Tradition in Brandenburg an der Havel teilnahmen, am Start. Ein Rekord! WIR, die JVA Brandenburg an der Havel, starteten diesjährig mit drei Staffeln. Die Staffeln bestanden aus gemischten Teams mit je vier Sportler*innen aus vorwiegend Anwarter*innen. Zudem war ein junger und frisch ausgebildeter und sehr sportlicher Kollege aus dem Allgemeinen Vollzugsdienst, der bereits im letzten Jahr schon als Anwarter die Runde lief und eine junge Psychologin mit am Start. Alle waren motiviert und gespannt.

Wir trafen uns auf dem Packhofgelände und es herrschte bereits vor dem Lauf eine gute Stimmung. Als der Startschuss um 18.30 Uhr fiel, wurden unsere Teams für die zu absolvierenden 4x5 km-Läufe mit lautem Beifall durch die anwesenden Kolleg*innen aus der JVA und Dozent*innen der Bildungsstätte des Justizvollzuges lautstark angefeuert. Die zu laufende Runde begann am idyllischen Packhof und verlief über Brücken und Gassen, durch die wunderschöne Brandenburger Innenstadt und endete wieder am Packhofgelände.

Unsere Mixed-Staffeln belegten am Ende den 44., den 87., und 133. Platz. Wir waren zwar nicht die Schnellsten, aber immerhin mit dabei. Wir haben alles gegeben. Anerkennenswert war, dass einige Läufer*innen völlig untrainiert waren und es der erste 5-Kilometer-Lauf ihres Lebens war. Eine Anwarterin lief sogar die ganze Strecke unter Schmerzen. Sie verletzte sich bereits am Start das Sprunggelenk und wollte ihr Team nicht im Stich lassen.



Team 2



Team 3



Team 1

Im Nachgang wurde noch viel miteinander geplaudert und gelacht sowie aus den Snacktüten genascht.

Der nächste Staffellauf findet am 22. Mai 2025 statt. Für das nächste Jahr hoffen wir auf noch mehr Beteiligung, sowohl hinsichtlich Läufer*innen als auch durch anfeuernde und Beifall klatschende Kolleg*innen.

Vielen Dank dem Gremium des Gesundheitsmanagements der JVA Brandenburg an der Havel, welches wieder viel Zeit und Geld in die Organisation des Teamstaffellaufs investiert hat.

Sandra Sell
Fortbildungs- und Ausbildungsbeauftragte

Gewerkschaft trifft Politik

Treffen mit der Justizsenatorin im Rahmen einer Vorstandssitzung des LVHS

Am 26. Mai des Jahres erörterten Landesvorstand und eine gut aufgelegte Justizsenatorin Anna Gallina (Grüne) in einem konstruktiven Gespräch aktuelle Themen des Vollzuges. Besondere Aufmerksamkeit wurde den Themen Fachkräftegewinnung, New Work, Gesundheit, Diversität und neuen Formen von Führung und Zusammenarbeit gewidmet. Die Parteien waren sich darüber einig, dass gerade die Personalrekrutierung im AVD eine Herkulesaufgabe mit dauerhaftem Charakter ist. Fantasie ist gefragt, um das notwendige Personal zur Sicherung der Funktionsfähigkeit des Vollzuges zu rekrutieren und anschließend auch dauerhaft an uns zu binden. Auch auf den ersten Blick vielleicht ungewöhnliche Maßnahmen zu ergreifen. So wurde z.B. die Möglichkeit, alleinerziehende Mütter direkt anzusprechen mit der Flankierung der Möglichkeiten zur Kindebetreuung, eingehend erörtert. Insgesamt waren sich alle darin einig, das Heft des Handelns nicht aus der Hand zu legen. Es geht im Grunde auch nicht anders, wenn der gesetzliche Auftrag des Vollzuges nicht nur Makulatur bleiben soll.

Aktuell zählt die Behörde nach eigenen Angaben rund 65 unbesetzte Planstellen in den Vollzugsanstalten. „Es muss personell aufgestockt werden“, fordert dann auch richtigerweise der Vorsitzende des Landesverbandes, René Müller. Dennis Sulzmann, Behördensprecher, bestätigte an anderer Stelle uneingeschränkt die Sorgen des Landesverbandes: „Deshalb tun wir viel für die Attraktivität des Berufs und für die Nachwuchsgewinnung.“

Aber auch Themen wie Parkausweise für Bedienstete der JVA Fuhsbüttel, Ladestationen für Elektrofahrzeuge und die Verkehrsanbindung des öffentlichen Nahverkehr an den Standort Billwerder, auch unter dem Aspekt, dass dort die neue Jugendanstalt in naher Zukunft ihren Platz finden wird.

Ein ebenfalls wichtiger Punkt war das ETR-Training und die tatsächliche Wirklichkeit der Praxis. Als Forderung des Landesverbandes steht eine strukturierte und verbindliche Eingliederung in die Dienstzeit.

In diesem Zusammenhang wurde ebenfalls vom Landesverband eine Verbesserung der Schutzausrüstung eingefordert – gerade unter dem Hintergrund der Zunahme von Übergriffen.

Die benannten Themen und Forderungen des Landesverbandes werden dem Vernehmen nach derzeit nach Abstimmung mit der Senatorin auf Fachebene in der Behörde geprüft

und weiterbewegt. Die Senatorin unterstützt die genannten Forderungen und wird sich weiter für deren Realisierung einsetzen. Klare und verbindliche Worte von Anna Gallina. Der Unterzeichner hegt keine Zweifel, dass dem so ist. Es wird aber auch darauf ankommen, daran hegt der Unterzeichner ebenfalls keine Zweifel, dass der Landesverband nicht lockerlässt, den Finger immer in die Wunde zu legen und zusammen mit der Behördenleitung in einer vernünftigen sozialen Partnerschaft agiert.

Personalpolitik war, ist und wird immer damit verbunden sein, dass man den Arbeitskittel anbehält und sich im Maschinenraum aufhält. Personalpolitik ist aber auch immer ein Wagnis, zu dem keine Romantik gehört, sondern Nüchternheit. Zufriedenheit am Arbeitsplatz und ausgerichtete Arbeitsbedingungen gepaart mit einer inneren Haltung für die gemeinsame Sache sind und bleiben die Schlüssel zum Erfolg.

Klaus Neuenhüsges
Ehrenvorsitzender



Foto: BSBD Hamburg

Was uns sonst noch bewegte ...

Vorstandssitzung

Neben dem hier abgebildeten Beitrag zur Vorstandssitzung des LVHS noch einige Ausführungen seitens der Landesleitung.

Der bauliche Fortschritt der Jugendanstalt und der Einbeziehung der Kolleginnen und Kollegen zu diesem Projekt wurde z.B. über den bevorstehenden Personalbedarfsplan für den Jugendvollzug diskutiert. Auch erwartet der LVHS, dass die Praktiker aus der JVA Hahnöfersand in allen Bereichen der Planungen mit einbezogen werden.

Das heiß diskutierte Besoldungsversorgungsgesetz stößt auch beim Vorstand nicht auf Begeisterung. Zu diesem Thema sind weitere Klagen anhängig. Bislang gilt es abzuwarten, ob die getroffenen Änderungen des Senates rechtmäßig sind. Beteiligte im Klageverfahren ist unter anderem auch der LVHS. Eine schnelle Lösung ist aber wie beim Alimentationsver-

fahren nicht in Sicht. Sollte sich die Freie und Hansestadt Hamburg weiterhin nicht bereit erklären, seine Beamtinnen und Beamten aber auch die Tarifbeschäftigten angemessen zu alimentieren, wird die Personalnot in allen Bereichen nicht nur größer, sondern dramatisch werden.

Die aktuelle Sicherheitsausrüstung für unsere Kolleginnen und Kollegen ist nach Auffassung des LVHS dringend überholungsbedürftig. Hier scheint aber durch den Hinweis des Personalrates der Justizvollzugsanstalten, der Gewerkschaft und den ETR-Trainern vor Ort und in der BJV bereits ein Umdenken stattgefunden zu haben. So soll beispielsweise die Körperschutzausrüstung (KSA) in allen Anstalten erneuert werden. Aber auch die Ausrüstung für Aus- und Vorfürhungen muss evaluiert bzw. angeschafft werden. So stel-

len beispielsweise Stichtschutzwesten bzw. Stichtschutzhirts eine mögliche Alternative dar, um dem gestiegenen Gefahrenpotential in vielen Bereichen entgegenzuwirken und die Kolleginnen und Kollegen entsprechend zu schützen.

Das vordringlichste Thema, die bestehende Personalnot und die ausbleibenden Bewerberzahlen im Justizvollzug wurde selbstverständlich am intensivsten besprochen. So kam der Vorstand wie auch der Personalrat überein, die Vorführabteilung zusätzlich mit Tarifbeschäftigten zu verstärken. Eine Maßnahme, die unter den gegebenen Umständen leider alternativlos ist. So konnte der LVHS nach langem Ringen dafür sorgen, dass die konstitutiven Voraussetzungen für eine zukünftige Ausbildung im AVD bei den Tarifbeschäftigten geschaffen wurden. Wichtig war es dabei auch darauf zu achten, dass die Tätigkeiten im allgemeinen Vollzugsdienst weiterhin von gut ausgebildeten und beamtenrechtlich abgesicherten Kolleginnen und Kollegen durchgeführt werden. Für die neu einzustellenden Tarifbeschäftigten achtet der LVHS darauf, dass die Richtlinien des TV-L eingehalten werden.

Bemerkenswert war, dass die Senatorin für Justiz- und Verbraucherschutz Anna Gallina trotz ihres vollen Terminplans Zeit fand, in die Diskussion mit dem LVHS-Landesvorstand einzusteigen. So konnten die oben genannten und weitere Forderungen, wie die Heilfürsorge, eine spürbare Verbesserung der Zulagen

und der „Gitterzulage“, eine massive Verbesserung des Arbeitsumfeldes, z.B. durch Schulung von Führungskräften und die Anregung, den Justizvollzug in der Öffentlichkeit besser zu repräsentieren, der Behördenleitung nahegebracht werden.

Ein Thema war auch die mangelnde Präsenz des Hamburger Justizvollzuges in Social-Media. Mit der Forderung lief der LVHS bei der Senatorin offene Türen ein. So wurde der Vorschlag zur Verbesserung des Standings des Justizvollzuges in der Öffentlichkeit zeitnah umgesetzt. Der neue Social-Media Auftritt ist ein Schritt in die richtige Richtung. Vom Vorstand wurde unter anderem bemängelt, dass die bislang getroffenen Maßnahmen bei weitem nicht ausreichen, das Personaldefizit zu beheben. So lässt der bereits seit Monaten avisierte Beschluss zum Dienstrechtsänderungsgesetz auf sich warten. In diesem wird die Laufbahn des allgemeinen Vollzugsdienstes maßgeblich verbessert, der Laufbahnzweig Justizkrankenpflagedienst im Hamburger Justizvollzug erhält die besondere Altersgrenze und Wartezeit für eine mögliche folgende Beförderung nach Absolvierung der Probezeit kann maßgeblich verkürzt werden. Mit den bereits eingeführten und kommenden Verbesserungen wird in der Öffentlichkeit im Ringen um geeignete Nachwuchskräfte nach Ansicht des LVHS zu wenig Werbung betrieben. So haben wir in allen Anstalten den 3-2-2-Dienst eingeführt, während in Bereichen der Wirtschaft über eine Viertageweche

ohne Arbeitszeitverkürzung diskutiert wird. In vielen Bereichen des Justizvollzuges besteht die Möglichkeit einer Verbeamtung von Tarifbeschäftigten. Hiermit kann die Behörde viel offensiver werben, als sie es bislang macht. Zunehmend Sorge bereitet uns die schleppende Sachbearbeitung zu Belangen des Justizvollzuges bspw. die lange Bearbeitungszeit von Anträgen der Kolleginnen und Kollegen oder der lange Zeitraum zur Neubesetzung von Stellen. Dazu gibt es seit längerer Zeit Gespräche mit der Amts- und Behördenleitung. Eine Unterbesetzung des Z-Amtes darf nicht zu Lasten des Justizvollzuges gehen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind auch im Z-Amt über ihre Belastungsgrenzen hinaus beansprucht. Eine Neuordnung der Aufgabenverteilung und eine Rückführung der administrativen Aufgaben für die Justizvollzugsanstalten ist nach Ansicht des LVHS unumgänglich. Das gut gemeinte Experiment Restrukturierung und Modernisierung welches zur Folge hatte, dass Personalverwaltungsangelegenheiten des Vollzuges zentral im Z-Amt bearbeitet werden, ist offensichtlich gescheitert.

Die Landesleitung dankt allen LVHS- und Vorstandsmitgliedern für die angeregten Diskussionen und Informationen in der Vorbereitung der Landesvorstandssitzung.

Müller/Möbius

Endlich am Start

Der Instagram Account des Justizvollzug.Hamburg

Am 08. August 2024 hat der Justizvollzug Hamburg sich mit seinem Instagram-Auftritt in die sozialen Medien gewagt.

Unsere Justizsenatorin Frau Gallina machte den Anfang in der Untersuchungshaftanstalt im Herzen von Hamburg. Dieser Insta-Account zielt darauf ab, Transparenz und Einblicke zu schaffen und ein differenziertes Bild der Arbeit im Justizvollzug zu vermitteln. Hier soll die Arbeit sowie die Menschen, die hinter den Mauern der Hamburger Justizvollzugsanstalten tätig sind, in den Fokus zu rücken. Im ersten Schritt werden die einzelnen Haftanstalten in Hamburg vorgestellt. Darüber hinaus wird es Einblicke in den Arbeitsalltag der Bediensteten zeigen und welche vielfältigen Aufgaben im Justizvollzug zu bewältigen sind. Es werden die verschiedenen Berufsfelder vorgestellt, darunter der allgemeine Vollzugsdienst,

soziale Dienste, die Werkbetriebe, Schule und die Verwaltung.

Zudem wird die Ausbildung sowie Aufstiegsmöglichkeiten im Justizvollzug thematisiert, um potenziellen Interessenten einen umfassenden Einblick zu bieten und für die Arbeit in diesem Bereich zu werben. Denn die heutigen Nachwuchskräfte findet man in den sozialen Medien. Hier geht der Justizvollzug Hamburg nun endlich einen richtigen Weg... modern und ansprechend.

Der Instagram-Auftritt des Justizvollzugs Hamburg ist ein modernes Kommunikationsmittel, das nicht nur für mehr Transparenz sorgt, sondern auch mögliche Vorurteile abbauen soll. Durch den direkten Kontakt mit der Öffentlichkeit wird versucht, ein realistisches Bild der Arbeit im Justizvollzug zu zeichnen und gleichzeitig die Bedeutung von Resozialisierung und Rehabilitation hervorzuheben.

Dieser Ansatz zeigt, wie soziale Medien effektiv genutzt werden können, um über gesellschaftlich relevante Themen zu informieren, den Dialog zu fördern und mögliche Nachwuchskräfte zu gewinnen. Wir sind gespannt wie es in der Allgemeinheit ankommt und hoffen darum auf viele neue Follower.

Tina Klix
JVA Fuhlsbüttel



Freundeskreis Gefängnismuseum Hamburg

Frisch gegründet

Christian-Koch-Gesellschaft – Freundeskreis Gefängnismuseum Hamburg: Am 6. August 2024 wurde in der Hamburger Behörde für Justiz und Verbraucherschutz ein neuer Verein gegründet, im Konferenzraum der Vollzugsschule. Die Initiative kam von Helmut Stubbe da Luz, der an der Helmut-Schmidt-Universität/Universität der Bundeswehr Hamburg als Privatdozent Geschichte lehrt und zusammen mit der Philosophin Tanja Trede-Schicker die Philosophische Werkstatt „denken denken“ betreibt. Zwei Mitgründer hatten in der Vergangenheit bereits einen Anlauf zu einem solchen Verein unternommen, waren damit aber noch an Grenzen gestoßen. Die zahlreichste Gruppe im Gründerkreis bildeten vier ehrenamtliche Richterinnen und Richter.

Der Verein will das Gefängnismuseum Hamburg, entstanden in der JVA Glasmoor, fördern und bekannter machen und damit zugleich historische, philosophische und im weitesten Sinn politische Informationen und Botschaften erarbeiten und verbreiten,

- durch die Erinnerung an Konzepte zur Reform des Strafvollzugs, wie sie in Hamburg namentlich mit Christian Koch (1878–1955) verbunden sind, dem ehemaligen Leiter des Hamburger Strafvollzugs vor und nach der NS-Zeit und Hamburger Bürgermeister (1946–1950);
- durch die philosophische Durchdringung der Konzepte von Strafe und Strafvollzug
- durch das Eintreten für den Leitgedanken der Resozialisierung – im Sinne des Grundgesetzes und des Hamburgischen Resozialisierungs- und Opferhilfegesetzes (von 2019) – und für dessen Weiterentwicklung.

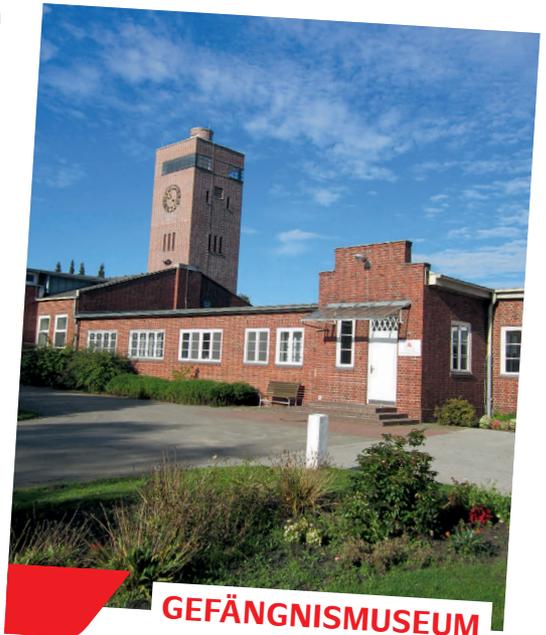
Zum Vorsitzenden wurde Helmut Stubbe da Luz gewählt, zur Stellvertreterin Nadine

Sodeikat und zur Schatzmeisterin Rita da Luz, dazu Tanja Trede-Schicker, Ines Moegling und Klaus Neuenhüsges (die Leitung des Gefängnismuseums gilt nach der Satzung als „geborenes Mitglied“).

Der Vorstand berief sogleich vier Personen in den Beirat des Freundeskreises: Wolfgang Henkel, Dr. Jürgen Herzog, Dr. Carsten Kaven und Dr. Karlheinz Ohle. Kay Brandtmann und Olaf Wunder haben bereits ihre Bereitschaft zur Mitarbeit in diesem Gremium bekundet. Der Aufsichtsreferent/die Aufsichtsreferentin für die JVA Glasmoor, als dem Sitz des Gefängnismuseums, und der Leiter/die Leiterin der JVA Glasmoor gehören ihm qua Amt an.

Die nächste öffentliche Veranstaltung im Gefängnismuseum Hamburg findet am Tag der Reformation statt, im Rahmen der Aktion #see4free, die zum kostenfreien Besuch zahlreicher Hamburger Museen einlädt.

Klaus Neuenhüsges
Gefängnismuseum Hamburg ■



**GEFÄNGNISMUSEUM
HAMBURG**



Bilder aus
Flyer Justizbehörde
Herausgeber:
Justizbehörde
Hamburg



von links nach rechts: Ines Moegling,
Nadine Sodakeit, Manfred Schmiech,
Tanja Trede-Schicker, Dr. Helmut Stubbe
da Luz, Rita da Luz, Dr. Karlheinz Ohle,
Wolfgang Henkel, Klaus Neuenhüsges

Pflegeleistungen für Kinder, Eltern und Angehörige

Neue Veranstaltung am 07. November 2024 in der Vollzugsschule

Liebe Mitglieder des LVHS,

ich möchte zu der neuen Veranstaltung „Pflegeleistungen für Kinder, Eltern und Angehörige“ in die Vollzugsschule einladen. Am 07. Nov. 2024 (Do.); wird von 14:00 Uhr bis max. 16:00 Uhr der Seminarleiter Hr. Wildenauer von der compass GmbH über die am häufigsten nachgefragten Beratungsthemen

- die Unterstützungsmöglichkeiten der familiären und ehrenamtlichen Pflege
- die Finanzierung der Pflege durch Leistungsträger
- die Regelungen zu Pflegegeld und Pflegeleistungen

sprechen. Also: Wie kann die Pflegesituation so gestaltet werden, dass sie für alle tragbar ist und welche Entlastungsmöglichkeiten gibt es für pflegende Angehörige?

Anschließend wird er für Fragen zur Verfügung stehen, die besonders Privatversicherte und ihre Angehörigen betreffen.

Nichtmitglieder entrichten für – für die bereitgestellten Getränke – eine kleine Gebühr von 5,- €.

Anmeldung (Name und E-Mail Adresse) werden zunächst für 25 Personen entgegengenommen. ➡ senioren@lvhs-hamburg.de

Alle weiteren Interessenten erhalten eine Mitteilung zu dem nächsten Seminar (geplant I. Quartal 2025).

Zusätzlich plane ich für den Herbst /Winter eine weitere Veranstaltung, welche sich mit dem Beratungsangebot des WEISSEN RINGS befasst. Speziell geht es um die Möglichkeit, schnelle anwaltliche Erstberatungen und praktische Hilfen zu erhalten. Interessenten können sich unter dem Stichwort: WEISSE RING an die o. g. E-Mail Adresse anmelden.

Mit freundlichen Grüßen
Thomas Barendt
LVHS Seniorenvertreter

AVD, der unbekannte Beruf Gedanken eines Vollzugsbeamten

„Häftling sticht in der JVA Frankenthal Justizvollzugsbeamten in den Hals.“ (Quelle: DIE RHEINPFALZ)

„In Niedersachsen wurde durchschnittlich, im vergangenen Jahr, jede Woche ein Bediensteter tötlich angegriffen.“ (Quelle: NDR)

„In Hamburg greift ein Insasse einen Kollegen mit heißem Wasser an.“ (Quelle: Hamburger Abendblatt)

Man könnte diese Liste weiterführen, aber ändern würde es leider nichts. Es verdeutlicht allerdings, was auf uns zukommen kann. Dazu kommt noch ein, gelinde gesagt, dramatischer Mangel an Nachwuchs. Es fehlt nur noch eine schlechtere Ausbildung der Anwärter, gerade im Bereich Einsatztraining. Herr Neumann und sein Team leisten hervorragende Arbeit in der Vollzugsschule und legen den Grundstein für die Kollegen und Kolleginnen im Bereich ETR. In der Anstalt können und sollten diese Kenntnisse weiter vertieft werden. Die ETR-Trainer in den Anstalten bieten regelmäßig Fortbildungen an und sind immer für Vorschläge zu haben, zumindest ist das meine Erfahrung.

Es mag vielleicht nicht jeder gerne hören, aber gerade im Bereich ETR, ich schreibe bewusst nicht Sport, verliert man schneller die Routine als einem lieb ist. Viele nutzen die Angebote nur so oft sie müssen, um die nötigen Unterschriften auf der Pflichtfortbildungsliste zu bekommen. Wenn man aber ehrlich ist, reicht das bei weitem nicht. Also rafft euch auf und kommt, soweit es der Dienst zulässt, zu den Fortbildungen.

Vielen Dank an alle ETR-Trainer und Traineeinnen in der Vollzugsschule und den Anstalten für euren Einsatz. Ohne euch würden viele Situationen eskalieren, es würde mehr Verletzungen geben und ich würde mich in bestimmten Situationen nicht nur unsicher fühlen, sondern auch überfordert und das ist weder professionell noch ein schönes Gefühl. Ja, es könnte mehr sein und ja, es müsste ein größerer Schwerpunkt auf ETR/HSP gelegt werden. Gerade beim drohenden Personal-mangel und der steigenden Gewalt, aber ihr holt zumindest das Beste für uns alle raus.

Trotz der guten Ausbildung in allen Bereichen fehlt uns Personal. Wenn es der Wirtschaft wieder besser geht, wird es noch schlimmer werden. Natürlich nicht nur bei uns, sondern in allen Bereichen. In der Wirtschaft wirbt man mit der Vier-Tage-Woche, Dienstfahrzeugen, hohen Zuschlägen für Arbeiten am Wochenende und Feiertagen. Man sieht es

an jeder Straßenecke. Da zu bestehen ist alles andere als leicht. Vor allem wenn ich gefragt werde, was ich so für den Nachtdienst bekomme oder wenn ich Weihnachten hinter der Mauer verbringe, sagen eigentlich alle „Warum machst du das?“.

Ich erzähle dann von den ganzen Vorzügen, den großartigen Kolleginnen und Kollegen, von der spannenden Arbeit und dann wird es vielleicht doch interessant. Wenn ich dann noch von regelmäßigen Dienstsport, vernünftigen Zulagen, hervorragender Ausrüstung, Fortbildungen und Ausbildung sowie Aufstiegschancen reden könnte, das wäre dann doch eine Bewerbung wert!

Ich möchte nicht alles schlecht reden. Die meisten von uns AVD-Menschen lieben ihren Beruf. Ich würde mich zu jeder Zeit wieder bewerben, aber die Leute vor der Mauer wissen einfach zu wenig von uns und kommen erst gar nicht darauf, sich zu informieren. Die Polizei, Feuerwehr, Zoll, Bundeswehr und jede zweite Handwerksfirma sehe ich jeden Tag auf Instagram, TikTok, Facebook usw. Die JVA Kleve schaltet einen hervorragenden Werbefilm in den Kinos. Ja, alles sehr werbewirksam. Vielleicht spiegelt es nicht zu 100 % den Alltag wider, aber es macht neugierig. Auf der Blaulichtmeile zogen die Kollegen und Kolleginnen in den Körperschutzanzügen und die Fundstücke aus der JVA Billwerder die meisten Leute an. Die Fragen waren immer die gleichen „Krass, sowas macht ihr auch?“ und wir kamen ins Gespräch. Selbst die Polizei war interessiert. Die Dokumentation über die Ausbildung und die JVA Billwerder haben 500.000 Menschen gesehen und es gab durchweg gute Kritik (trotz RTL2).

Es ist also möglich, sich mehr in den Vordergrund zu stellen und wir müssen, in der heutigen Zeit, richtig Gas geben, um nicht noch mehr abgehängt zu werden. Geld, Arbeitszufriedenheit, moderne, freche und bildstarke Werbung gehören einfach dazu. Dann haben die Menschen ein Bild vom Justizvollzug.

(Nachtrag: Der Justizvollzug hat es endlich geschafft, in den sozialen Medien aufzutreten, ebenso gibt es Entwicklungen beim Dienstsport sowie bei der Neubeschaffung zeitgemäßer Körperschutzanzüge. Die Senatorin hat uns bei guten Gesprächen nicht nur zugehört, sondern treibt eine Entwicklung voran. Dies begrüßt der LVHS sehr.)

Marcel Schoberth
JVA Billwerder

Eine Anwältin, Spielball einer Betrügerin?

Polemik einer linken Nachrichtenseite

Rechtsanwältin Lea M. ist in Hamburg unter anderem in den Justizvollzugsanstalten bestens bekannt. Nicht wenige beschleicht das Gefühl, dass von dieser Seite Tätern mehr geholfen wird, als Opfern von Straftätern. Die in der taz von Frau M. offensichtlich getroffenen Aussagen (taz-Online vom 16.07.2024) scheinen dies widerzuspiegeln. So ist ihr vermeintliches Vorgehen im Fall der Gefangenen Natasa L. aus der Teilanstalt für Frauen nicht überraschend, jedoch ein unrühmlicher Höhepunkt.

Zum Hintergrund; die vorgenannte Gefangene verbüßt eine Haftstrafe bis 2032. L. verbüßt ihre Strafe wegen „Diebstahl- und EC-Kartenbetrugsdelikten, klaute in Supermärkten, Bekleidungsgeschäften und Restaurants, entwendete Brieftaschen und Handtaschen. Im Bundeszentralregister liegen 47 Einträge zu ihrer Person vor, fast alle davon sind Diebstähle oder EC-Kartenbetrüge, oft auch unter Bewährungsaufgaben. L. ist spielsüchtig.“ (aus taz-Online vom 16.07.2024). Es ist daher anzunehmen, dass sie außerdem bereits bei einer Haftverschonung oder Haftaussetzung versagt und weitere Delikte begangen hat. Zusätzlich ist sie laut dem Artikel an Krebs erkrankt, der scheinbar unheilbar sei. Daraus zu schlussfolgern, dass es sich nicht um eine „Schwerverbrecherin“ handelt, ist mit Sicherheit Auslegungssache. Fakt ist, es handelt um eine Person, die durch Gerichte mehrfach rechtskräftig verurteilt wurde. Insofern sind der veröffentlichte Artikel und die vermeintlichen Vorwürfe der Rechtsanwältin M. aus unserer Sicht eine Verdrehung der Tatsachen und situativ sehr einseitig beurteilt.

Die Teilanstalt für Frauen hat durch viele unterschiedliche Bereiche einen erhöhten Personalbedarf auf Grund der verschiedensten Haftarten und Haftstrafen. Resozialisierung steht hier wie in allen anderen Justizvollzugsanstalten im Vordergrund. Es ist den Kolleginnen und Kollegen vor Ort hoch anzurechnen, dass sie unter den aktuellen Bedingungen wie z.B. dem akutem Personalmangel mit Herzblut, vollem Engagement und viel privater Zeit versuchen, den gestiegenen Belastungen gerecht zu werden.

Jede „besondere Situation“ belastet also zusätzlich das gesamte Team und im Besonderen auch die Zeit, die anderen Gefangenen gewidmet werden kann, um diese zu unterstützen und zu leiten. So ist es nachvollziehbar, dass diese besonderen Situationen als Aus- oder Vorführungen in Krankenhäuser zu Arztterminen ein besonderes Maß an Zeit aber auch an Empathie benötigen. Vor diesem Hintergrund sind uns Beschwerden über Kolleginnen und Kollegen bei solchen Begleitungen besonders aus der Teilanstalt für Frauen noch nie zu Ohren gekommen. Im Gegenteil. Die meisten Gefangenen sind dankbar über freie Behandlungen und können hierbei den Sicherheitsgedanken, der bei jeder Gefangenen gleich bemessen wird, nachvollziehen.

So war auch bei der Gefangenen, die wie gesagt, noch eine Haftstrafe bis 2032 (aus taz-Online 16.07.2024) zu verbüßen hat, eine Fesselung angeordnet. Diese konnte jedoch während der Behandlung und in ständiger Anwesenheit der Kolleginnen und Kollegen abgenommen werden. Eine durchaus entgegenkommende Entscheidung des Gerichts und durchaus ein Zeichen der Menschlichkeit, welche der Justizvollzug umsetzt.

Sollte es der Tatsache entsprechen, dass eine Rechtsanwältin dann bei solch einem Termin im Krankenhaus auftaucht, um eine Fesselung zu überprüfen und der Justizvollzugsanstalt Vorwürfe zu machen, die entsprechend notwendige Sicherheitsvorkehrung umsetzt, ist aus unserer Sicht eine Grenze weit überschritten. Vor allem dann, wenn versucht wird, medial über einen Artikel in der taz Stimmung damit gegen den Hamburger Justizvollzug zu machen.

Seitens des Gerichts, besonders seitens der Anstaltsleitung der JVA Billwerder und der Teilanstalt für Frauen wurde alles für die Gefangene im Sinne der Resozialisierung getan. Es wurden durch Kolleginnen und Kollegen Überstunden geleistet, um eine reibungslose Vorbehandlung, Behandlung und Nachsorge zu ermöglichen, was, nach dem Täterbild der Natasa L., bestimmt nicht immer leicht gewesen ist.

Eine Fachaufsichtsbeschwerde gegen die Leitung einzuleiten und zu äußern „man sei nicht willens gewesen, eine schwer kranke Frau würdig zu behandeln“ verstehen wir daher als pure Polemik von Frau M., die sich scheinbar auf dem Rücken einer Gefangenen und der Teilanstalt für Frauen bundesweit einen Namen machen möchte.

Der LVHS als Fachgewerkschaft Justizvollzug weist daher nach Rücksprache mit vielen beteiligten Personen jegliche Vorwürfe zurück. Gerade, wenn es um eine schwer kranke Gefangene geht, sollte das polemische Geplänkel doch im Hintergrund stehen und klientelpolitisches Gebaren eingestellt werden. Denn wie Frau M. gerne Bertolt Brecht zitiert „Wer kämpft, kann verlieren. Wer nicht kämpft, hat schon verloren.“ sollte sich dieser Kampf auf die wichtigen Kämpfe beschränken. Denn geht es um Verbesserungen in allen Bereichen des Justizvollzuges, die eben auch enorme Haftverbesserungen für die Gefangenen bedeuten, rennt sie gerade bei uns offene Türen ein. Daher sind wir immer gesprächsbereit und bieten uns gerne an, Sachverhalte zu erklären oder aufzuklären, bevor jemand in eine falsche Richtung galoppiert. Offensichtlich wurde bei der Recherche zu dem Artikel der taz darauf verzichtet.

Sascha Möbius
Landesleitung



Gittergold

Hamburgs süße Beute aus der JVA Billwerder

Bienen sind bemerkenswerte kleine Insekten. Seit etwa 100 Millionen Jahren gehen sie fleißig und effizient ihrem Geschäft nach.

Die ca. 50 000 Bienen in einem Volk besitzen ein unglaubliches und ausgetüfteltes System der Arbeitseinteilung und eine genau festgelegte Hierarchie, welche ihnen ermöglicht, in enger Harmonie zusammen leben zu können. Sie bauen die inneren Strukturen ihrer Beute, verteidigen sie, kümmern sich um die gegenseitigen Bedürfnisse und legen Vorräte an, um ihr Volk durch schwierige Zeiten zu bringen.

Genau diese Nahrung – der Honig – ist ein weiterer Grund für uns Menschen, warum Bienen für uns Menschen so wichtig sind. Der hohe Wert dieser Substanz für unsere Ernährung und unsere Gesundheit ist seit Jahrtausenden nachgewiesen.

Kein Wunder, dass der gewonnene Honig in der JVA Billwerder den Namen „Gittergold“ bekam.

Und so kamen die gestreiften Insassen, die jeden Tag Ausflug haben, nach Billwerder:

Die Idee, Honig im Gefängnis zu produzieren, hatte der erfahrene Imker und Kollege Ingo Lahl. Zusammen mit seinen ebenso bienenfreundlichen und qualifizierten Kollegen Carsten Hohensee und Daniel Lis betreuen sie die fleißigen Insekten.

Auf dem Gelände der weitläufigen Anstalt wurde ein ruhiger Platz gefunden und Beuten (Bienenstöcke) aufgestellt. Mit großem Erfolg. Die Honigbienen fanden Nahrung und die Honigräume füllten sich.

Doch wie sollte der gewonnene Honig heißen?

Die Kolleginnen und Kollegen durften Ideen für Namen und Logo einbringen und nach eingereichten Vorschlägen über das Endergebnis abstimmen.

Das Logo wurde entworfen, Etiketten und Gläser bestellt und die Abfüllung konnte beginnen.

Insassinnen aus der Teilanstalt für Frauen helfen den Imkern den Honig zu entnehmen, schleudern und umzufüllen. „Unser“



Foto: BSSD Hamburg

Gittergold kann in einem Automaten in der Anstalt erworben werden. Die Nachfrage ist ungebrochen groß und die Unterstützung der Anstaltsleitung hilft der Arbeit und verleiht dem Projekt die Rückenstärkung. Bienenvölker und Anstalten haben somit viel gemeinsam. Es gibt ein System, eine Arbeitsweise die, wenn es glücken soll, von Gemeinschaft und gegenseitiger Rücksichtnahme geprägt sein muss. In unserer Anstalt haben viele Menschen an der Gewinnung und Verbreitung zusammengewirkt und etwas Großartiges geleistet und geschaffen.

Julia Vivian Wernert
zurzeit Studentin an der HAW

Erfahrungsstufen im TV-L

Wenn sich die Beförderung nicht mehr lohnt

Auch wenn ein wichtiger Faktor der Arbeitszufriedenheit die Sinnhaftigkeit unserer Tätigkeit darstellt, so spielt die Bezahlung unserer Arbeitskraft nicht nur eine untergeordnete Rolle.

Der öffentliche Dienst und die Arbeitgeberin der FHH sind gewiss ein sicherer Arbeitgeber, doch sind wir auch sichere Arbeitskräfte?

Alle Tarifangestellten der FHH unterliegen den Regelungen des TV-L (Tarifvertrag der Länder), während nur wenige Kilometer entfernt beim Bund und den Kommunen nach dem TVöD gearbeitet wird. Das stellt die FHH nicht nur vor eine große Konkurrenzlage, sondern auch uns vor einen Abwägungsprozess, was uns die FHH für unsere Arbeitsleistung wirklich bietet, wenn die Bezahlung für ein gewiss sehr ähnliches Arbeitsfeld ein paar Kilometer weiter erheblich besser ausschaut.

Werfen wir einen Blick auf den Unterschied der Erfahrungsstufen bei Beförderungen.

Während im TVöD ein stufengleicher Aufstieg möglich ist, also von z.B. EG 8 Stufe 4 in die EG 9 Stufe 4, so nimmt der Beschäftigte im TV-L seine erreichte Erfahrungsstufe nicht mit, sondern fällt in den Stufen der neuen Entgeltgruppe so weit zurück, dass sein neues Gehalt mindestens dem alten entspricht (+Garantiebetrag). Mit der neuen Eingruppierung beginnt nun die „Erfahrungszeit“ bis zur nächsten Stufenerhöhung von vorne zu laufen. Hinzu kommt dann, dass, wenn man die nächste Erfahrungsstufe erreicht hat, auch noch der Garantiebetrag (den man erhalten hat, damit man für eine neue, höherwertige Tätigkeit zumindest 100 - 180 € mehr verdient) wegfällt.

Besonders schmerzhaft wird eine Beförderung insbesondere, wenn man am Ende seiner Erfahrungsstufe höhergruppiert wird, da die Restlaufzeit der bisherigen Stufe nicht berücksichtigt wird, sondern in ganzen Stufen zurückgerechnet wird.

Ist der neue Vertrag erst einmal unterschrie-

ben, so gibt es kein Zurück mehr, denn der TV-L berücksichtigt den stufengleichen Abstieg. In der Praxis bedeutet es dann, dass Kollegin A von EG 8 Stufe 4 in die EG 9a Stufe 3 + Garantiebetrag 100,96 € gruppiert wird und dann feststellt, dass ihr die neue Position nicht liegt und sie wieder ihre Tätigkeit in der EG 8 wahrnehmen möchte. Nun nimmt die Kollegin jedoch ihre Erfahrungsstufe 3 mit und erhält für ihre neue/alte Tätigkeit die EG 8 Stufe 3.

Wie will unsere Arbeitgeberin uns denn mit diesem System eine Motivation für die berufliche Weiterentwicklung vermitteln, wenn die neue, höherwertige Tätigkeit zwar sinnstiftend, jedoch finanziell nicht deutlich attraktiver ist?

Dass wir als Gewerkschaft daran etwas ändern, wird ab Mitte März 2025 zwischen den Tarifparteien mit Nachdruck verhandelt.

Fenna Grehm
Tarifvertreterin Hamburg

Geplante Erhöhung der Gitterzulage ohne exklusive Zugkraft

Der LVHS fordert weitere Verbesserungen

Es scheint, dass die geplante Erhöhung der Gitterzulage im Justizvollzug zwar ein Schritt in die richtige Richtung ist, jedoch nicht den umfassenden Veränderungen entspricht, die viele sich erhofft hatten. Die Erhöhung auf 170 Euro ab dem 01.08.2025 und auf 180 Euro ab dem 01.08.2026 ist sicherlich positiv, aber die lange Wartezeit und die Tatsache, dass die Gitterzulage nicht signifikant von den Zulagen der Polizei und Feuerwehr nach oben abweicht, lassen viele Fragen offen. Ein exklusiver Zugmagnet für potenzielle Bewerberinnen und Bewerber stellt es nicht dar.

Die Gitterzulage könnte ein wichtiges Instrument sein, um mehr Bewerbungen für den Justizvollzug zu generieren, doch die aktuelle Regelung ist nicht ausreichend. Eine Gleichbehandlung der verschiedenen Vollzugsdienste wird trotzgleicher Höhe der Polizei-/Feuerwehrezulage nicht gewährleistet. Das Anliegen nach einem Alternativmodell der Heilfürsorge und einer verbesserten Laufbahnstruktur bleibt somit weiterhin bestehen.

Es ist verständlich, dass viele in der Branche auf eine umfassendere Reform hoffen, die auch die Ruhegehaltsfähigkeit der Gitterzulage berücksichtigt, wie es bei der Bundespolizei (für die Polizeizulage) der Fall ist.

Weitere vom LVHS geforderte Maßnahme sollen umgesetzt werden, ein Bericht dazu erfolgt nach Umsetzung der Verbesserungen.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die Situation weiterentwickelt und ob die geforderten Veränderungen in Zukunft umgesetzt werden. Der LVHS bekräftigt die notwendigen Verbesserungen für die Kolleginnen und Kollegen in den Justizvollzugsanstalten.

Rene Müller
Landesleitung



Foto: wo00000jpn / stock.adobe.com

Der Weg aus der Überlastung hin zur Arbeitszufriedenheit

Arbeitsprozesse müssen neu organisiert werden

Insbesondere die Coronapandemie hat auch in vielen Bereichen des öffentlichen Dienstes neue Formen der Zusammenarbeit geschaffen. Das mobile Arbeiten / der Dienst an einem anderen Ort wurde insbesondere dort eingeführt, wo es die Aufgabengebiete zuließen. Die Verwaltungsbereiche der Haftanstalten profitieren bislang nur eingeschränkt von diesen Veränderungen. Die papierbasierten, wenig digitalisierten Arbeitsprozesse erschweren unseren Verwaltungsbereichen die flexible Gestaltung ihrer Tätigkeitsbereiche. Doch der Weg ist klar. Zur Arbeitszufriedenheit gehören verschiedene Bausteine. Einer ist die örtliche Flexibilisierung, die es den Mitarbeitenden ermöglicht, Fahrtwege zu verringern und berufliche, familiäre und private Verpflichtungen unter einen Hut zu bekommen.

Und dabei sind die neuen Formen der Zusammenarbeit mehr als das „mobile Arbeiten“. Es werden neue Anforderungen an unsere Führungskräfte gestellt. Es geht darum, wie Geschäftsprozesse neu organisiert und vereinfacht werden können und weiterhin die Teamarbeit gefordert und gefördert wird.

Den uns vorliegenden Daten zu den vakanten Stellen sowie den Prognosen zu den Altersabgängen ist bereits jetzt faktisch zu erkennen, dass zu viel Arbeit auf zu wenige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verteilt wird. Doch wie gehen die Vorgesetzten mit diesen Fakten um? In den Rückmeldungen uns gegenüber wird die Unzufriedenheit auch in der Verwaltung immer wieder verdeutlicht, dass seitens der Vorgesetzten zu wenig das Gespräch mit den Mitarbeitenden gesucht wird, um Pläne zu entwickeln, die zu einer Entlastung der Arbeitsbereiche führen können. Gerade in Zeiten der Personalknappheit muss ein Fokus auf das Überlastungsmanagement gelegt und eng mit dem vorhandenen Personal gearbeitet werden, um diese auch halten zu können.

Das Ziel ist es, die Mitarbeitenden abzuholen und einen gemeinsamen Weg zu beschreiten, der von Wertschätzung, Anerkennung, Forderung und Förderung geprägt ist.

Fenna Grehm
Tarifvertreterin Hamburg

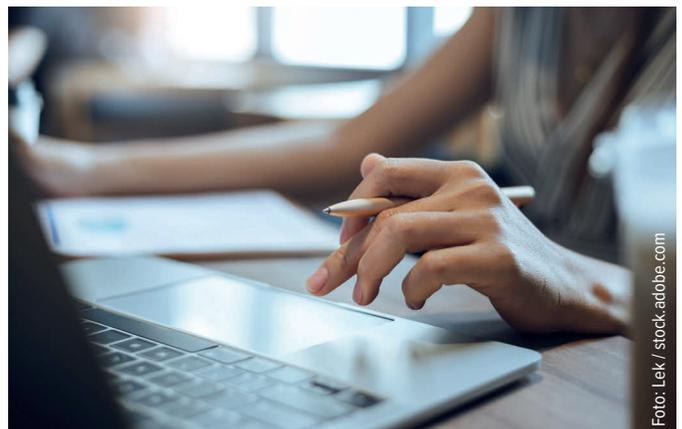


Foto: lek / stock.adobe.com

Wechsel in der JVA Glasmoor

Anstaltsleiterin Angela Biermann in den Ruhestand verabschiedet Bisherige stellvertretende Anstaltsleiterin Sabine Schnabel ist Nachfolgerin

Justizsenatorin Anna Gallina hat am 31. Mai des Jahres nach 15-jähriger erfolgreicher Leitung der JVA Glasmoor Angela Biermann in den Ruhestand verabschiedet.

Vor geladenen Gästen aus der Behörde für Justiz und Verbraucherschutz, dem Justizvollzug, der Politik und von Verbänden erhielt Angela Biermann die Ruhestandsurkunde. Angemessene und richtige Worte dann auch von der Senatorin: „Die JVA Glasmoor ist eine Anstalt mit mehr als 100-jähriger Geschichte, die Angela Biermann in den vergangenen Jahren mit viel Einsatz und Leidenschaft mitgestaltet hat. Sie hat sich immer für die Belange der Gefangenen stark gemacht. Ihr Handeln hatte stets das Wohl der Gefangenen im Fokus. Sie trat für ihre Überzeugung ein, dass jeder Mensch die Fähigkeit hat, sich zu ändern und zu wachsen, wenn ihm die richtigen Möglichkeiten geboten werden. Für ihren neuen Lebensabschnitt wünsche ich ihr nur das Beste, Gesundheit und Zufriedenheit.“

Die weiteren Laudatoren nutzen gleichermaßen trefflich die Gelegenheit, auf besondere Charaktereigenschaften von Angela Biermann einzugehen, die ihre Persönlichkeit auszeichnen und quasi ein Alleinstellungsmerkmal eröffnen, als da sind: Engagement, Kontinuität, Konstanz, Verbindlichkeit, Verve, Impetus und eine gesunde Hartnäckigkeit in der Verfolgung der Ziele. Eigenschaften, die mir durchgängig vertraut sind, kenne ich doch Angela Biermann seit ihrem ersten Tag im Vollzug. Wie es schon bei der Senatorin

anklang, ist es auch ihr humanistisches Menschenbild, das ihr Handeln ausmacht. Angela Biermann ging aufrecht durch den Vollzug und verlässt diesen auch mit aufrechem Gang. Defätismus ist nicht ihr Verständnis. So waren auch ihre Worte bei der Feier. Dennoch hätte sie aber gerne noch das eine oder andere auf den Weg gebracht.

Angela Biermann war 38 Jahre in verschiedenen Anstalten des Hamburger Vollzuges tätig. 1986 begann sie als Anstaltspsychologin im offenen Vollzug der JVA Glasmoor, nahm aber auch die Aufgaben einer Abteilungsleiterin wahr und engagierte sich in der Fort- und Ausbildung des Personals 1991 wechselte sie in den geschlossenen Vollzug nach Fuhlsbüttel (damals JVA Nesselstraße) und entwickelte das Konzept der neu eröffneten Anstalt mit, wurde Vollzugsleiterin, stellv. Anstaltsleiterin und später auch Leiterin der Sozialtherapie mit der Außenstelle Bergedorf. Als neue Anstaltsleiterin der JVA Glasmoor kehrte sie 2009 in den offenen Vollzug zurück, bekam (und nutzte) die Gelegenheit, die Erweiterung und Modernisierung der Anstalt baulich und konzeptionell zu gestalten.

Nachfolgerin von Angela Biermann ist nun die bisherige Stellvertreterin Sabine Schnabel – in dieser Funktion bereits seit 2014. Zuvor war Sabine Schnabel nach dem Studium zum gehobenen Vollzugs- und Verwaltungsdienst in Bad Münstereifel seit 1996 auf verschiedenen Dienstposten in den Anstalten und in der Behörde tätig. Sie kennt den Vollzug in- und auswendig. Ich bin da-



Senatorin Gallina und A. Biermann

Fotos (2): BSBd Hamburg



S. Schnabel

von überzeugt, dass Sabine Schnabel dem Geist der JVA Glasmoor mehr als gerecht wird. Ich wünsche ihr auch im Namen des Landesverbandes dabei eine ruhige und sichere Hand aber auch Fortune. Angela Biermann wünsche ich auch im Namen des Landesverbandes alles Gute für den neuen Lebensabschnitt mit nun anderen Aufgaben und Herausforderungen.

Klaus Neuenhüsges
Ehrenvorsitzender

Fototermin mit dem Ersten Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher LVHS-Mitglied Michael Porath, Leiter der Gebäudereinigung der JVA Billwerder

Michael Porath nahm am Senatsempfang anlässlich des 100-jährigen Bestehens der Gebäudereiniger Innung im Hamburger Rathaus teil.

Der Erste Bürgermeister Hamburgs, Dr. Peter Tschentscher, stand für ein Foto zur Verfügung. ■



Foto: BSBd Hamburg

Ein Rückblick ...

In der zweiten Jahresausgabe des Vollzugsdienstes haben wir unsere hessischen Leser und Leserinnen anlässlich der Hauptpersonalrats, Personalrats- sowie der Wahl für unsere jungen bzw. in Ausbildungen stehenden (HJAV und JAV), die am 14. Mai stattfanden, um ihre Stimme für die Kandidaten der BSBD-Listen gebeten.

Mit viel Engagement und Herzblut sind viele unserer Mitglieder in den Ortsverbänden bei den jeweiligen Anstalten aktiv dabei. Möchten sich in ihren Justizvollzugsanstalten am Gestalten der Arbeitsplätze mitbringen. Es sind die, die tatsächlich etwas tun möchten. Die gemeinsam mit der jeweiligen Leitungsebene ihre Vor-Ort Bedingungen mitgestalten wollen. Es sind die, die auch bereit sind, über den Tellerand zu schauen. Für einige ist ein Mitgestalten selbstverständlich. Am 18. Januar 2024 wurde das hessische Ministerium der Justiz mit der Bildung des Kabinetts zum Ministerium der Justiz und für den Rechtsstaat umbenannt. Unser ehemaliger Justizminister, Herr Prof. Dr. Poseck, hat in einer seiner ersten Plenarsitzungen im Hessischen Landtag seine Pläne für die Umsetzung eines hessischen Pakts für den Rechtsstaat vorgestellt. Mit Herrn Prof. Dr. Poseck, der seit Januar dieses Jahres der hessische Innenminister wurde, haben wir einen Menschen mit einem aufmerksamen Blick und großem Interesse am Justizvollzug verloren. Jedoch einen sichtbaren und umsichtigen Innenminister gewonnen. Herr Prof. Dr. Poseck ist uns im Justizvollzug –

selbst in der sehr kurzen Zeit von zwei Jahren – immer als guter Gesprächspartner in Erinnerung. Walter Steinmeier sagte einmal in einer seiner Reden „der Staat soll für den Menschen da sein“. Genau das Gefühl vermittelte uns und vielen anderen in den Anstalten/Behörden Herr Prof. Dr. Poseck. Nach den Ministerbesuchen wurde durchweg nur positiv berichtet. In den Justizvollzugsanstalten/Behörden sind zahlreiche im BSBD organisierte Mitglieder vertreten.

Wir wünschen allen gewählten Personalvertretungen eine gute und konstruktive Amtszeit. In einigen Behörden-, Dienststellen funktioniert das miteinander. Bei anderen wiederum gestaltet sich ein gemeinsames Wirken im Sinne der Beschäftigten und der Behörde/Anstalt eher schwierig. Wir wünschen uns für alle ein gutes und ziel führendes Miteinander. Mit Schweigen und Ignorieren ist keinem geholfen. Die Her-

ausforderungen des Ehrenamtes sind groß. Es ist nicht selbstverständlich, dafür Mitwirkende/Mitgestaltende zu gewinnen. Die Diskrepanz zwischen dem Achten und Wollen in einem Rechtsstaat und der Lebenswirklichkeit decken sich nicht immer. Daher wünschen wir allen, die sich für die Belange der im Justizvollzug Tätigen und für die jeweiligen Dienststellen mitbringen, sehr viel Langmut und Willen mitzuwirken. Auch wenn der Wind manches Mal scharf ist. Die Mitglieder des Landesvorstandes sind zahlreich im Hauptpersonalrat vertreten. Gerne stehen wir auf allen Ebenen mit Rat und Tat zur Seite. Der BSBD ist im Hauptpersonalrat mit 7 Sitzen vertreten.

Wir bedanken uns bei unseren Wählern, bei den Funktionsträgern und Mitgliedern in den Justizvollzugsanstalten/Behörden. #vonderBasisfürdieBasis



Landesvorstand

Foto: BSBD Hessen

IMPRESSUM

71. Jahrgang
Der Vollzugsdienst (VollzD)

Zeitschrift des
Bundes der Strafvollzugsbediensteten
Deutschlands (BSBD)

Herausgeber und Verlag
Bund der Strafvollzugsbediensteten
Deutschlands (BSBD)

**Schrift- und Verlagsleitung,
Anzeigenverwaltung**

Martin Kalt
c/o Geschäftsstelle BSBD
Waldstein 50 – 21717 Deinsten

Mobil: 0176 40509127
E-Mail: martin.kalt@bsbd-bund.de

Gerichtsstand und Erfüllungsort:

35576 Wetzlar

Erscheinungsweise

Der Vollzugsdienst (VollzD) erscheint alle zwei Monate (Nr. 4/5 als Doppelnummer) und wird den Mitgliedern des Bundes der Strafvollzugsbediensteten über die Ortsverbände oder Einzelmitgliedern im Postversand zugestellt.

Der Verkaufspreis ist durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten.

An Gefangene wird die Zeitschrift nicht abgegeben.

Die mit den Namen oder den Initialen des Verfassers gekennzeichneten Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung des Herausgebers oder der Schriftleitung dar.

Für die Rubrik „Landesverbände“ sind die jeweiligen Landesvorsitzenden verantwortlich.

Unverlangt eingesandte Manuskripte werden im Falle der Nichtannahme zurückgesandt, wenn Rückporto beigelegt ist.

Alle Rechte vorbehalten.

Nachdruck – auch auszugsweise – nur mit Genehmigung der Schriftleitung.

Bei Nichterscheinen infolge höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch.

Gesamtherstellung:

Pauli Offsetdruck e. K.
Am Saaleschlößchen 6, 95145 Oberkotzau

www.pauli-offsetdruck.de
E-Mail: oberkotzau@pauli-offsetdruck.de

„Gespräche bei Weck, Worscht und Woi“

Dieser Einladung des dbb Hessen am 28. Mai auf dem Hesttag in Fritzlar, ist unser Tarifbeauftragter Torsten Gürtler stellvertretend für den Landesvorstand des BSBD Hessen sehr gerne nachgekommen.

vlnr.: Minister für Wissenschaft und Forschung Timon Gremmels, stellv. Landesvorsitzender BSBD Torsten Gürtler, stellv. Landesvorsitzende dbb Julika Lückel, Landesvorsitzender dbb Heini Schmitt, stellv. Landesvorsitzender dbb Richard Thonius, Innenminister Prof. Dr. Roman Poseck, stellv. Landesvorsitzender dbb Christian Poplutz, Vorsitzende der dbb Frauenvertretung Hessen Sonja Waldschmidt, Staatssekretärin Tanja Eichner (Bilder dbb/nöthen)



(3) Bilder dbb - Bildquelle: dbb/nöthen



Timon Gremmels; Torsten Gürtler und Prof. Dr. Poseck

Der Hesttag war für uns daher ein guter Treffpunkt, um mit Spitzenvertretern der Landespolitik einmal in Ruhe und entspannter Atmosphäre einige der Themen die uns bewegen, zu erörtern.

Ein besonderer Dank geht hier an den dbb Landesvorsitzenden Heini Schmitt, der mit seinem Team im Weindorf, beim Weingut Kulick, eine solche Veranstaltung mit diversen Leckereien ermöglicht hat.

Torsten Gürtler



Torsten Gürtler und Heini Schmitt dbb

Foto (3) BSBD Hessen

Gelegenheit nutzen, um gemeinsam mit dem dbb den persönlich – geselligen Austausch mit Repräsentanten aus Politik und Gesellschaft zu pflegen. In geselliger Runde wurden hier Forderungen platziert und Positionen verfestigt.

Die allgemeine Stimmungslage, gerade im Justizvollzug wurde dargestellt. Denn gerade die systemgerechte Übertragung des Tarifergebnisses TV-H auf Beamte/innen und Versorgungsempfänger/innen kann nicht als positiv bezeichnet werden. Von Wertschätzung kann hier gerade in den unteren Besoldungsgruppen keine Rede sein.

Landeshauptvorstandssitzung im Klosterwald Lich

Unsere Ortsverbandsvorsitzenden und Vertretungen der Fachgruppen kommen im Juni zusammen

Der Einladung des Landesvorstandes wurde zahlreich gefolgt. Die Tagesordnung für unsere Sitzung war prall gefüllt. Neben einem Tätigkeitsbericht über die bisherige Arbeit des Landesvorstandes und der Vorstellung zur Planung einer Satzungsänderung – die auf unserem Gewerkschaftstag von den Delegierten beschlossen werden soll – waren Berichte über die Mitgliederentwicklung bis hin zur Vorstellung des BSBD Forderungskatalog enthalten. An Ergänzungswünschen für die Forderungen fehlte es nicht. Ganz klar wurde seitens der Teilnehmenden gefordert – aus den Forderungen endlich Erreichtes zu machen. Auf jeden Fall – wird eine erfolgreiche Umsetzung stets auch unser größter Wunsch sein. Wir sind einsatz- und kampfbereit. Was fehlt ist ein guter und verständiger Partner.

Uns ist wohl bewusst, dass das Lagebild im Justizvollzug dramatisch ist. Quer durch alle Berufsgruppen steigen die Anforderungen. Der Justizvollzug mit all seinen Herausforderungen ist keine Nische.

Die Arbeitsbedingungen in den Anstalten bedingt durch Krankheitsausfälle, nicht besetzte Stellen, hohe Fluktuation und häufige Wechsel bei den Führungskräften, Schwierigkeiten bei der Personalgewinnung für alle Berufsgruppen wurden diskutiert. Die zahlreichen Baustellen in den



Anstalten und große Probleme im Besonderen der Frankfurter Anstalten nicht nur bei der Personalgewinnung sondern auch die große Herausforderung eine Stellfläche für das Auto zu finden. Natürlich kann der tägliche Ärger der berühmte Tropfen sein, einen Arbeitgeber zu suchen, der auch einen Parkplatz im Angebot hat. Das Ziel aller: Personal zu gewinnen und nach dem Gewinnen auch zu halten. Genau die Ziele stehen hinter den Forderungen, die wir als Gewerkschaft für uns alle im Justizvollzug haben. Zumindest das Ziel haben wir mit den politisch verantwortlichen gemeinsam. Justizvollzug ist systemrelevant – Justizvollzug bedeutet Sicherheit – Hessen könnte ein guter Arbeitgeber sein. ■



Bilder (2): BSBD Hessen, Sigi Urbaneck



Bildquelle: Gießener Allgemeine/7614415-im-wolfgang-mittermaier-haus-leben-freigaenger-foto-schepp-2Eea

Unsere Landesvorstandssitzung im Juli fand im offenen Vollzug der JVA Gießen statt

Herzlich empfangen wurden wir von Herrn Anstaltsleiter Prosinges und der Geschäftsleiterin der JVA. Ganz besonders Herr Prosinges referierte über den offenen Vollzug. Die Chancen und Hilfen, die den Gefangenen auf einen Weg in ein straffreies Leben geboten werden können. Sein leidenschaftlicher Vortrag hat uns wirklich sehr begeistert. Wir teilen seine Sorgen um die Vollzugsform des offenen Vollzuges. Die Bestände in den Einrichtungen des offenen Vollzuges sind seit längerem auf einem sehr niedrigen Niveau. Während der geschlossene Vollzug –

ganz besonders die U-Haftanstalten sehr angespannte Belegungszahlen zu bieten haben, ist das Lagebild in den Einrichtungen des offenen Vollzuges ein anderes. Alle Berufsgruppen, die im offenen Vollzug mit einer gewissen Leidenschaft gerne ihren Dienst in der Betreuung der Gefangenen einbringen würden, hoffen seit langem auf ein erkennen aller Beteiligten. Ein großer Player sind die politischen Entscheider. Das aktuelle Lagebild in den Abteilungen des offenen Vollzuges wurde im Jahr 2014 während und nach der Urteilungsverkündung gegen einen Geisterfahrer. Zur Zeit des Unfalls war er im offenen Vollzug der JVA Diez untergebracht. Bei seiner Geisterfahrt starb eine junge Frau. Besonders in dem Urteil des Richters Sagebiel war, dass die Befürworter des offenen Vollzuges in die Mitverantwortung genommen wurden. Dieses „mitverantwortlich sein“ scheint die Bestände im offenen Vollzug niedrig zu halten. Die Pandemie hat ebenfalls dazu beigetragen, dass nicht nur der Bestand gesunken ist, sondern in einigen Einrichtung massiv Personal abgezogen wurde. Das war einmal ganz anders. 1995 – 1999 war Herr Rupert von Plotnitz Justizminister für Justiz und Europangelegenheiten. Der offene Vollzug sollte der Regelvollzug sein. Natürlich ging das nicht gut. Die Regel kann ein solcher Vollzug kaum sein. Bis auf wenige Ausnahmen stellte den Justizminister stets die CDU. Schon während der Amtszeit des grünen Ministers war die CDU ein großer Kritiker des damaligen Regelvollzuges. Versprach einen scharfen Justizvollzug. Kaum Lockerungen, kaum Ausgänge und das wollen wir unbedingt erwähnen, die 42 Stunden Woche und damit ein unglaublicher Personalabbau folgten über die Jahre hinweg. Geblieben sind Worthülsen. Resozialisierung als Vollzugsziel – wie soll das gehen? Natürlich ist besonders der offene Vollzug sehr personalintensiv. Der offene Vollzug wäre für viele Gefangene eine gute Möglichkeit sich zu erproben. Klar kann da auch was schiefgehen oder rechtzeitig erkannt werden. Win-win und morgen sind sie unsere Nachbarn. ■

Gewerkschaftspolitischer Austausch mit der SPD



Das erste gewerkschaftspolitische Gespräch unserer Amtszeit führte uns mit Vertretern der Fraktion SPD zusammen. Für Tanja Hartdegen und Oliver Ulloth ist der Justizvollzug mit all seinen Aufgabengebieten kein Neuland. Beider Abgeordneten sind im Unterausschuss Justizvollzug vertreten. Frau Hartdegen war einige Male politischer Gast auf unseren Gewerkschaftstagen in Butzbach. Beiden sind die Sorgen und Nöte des Personals, dass in den Justizvollzugsanstalten bestmögliche Arbeitsergebnisse erzielen muss und will gut bekannt. Sie kennen unseren Forderungskatalog fast so gut wie wir selbst. In der Vergangenheit gab es schon einige politische Austauschgespräche unserer Fachgewerkschaft mit Frau Hartdegen und Herrn Ulloth. Auf den Internetseiten der SPD sind Forderungen des Justizvollzuges seit langem zu finden. Seien es die Schwierigkeiten, die eine teilprivatisierte Justizvollzugsanstalt (JVA Hünfeld) mit sich bringt oder der seit vielen Jahren bestehende Personal-mangel quer durch alle Berufsgruppen. Die besonderen Bedingungen der allgemeinen Justizvollzugsdienstes mit all den Hürden, die Berufe mit 7/24 vor Ort sein zu müssen. Das sind Einschränkungen, die das Berufsbild nicht gerade attraktiver machen. Bereits 2022 mahnte der damalige Rechtspolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Herr Gerald Kummer, die Justizministerin, Frau Kühn-Hörmann an, endlich ein Personalaufbauprogramm zu betreiben. Die hessische Justiz und der Justizvollzug seien dramatisch heruntergewirtschaftet. Die Arbeitsmotivation und die Gesundheit aller in der Justiz Tätigen sei gefährdet. Neben mehr Personal wurde eine bessere Besoldung statt „Schönreden der Situation“ gefordert. Positiv gestimmt sind wir in unser Gespräch gegangen. Zunächst übergaben wir eine Aufstellung, wie sich

die systemgerechte Übertragung des Tarifergebnisses auf die Besoldung in den unteren Besoldungsstufen auswirken wird. Gerade die unteren Besoldungsstufen spüren von der Übertragung der Verhandlungsergebnisse „nichts. Wir haben von der großen Enttäuschung der Beamten und Beamtinnen und Versorgungsempfänger im Land berichtet. Wir haben davon berichtet, dass auf Grund von zahlreichen Krankheitsausfällen

viele Bedienstete mehr und mehr belastet werden. Wir haben davon berichtet, dass die zulässige Wochenarbeitszeit – freiwillig – aber aus der Not heraus – sehr oft nicht eingehalten wird. Wir haben davon berichtet, dass selbst im Urlaub – aus der Not heraus – Fragen der Dienstplanenden zur Dienstübernahme eingehen. Die Spirale dreht sich immer schneller. Wir haben unseren Forderungskatalog vorgetragen. Neben all dem haben wir um Unterstützung gebeten endlich die Dienstkleiderordnung zu reformieren. Mündliche Willenserklärungen des Innenministers, dort tätig werden zu wollen, gab es bereits auf unserem Gewerkschaftstag 2023 in Butzbach. Wir haben in aller Euphorie an einen Sommer 2024 mit reformierter Dienstkleiderordnung geglaubt. Ganz besonders Herr Ulloth sagte uns seine Unterstützung zu. Wir sind nach wie vor gespannt. Tätowierungen sind längst gesellschaftsfähig. Seit Jahresbeginn ist die SPD Fraktion Koalitionspartner der CDU. Wir waren schon arg enttäuscht, dass in den Haushaltsnachtragsverhandlungen keine Beträge, die auf dem Weg zur verfassungskonformen Besoldung ihren Einsatz finden würden, vorgesehen war. Auf jeden Fall fordern wir weiter. Nicht nur bei der Besoldung und bei unseren Arbeitsbedingungen vor Ort in den Anstalten. Das Lagebild ist mehr als Ernst. Zeit zum Handeln. Nötig sind sichtbare Willenserklärungen. ■



Herzlichen Glückwunsch zur bestanden Laufbahnprüfung



Foto (2) BSBD Hessen

3. Platz beim Drachenbootrennen für das Team „JVA Frankfurt“

Bereits zum zweiten Mal startete am 24. August ein Team von 21 Bediensteten (20 Paddlerinnen und Paddler sowie eine Trommlerin) der Justizvollzugsanstalten Frankfurt am Main 1 und 4 beim Drachenbootrennen am Museumsuferfest in Frankfurt. Im Vorfeld haben wir an vier Sonntagen Trainingseinheiten auf dem Main ab-



solviert und sind – mehr oder minder kraft- und taktvoll – je nach Dienstplan, – in wechselnder Besetzung den Main rauf und runter gepaddelt.

Insgesamt 25 Teams gingen am Samstag im „Mixed-Fun“ - Cup an den Start.

Nachdem sich unser Team im Vorlauf noch mit dem zweiten Platz (hinter „Razz F.A.Z.“) begnügen musste, gelang uns im Halbfinale mit dem ersten Platz der spektakuläre Einzug ins Finale.



Die Freude darüber brachte das Boot fast zum Kentern. Dies konnte nur noch unser „Herr und Meister“, Steuermann Falko, knapp verhindern.

Im Finale gelang es unserer Mannschaft dann – mit dem Erpaddeln des dritten Platzes – das Treppchen zu besteigen, und Razz F.A.Z. hinter uns zu lassen.

Glückwünsche an das Team „HR Info“ zum 1. Platz und an den „Wiener Ruderclub Pirat 1875“ zum zweiten Platz.

Vielen Dank an den Sportkreis und D.R.E.A.M Frankfurt für die tolle Organisation!



Foto (3) BSBD Hessen

Team JVA Frankfurt

Hessenschau Aktuell

Es gibt zu wenige Mitarbeiter im Gefängnis



An einem späten Vormittag erreichte mich der Anruf von Benjamin Holler. Ein Mitarbeiter des Hessischen Rundfunks. Der Personalmangel in den hessischen Justizvollzugsanstalten sollte Themenschwerpunkt werden. Für uns Vertretende einer Fachgewerkschaft für alle Berufsgruppen im Justizvollzug ist eine solche große Aufmerksamkeit eher die Ausnahme. Natürlich waren wir für ein Interview bereit. Unbedingt sogar. Für den nächsten Tag war ein Treffen für der JVA Kassel 1 geplant. Zeitgleich war ein Kamerateam in der JVA Butzbach gemeinsam mit der dortigen Leiterin Frau Knappik verabredet. Unser Justizminister Herr Christian Heinz war ebenfalls auf Besuch in Butzbach. Das Kamerateam wurde von Kollegen und Kolleginnen des allgemeinen Vollzugsdienst begleitet. Gerne wurde die Gelegenheit dazu genutzt, um ein Statement über den Beruf hinter Gittern abzugeben. Kein Tag ist gleich. Mit vielen, die im Vollzug tätig sind haben die Kollegen und Kolleginnen etwas gemeinsam. Der von uns gewählte Beruf macht uns Spaß und wir machen ihn gerne. Trotz zahlreicher Herausforderungen, die bedingt durch mehr und mehr psychisch auffälliger Inhaftierter nicht einfacher wird. Die Berufe im Justizvollzug sind allesamt besonders. Wir arbeiten bzw. verrichten unseren Dienst im Verborgenen. Wenigen sind die zahlreichen Berufe, die es innerhalb der Justiz gibt, bekannt. Der Personalmangel ist bei allen Berufsgruppen angekommen. Das Schicksal teilen wir mit der freien Wirtschaft. Dort wird ebenfalls händeringend nach Personal gesucht. Das Schlagwort „Fachkräftemangel“ ist allen ein Begriff. Was hat der Personalmangel in den Justizvollzugsanstalten für Auswirkungen? Das war eine Frage des Interviews. Natürlich sorgt Personalmangel für weniger Angebot bei den Gefangenen. Der Aufgabenkatalog in der Gefangenbetreuung wird so gut es eben geht aufrechterhalten.

Einiges wird auf ein absolut nötiges Maß reduziert oder aber es wird auf Biegen und Brechen etwas möglich gemacht, was eben nicht möglich wäre. Abteilungen/Stationen werden zugunsten von Behandlungsstationen vorzeitig geschlossen. Nicht selten müssen mehrere Stationen von einem „mitbetreut“ werden.

Werkbetriebe werden vorzeitig geschlossen. Arbeitsumschlüsse sind früher. Zeit wird eingespart wo es nur geht. Betreuungssintensive Aufgaben werden auf ein Mindestmaß zusammengestrichen. Dabei sollte eine gewisse Kontrolldichte und Verbindlichkeit z. B. bei den Arbeitsplätzen in freien Beschäftigungsverhältnissen des offenen Vollzuges erfolgen können. Leider Fehlanzeige. Aber was macht das Ganze mit dem Personal? In zahlreichen Anstalten haben die Dienstpläne ihre Verbindlichkeit verloren. Sind Flickwerk. Längst hat die Resignation Einzug gehalten. Das Personal fehlt nicht nur für die Kür. Dabei benötigen wir dringend Menschen, die die Berufe

im Justizvollzug ausüben wollen und können. Unser Umfeld ist doch Besonders. Vom Krankenpflegedienst über die Werkmeister bis hin zum allgemeinen Justizdienst, der Verwaltung zu den Fachdiensten Sozialarbeitern, Lehrern, Ärzten und Psychologen. Quer durch alle Laufbahnen könnte der Justizvollzug geeignet und engagierte Menschen beschäftigen. Wir als Justizvollzug müssen dringend für unsere Berufe Werbung machen. Natürlich darf kein Format ausgelassen werden. Ein guter Weg scheinen die Bewerbertage in den Anstalten zu sein. Besuche auf Messen und in den Berufsschulen können unseren Beruf bekannt machen. Gehen würde das. Aber Bewerber zu finden ist das eine. Bleiben müssen sie. Das ist das andere. Bei den Zuständen, die wir aktuell haben, wird das die größte Herausforderung werden. Familie und Beruf muss auch für die im Schichtdienst Tätigen möglich sein. ■



Ein guter Grund für Deine/Ihre Mitgliedschaft im BSBD

Wir kennen den Vollzug und wir nehmen unser Ehrenamt ernst. Ernst ist das Lagebild in allen Justizvollzugsanstalten (JVAen). Die Arbeitsbelastung in den JVAen und Behörden nimmt stetig zu. Die Arbeitszufriedenheit und die krankheitsbedingten Ausfälle steigen. Damit steigt die Arbeitsbelastung. Ein Teufelskreis. Personal wird für alle Berufsgruppen händeringend gesucht. Allerdings ist die Personalsuche ganz besonders für die Berufsgruppen, die im Schicht- und Wechselschichtdienst 7/24 im Dienst zu sein haben mehr als schwierig. Wie zum Beispiel der Krankenpflegedienst und die größte Berufsgruppe im Justizvollzug, der allgemeine Justizvollzugsdienst (AVD). Möglicherweise sind auf Grund dieser Tatsache Berichte rund um den AVD stärker im Fokus.

Wir versichern, dass verschiedene Problemlagen aller Berufsgruppen auf unseren Forderungslisten vertreten sind. Hoffen, dass sich keine Berufsgruppe „nicht gesehen“ fühlt. Wir wollen ALLE im Justizvollzug tätigen mit der gleichen Aufmerksamkeit vertreten. Unser Ehrenamt führen wir mit großem Engagement und mit großer Überzeugung. Wir wissen, wo „der Schuh drückt“.

Wir können ein guter Partner sein, um das Personal im Justizvollzug gegenüber ihrem Dienstherrn/Arbeitgeber sowie jeweiligem Dienstvorgesetzten und gegenüber der Politik zu vertreten. Wir setzen und bringen uns ein. Wir fordern und wir vertreten in der Gesamtheit den Justizvollzug. Unseren Mitgliedern stehen nicht nur die Ansprechpartner in den jeweiligen Ortsverbänden mit Rat und Tat zur Seite. Die Mitglieder des Landesvorstandes sind stets „ANSPRECHBAR“.

Rege Kontaktaufnahmen erwünscht - sei es von Angesicht zu Angesicht, telefonisch, Social Media, E-Mail oder gar ganz konventionell über die Briefpost – WIR SIND FÜR EUCH DA!!! Unser Rechtsschutzbeauftragter Günter Kowalski ist ganz besonders stark gefordert. ■

Rechtsschutz im BSBD Hessen

Im Sommer 2023 habe ich die Aufgabe des Rechtsschutzbeauftragten im BSBD Hessen übernommen. Langjährige Erfahrung in Personalverantwortung und Bearbeitung von Personalangelegenheiten sind für diese Aufgabe sehr hilfreich.

Der Rechtsschutz im BSBD Hessen und im dbb Hessen steht auf zwei Beinen.

Zunächst stehe ich den rechtssuchenden Kolleginnen und Kollegen gerne mit Rat und Tat zu Seite. Sollten weitergehende Rechtsberatungen oder Verfahrensbeteiligungen erforderlich sein, tritt der Rechtsschutz des dbb Hessen, vertreten durch Rechtsanwältin Frau Dr. Fischer (Frankfurt) ein. Im Gegensatz zu mehreren Bundesländern, die sich des Dienstleistungszentrum des dbb Bund bedienen, wird der dbb Hessen durch die beauftragte Kanzlei Dr. Fischer vertreten.

Im Ergebnis entscheidet die Landesleitung des dbb Hessen, ob ein Rechtsschutzfall angenommen oder abgelehnt wird. In meiner Funktion gebe ich eine fachliche Stellungnahme aus Sicht des BSBD Hessen zu dem Sachverhalt ab.

Die Voraussetzungen zur Gewährung des Rechtsschutzes des dbb Hessen sind in einer Rechtsschutzordnung geregelt. Diese basiert auf Grundlage der Rahmenrechtschutzordnung des dbb Beamtenbund und tarifunion vom 09.01.2018.

Die Rechtsschutzordnung regelt einen umfangreichen Katalog an Fällen, in denen aus dem Beamten- und Tarfbereich eine Rechtsberatung und Verfahrensrechtsschutz gewährt werden kann. Rechtsberatung beinhaltet die schriftliche oder mündliche Erteilung oder Vermittlung eines Rates oder einer Auskunft an das betroffene Mitglied. Verfahrensrechtsschutz beinhaltet die über die rechtliche Beratung hinausgehende rechtliche Vertretung des Mitglieds z.B. bei Gericht. Rechtsschutz wird nur gewährt, wenn zum Zeitpunkt der Entstehung des Rechtsschutzfalles die Mitgliedschaft im BSBD Hessen bestanden hat. Verfahrensrechtsschutz soll nur gewährt werden,

wenn die beabsichtigte Rechtsverfolgung hinreichende Aussicht auf Erfolg hat. Bei Verfahrensrechtsschutz in Fällen von Strafv- und Ordnungswidrigkeiten oder in Disziplinarangelegenheiten kann des Rechtsschutzbegehren in Fällen der vorsätzlichen Tatbegehung abgelehnt werden.

Im nunmehr laufenden ersten Jahr als Rechtsschutzbeauftragter des BSBD Hessen musste ich 22 Rechtsschutzfälle an den dbb Hessen zur Bearbeitung weiterleiten. In über 10 Fällen konnte ich durch persönliche Beratung den Kolleginnen und Kollegen weiterhelfen. Aus der Praxis ist festzustellen, dass es durchaus kuriose Fälle gibt, die im Ergebnis einen Rechtsschutz erforderlich machen, andererseits würde eine zugewanderte Kommunikation zwischen Behördenleitung, Vorgesetzten und Kolleginnen und Kollegen einen Rechtsschutz überflüssig machen.

Günter Kowalski, Rechtsschutzbeauftragter im BSBD Hessen ■

Psychologische Betreuung der Bediensteten

Das Arbeitsfeld im Justizdienst ist bekanntermaßen von besonderen Herausforderungen und Belastungen gekennzeichnet. Dies stellt die Bediensteten regelmäßig vor neue Anforderungen, auch und besonders hinsichtlich ihrer psychischen Belastbarkeit. Seien es Belastungen im Rahmen des Arbeitsalltags oder der Ausbildung, schwierige Situationen mit Mitinhaftierten, Konflikte mit Kollegen oder Vorgesetzten, tätliche Übergriffe oder auch private Belange wie familiäre Konflikte, Trennungen oder Todesfälle. Auch die Zahl der Fälle von depressiven Erkrankungen oder Burnout nehmen in der Gesellschaft sowie natürlich auch unter den Justizvollzugsbediensteten immer mehr zu. Laut aktuellem DAK Psychreport 2024 gab es aufgrund psychischer Erkrankungen in den vergangenen zehn Jahren einen Anstieg der Fehltagelänge um 52 %, wobei Depressionen übergreifend den wichtigsten Krankschreibungsgrund darstellten. Belastungsreaktionen und Anpassungsstörungen stellten mit einem Plus von 29 % den stärksten Anstieg bei den Arbeitsunfähigkeitsfällen dar. Hierbei sticht besonders die öffentliche Verwaltung mit einem Hoch an Fehltagen aufgrund psychischer Erkrankungen hervor.

Im Arbeitsalltag des hessischen Vollzugs wenden sich immer mehr Kollegen aller Dienste an den Psychologischen Fachdienst der jeweiligen Anstalten, um dort Hilfe und Unterstützung zu bekommen. Im Fokus steht hierbei natürlich besonders der Erhalt der Arbeitskraft und Arbeitsfähigkeit. Auch nach besonderen Vorkommnissen oder Übergriffen stellt der Psychologische Dienst den ersten Ansprechpartner dar und ist für die Nachbetreuung der Kollegen verantwortlich.

In der freien Wirtschaft wird diesem Trend und den immer zunehmenden Belastungen seit Jahrzehnten mit entsprechenden betriebsinternen Angeboten begegnet. Psychosoziale Beratungen oder fest angestellte Betriebspsychologen stellen mittlerweile in fast allen größeren Firmen einen festen Eckpfeiler dar.

Im Vollzug ist dies jedoch nicht der Fall. Die psychosoziale Gesundheit der Bediensteten ist immer noch nicht in den Fokus gelangt, was gerade vor dem Hintergrund der speziellen Arbeitssituation und der aktuellsten Forschungsergebnisse besonders fatal ist. Vielmehr deckt der ohnehin schon überlastete Psychologische Dienst dies nach Möglichkeit ab – sofern die je-

weilige Anstalt überhaupt über eine Stelle im Psychologischen Dienst verfügt. Hierfür sind jedoch keine Kapazitäten eingeplant und auch nicht verfügbar. Doch gerade dies stellt ein zentrales Element der Mitarbeiterfürsorge dar.

Die Aufrechterhaltung einer möglichst langen und guten Gesundheit und Arbeitsfähigkeit ist das wichtigste Anliegen der Mitarbeiterpflege. Der Vollzug kann es sich nicht leisten, Bedienstete aufgrund zunehmender Belastungen oder vor dem Hintergrund unaufgearbeiteter tätlicher Übergriffe in die Dienstunfähigkeit zu verlieren. Dies resultiert jedoch, sofern keine adäquate psychosoziale Betreuung für die Bediensteten ermöglicht wird.



Folglich wird gefordert, die psychologische Betreuung der Bediensteten im Personalschlüssel des Psychologischen Dienstes zu berücksichtigen und hierfür zusätzliche Kapazitäten zu schaffen. Aufgrund der Praxiserfahrung erscheint eine Personalbemessung von 1: 500 Bediensteten angemessen. ■

Vom Knast ins Kino:

JVA Butzbach und Butzbacher Open Air-Kino gehen erstmals eine besondere Kooperation ein



Sitzkissen in der Edition „2024“ für das Open Air-Kino Butzbach

Sitzen Sie gut!

„Die JVA Butzbach gehört zu unserem Stadtbild.“ – Ein Satz, der vermutlich bereits vielen Butzbachern über die Lippen ging. Bisher endete das Gefühl der Zugehörigkeit jedoch für viele bereits an der hohen Anstaltsmauer. Um der Öffentlichkeit den Justizvollzug ein wenig näher zu bringen und ins Gedächtnis zu rufen, hat sich das Arbeitswesen der JVA Butzbach etwas Besonderes ausgedacht: Sitzkissen für das Butzbacher Open Air-Kino.

Das Butzbacher Open Air-Kino ist als Hessens größtes Freiluftkino weit über die Wetterauer Grenzen bekannt. Die Veranstaltung findet im Landgrafenschloss Butzbach statt und bietet so ein besonderes Flair. In der Zeit vom 24. Juli 2024 bis 11. August 2024 konnten in diesem Jahr mehr als 15.000 Besucher die unverwechselbare Kulisse genießen.

Und so wurde für den hessischen Justizvollzug ordentlich die Werbetrommel gerührt:

Unter Anleitung der beiden Schneidermeisterinnen stellten die in der Anstaltsschneiderei tätigen Gefangenen Sitzkissen her. Diese waren in der limitierten Edition von 1 bis 100 individuell nummeriert, mit einem „Handmade“-Zeichen versehen und trugen

ein Logofähnchen der JVA Butzbach. Zudem zierte das offizielle Logo des Open Air-Kinos 2024, welches bei der JVA Darmstadt eigens für das Projekt als Patch gedruckt wurde, die Oberfläche der Kissen. Eine Besonderheit: Der „Unterboden“ besteht aus rutschfestem Matratzenstoffbezug. Die Kissen wurden im Vorfeld sowie bei der Veranstaltung durch die Kinobetreiber verkauft.

Neben vielen weiteren ortsansässigen Firmen, durfte auch die JVA Butzbach einen Werbebanner anbringen. Mit diesem Banner wurde nicht nur um neue Arbeit für die Gefangenen, sondern auch um neues Personal in allen Bereichen geworben. Weiterhin verteilte das Open Air-Kino an die Helferinnen und Helfer Taschen, welche von der anstaltseigenen Schneiderei hergestellt wurden.



Zum Abschluss des Projekts, stand die kommissarische Anstaltsleiterin, Frau Mareike Knappik, vor Filmbeginn auf der Bühne und beantwortete Fragen zur JVA Butzbach und dem Justizvollzug allgemein.

Die Sitzkissen waren schnell verkauft, das Projekt ein Erfolg. Und das alles für einen guten Zweck: Seitens des Butzbacher Open Air-Kinos wird ein Teil des Erlöses dem Fliedner-Verein Butzbach e. V. als Spende zukommen.

Wir freuen uns auf die Edition 2025!

Regina Drabuschewski



Taschen für die Helferinnen und Helfer



Mareike Knappik und Michael Krause auf der Bühne

Bedienstete der JVA Butzbach bei J.P. Morgan - Lauf in Frankfurt

Am Mittwoch, den 05.06.2024 fand die diesjährige J.P. Morgan Corporate Challenge in Frankfurt am Main statt. Bei diesem wird von den Teilnehmern eine Runde durch die Frankfurter Innenstadt von 5,6 km gelaufen. Dabei ging es jedoch weniger um das Erzielen von sportlichen Höchstleistungen – im Vordergrund stand die Stärkung des Teamgeistes, der Kollegialität, der Fairness und der Gesundheit.

Gegen 17 Uhr trafen sich die verschiedenen Fahrgemeinschaften am Justizzelt in der Innenstadt (in dem auch die Bewirtung

stattfand – organisiert mit der Unterstützung des Amtsgerichts Frankfurt), mit den weiteren Teilnehmern der Justiz. Darunter auch Richter, Staatsanwälte, Justizangestellte und Kollegen anderer JVAs, wie z.B. Rockenberg.

Für die JVA Butzbach traten 9 Bedienstete aus verschiedenen Fachbereichen an. Vom AVD gingen Jörg Stuppi, Stephanie Johannes und Muamer Dzombic, vom Krankenpflagedienst Anna Rinderknecht und Stephan Gerlach, von der Sportabteilung Gerrit Scholl, von der Schul- und Weiterbildung

Verena Farhadian, von der Seelsorge Julia Held und die Vertretung der Anstaltsleitung Anja Müller gemeinsam als Läuferinnen und Läufer an den Start, in einheitlichen T-Shirts als Team Justiz #läuft bei mir. Für zwei Interviews bei den Radiosendern FFH und HR3 standen dann die Kollegen Jörg Stuppi und Stephanie Johannes vor dem Mikrofon. „Es war eine sehr schöne und gut organisierte Veranstaltung,“ so Jörg Stuppi „bei der wir mit viel Spaß und guter Unterhaltung teilgenommen haben.“

Susanne Leib



Sommerfest von BSBD OV-Butzbach und BSG der JVA Butzbach Familienfest fand in Gießen bei herrlichem Sonnenschein statt

In diesem Jahr organisierte der BSBD Ortsverband Butzbach zusammen mit dem Vorstand des BSG der JVA Butzbach ein fröhliches Sommerfest für alle Bediensteten. Am Samstag, den 15.06.2024 war es endlich soweit.

Bei schönstem Wetter konnten die Kollegen gemeinsam mit ihren Familien, die dazu ebenfalls herzlichst eingeladen waren, auf dem Sportplatz des Freien TSG Giessen in entspannter Atmosphäre den Nachmittag genießen. Dank geht an dieser Stelle an den Kollegen Marco Märke für seine sehr guten Kontakte zu dem Sportplatzbetreiber, der sich als perfekter Gastgeber zeigte und den Grillmeister gab.

Kollege Timo Fischer sorgte absolut professionell für die musikalische Unterhaltung



und nahm die Musikwünsche der Gäste gerne auf. Der bekannte DJ sorgte mit seiner hochwertigen Anlage für eine breitgefächerte Musikauswahl und beste Partystimmung.

Für das leibliche Wohl sorgten die große Getränkeauswahl, ausgezeichnete Grillwürstchen, leckere Salate und selbstgebackene Kuchen. Hier geht ein großer Dank an alle, die das Fest kulinarisch unterstützten.

Ein Highlight des Sommerfestes war die Vorführung des Kollegen Martin Hartung. Der freiwillige Feuerwehrmann und ausgebildete Ersthelfer hatte einen Sicherheitsbereich abgesperrt undklärte die staunenden Zuschauer über die Gefahren in der Küche auf, wenn es zu einem Fettbrand kommt. Er demonstrierte unter höchsten Sicherheitsvorkehrungen die Wirkung von Wasser mit heißem Fett: dabei goss er per Fernsteuerung Wasser in einen mit Fett erhitzten Topf. Die daraus resultierenden meterhohen Flammen und das weit- und hochspritzende Fett zeigten beeindruckend die fatale Reaktion und dass Fettbrände unter keinen Umständen mit Wasser gelöscht werden sollten / dürfen.



Fotos (c): BSBD Hessen

Eine große Hüpfburg mit Röhrenrutsche brachte Kollege Alexander Ludwig für die kleinen und großen Gäste mit, die begeistert rumtoben konnten. Ebenso toll kam der kleine niedliche Streichelzoo an, den der Hobbybauer und Kollege Jürgen Biedenkopf mit zuckersüßen fuchsbraunen Schlappohr-Babyhasen aufgestellt hatte. Die Veranstalter bedankten sich ganz herzlich für die Unterstützung, den Einsatz beim Auf- und Abbau, die Hilfe bei der Organisation und die Ideen der Kollegen für das erste Familien-Sommerfest seit Corona.



Susanne Leib

Eine Anmerkung des Landesvorstandes

An dieser Stelle möchten wir einfach mal DANKE Butzbach sagen.

Von Susanne Leib haben wir regelmäßig Beiträge. Der Ortsverband, die Betriebssportgruppe sowie die Mitglieder des Personalrates bringen sich aktiv bei Veranstaltungen mit ein.

Die JVA Butzbach hat im Mai 2024 ihren Personalrat mittels Persönlichkeitswahl gewählt. Der Personalrat besteht aus sieben Mitgliedern.

Sechs davon sind im Ortsverband organisiert.

Nachruf

Am 8. August 2024 verstarb unser hochgeschätzter und sehr beliebter Kollege

Amtsinspektor im JVD Frank Aubel

im Alter von 56 Jahren.

Frank Aubel war über viele Jahre im Vorstand des Ortsverbandes aktiv. Sein vorbildliches Engagement und seine Zuverlässigkeit werden uns stets in guter Erinnerung bleiben.

Wir trauern mit seinen Angehörigen und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Der Vorstand und alle Mitglieder des
BSBD-Ortsverband Kassel II



Bildquelle: dbb Hessen

Im Alter von 77 Jahren verstarb Walter Spieß nach kurzer schwerer Krankheit. Walter Spieß hat sich über viele Jahre hinweg für die Belange der Beschäftigten in ganz besonderer Weise eingesetzt. Seine gewerkschaftliche Heimat hatte er bei der DSTG Hessen. Auf Ebene des Hauptpersonalrates des Hessischen Ministeriums und im Finanzamt Darmstadt war er in leitender Funktion. 24 Jahre war er Vorsitzender des dbb Hessen. Über viele Jahre war er Mitglied im Bundesvorstand des dbb beamtenbund und tarifunion. Seit 2012 war Walter Spieß Träger der silbernen dbb Ehrennadel. Beim Gewerkschaftstag 2013 trat er nicht mehr an. Er wurde zum Ehrenmitglied ernannt und war nie richtig fern. Seine Ausarbeitungen zu zahlreichen Themenfeldern rund um das Personalvertretungsgesetz waren regelmäßig in den Ausgaben des Vollzugsdienstes enthalten. Eine besondere Begabung und Leidenschaft war das Personalvertretungsrecht. Teilhaben ließ er an seinen Fach-, Sach-, und Rechtskompetenzen rund um das Personalvertretungsrecht. Seine Kommentare, Erklärungen und Arbeitshilfen bei allen Fragen rund um das Regelwerk sind unter dem Walhalla Verlag erschienen. Zahlreichen Personalvertretungen gab er mit seinen Kommentaren gute Argumentationshilfen an die Hand. Sein Wissen, seine Erfahrung und seinen Rat gab er bei zahlreichen Fortbildungen an die Seminarteilnehmenden weiter. Dabei war er stets uneigennützig und hilfsbereit bei Fachfragen mit Rat zu unterstützen. Er war als guter und sachverständiger Gesprächspartner über die Landesgrenzen hinweg bei Politik, Verwaltung und bei den Kollegen hochgeschätzt und bekannt. Er war ein hochangesehener Fachmann für das Dienstrecht in Hessen, insbesondere hat er in seiner Amtszeit das Personalvertretungsgesetz entscheidend mitgeprägt. Nicht nur in Hessen, sondern als Vorsitzender der Grundsatzkommission Mitbestimmung auch auf Bundesebene. Sein großes Talent war es komplexe Sachverhalte mit einfachen Worten zu erklären. Seine Leidenschaft war auch das Versorgungs- und Beihilferecht. Beim Aufbau Ost hat Walter Spieß bei der Gründung des dbb Thüringen durch tatkräftige Unterstützung wertvolle Aufbauarbeit geleistet. Auf Bundesebene hat er entscheidend gewirkt und geprägt. Das Bundesverdienstkreuz am Bande wurde ihm für sein Wirken verliehen.

Wir trauern mit seinen Angehörigen; seinen Freunden und anderem ihm Verbundenen. Sein Andenken werden wir bewahren ebenso für wir das Personalvertretungsrecht mit großer Achtung am Leben erhalten wollen. Ohne streitbare Personalvertretungen würden die Kommentare zu den Gesetzen bloße Buchstaben auf Papier sein. Im Andenken und Respekt für seine großartige Arbeit fühlen wir uns ihm verpflichtet.

Sommerfest der JVA Neustrelitz

Groß Quassow, 19. Juli 2024. Nach dem gelungenen Start im vergangenen Jahr, lud der BSBD Ortsverband Neustrelitz erneut zum großen Sommerfest, für seine Mitglieder und alle anderen aktiven und ehemaligen Kolleginnen und Kollegen der hiesigen Justizvollzugsanstalt, einschließlich ihrer Familien und Freunde, ein.

Auch diesmal trafen sich über 70 Gäste auf der Festwiese der Sportgemeinschaft Quassow, um ab 17 Uhr an einem reich gedeckten Tisch zu speisen und ausgelassen zu feiern. Die Getränkeversorgung übernahm der Ortsverband aus Kostengründen diesmal selbst, was der Fröhlichkeit aber keinen Abbruch tat.

Das bisher eher durchwachsene Wetter hatte ein einsehen mit den Feiernden und bescherte schönsten Sommerwetter, bei strahlend blauem Himmel und sommerlichen Temperaturen, die bis in die frühen Morgenstunden anhielten.

„Es heißt, es seien alle wieder gut nach Hause gekommen.“

Unser Dank gilt den Organisatoren für die gute Vorbereitung und Ausgestaltung des Events.

Matthias Nicolai



NACHRUF

Wir trauern um unseren Kollegen

Jost Schröder
(Josti)

Viel zu früh ist unser Mitglied, Schicht-Kumpi, Freund und Kollege am 14.06.2024 nach schwerer Krankheit von uns gegangen.

Wir hätten gerne noch mehr Zeit mit Dir verbracht und vermissen Dich!

OV der JVA Bützow

Bowlingturnier der Justizwachtmeister im BSBD

Es war mal wieder soweit, unser alljährliches Bowlingturnier fand am 03.05.24 in Schwerin statt.

Bei reger Beteiligung wurden in drei Stunden, verteilt auf vier Bahnen und bei ausgelassener Stimmung, die drei erst Plazierten ermittelt.

Aufgrund der unterschiedlichen Anzahl gespielter Runden entschieden wir uns, nur die beste Runde zu werten.

Aber auch hierbei konnte sich ein altbekannter (Sebastian Horn) durchsetzen und sich einen der drei Plätze sichern.



Fotos: BSBD MV (3)



Gewonnen und somit auf dem ersten Platz landete Michael Schröder, gefolgt von Sebastian Horn. Der dritte Platz ging an Stefan Kranz.

Wir möchten uns bei allen Mitgliedern sowie den Teilnehmenden für ihre Treue bzw. ihr sportliches Engagement bedanken, gleichwohl würden wir uns über ein stetigen Zuwachs bei den Mitgliedern als auch bei unseren Veranstaltungen freuen. ■

Halbjahresklausur des BSBD Landeshauptvorstandes

Am 11. Juli trafen sich die Mitglieder des Landesvorstandes, die Vorsitzenden der Ortsverbände, die Rechnungsprüfer und die mit besonderen Aufgaben benannten Beisitzer des Landesverbandes zur halbjährlichen Hauptvorstandssitzung im Hotel am Schlosspark, in Güstrow.



Fotos: BSBD MV (2)

Verabschiedung aus dem Hauptvorstand

Ziel dieser Konferenzen ist es Erfahrungen und Informationen auszutauschen sowie die Arbeit von Ortsverbänden und Landesvorstand zu koordinieren.

Zunächst wurde der ehemalige Seniorenvertreter des BSBD Landesverbandes, Helmut Halwachs, welcher bis Dezember 2023 dieses Amt inne hatte, gebührend aus dem Kreis des Landeshauptvorstandes verabschiedet.

Danach berichtete der Vorsitzende über die im letzten Halbjahr geleistete Arbeit des Lan-

desvorstandes, angefangen von den Treffen mit den Fraktionen der im Landtag etablierten Parteien, über das Treffen mit dem Justizministerium, bis hin zur Mitarbeit in den Gremien des BSBD Bundesverbandes und des dbb mv Landverbandes.

Über Einzelheiten dazu wurde bereits in den vergangenen Ausgaben des "Vollzugsdienst" berichtet.

Ferner schilderte er die Schwerpunkte der derzeitigen Vorstandsarbeit mit Blick auf die Änderungsbestrebungen der Landesregierung zu verschiedensten Landesgesetzen und -verordnungen.

So stehen, nach den im Juni beschlossenen Änderungen des Besoldungsanpassungsgesetzes und des Besoldungsstrukturgesetzes, nunmehr auch die Novellierungen des Landesdisziplinargesetzes und damit einhergehend, des Landesbeamtengesetzes, das Personalvertretungsgesetz MV, die Erschwerenizulagenverordnung und eine Erste Landesverordnung zur Mehrarbeitsvergütung auf der "to-do Liste"

Anschließend berichteten die Vorsitzenden der Ortsverbände und ihre Vertreter über die Ar-

beitsituationen in den Justizvollzugsanstalten und informierten über die Aktivitäten der jeweiligen Ortsverbände. So sind unter anderem Tagesausflüge nach Lübeck und Hamburg, Sommerfeste und einiger mehr geplant. Abschließend referierten die Beisitzer für Jugendvertretung, Seniorenvertretung und Gleichstellung über ihre Arbeit zu den ihnen obliegenden Kernthemen. Dabei wurde der Landesvorstand unter anderem angeregt, seinen Internetauftritt zu modernisieren und die Öffentlichkeitsarbeit mittels Informationsflyern zu forcieren.

Matthias Nicolai ■



BSBD NRW gewinnt Personalratswahlen 2024 deutlich

Ein Rückblick auf die vergangenen Personalratswahlen zeigt, dass der BSBD NRW seine schon seit Jahren führende Position als gewerkschaftliche Interessenvertretung weiter ausbauen konnte.

Für den Bereich des Hauptpersonalrates Justizvollzug beim Ministerium der Justiz verfügt der BSBD NRW nun wieder über eine deutliche Mehrheit von elf zu vier Sitzen.

Dieses Wahlergebnis macht uns stolz!

Während bei den letzten Wahlen im Jahr 2020 bei der Gruppe der Beamten noch rund 62 Prozent für den BSBD votierten, konnten wir diesen Stimmenanteil auf 72 Prozent steigern. Ein deutliches Plus!

Bei der Gruppe der Arbeitnehmer fiel der Zuwachs nicht ganz so deutlich aus. Im Jahr 2020 erreichte der BSBD 47 Prozent der Wähler, in diesem Jahr immerhin 49 Prozent.

Festzuhalten ist, dass wir uns auf dem richtigen Wege befinden.

Ohne den BSBD NRW wird es im Hauptpersonalrat Justizvollzug nicht gehen. Wir sind uns der Verantwortung durchaus bewusst. Den eingeschlagenen Weg werden wir konsequent weitergehen.

Der Hashtag #voneuchfüreuchmiteuch wird auch nach den Wahlen unser Handeln bestimmen.

Eine Tatsache stimmt uns allerdings traurig. Von den knapp 9800 Wahlberechtigten sind lediglich rund 5700 zur Wahl gegangen.

Das entspricht einer Wahlbeteiligung von ca. 58 Prozent und ist tatsächlich nicht sehr viel. Bei den nächsten Wahlen muss deshalb eines unserer Ziele sein, die Wahlbeteiligung zu erhöhen.

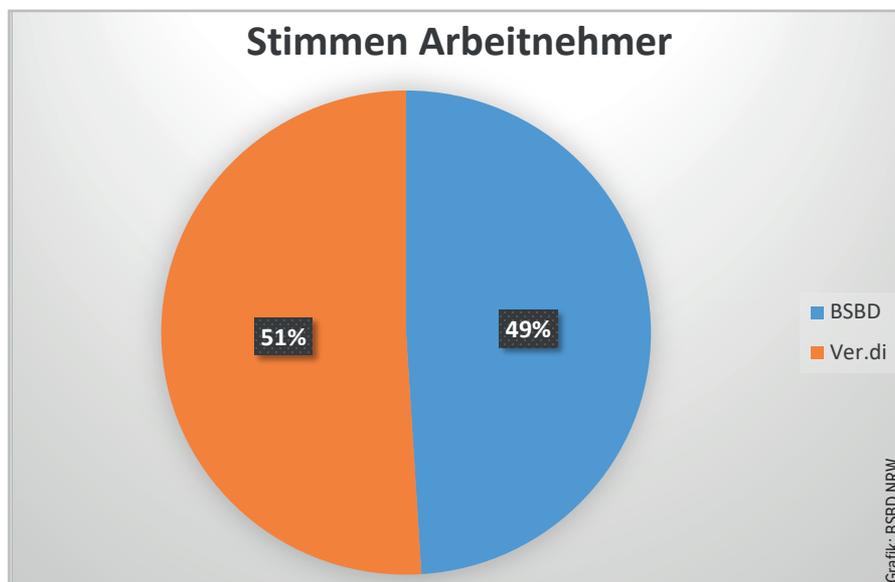
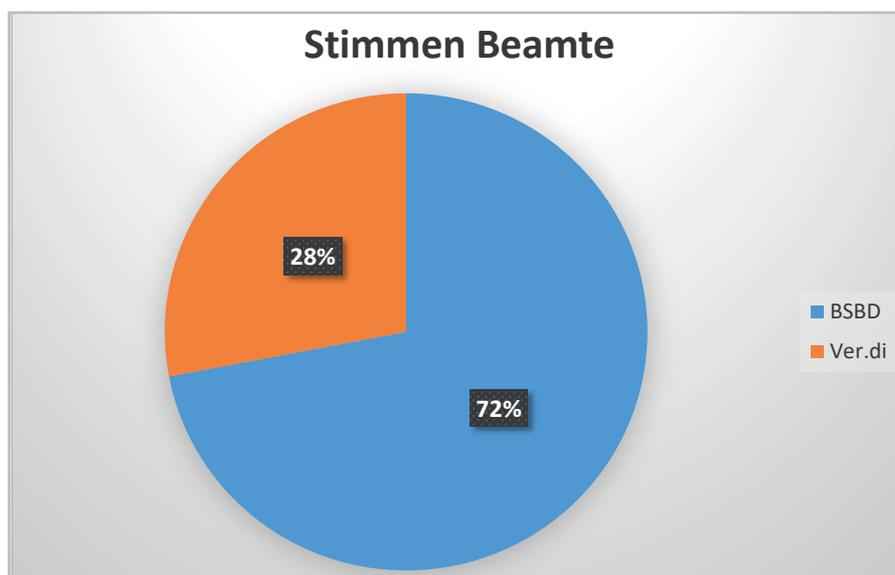
Persönliches Engagement im Ehrenamt, Kompetenz und Nähe zu unseren Kolleginnen und Kollegen in den Vollzugeinrichtungen waren die Grundpfeiler für erfolgreiche Gewerkschaftsarbeit und damit auch für das gute Wahlergebnis auf örtlicher Ebene.

Alles in allem können wir, auch auf örtlicher Ebene, sehr zufrieden sein.

In den allermeisten Einrichtungen stellt der BSBD NRW auch die oder den örtlichen Personalratsvorsitzende/n.

Wir danken allen Wählerinnen und Wählern auch an dieser Stelle noch einmal!

Autor: Horst Butschinek
(Landesvorsitzender BSBD NRW)



Grafik: BSBD NRW

Besuchen
Sie uns
im Internet



Immer bestens informiert
www.bsbd.nrw

Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands – Landesverband Nordrhein-Westfalen e. V.

Neue psychoaktive Substanzen (NpS)

Neue psychoaktive Substanzen sind synthetisch hergestellte Designerdrogen, deren Zusammensetzung häufig nicht genau bekannt ist und deren Konsum erhebliche gesundheitliche Schäden zur Folge hat. Mit herkömmlichen Drogentests sind sie kaum nachweisbar, sie sind farb- und geruchlos und die Wirkung ist für die Konsumenten zudem kaum vorhersehbar. Die Bausteine sind häufig nicht genau bekannt; sie variieren stetig. Da die einzelnen Inhaltsstoffe meist nicht ausdrücklich verboten sind, werden NpS auch mit dem irreführenden Synonym „Legal Highs“ bezeichnet.

In der Bundesrepublik wurden NpS ab etwa 2008 mit dem Aufkommen von „Spice“ relevant. Diese Mischung aus getrockneten Kräutern und synthetischen Cannabinoiden hielt schnell auch Einzug in Vollzugseinrichtungen.

NpS sind gefährlich für die Konsumenten und deren Umwelt. Konsumenten drohen schwere gesundheitliche Schäden bis hin zur Lebensgefahr. Aufkommende Wahnvorstellungen können zu unvorhersehbaren Aggressionen führen, in Gewaltausbrüchen münden und so auch die Unversehrtheit anderer erheblich gefährden.



Das Neue-psychoaktive-Stoffe-Gesetz (NpSG)

Gewöhnlich werden neue Rauschmittel einzeln in das Betäubungsmittelgesetz (BtMG) aufgenommen. Das nimmt jedoch einige Zeit in Anspruch und kann durch minimale Veränderungen der chemischen Strukturen dazu führen, dass die Substanzen zwar weiterhin berauschen, nicht aber unmittelbar vom BtMG erfasst werden können.

Das Gesetz zur Bekämpfung neuer psychoaktiver Stoffe trat am 26. November 2016 in Kraft, um der Verbreitung dieser Substanzen durch das Verbot ganzer Stoffgruppen besser entgegenwirken zu können.

Das Gesetz kann um weitere Stoffgruppen ergänzt werden. Substanzen, die sich als besonders gesundheitsgefährdend erweisen und in größerem Umfang missbräuchlich verwendet werden, sollen weiterhin in das Betäubungsmittelgesetz aufgenommen werden und somit dann unter dessen strengere Regelungen fallen.

Das NpSG stellt in erste Linie solche Handlungen unter Strafe, die auf die Weitergabe der Stoffe abzielen, um die Verfügbarkeit der Substanzen einzuschränken.

Eine Gefahr für Konsumenten und eine Bedrohung der inneren Sicherheit in Vollzugseinrichtungen

Da die Substanzen meist auf dem Postweg durch getränktes Papier in Justizvollzugseinrichtungen gelangen, werden sie nicht nur zur beliebten Schmuggelware, sondern bedrohen gleichermaßen die Gesundheit der suchtkranken Inhaftierten sowie die der Bediensteten, wenn die Stoffe (ungewollt) mit Haut und Schleimhäuten in Kontakt geraten. Spürhunde erkennen neue psychoaktive Substanzen nicht immer zuverlässig, wenn es sich um neuartige chemische Verbindungen handelt, die üblichen Urintests liefern ebenfalls keine zuverlässigen Ergebnisse, wirken zudem nicht präventiv.

NpS können – je nach Darreichungsform – gesniffelt, geschluckt oder auch injiziert werden. Sie können aufputschen, beruhigen oder zu Halluzinationen führen. Es besteht eine enorme Gefahr der Überdosierung und die Wirkungsweisen sind aufgrund ungewisser Bestandteile und Konzentration nicht vorhersehbar.

Möglichkeiten und Grenzen im Kampf gegen NpS in Einrichtungen des Justizvollzuges

Mauerwürfe waren gestern, heute kommt der Stoff per Post! Mit Drogen getränktes Papier findet Wege in die Anstalten. Die Drogen können sich auf Kinderbildern finden, auf Postkarten, Papierschnipseln oder in Liebesbriefen – das erschwert das Auffinden und macht Post- sowie Haftraumkontrollen gefährlich.

Briefe grundsätzlich nur noch in kopierter Form an Inhaftierte auszugeben, ist nicht praktikabel und zudem rechtlich fragwürdig. Es würde einen zu hohen personellen Aufwand bedeuten und das Recht der Insassen auf unbeschränkten Schriftwechsel würde berührt, wenn regelmäßig verdachtslose Briefkontrollen angeordnet wären.

Die Anordnung des Tragens von Einweghandschuhen im Rahmen der durch die Bediensteten durchzuführenden Post- und Haftraumkontrollen schützt die Bediensteten nur im Rahmen dieser Tätigkeiten, verhindert aber keine Einfuhr der Substanzen. Für grundrechtsschonende und wirksame Kontrollen sowie für nötige Präventionsprogramme braucht es zusätzliches Personal und geeignete Technik.

Drogenscanner kann psychoaktive Substanzen erkennen

Ursprünglich war das schuhkartongroße Gerät entwickelt worden, um Rückstände von Sprengstoffen an Flughäfen zu erkennen. Der „IONSCAN 600“ analysiert die chemische Zusammensetzung von Substanzen und greift auf eine umfangreiche, deutschlandweit verfügbare Datenbank des Landeskriminalamts (LKA) zurück. Der Scanner erkennt innerhalb von Sekunden, ob es sich bei den auf den Teststreifen befindlichen Rückständen um eine Droge handelt.

Nachdem das in 2018 gestartete Pilotprojekt im rheinland-pfälzischen Wittlich erfolgreich verlaufen ist, sagt nunmehr bereits der Großteil der Bundesländer synthetischen Drogen im Vollzug mit dem Einsatz des Drogenscanners den Kampf an. Nur Bremen und Nordrhein-Westfalen beteiligen sich bislang nicht.

Der BSBD NRW hält die Beschaffung und den regelmäßigen Einsatz von Drogenscannern auch in nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen für unerlässlich und wird diese Haltung auch in Gesprächen mit der Politik vertreten. Die vorherrschende Haushaltslage kann aus gewerkschaftlicher Sicht nicht als Argument gelten, um an der Sicherheit zu sparen.

Autorin: Eva Lehmann
(stellv. Landesleitung BSBD NRW)

Inklusion als Herausforderung?

Die UN-Behindertenrechtskonvention (UN-BRK) ist ein internationales Menschenrechtsabkommen, das die Rechte von Menschen mit Behinderungen stärkt und schützt. Sie wurde am 13. Dezember 2006 verabschiedet und trat am 3. Mai 2008 in Kraft. Ziel der Konvention ist es, die volle und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen zu gewährleisten.

In Nordrhein-Westfalen (NRW) gilt die UN-BRK als verbindliche Grundlage für die Gestaltung von Politik und Recht. Dies schließt auch den Justizvollzug ein, sowohl im öffentlichen als auch im nichtöffentlichen Bereich. Die Umsetzung der Konvention im Justizvollzug stellt eine besondere Herausforderung dar, da hier verschiedene Aspekte berücksichtigt werden müssen, angefangen von der Zugänglichkeit der Gebäude bis hin zur Sicherstellung angemessener Unterstützung und Barrierefreiheit für Bedienstete und Gefangene mit Behinderungen.

Der Leitfaden für barrierefreies Bauen spielt eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der UN-BRK im Justizvollzug. Er legt Standards und Richtlinien fest, die sicherstellen sollen, dass Gebäude und Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen zugänglich sind und ihre Bedürfnisse angemessen berücksichtigt werden. Dies beinhaltet beispielsweise den barrierefreien

Zugang zu Gebäuden, die Einrichtung von barrierefreien Sanitäranlagen und die Bereitstellung von Hilfsmitteln und Unterstützung für Menschen mit unterschiedlichen Beeinträchtigungen.

Im nordrhein-westfälischen Justizvollzug werden bestenfalls verschiedene Maßnahmen ergriffen, um die UN-BRK und den Leitfaden für barrierefreies Bauen umzusetzen. Dazu gehören:

Bauliche Maßnahmen

Neue Einrichtungen und Renovierungsprojekte werden gemäß den Richtlinien für barrierefreies Bauen gestaltet und umgesetzt, um eine Zugänglichkeit für Menschen mit Behinderungen sicherzustellen.

Schulungen und Sensibilisierung

Mitarbeiter im Justizvollzug sollten regelmäßig geschult und sensibilisiert werden, um die Bedürfnisse von Bediensteten und Gefangenen mit Behinderungen besser zu verstehen und angemessen darauf reagieren zu können.

Individuelle Unterstützung

Bedienstete mit Behinderungen (sichtbare und unsichtbare Einschränkungen) erhalten individuelle Unterstützung und Hilfsmittel, um ihre Teilhabe am Berufsleben zu gewährleisten. Dies kann die Bereitstellung von Gebärdensprachdolmetschern, barriere-

freien Kommunikationsmitteln oder anderen spezifischen Hilfsmitteln umfassen. Ebenso verhält es sich auch bei Inhaftierten mit Beeinträchtigungen, die gerade in einer überalternden Gesellschaft auch innerhalb des Vollzuges Beachtung finden sollten.

Kontinuierliche Überprüfung

Die Umsetzung der UN-BRK im Justizvollzug sollte regelmäßig überprüft und evaluiert werden, um sicherzustellen, dass die Standards eingehalten werden und Verbesserungen vorgenommen werden können, wo dies erforderlich ist. Die örtlichen oder überörtlichen Schwerbehindertenvertretungen, die in vielen Bereichen geschult und vernetzt sind, können hier oft Hilfestellung und Information geben.

Wie sieht es in der Realität aus?

Ein zentrales Problem stellen die meist maroden und veralteten Bauten dar, die den aktuellen Standards der Barrierefreiheit nicht genügen können. Eine Teilhabe für Menschen mit Behinderungen ist aufgrund dieser gravierender Mängel schlichtweg nicht möglich.

Darüber hinaus ist die Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung innerhalb des Justizvollzuges noch nicht überall selbstverständlich. Ihre Einbindung ist jedoch entscheidend, um die spezifischen Bedürfnisse von Menschen mit Behinderungen zu erkennen und adäquat zu berücksichtigen.

Es ist daher dringend erforderlich, nicht nur die baulichen Zustände der Justizvollzugsanstalten zu verbessern, sondern auch die systematische und kontinuierliche Beteiligung der Schwerbehindertenvertretung sicherzustellen. Nur durch eine gewollt inklusive Herangehensweise, die eine enge Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen Akteuren erfordert, und die Umsetzung der UN-BRK kann die volle und gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderung im Justizvollzug erreicht werden. Denn eines muss uns allen klar sein: Maßnahmen zur Unterstützung schwerbehinderter Kolleginnen und Kollegen beeinträchtigen die Arbeitsbedingungen nichtbehinderter Menschen nicht, vielmehr können sie sich positiv für alle auswirken.



Foto: Pixabay

Personalratsschulung des BSBD NRW

Zwei Tage voller Praxisnähe und Netzwerkbildung

Im Hotel Collegium Leoninum fand vom 22. bis 24. Juli 2024 die erste Personalratsgrundschulung des BSBD NRW statt.

Den 20 Teilnehmerinnen und Teilnehmern bot sich die Gelegenheit, sich mit den Grundlagen der verantwortungsvollen Arbeit als Personalratsmitglied intensiv auseinander zu setzen. Die Veranstaltung erstreckte sich über zwei Unterrichtstage und wurde vom Seminarleiter des BSBD NRW Stefan Leif geleitet, während Michael Merz als Dozent fungierte.

Zu Veranstaltungsbeginn ließ es sich der Landesvorsitzende des BSBD NRW, Horst Butschinek, nicht nehmen, die Teilnehmerinnen und Teilnehmer persönlich zu begrüßen.

Das Seminar zeichnete sich durch sehr praxisnahe Beispiele aus, was von den Teilnehmenden sehr geschätzt wurde. Diese Herangehensweise ermöglicht es, die theoretischen Inhalte unmittelbar auf tägliche Arbeitsabläufe zu übertragen, um so einen nachhaltigen Mehrwert aus der Veranstaltung ziehen zu können.

Die engagierte Mitarbeit der Anwesenden trug maßgeblich zum Erfolg des Seminars bei und bewies, dass die Motivation der Personalratsmitglieder zur bestmöglichen Vertretung der Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen groß ist.

Auch kulinarisch kamen die Teilnehmenden auf ihre Kosten. Das Hotel Collegium Leoninum überzeugte mit sehr gutem Essen und einem tollen Ambiente.

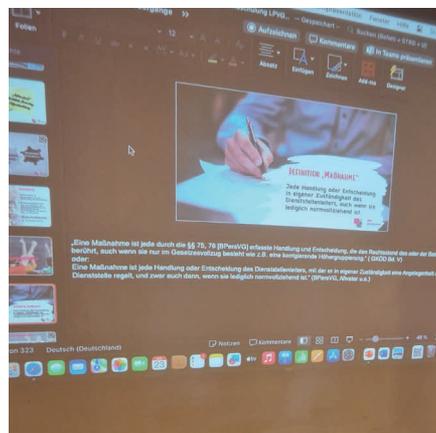
Ein weiterer wichtiger Aspekt des Seminars war die Netzwerkbildung. Die Gruppe nutzte die Gelegenheit, sich auszutauschen und wertvolle Kontakte zu knüpfen, die weit über die Seminarzeit hinaus von Bedeutung sein werden. Dies wird zweifellos die zukünftige Zusammenarbeit und den Austausch innerhalb des Personalrats und im Gewerkschaftskontext stärken.

Stefan Leif zeigte sich sehr zufrieden mit dem Verlauf des Seminars: „Die Resonanz war sehr positiv und man konnte viele wertvolle Impulse mitnehmen. Besonders erfreulich war das Lob, das der Dozent Michael Merz für seine Arbeit erhielt. Seine praxisnahen Beispiele und die klare Vermittlung der Inhalte wurden von allen Teilnehmenden sehr geschätzt.“

Das Seminar im Hotel Collegium Leoninum war somit nicht nur eine Weiterbildungsmöglichkeit, sondern auch eine Gelegenheit zur Stärkung der Gemeinschaft und des Netzwerks innerhalb des BSBD NRW. Ein Erfolg, der in Zukunft sicher seine positiven Auswirkungen zeigen wird.

#voneuchfüreuchmiteuch
BSBD NRW

Autor: Stefan Leif
(stellvertretende Landesleitung)



Grundschulung Personalvertretungsrecht NRW

Seminar-Nr.	2024 P003 EK
Termin	22.07.2024 bis 24.07.2024
Partnerorganisation	Bund der Strafvollzugsbediensteten Deutschlands Landesverband NRW
Tagungsort	Collegium Leoninum Nonggerstraße 34 53111 Bonn Tel. +49 228 62980 info@leoninum-bonn.de
Seminarleitung	Stefan Leif BSBD NRW
Dozent	Michael Merz

Fotos (5): Stefan Leif

Von der Jugend für die Jugend!

Dank des engagierten Einsatzes von Mitgliedern der BSB-D-Jugend und der Hauptjugend- und Auszubildendenvertretung konnte die neue Informationsbroschüre für die nordrhein-westfälischen Anwärter*innen pünktlich an den Start gehen!



Mit praktischen Tipps, nützlichen Erläuterungen, zeitgemäßen Verlinkungen und Angeboten zur Vernetzung erleichtert diese Broschüre nun unseren Dienstanfängern die ersten Schritte in unseren Justizvollzugseinrichtungen.

Informativ, modern, unterhaltsam und praxisnah wollte die Jugend die Broschüre gestaltet wissen. Unerschrocken ging es also bereits Anfang des Jahres ans Werk.

In zahlreichen Arbeitstreffen in der Düsseldorfer Geschäftsstelle des BSB-D NRW wurden Ideen entwickelt, Arbeitsgruppen gebildet, Aufgaben verteilt und Ergebnisse zusammengetragen. Es wurde diskutiert, recherchiert, geschrieben, gestrichen, korrigiert und gelacht und manchmal rauchten auch die Köpfe ...

Da wohl kaum jemand besser wissen kann, welche Infos insbesondere zu Beginn einer herausfordernden Vollzugskarriere von Bedeutung sind und wie diese mit Blick auf die Zielgruppe aufbereitet sein sollten, blieb den Jugendvertretungen gestalte-

risch freie Hand.

Schnell war klar: Die Jugend will mehr als trockene Informationen auf Papier! Es sollte Farbe, einen Zeitstrahl, ein Maskottchen mit Wiedererkennungswert, ansprechende Fotos und QR-Codes geben. Allgemeine Tipps für den vollzuglichen Alltag sollten ebenso ihren Platz finden wie Erläuterungen zum Beamtentum, zur Besoldung, zu Fragen der Absicherung, zum Beurteilungswesen und einigem mehr.

Nach Festlegung der inhaltlichen Schwerpunkte und umfangreichen Recherchen blieb die Frage der Präsentation. Übersichtlich und in logischer Reihenfolge sollte die Broschüre ihre Leserschaft möglichst unterhaltsam und schnell auf den neuesten Stand der Dinge bringen.

Peters Prison Guide war geboren!

Schnell war sich die Jugend einig! Das neu erdachte Maskottchen Peter sollte als Prison Guide durch die verschiedenen Abschnitte seiner vollzuglichen Laufbahn führen

Das bedeutete eine Herausforderung für unsere talentierte Landesjugendsprecherin Katharina Archipow. Sie entwarf den Ideen ihrer Mitstreiter entsprechend nicht nur den Entwurf eines Maskottchens, sondern hauchte Peter sowohl in seiner Zeit als Anwärter und Beamter als auch in seiner Zeit als Pensionär künstlerisch Leben ein.

Für den letzten Schliff erhielt die Jugend dann noch tatkräftige Unterstützung von Klaus Zallmann von der Düsseldorfer Werbeagentur 2mal6.

Die Landesleitung des BSB-D NRW möchte sich an dieser Stelle noch einmal ganz herz-

lich bei allen Beteiligten für deren engagierten Einsatz zur Nachwuchsgewinnung bedanken. Ideenreichtum, Fleißarbeit und künstlerischer Einsatz haben die Entstehung von „Peter“ möglich werden lassen. Auch in Zukunft möchte der BSB-D NRW die Jugendvertretungen in die praktische Arbeit einbeziehen und Freiräume zur Gestaltung eröffnen. Denn wer die Jugend von sich überzeugen möchte, muss Möglichkeiten zur Mitwirkung bieten, unterstützen und sich offen für die Ideen und Bedürfnisse neuer Generationen zeigen!

Und eins steht sowieso fest:
Unsere Jugend rockt!

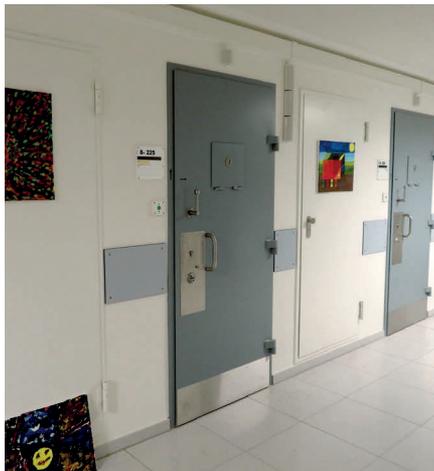
Autorin: Eva Lehmann



Einweihung der neuen Sozialtherapeutischen Abteilung im Hafthaus 8 der JVA Bielefeld-Brackwede

Am 2. Mai 2024 weihte Dr. Benjamin Limbach, Justizminister von Nordrhein-Westfalen, feierlich das neu errichtete Hafthaus 8 in der Justizvollzugsanstalt Bielefeld-Brackwede ein. Zusammen mit Vertretern des Bau- und Liegenschaftsbetriebs des Landes Nordrhein-Westfalen durchschnitten der Justizminister und weitere Gäste aus Politik, Verwaltung und Justiz das Eröffnungsband, um symbolisch den Weg für die Nutzung des neuen Gebäudes freizugeben.

Auch für einige Inhaftierte begann zeitgleich ein Neustart im Rahmen der behandlungsorientierten Vollzugsgestaltung auf der neuen Sozialtherapeutischen Abteilung der JVA Bielefeld-Brackwede. Im Rahmen einer Wohngruppe werden die straffällig gewordenen Insassen über mindestens 24 Monate intensive Behandlungsgruppen durchlaufen. Bis zu 15 Gewalt- und Sexualstraftäter können dort gemeinsam therapiert werden.



Fotos (©): BSB-D-Ortsverband Bielefeld-Brackwede



Neben allgemeinen Aufnahmekriterien wie zum Beispiel die Bereitschaft zur Suchtmittelabstinenz, einem durchschnittlichen Intelligenzniveau oder einer ausreichenden Reststrafe, muss die Bereitschaft bestehen, sich intensiv mit den Taten und konflikträchtigen Persönlichkeitsmerkmalen auseinanderzusetzen.

Die Therapie von Straftätern mit erheblichen deliktrelevanten Abweichungen der Persönlichkeitsstruktur sowie problema-

tischen Verhaltensmustern stellt eine besondere Herausforderung für das gesamte Behandlungsteam dar und erfordert hochqualifizierte rückfallpräventive Interventionsansätze, die an den individuellen Behandlungserfordernissen der Inhaftierten ausgerichtet sind. So wird unter anderem jedem Insassen eine Bedienstete oder ein Bediensteter des AVD als Mentorin bzw. Mentor zur Seite gestellt. Die Mentorin bzw. der Mentor ist erste Ansprechperson

für den Insassen und führt regelmäßige Einzelgespräche. Ziel ist es, den Insassen in seiner Entwicklung zu begleiten, zu unterstützen und ihm Hilfestellung zu geben. Der Insasse soll befähigt werden, seine eigenen Kompetenzen und Fähigkeiten sowie auch Defizite zu erkennen. Er soll gefördert werden, seine Stärken gezielt einzusetzen. Das Behandlungsteam der sozialtherapeutischen Abteilung besteht insgesamt aus:

- 1 Stelle Abteilungsleitung
- 1 Stelle Bereichsleitung AVD
- 6,5 Stellen AVD
- 1,5 Stellen Sozialdienst
- 1,5 Stellen des psychologischen Dienstes.

Autor Sebastian Austrup
(Psychologischer Dienst
JVA Bielefeld-Brackwede)

Castrop-Rauxel ist Landesmeister

Bei strahlendem Wetter fanden am 8. Juni 2024 auf der Glückauf-Kampfbahn, Heimat des SC Arminia Ickern, die Fußball-Landesmeisterschaften der Justiz Nordrhein-Westfalen statt. Dabei traten kurz vor Beginn der Europameisterschaft zehn Teams in zwei Gruppen gegeneinander an.

Von langer Hand vorbereitet, fanden die Zuschauer passend zum „Kaiserwetter“ tolle Rahmenbedingungen bei dem Turnier vor. Zu der obligatorischen Verpflegung gab es neben einem Gewinnspiel, einer Hüpfburg und Torwandschießen sogar Livemusik. Der Turnierverlauf gestaltete sich nicht zuletzt aufgrund der zahlreichen Helfer (über 30 Personen) erfolgreich.

Im Anschluss an Grußworte der JVA-Leiterin Frau Wandelt und des Bürgermeisters der Europastadt Castrop-Rauxel Rajko Kravanja startete die Vorrunde. Hier traten die Anstalten auf Kleinfeldern des Kunstrasenplatzes an. Der Absage mehrerer Mannschaften zum Trotz verlief der Wettbewerb auch mit leicht geschrumpftem Teilnehmerfeld äußerst spannend.

Vorrunde als Triumphzug

Bereits in den ersten vier Partien konnten sich die Gastgeber nur selbst bezwingen. Ungeschlagen mit lediglich einem Gegentreffer, der auch noch per Eigentor fiel, zogen die Meisenhöfler in die K.O.-Runde ein. Die Pause vor dem Start der K.O.-Phase wurde überbrückt durch einen Auftritt der Gefängnisband „In & Out's“, in der Gefangene zusammen mit Bediensteten musizieren. Als besonderer Gast konnte zudem der Nationalspieler Chris Führich begrüßt werden, der die letzte Ruhepause vor der Europameisterschaft für einen Besuch in der Heimat nutzte. Der 26-jährige Spieler des VfB Stuttgart nahm sich Zeit für Foto- wie Autogrammünsche und hatte für die Tombola eine besondere Überraschung dabei: als Hauptpreise konnten signierte Trikots gewonnen werden.

Packende K.O.-Runde

Die 15-minütigen Partien der jeweils fünfköpfigen Mannschaften auf dem Kunstrasen der Sportanlage am Freibad gerieten selten einseitig. Insbesondere die K.O.-Runde hielt einige spannende Partien parat. So lieferten sich die Lokalrivalen aus



Logo der Gefängnisband

Dortmund und Castrop-Rauxel im Halbfinale einen dramatischen Krimi. Als eine der jüngsten Mannschaften im Teilnehmerfeld konnten die Dortmunder Nervenstärke beweisen und noch vor dem regulären Ende ausgleichen. Die in Rot aufspielenden Bierstädter nutzen dabei eine ungenutzte Großchance Castrops und erzwangen im Gegenzug letztlich den Shootout aus sieben Metern.

Strafstoßkrimi im Halbfinale

Wie in jedem Krimi gab es auch hier einen Helden. Der im Tor stehende Küchenbeamte bekam „bratpfannengroße“ Hände und



parierte letztlich zwei Strafstöße der Dortmunder. Zum Abschluss des Tages durfte er dafür auch noch die Auszeichnung als „Torwart des Turniers“ umklammern.

Am Ende konnte sich das Gastgeberteam in einem packenden Finale gegen die Spieler aus Wuppertal-Ronsdorf denkbar knapp mit 1:0 durchsetzen. Trotz teils drückender Überlegenheit des Teams aus dem bergischen Land setzten sich beide Mannschaften vor dem Tor weitestgehend schachmatt. Am Ende musste ein Strafstoß das Spiel zugunsten der „Castroper“ entscheiden. Die angespannte Nervosität entlud sich in großem Jubelgeschrei, als Castrop-Rauxel erstmals die Landesmeisterschaft errang. Als größter Gewinner fühlte sich aber vermutlich der Sieger der Tombola, der ein signiertes Trikot des gebürtigen Castrop-Rauxeler Nationalspielers Chris Führich als Trophäe mit nach Hause nehmen konnte.



Gruppenbild mit Nationalspieler und zahlreichen Helfern: Landesmeister!

Autor: Björn Dunn



Strafstoßkrimi im Halbfinale



Offener Vollzug in offenen Räumen – Team Castrop drängt nach vorne



Zwei Kleinfelder auf bestem Kunstrasen – die „Spielwiese“



Nerven bewahren – Schlusspunkt des Turniers



Geschafft: kein „Spätdienst“ in Form einer Verlängerung

Fotos (8): BSBD OV Castrop-Rauxel

Mixed-Team des JVK feiert grandioses Comeback

Ein grandioses Comeback: Das Mixed Team (Damen und Herren) des JVK beeindruckt bei den Landesmeisterschaften in Castrop-Rauxel mit den neuen gesponserten Trikots durch den BSBD OV Fröndenberg.

Nach jahrelanger Abstinenz kehrte eine Fußballmannschaft des Justizvollzugskrankenhauses (JVK) auf das Spielfeld zurück und nahm mit großem Enthusiasmus an einer Sportveranstaltung teil. Bei den Landesmeisterschaften in Castrop-Rauxel trat sie als einziges Mixed Team an und bewies, dass Teamgeist und Spaß am Spiel im Vordergrund stehen.

Bereits in der Vorrunde zeigte das JVK eine bemerkenswerte Leistung. Das Team erreichte mehrere Unentschieden und musste sich nur knapp mit einem Tor Unterschied gegen einige sehr starke Gegner geschlagen geben. Diese beeindruckenden Leistungen wurden belohnt: Das JVK zog verdient ins Viertelfinale ein. Es ist besonders hervorzuheben, dass beide späteren Finalteilnehmer, die Teas der JVA Castrop-Rauxel und der JVA Wuppertal, ebenfalls aus der Gruppe des JVK kamen.

Im Viertelfinale wartete der furios aufspielende Gegner JVA Wuppertal, der durch



Foto: JVK NRW

seinen offensiven Fußballstil viele Zuschauer begeisterte. Doch das JVK-Team war taktisch bestens vorbereitet und spielte aus einer sicheren Defensive heraus. Diese Strategie zahlte sich aus, als J. Eckhoff (Vier Turniertore) mit einem perfekt gesetzten Nadelstich das 1:0 für das JVK erzielte. Das erste Gegentor für Wuppertal. Die Wuppertaler waren sichtlich geschockt und die Zweikämpfe wurden intensiver.

Trotz der hervorragenden Defensivarbeit und der beeindruckenden Teamleistung des JVK gelang es den Wuppertalern, eine verdiente 2:1 Führung zu erzielen. Ein dramatischer Pfostentreffer kurz vor Schluss durch T. Würfel (1 Tor) sorgte bei allen Be-

teiligten für einen Moment des Herzstillstands. Schließlich erhöhte Wuppertal nach einem Platzfehler auf den Endstand von 3:1, was zu sichtlicher Erleichterung bei den Wuppertalern führte. Das JVK-Team erwarb sich mit dieser großartigen Leistung den Respekt der Turnierteilnehmer.

Der BSBD OV Fröndenberg und seine Mitglieder sind stolz darauf, dass unser Sponsoring dazu beiträgt, dass unsere Spieler gut ausgestattet sind. Wir werden auch weiterhin Projekte unterstützen, die dazu beitragen, den Teamgeist zu stärken und dabei auch noch gut auszusehen.

Autor: Timo Würfel

Der BSBD Ortsverband Heinsberg lud zum Grillen und Feiern ein

Am 3. Mai 2024 fand ein gemütliches Beisammensein der Mitglieder des BSBD-Ortsverbandes Heinsberg statt.

Der Vorstand des OV Heinsberg begann im März 2024 mit der Organisation und der Vorbereitung für dieses Fest. Nachdem der Termin und der Ort feststanden, wurden die persönlichen Einladungen an alle BSBD Mitglieder versendet. Die Getränkeauswahl, die Anzahl der Grillwürste, die der Brötchen und was der Ortsverband seinen Mitgliedern sonst so bieten könne, wurde besprochen. Die Anmeldungen für das Grillfest kamen sehr schnell herein und es fand regen Anklang. Eine gute Sache sei es, hörte man aus allen Bereichen. Viele der Gäste boten an, etwas mitbringen zu wollen. Das leibliche Wohl war gesichert.

Das Wetter spielte gut mit, es war 16 Grad warm, mit Sonnenschein und keinem Regen. Die Gäste freuten sich auf einen schönen Abend mit guter Stimmung und die ein oder andere Anekdote wurde erzählt. Wenn

Pensionäre auf aktive Kollegen treffen, kommen die spannendsten Geschichten zum Vorschein. Dieser Abend zeigte, der Vollzug kann gemütlich, mit viel Humor und Lachen.

Der Landesvorsitzende Horst Butschinek schaute ebenfalls vorbei. Der BSBD ist eine

große Gemeinschaft, die die Gemeinsamkeit des Strafvollzugs im Land immer wieder zeigt. Eine ausgelassene und gute Stimmung sorgte für einen schönen gelungenen Abend.

Autor: Peter Lipperts



Foto: BSBD NRW

Attraktivität!?

Wie sieht's denn mit der amtsangemessenen Bezahlung aus?

Hömma, da bin ich mit meinem Kumpel Kalle inne Mittagspause am quatschen. Ruckzuck waren wir bei einer Stellenausschreibung im Justizministerialblatt angelangt. Da sucht ne JVA ne neue Leitung des allgemeinen Vollzugsdienstes (BesGr. A 9 mit Amtszulage LBesO A NRW) – also kurz: nen neuen LAV.

Ma abgesehen davon, dat die Stelle nix für mich oder den Kalle is, haben wir uns ma so Gedanken gemacht, ob dat überhaupt attraktiv is.



Bild: BSBD NRW

Ma so ganz nüchtern betrachtet, stellt sich schnell die Frage: warum sollte „Mann oder Frau“ sich darauf bewerben?

Viele Bereichsleiter in einer kleinen oder großen Kiste werden doch ganz genauso besoldet!

Stell dir ma vor:

Du bist Bereichsleiter und verantwortlich für ungefähr 70 bis 100 Gefangene und 7 bis 15 Kollegen/innen – nur mal so fürs Beispiel übern Daumen gepeilt ...

Dabei bleibt die Entscheidungsgewalt überschaubar. Schließlich ist in vollzuglichen Angelegenheiten der Abteilungsleiter und bei Personalangelegenheiten der LAV Dein unmittelbarer Vorgesetzter.

Warum also sollte sich da jemand auf die LAV-Stelle bewerben? Der oder die hätte dann nämlich die alleinige Verantwortung für den gesamten allgemeinen Vollzugsdienst und müsste sowat wie Personal- und Krisengespräche führen, die Dienstplanung übernehmen, Beurteilungen machen, ausbilden und an unzähligen

Besprechungen und Konferenzen mit und ohne Anstaltsleitung teilnehmen. Bestimmt fehlt da noch wat, aber is ja auch nur für's Beispiel...

Aber eins is ja wohl klar:

Dat is bei gleicher Bezahlung wie beim Bereichsleiter ja ma so gar nicht attraktiv! Dat is, als würde die Verwaltungsleitung genauso besoldet wie die Anstaltsleitung. Auf so ne Idee würde wohl niemand kommen ...

Dabei is doch 2010 der richtige erste Schritt gemacht worden! In sieben großen Anstalten (Aachen, Bochum, Bielefeld-Senne, Düsseldorf, Köln, Remscheid und Werl) wurden für den Leiter des allgemeinen Vollzugsdienstes Beförderungsämtler nach A 11 geschaffen.

Der BSBD berichtete in der Ausgabe Vollzugsdienst 03/2010 dazu wie folgt:

„Neues Spitzenamt im Werk- und allgemeinen Vollzugsdienst

Als einen beachtlichen gewerkschaftlichen Erfolg konnte Theo Wiczorek den Versammlungsteilnehmern die Öffnung der Besoldungsgruppe A 11 BBO für Spitzenfunktionen der Laufbahnen des allgemeinen Vollzugsdienstes und Werkdienstes vorstellen. Es habe zwar einiger Zeit sowie vieler Gespräche und Interventionen des BSBD bedurft, bis dieses Ziel tatsächlich erreicht gewesen sei, doch jetzt sei diese Forderung unter Dach und Fach gebracht.

„Wir sind froh, dass die Stellen noch vor der diesjährigen Landtagswahl vergeben werden konnten. Der BSBD ist allerdings nicht mit dem Vergabeverfahren einverstanden. Hier sind in etlichen Fällen Stellenzuweisungen nach Kriterien erfolgt, die wir nicht nachvollziehen konnten. Wir werden hier in Gesprächen mit dem Ministerium noch einmal den Finger in die Wunde legen müssen“, zeigte sich der BSBD-Gewerkschafter kämpferisch.“

Kurze Zeit später gab es für einige weitere Anstalten für den Leiter des allgemeinen Vollzugsdienstes Beförderungsämtler nach A10.

Wat richtig begann is aber leider zum Rohrkrepierer geworden.

Aktuell sind noch 22 LAVs in der Besoldung A9 mit Amtszulage. Dat is überhaupt nicht attraktiv und is der Bedeutung des Amtes nicht angemessen!

Abschließend setz ich noch einen drauf: im Jahr 2021 hat dat Ministerium die Dienstpostenbewertung angepasst und die Anstaltsleitungen des JVK in Fröndenberg und der SoTha NRW aus dem Amt Regierungsdirektor (BesGr. A 15 LBesO A NRW) in das Amt Leitender Regierungsdirektor (BesGr. A 16 LBesO A NRW) angehoben. Begründet wurde dies mit der höheren Belegungsfähigkeit und weiterer Veränderungen.

Nich dat wir uns hier falsch verstehen: diese Maßnahme war ebenfalls völlig richtig und wurde vom BSBD unterstützt. Aber da muss doch weitergedacht und gehandelt werden. In beiden genannten Anstalten ist der LAV noch in A9 Zulage.

Ja, ne, is klar, finde den Fehler!

Also Attacke! Der BSBD trägt diese Forderung bereits seit Jahren in die Politik! Getreu dem Motto: „the same procedure as every year“!

Mehr als eine Dekade is nix weiter passiert. Jetzt brauch mir auch keiner mit Geld kommen. Die Haushaltslage is doch immer schlecht und kein Argument. Da musse keine Mathematik studiert haben, um festzustellen, dat die Kosten im Landeshaushalt für die Anhebung aller LAVs nach A10 „Peanuts“ kostet. Der Unterschied von A9 Zulage inner Erfahrungsstufe 11 zum A10 sind 117,79 Euro brutto. Dat fällt im Landeshaushalt genauso auf wie ne Nadel im Heuhaufen.

Nochma zum Vergleich: Die eben angesprochene Anhebung der Anstaltsleiter von A15 nach A16 in Stufe 11 sind 760,77 Euro brutto im Monat, wat auch richtig is!

Also liebe Leute inne Politik und inne Administration: nich reden, sondern machen! Dann klappt dat auch mit der Attraktivität.

Grüße aus dem Nirgendwo
Euer Ingo Inkognito

Suizidprävention

Suizid ist weltweit die häufigste Todesursache in Gefängnissen. Besonders hoch ist die Suizidrate in der Untersuchungshaft, bedingt durch die plötzlich grundlegend veränderten Lebensumstände. Grund genug, gerade dienstjungen Kolleginnen und Kollegen ausreichend Handlungssicherheit im Umgang mit dieser Thematik zu geben. Im Rahmen der Suizidprävention nahmen insgesamt 13 Bedienstete der JVA Bielefeld-Brackwede an der Inhouseveranstaltung „Den ersten Suizid vergisst man nie... – Der eigene Umgang mit Selbsttötung und Suizidversuchen im Justizvollzug“ teil. Unter Leitung des Suizidpräventionsbeauftragten wurde gemeinsam mit dem Team des Bestattungsunternehmens Kortstiege das Seminar mit Workshop-Charakter umgesetzt. Christoph Kortstiege bewies mit seinem Team, dass ein ernstes und schwieriges Thema lebendig und unterhaltsam präsentiert werden kann. In dem eintägigen Kurs wurden die Teilnehmerinnen und Teilnehmer befähigt, im Nachgang eines aufgefundenen Suizides oder einer Selbstverletzung auf eigene Belastungsanzeichen zu achten und Hilfebe-



Foto: BSBD OV Bielefeld-Brackwede

darf gegebenenfalls zu äußern bzw. wahrzunehmen. Am Nachmittag bestand die Gelegenheit, gemeinsam in den Räumen des Bestattungsunternehmens eventuell vorhandene Berührungspunkte mit Verstorbenen abzubauen und ins Gespräch über die praktische Arbeit, sowohl als Bestatter als auch als Vollzugsbediensteter, zu kommen. Ein offener Austausch innerhalb der

Mauern kann sicherstellen, dass das Thema Suizid und Selbstverletzung respektvoll behandelt wird und auch die eigene psychische Gesundheit im Falle eines plötzlich aufgefundenen Suizides keinen Schaden nimmt.

Autor: Sebastian Austrup,
JVA Bielefeld-Brackwede

Von der Not der maximalen Nutzung minimaler Räume



DIE SCHARFE ZUNGE

Logisch: wer administrative Aufgaben erledigen muss, benötigt ein Büro! Das sind also alle!

Was aber, wenn die Anzahl an Mitarbeitenden die Anzahl geeigneter Räumlichkeiten übersteigt? In vielen nordrhein-westfälischen Vollzugseinrichtungen fehlt es bereits an Büroräumen!

Dass mehr Menschen in Justizvollzugseinrichtungen tätig sind als zu Zeiten ihrer Erbauung, erklärt sich von selbst. Dem Resozialisierungsauftrag wird endlich Bedeutung beigemessen und mit Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf haben sich Teilzeitmodelle zunehmend zu etablieren vermocht.

Das alles ist gut und richtig und hat zur Konsequenz, dass es mehr Menschen braucht, die Raum brauchen!

Wie attraktiv wirkt der Vollzug wohl für neue Mitarbeiter, wenn sie zwar einen Schlüssel und eine Zuständigkeit erhalten, aber keinen geeigneten Arbeitsplatz? Traurig, wenn diese die Voll-

zugskarriere damit starten müssen, heimatlos innerhalb ihrer neuen Arbeitsstätte herumzuirren und auf die Kollegialität ihrer Kolleginnen und Kollegen angewiesen sind, die ihre Räumlichkeiten und technische Ausstattung zulasten der eigenen Effizienz mit ihnen teilen müssen.

Dem Erhalt von Haftplätzen wird Priorität eingeräumt – eben auch zulasten von Personal und Arbeitseffizienz.

Dass insbesondere in betagteren Anstalten viele Büroräume ohnehin nicht gültigen Standards der Arbeitsstättenverordnung entsprechen, regt schon kaum jemanden mehr auf. Über wenig Platz, zu kleine Fenster, fluoreszierendes Licht und Lärm wird sich leider nur noch wenig beklagt. Denn, froh ist schon, wer sein Plätzchen gefunden hat!

Autor: BSBD NRW

50 Jahre Bürgerbeauftragte/-r des Landes Rheinland-Pfalz

Die Bürgerbeauftragte des Landes Rheinland-Pfalz, Frau Barbara Schleicher-Rothmund, lud Vertreter des BSBD Rheinland-Pfalz zur Festveranstaltung „50 Jahre Bürgerbeauftragte des Landes Rheinland-Pfalz“ in das Kurfürstliche Schloss in Mainz ein.

Die Gewerkschaft wurde durch ihren Landesvorsitzende Mark Schallmo vertreten, der dieser sehr gelungenen Festveranstaltung beiwohnte.

Frau Barbara Schleicher-Rothmund, eröffnete, nach einem Musikstück der „Concert-Band“ des Otto-Schott-Gymnasiums Mainz, die Veranstaltung.

Sie konnte zahlreiche Ehrengäste begrüßen, darunter unter anderem auch die Ministerpräsidentin des Landes RLP, Frau Malu Dreyer, den Präsidenten des Landtages RLP, Herrn Hendrik Hering, den Vorsitzenden des Petitionsausschusses Herrn Heiner Illing sowie den Präsidenten des Verfassungsgerichtshofes RLP Herrn Prof. Dr. Lars Brocker.

Frau Schleicher-Rothmund legte allen Anwesenden die Bedeutung und die vielfältigen Aufgaben der Bürgerbeauftragten dar. Auch konnte sie voller Stolz nochmals darauf hinweisen, dass das Land Rheinland-Pfalz das Erste war, welches dieses Amt eingeführt hat.

Alle gehaltenen Grußworte sowie die Festrede würdigten eindrucksvoll die geleistete Arbeit sowie die Wichtigkeit der Bürgerbeauftragten und erhoffen sich, dass auch andere Bundesländer dieses Amt nunmehr einführen.

Nachdem die „Concert-Band“ des Otto-Schott-Gymnasiums Mainz die Festveranstaltung mit einem Musikbeitrag beendete, wurde beim anschließenden Umtrunk, dieses 50-Jährige Jubiläum ausklingen gelassen.

Der BSBD-RLP möchte sich an dieser Stelle für die sehr gute Zusammenarbeit bedanken und wünscht der Bürgerbeauftragten weiterhin viel Erfolg bei ihrer Tätigkeit.

Mark Schallmo
Vorsitzender-BSBD-RLP



Bild Festveranstaltung

Neue Vorsitzende im Förderverein für den BSBD-RLP

Der Förderverein des BSBD-RLP lud am 13.06.2024 zur Mitgliederversammlung ein. Der Vorsitzende Dieter Kircher begrüßte alle Anwesenden und stellte die Beschlussfähigkeit fest. Nachdem alle Angelegenheiten und Anträge des Fördervereins betreffend verabschiedet waren, mussten Neuwahlen im Vorstand durchgeführt werden, da der bisherigen Vorsitzende Dieter Kircher sowie der stellvertretende Vorsitzende Werner Schäfer ihr Amt leider aus persönlichen Gründen niederlegten.

Die Neuwahlen ergaben folgendes Ergebnis:

Als neuer Vorsitzender wurde Kollege Manfred Beringer aus dem OV-Wittlich gewählt. Der neue stellvertretende Vorsitzende ist der Kollege Steffen Klein aus dem OV-Rohrbach.

Der BSBD-RLP bedankt sich nochmals für die geleistete Arbeit der Kollegen Kircher und Schäfer und wünscht den Neugewählten für die kommenden Aufgaben des Fördervereins eine glückliche Hand und gutes Gelingen.

Der BSBD-RLP erhofft sich eine weiterhin sehr gute Vernetzung und Zusammenarbeit.

Der Vorstand Förderverein setzt sich nun wie folgt zusammen:

- 1. Vorsitzender: Manfred Behringer
- Stellvertretender Vorsitzender: Steffen Klein
- Schriftführer: Michael Schäfer
- Schatzmeister: Jürgen Engelbrecht
- Kassenprüfer: Lars Mai und Ambrosius Luzius

Auf diesem Wege möchten wir als BSBD-RLP auch nochmals auf den Förderverein aufmerksam machen und dafür Werben hier Mitglied zu werden um die Arbeit des Fördervereins zu unterstützen.

Mark Schallmo
Vorsitzender-BSBD-RLP



v.l.n.r. Landesvorsitzender Marc Schallmo, Bürgerbeauftragte des Landes PLP Frau Barbara Schleicher-Rothmund, MdL Illing Heiner SPD

Der BSBD-RLP zu Besuch bei Freunden

Auf Einladung des BSJ, dem Bund Saarländischer Justizvollzugsbeamten, nahm der Landesvorsitzende des BSBD-RLP Mark Schallmo an der Generalversammlung des BSJ, am 17.05.2024 in Saarbrücken teil.

Beinahe sorgte das sehr schlechte Wetter für den Ausfall der Generalversammlung. Trotz der Wetterlage begrüßte der Saarländische Landesvorsitzende Kollege Wollscheid die anwesenden Delegierten sowie die teilnehmenden Ehrengäste.

In seiner Rede zur Lage des Saarländischen Strafvollzuges verdeutlichte er sehr eindrucksvoll, dass man auf einem guten Weg und die Kommunikation mit allen Beteiligten gut sei. Trotzdem gibt es seiner Ansicht nach noch Verbesserungspotential in vielen Bereichen.

Vor allem in der Personalgewinnung, bei der Bezahlung, der notwendigen Erhöhung der Gitterzulage, Stellenhebungen sowie der Schaffung einer höheren Anzahl an Ausbildungsplätze besteht noch einiger Handlungsbedarf durch die politischen Verantwortlichen.



Foto: BSBD RLP

Ansprache des BSBD Saarland Vorsitzenden Markus Wollscheid

Der Vorsitzenden des BSBD-RLP richtete ein Grußwort an die saarländischen Kollegen. Er konnte die Forderungen der saarländischen Kollegen sehr gut nachvollziehen und sagte Ihnen unsere Unterstützung zu.

Daneben verwies er auf die lange und sehr gute Zusammenarbeit der beiden Landesverbände.

Der BSBD-RLP bedankt sich auf diesem Wege nochmals für die Einladung, gratuliert dem BSJ für die gelungene Veranstaltung und erhofft sich, dass der BSJ und der BSBD-RLP auch weiterhin so gut zusammenarbeiten.

Mark Schallmo
Vorsitzender-BSBD-RLP

BSBD-Wanderung zum Altschlossfelsen in Eppenbrunn

Nachdem sich der neue Vorstand des Ortsverbandes auch die Wiederbelebung des aktiven Vereinslebens auf die Fahnen geschrieben hatte, kam es am 25.05.2024 zum Tag der Entscheidung, ob die Bemühungen auch Früchte tragen würden. Sogar das Wetter hielt die Spannung bis zum Mittag hoch, um sich dann aber von seiner besten Seite zu zeigen. Kurz gesagt, die erste Wanderung entpuppte sich als ein voller Erfolg!

Es sollte eine Veranstaltung für die ganze Familie mit Kind und Kegel werden, und genau das wurde es auch. Von der Krabbelgruppe bis zum Pensionär waren alle vertreten. Jeder hatte seinen Spaß, und kein Hindernis konnte uns aufhalten. Schon bei unserer Rast auf dem Aussichtsplattform wurden erste Fragen laut, wann und wo denn die nächste Tour stattfinden würde. Den Abschluss bildete der Besuch eines Biergartens, wo wir dann den Tag gemütlich ausklingen ließen. Hier wurden auch schon erste konkrete Pläne für die nächste Aktivität besprochen. Man munkelt, dabei würden diesmal auch besonders Unerschrockene auf ihre Kosten kommen.

Im Namen des Vorstandes möchte ich mich noch recht herzlich bei allen Helfern – durch die dieser schöne Ausflug überhaupt erst möglich wurde – bedanken

Lars Mai



Foto: BSBD RLP

Austausch mit der FDP

Interessantes Gespräch mit unserem früheren Staatssekretär

Einen breiten Katalog an Gesprächsthemen brachten die Vertreter des BSBD Landesvorstandes mit zum Gespräch mit Vertretern der FDP Landtagsfraktion.

Fraktionsvorsitzender Philip Fernis, durch seine frühere Tätigkeit als Staatssekretär im Ministerium der Justiz mit dem Vollzug bestens vertraut, sowie die Rechtspolitische Sprecherin der Fraktion Cornelia Willius-Senzer begrüßten die Delegation des BSBD.

Die Vertreter des BSBD brachten ihren Dank für die schnelle und vor allem wirkungsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses vom Dezember 2023 auf den Beamtenbereich zum Ausdruck, konnten hierbei aber eine erste Forderung anbringen.

Nachdem nun gelungen ist, die Gitterzulage auf eine durchaus angemessene und attraktive Höhe zu bekommen gilt es nun, diese auch ruhegehaltstfähig zu bekommen. Dies ist keine neue, dafür aber eine umso wichtigere Forderung. Herr Fernis zeigte hierfür nach der Argumentation des BSBD durchaus Verständnis, verwies aber indirekt auf die finanziellen Auswirkungen.

In diesem Themenkomplex konnten wir auch unsere Forderung nach der Abschaffung der Staffelung der Gitterzulage anbrin-

gen. Hier wurde uns eine Prüfung zugesagt. Es bestand unter den Gesprächsteilnehmern große Einigkeit darüber, dass sich die Sicherheitslage im Vollzug in den letzten Jahren stark verändert hat und man hier die notwendigen Maßnahmen zum Schutz des Personals anpassen muss.

Von Seiten den Gewerkschaftsvertretern wurde hier vor allem die nunmehr schnelle Ausrüstung der Beamten des Vorführ-/Fahrdienstes mit personenbezogenen Körperschutzwesten angemahnt.

Hier muss endlich der Schritt zu personenbezogenen Körperschutzwesten gegangen werden, wie er bereits bei den Gerichtswachtmeistern und Gerichtsvollzieher durch die gleiche Oberbehörde gegangen wurde. Denn schon jetzt fragt sich so mancher Vollzugsbedienstete, ob er bzw. seine Gesundheit nicht ganz so wichtig ist.

Die Vertreter des Landesverbandes regten auch ein Umdenken beim Mitführen der Schusswaffen bei Aus- und Vorführungen an. Anstatt wie zurzeit, das Tragen nur in Ausnahmefällen anzuordnen, sollte das Tragen generell angeordnet werden und nur in Ausnahmefällen vom Mitführen der Waffe abgesehen werden. Auch dieser Vorschlag fand das Interesse unserer Gesprächspartner.

Anschließend war das „Zulagewesen“, hier insbesondere die Zulagen für den „Dienst zu ungünstigen Zeiten“ ein Thema. Hier gilt es nach Auffassung der BSBD-Vertreter endlich den Abstand zum Bund zu verringern, damit der Vollzug attraktiv für junge Menschen bleibt.

Interessiert zeigten sich die Abgeordneten auch an der im Tarifvertrag eingeführten Zulage für die Beschäftigten im medizinischen Bereich. Hier hat keine Übertragung auf den Beamtenbereich stattgefunden, was auch bei Herrn Fernis und Frau Willius-Senzer auf erstes Unverständnis stieß. Hier wurde uns auch eine Prüfung zugesagt.

Frau Willius-Senzer als Sprecherin für Recht und Justiz und Herr Fernis als ehemaliger Staatssekretär im Justizministerium zeigten sich im Gespräch gut informiert und offen für die Belange der Vollzugsbediensteten. Beide betonten, dass die FDP-Fraktion uneingeschränkt hinter den Bediensteten des Vollzuges steht, da sie aus ihrer Sicht einen wesentlichen Teil zur Inneren Sicherheit unseres Landes leisten.

Stefan Wagner
Landesvorsitzender



v.l.n.r. Landesvorsitzende Stefan Wagner und Marc Schallmo, Fraktionsvorsitzender Philipp Fernis, Kollege Luzius Ambrosius, MdL Cornelia Willius-Senzer, stv. Landesvorsitzender Stefan Ternes

Treffen der Senioren AG 60plus in Vallendar



Foto: BSBD RLP

Die Teilnehmer der Veranstaltung Ü 60

Die Pensionärsvertreter der Haftanstalten in Rheinland-Pfalz wurden zu einer Veranstaltung mit dem Thema „Senioren-sicherheit“ vom Seniorensprecher Ambrosius Luzius eingeladen.

Diese Veranstaltung fand am 23.07.2024 in im Tagungszentrum „Marienland Berg Schönstadt“ statt.

Als Referenten waren Frau Blum, Kriminologin vom PP Koblenz und Herr Schlag, KHK von der PI Bendorf eingeladen.

In ihrem Vortrag ging es um die Themen: Telefonbetrug, falsche Polizeibeamte, In-

ternetkriminalität, Gewinnversprechen, EC-Kartenmissbrauch und Haustürgeschäfte. Von Seiten der Referenten wurde den Teilnehmern Skepsis und Misstrauen empfohlen. Außerdem sollten sie grundsätzlich ihre Telefonbucheinträge löschen lassen, sowie den Anrufbeantworter aktivieren. Sie sollten auch keine größeren Geldsummen zuhause aufbewahren und ein Notfallkennwort mit der Familie absprechen. Ebenso würde die Polizei nach einem Unfall nie anrufen, sondern sie würde immer persönlich zu den Angehörigen kommen.

Daneben sind die verschiedensten Vorgehensweisen von Betrügnern bekannt.

Zum Beispiel ein Handwerker, der eine Notlage vorgibt. So bittet er um ein Glas Wasser oder darum die Toilette benutzen zu dürfen.

In anderen Fällen wird eine Autopanne vorge-täuscht oder man gibt vor ein Ableser für Gas, Wasser oder Strom zu sein.

Sobald der Täter dann das Haus betritt, verschafft sich der zweite Täter unbemerkt Zugang zur Wohnung und bestiehlt die Bewohner.

Im Anschluss hielt der Kollege Schäfer ein Vortrag über das Thema „Brandschutz“.

Er erklärte die Funktionsweise von Rauchmeldern, sowie die Grundbegriffe der Bedienung von Feuerlöschern. Auch die verschiedenen Brandklassen wurden angesprochen.

Danach wurde ein Videofilm von einem Zimmerbrand gezeigt. Die Teilnehmer zeigten sich beeindruckend, in welcher kurzen Zeit ein Vollbrand entstehen kann.

Die Resonanz der Teilnehmer auf die Veranstaltung war durchweg positiv.

Das nächste Treffen ist für den Januar 2025 geplant. ■

Sitzung des Landeshauptvorstands



Foto: BSBD RLP

Der Landeshauptvorstand des BSBD RLP

Am 13. Juni 2024 traf sich der Landeshauptvorstand des BSBD RLP in Kaiserslautern. Aufgrund der Neuwahlen und der damit verbundenen Neustrukturierung des Landesverbandes galt es eine umfangreiche Tagesordnung abzuarbeiten. Marc Schallmo und Stefan Wagner in ihren neuen Funktionen als gleichberechtigte Landesvorsitzende, stellten den Geschäftsbericht vor.

Ein weiterer Schwerpunkt waren die Berichte aus den zahlreichen Arbeitsgemeinschaften der Gewerkschaft sowie die Vorstellung des Forderungskatalogs, mit dem man an die politisch Verantwortlichen herantreten will. Für die neue Landesleitung ist es ein erklärtes Ziel, die Gewerkschaft rege zu halten, denn nur so können wir alle gemeinsam etwas erreichen. Zum Abschluss

wurde noch die für 2025 anstehende Personalratswahlen thematisiert. Hier gilt es geschlossen und auch argumentativ stark aufzutreten, um ein gutes Ergebnis für den BSBD RLP zu erreichen.

Stefan Ternes ■

Lossprechungsfeier an der Justizvollzugsschule Rheinland-Pfalz in Wittlich

BSBD Ortsverband Diez führt Info-Veranstaltung durch



Foto: BSBD RLP

Die Anwärter des Landes Rheinland-Pfalz mit dem Justizminister Herbert Mertin und anderen Ehrengästen

Am 31.07.2024 fand die Lossprechungsfeier in der Aula der Justizvollzugsschule Wittlich statt. Hier wurden die Anwärterinnen und Anwärter im 2. Einsteigsamt für ihren sehr erfolgreichen Abschluss der Laufbahnprüfung gewürdigt.

Nach der Begrüßungsrede der Leiterin der Justizvollzugsschule Frau Kunzde Boer, übermittelte der anwesende Justizminister von Rheinland-Pfalz Herr Mertin und der Staatssekretär vom Ministerium der Justiz des Saarlandes Herr Dr. Diener allen Prüflingen die allerbesten Glückwünsche zur bestandenen Prüfung.

Durch die achtzehnmonatige Ausbildung in der Justizvollzugsschule Rheinland-Pfalz und in den Justizvollzugeinrichtungen des Landes sollen die Anwärterinnen und Anwärter in Theorie und Praxis auf die Herausforderungen vorbereitet werden, die in den Justizvollzugeinrichtungen vor ihnen liegen.

Nach der Übergabe der Ernennungskunden folgte die Ehrung der beiden Lehr-

gangsbesten, die Kollegen Sebastian Gratz (JVA Zweibrücken) und Benjamin Gillmann (JVA Rohrbach). Ein Lehrgangsteilnehmer hielt die Abschlussrede des Lehrganges und im Anschluss wurde gebühren gefeiert.

Auch der BSBD-Rheinland-Pfalz gratuliert allen Absolventen/innen zur bestandenen Laufbahnprüfung und wünscht Ihnen eine erfolgreiche sowie erfüllte Zukunft.

Ein Dank ergeht auch an Alle, die mit ihrer Arbeit dazu beigetragen haben, dass die Kolleginnen und Kollegen eine so erfolgreiche und lehrreiche Ausbildung mit Bravour bestehen konnten.

Mark Schallmo
Vorsitzender-BSBD-RLP

Am 22.05.2024 hatte der BSBD Ortsverband Diez zu einer Infoveranstaltung in Kooperation mit der „SwissLife Select“ ins Sozialhaus der JVA Diez eingeladen. Bei dem Thema Vorbereitung auf den Ruhestand, wurde auf die Informationswünsche der Kolleginnen und Kollegen eingegangen. Mit Fr. Leinenbach, die wir als vortragende gewinnen konnten und die mit ihrer kompetenten und sympathischen Art auf die konkreten Beispiele und Wünsche der Anwesenden eingegangen ist, konnten sowohl langjährige Bedienstete als auch solche die noch frisch im Vollzug tätig sind hervorragend beraten werden. Konkret wurden folgende Eckpfeiler besprochen:

- ▶ Vorbereitung auf den Ruhestand für Beamte und tariflich Beschäftigte
- ▶ Pflege
- ▶ Sterbegeld

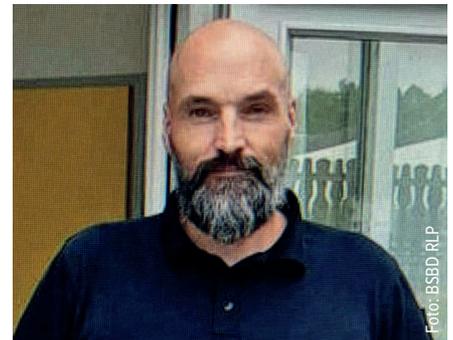


Foto: BSBD RLP

Ortsverbandsvorsitzender Markus Stahl

Es bestand großes Interesse um sich vollumfänglich auf einen entspannten Ruhestand vorzubereiten und welche Absicherungen zu empfehlen sind. Dabei wurde schnell deutlich, dass die Vorbereitung auf den Ruhestand bereits bei Beginn oder während der Ausbildung dringend zu empfehlen ist. Mit Rückblick auf die rundherum gelungene Veranstaltung ist die Überlegung gereift, diese Veranstaltung für weitere Bedienstete und solche die bisher leider nicht teilnehmen konnten, im Herbst anzubieten.

BSBD Ortsverbandsvorsitzender
Markus Stahl

Arbeitsgruppe „Allgemeiner Vollzugsdienst“ tagte in Kaiserslautern.

Die AG AVD hat sich das erste Mal in diesem Jahr Anfang Juli im Barbarossa-Hof in Kaiserslautern getroffen. Die AG konnte sich hierbei durch von den BSBD Ortsverbänden neu entsendeten Kollegen über einen Zuwachs an Ideen und Erfahrung erfreuen.

Die Teilnehmer beschäftigte sich mit verschiedenen Themen, u.a. mit den in den verschiedenen Justizvollzugsanstalten bestehenden Problemen bei der Untersuchung von Bediensteten zur Verbeamtung auf Lebenszeit.

Es wurde außerdem über eine intensivere Schießausbildung in den JVA's gesprochen. Hier sollte das Ziel sein, dass die Schusswaffenträger mehr üben können, um handlungssicherer im Umgang mit der Dienstwaffe zu werden.

Auch die Verfahrensweise im Umgang mit gefährlichen und / oder psychisch auffälligen Gefangenen wurde thematisiert. Hier wurden Anregungen gesammelt wie die Bediensteten besser geschützt werden können. Zu diesem Thema ist ein gemeinsames Treffen mit der AG Sicherheit angedacht, um hier ein gemeinsames Vorgehen zu erörtern.

Die nächste Sitzung der Arbeitsgruppe AVD ist für November geplant. ■



Vertreter des BSBD-RLP-Landesvorstandes zu Gast bei der Landtagsfraktion der rheinland-pfälzischen CDU



v.r.n.l. MdL Klein, MdL Lammert, Landesvorsitzender Schallmo, Kollé Ambrosius, MdL Junk

Aktuelle Themen, aber auch langjährige Forderungen des BSBD wurden von Vertretern des Landesverbandes im Gespräch mit der Abgeordneten der CDU-Fraktion im Abgeordnetenhaus in Mainz besprochen.

Die Abgeordneten der CDU, vertreten durch die Herren Klein, Lammert und Junk begrüßten die BSBD Vertreter und nahmen sich viel Zeit für unsere Anliegen aus dem Justizvollzug.

Es gelang uns in diesem Gespräch, eindringlich die allgemeine Situation, die Ängste und Nöte sowie die Wünsche unserer Kolleginnen und Kollegen darzulegen. Neben der Übergabe unseres Forderungskatalogs, welchen wir fortlaufend aktualisieren und anpassen, wurden nachfolgende Themen schwerpunktmäßig und ausführlich besprochen:

- Ruhegehaltstfähigkeit der Gitterzulage
- Keine Staffelung der Gitterzulage nach Dienstjahren
- Übernahme der Zulage im medizinischen Bereich in die Beamtenbesoldung
- Merkliche Erhöhung der Zulage für den Dienst zu ungünstigen Zeiten
- Bessere und mehr Beförderungsmöglichkeiten in allen Statusämtern

- Keine Verrechnung von Gitterzulage und Schichtzulage mehr

Daneben wurde auch auf die Probleme mit den derzeit vorhandenen dienstlichen Ausrüstungsgegenständen und Hilfsmittel hingewiesen.

Hier erhofft sich der BSBD von der Politik, dass eindringlich dafür gesorgt wird, dass mehr und schneller an den Einsatzmitteln ausgebildet wird und es klare und allgemeingültige Handlungsanweisungen für alle Justizvollzugseinrichtungen vom Ministerium gibt.

Neben all diesen Forderungen für die aktiven Bediensteten wurde auch eindringlich darauf hingewiesen, dass es seitens der Landesverwaltung ein besseres „Übergangsmanagement in die Pensionierung bzw. Rente“ für unsere Kolleginnen und Kollegen geben muss. Hier ist aus der Sicht der Gewerkschaft dringender Handlungsbedarf angezeigt.

Zum Abschluss des sehr konstruktiven Gesprächs wurde vereinbart, zukünftig weiterhin im Austausch zu bleiben, um so den Justizvollzug in Rheinland Pfalz zu stärken.

Mark Schallmo
Vorsitzender-BSBD-RLP ■

Aloha dbbj!

Unter diesem Motto fand zum 1. Mal das Parlamentarische Sommerfest der dbb Jugend in Berlin statt. Hierzu hatten zahlreiche Mitglieder aus den Fachgewerkschaften den Weg in die Hauptstadt gefunden. Auch ich habe zur Unterstützung der Bundesjugendleitung des BSBD als Landesjugendsprecherin von RLP die Reise nach Berlin angetreten.

Das Thema dieser Veranstaltung war das gewerkschaftliche Ehrenamt.

Nach einer Begrüßungsrede durch den Vorsitzenden der dbbj, Matthäus Fandrejewski richteten einige Politiker aus dem Bundestag ihre Grußworte an die Teilnehmer.

Das Herzstück der Veranstaltung bildete eine Podiumsdiskussion mit Vertretern aus Politik, Zivilgesellschaft und Wissenschaft. Im Anschluss daran hatten die Fachgewerkschaften die Möglichkeit sich bei einer kleinen Infomesse untereinander kennenzulernen, auszutauschen und zu vernetzen.

Es war eine wirklich tolle Veranstaltung der dbbj, bei der wir gerne mit einer kleinen Abordnung vertreten waren.

Lena Oeffling
Landesjugendsprecherin
Rheinland-Pfalz



v.l.n.r. Lena Oeffling, Philipp Weimann, Daniela Bührig

Foto: BSBD RLP

NACHRUF



Foto: BSBD RLP

Enrico Maar

Die Kollegenschaft der JVA Trier trauert
um ihren Kollegen Enrico Maar.

Während seiner langjährigen Tätigkeit als Justizbediensteter und Mitarbeiter im Technischen Dienst unserer Anstalt haben wir Enrico als äußerst fleißigen und zuverlässigen Kollegen schätzen gelernt. Er war immer ein gradliniger und zuverlässiger Teamplayer, auf dessen Wort man sich immer verlassen konnte.

Seine humorvolle und hilfsbereite Art wird uns sehr fehlen!

Wir sind tief betroffen über das viel zu frühe Ableben unseres Kollegen und werden ihn in bleibender Erinnerung behalten. Unser Mitgefühl gilt seiner Familie.

Im Namen aller Kollegen der JVA Trier

Wichtige und zukunftsweisende Entscheidungen bei der diesjährigen Generalversammlung des Bund Saarländischer Justizvollzugsbediensteter

Der BSJ konnte seine Generalversammlung trotz des Hochwassers Freitag vor Pfingsten durchführen. Ein Großteil der Vorstandsmitglieder war zum Aufbau bereits vormittags angereist. Erhebliche Einschränkungen im öffentlichen Nahverkehr und im Straßenverkehr machten vielen bereits eine Anreise leider nicht möglich. Vorsitzender Markus Wollscheid konnte trotz dem Hochwasser an diesem Tage den Staatssekretär Dr. Diener, sowie den Landtagsabgeordneten Alwin Theobald (CDU), sowie den Leiter der Fachabteilung C Dr. Lange, sowie die Vertreter der Anstaltsleitungen, der Vorsitzende des befreundeten BSBD Nachbarverbandes aus Rheinland Pfalz Mark Schallmo, sowie die Presse Herr Michael Kipp von der Saarbrücker Zeitung begrüßen.



Vors Markus Wollscheid

Markus Wollscheid eröffnete die Generalversammlung mit einer Aktuellen Meldung, der Totenehrung und dem anschließenden Grußwort an die Gäste:

„Wir trauern um die Kollegen, die beim brutalen Angriff auf ein Gefangenentransportfahrzeug in Frankreich getötet wurden. Der Verband der Strafvollzugsbeamten Deutschlands (BSBD) sprach den Hinterbliebenen sein aufrichtiges Beileid aus. Wir werden die geplante Aktion des BSBD als BSJ ausdrücklich unterstützen. Der BSJ trauert um seinen Ehrenvorsitzenden Alfons Lenhard, der im vergangenen Jahr leider von uns gegangen ist. Alfons war bis ins hohe Alter bei den Vorstandssitzungen des BSJ dabei und hat uns mit Rat und Tat unterstützt. Alfons war unser langjähriger Landesvorsitzender und auch in der BSBD Bundesleitung aktiv. Als Bundesseminarleiter hat er das Saarland hervorragend präsentiert und uns junge Bedienstete mitgeholt mit seiner gesamten Erfahrung. Mit Peter Biegelmeier starb im letzten Jahr ein aktiver Kollege, der in der Jugendarrestanstalt Lebach seinen Dienst verrichtete. Er war dort langjähriger Personalrat und vertrat die JAA im Landesvorstand. Viele Seminare und Tagungen stand er mir als Dolmetscher in Polen und weiteren Ost-europäischen Gewerkschaftlern zur Seite.

Günter Naumann ist in diesem Jahr verstorben, Günter war stellvertretender Landesvorsitzender, Ausbildungsleiter in der JVA SB und zuletzt VDL in der JVA Ottweiler

„Justizvollzug zeitgemäß gestalten“

2.000 unbesetzte Stellen: Gewerkschaften beklagen Personalmangel im Strafvollzug (BSBD BUND AM 10.03.2024)

Im Strafvollzug kann Personalmangel schnell zum Sicherheitsproblem werden. Darum sorgt sich auch die Fachgewerkschaft BSJ zunehmend. Daher braucht es dringend Ressourcen, um neue Bewerber zu gewinnen und Resozialisierung von Inhaftierten zu ermöglichen. Die Stellenstreichung muss zurückgenommen werden, das bedeutet das diese 35 Stellen für den Allgemeinen Vollzugsdienst wieder in den Haushalt eingestellt werden.

Besonders die Psychisch auffälligen und gewaltbereiten Gefangenen machen uns den Dienstalltag schwer. Der Transport der Gefangenen durch das gesamte Bundesgebiet stellt uns vor große Herausforderungen. Die Zunahme des Gefangenenbestandes bedeutet für eine Anstalt auch extreme Mehraufgaben und Mehraufwand für Arztbesuchen, Krankenhausüberwachungen. Hinzu kommen die Fahrten zu Gerichtsverhandlungen. Bei gefährlichen

Straftätern kommen Einzelduschen, Einzelunterbringung, Einzelfreistunden hinzu. Diese Mehrarbeit muss bei den Personalbedarfsberechnungen endlich eingerechnet werden.

Personalmangel hat auch Folgen für Inhaftierte

Es gibt immer mehr Aufgaben für immer weniger Vollzugsbeamte. Das hat auch Folgen für das Leben der Inhaftierten. Mitunter werden die Zeiten, die die Gefangenen außerhalb ihrer Zellen verbringen, gekürzt, da z. Bsp. Der Spätdienst „stark unterbesetzt“ ist.

„Das geht auf Kosten der Resozialisierung, eine der zwei Aufgaben des Strafvollzugs. Unter den derzeitigen Bedingungen, konzentrierte man sich jedoch fast nur noch auf die erste Aufgabe: die Sicherheit der Bevölkerung“, so unser Bundesvorsitzender René Müller vom BSBD.

Man fühlt sich durch die Besoldung, besonders im Saarland, nicht genügend wertgeschätzt. Wir gehen mit Menschen um, sind Kümmerer, um die Menschen wieder auf die gerade Bahn zu bringen. Die Vorbereitung der Inhaftierten auf ein straffreies Leben in Freiheit, ist der spannende Teil des Berufs. Deshalb müssen möglichst viele Gefangene die Chance auf einen Arbeitsplatz im Vollzug bekommen. Die schulische Bildung muss auch weiterhin nachgeholt werden können, Ausbildungs-module für Gefangene mit kurzer Haftzeit müssen weiterhin ermöglicht werden. Die Stellenstreichungen wirken sich bis heute aus, der Personalmangel lässt die derzeitige Arbeitsbelastung stark ansteigen. Wenn dies sich nicht ändert, werden die verbalen und körperlichen Angriffe zunehmen. "Wir haben eigentlich nur noch eine Möglichkeit – momentan zumindest – neue Bewerber in unseren Bereich zu locken: mit einer kräftigen Anhebung der Bezahlung, das fängt bei unseren Anwärtern an. Die Gitterzulage wurde von 95,53 Euro auf 111,- Euro erhöht. 16 %, das hört sich gut an, ist es aber nicht. Die Polizeizulage ist im Saarland immer noch wesentlich höher als die Gitterzulage.

Im Nachbarland Rheinland-Pfalz wird zum 01.07.24 die Polizei- und die Gitterzulage auf 180,- Euro erhöht. Die Bundespolizei und der Zoll erhalten 220,- Euro Zulagen. Wer Personal benötigt, der muss etwas bieten, andere Bereiche tun dies mit Erfolg. Hinzu kommt im Saarland die rote Laterne bei der Besoldung“.

Ob diese Maßnahmen ausreichen, um den bevorstehenden Generationenwechsel bewältigen zu können, da bin ich selbst skeptisch aber auch mit ein wenig Optimismus. Wir als Gewerkschaft führen Gespräche im Ministerium, mit der Landespolitik, in der letzten Woche noch im Landtag. Wir sind nah dran an den Entscheidern. Unsere Anträge, die wir nachher in der Arbeitssitzung beraten und beschließen zeigen, dass wir immer am Ball bleiben für unsere Kolleginnen und Kollegen. Sie sind uns das Wert, Wertschätzung darf nicht nur ein Thema in Sonntagsreden sein, wir brauchen Ergebnisse. Die steigende Belastung ist überall feststellbar. Ich möchte eine Personalreduzierung bemängeln. Mit der demographischen Rendite hat eine Beratungsfirma argumentiert. Das heißt, dass mit Abnahme der saarländischen Bevölkerung auch die Gefangenenzahl sinken werde, so prognostizierte man von über 10 Jahren. Seit dieser Berechnung sollten 61 Stellen wegfallen. 35 sind es schließlich geworden. Diese Stellen fordern wir zurück, denn die Gefangenenzahl ist um 150 gestiegen, seit dieser Kürzung. (Bericht Markus Wollscheid)

Staatssekretär Dr. Diener überbrachte die Grüße von Frau Ministerin Petra Berg und ging in seinem Grußwort auf die sehr gute Arbeit, die im saarländischen Vollzug geleistet wird, ein. Sein Ministerium setze sich stets für Mehrpersonal ein, jährlich werden Neueinstellungen vorgenommen.



STS Diener



Alwin Theobald MdL CDU

Falls sich an einem Termin nicht genügend geeignete Bewerber/innen finden, wird eine erneute Ausschreibung gemacht. Bei den Beförderungen seien die Vorschläge aus den Anstaltsleitungen umgesetzt worden, man setze sich weiterhin bei der Landesregierung für den Vollzug ein. Abschließend bedankte er sich für die gute Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft BSJ, man habe immer ein offenes Ohr, es werden kurzfristige Gespräche durchgeführt, um auch nach Vorkommnissen sich auszutauschen. Der Veranstaltung und den Wahlen wünschte er einen guten Verlauf. Alwin Theobald, Mitglied des Saarländischen Landtages (CDU) kennt die Forderungen des BSJ noch aus seiner Zeit als Bediensteter im allgemeinen Vollzugsdienst bei der JVA Ottweiler. Er bestätigte die berechtigten Forderungen im Bezug auf die Gitterzulage. Die CDU habe in der Landesregierung sich für die letzte Erhöhung eingesetzt und wollte eine dynamische Erhöhung festlegen, dies sei jedoch leider am Koalitionspartner gescheitert. In den Gesprächen mit dem BSJ wurden die Anträge ausführlich erläutert. Die CDU werde auch weiterhin die berechtigten Forderungen nach Erhöhung der Gitterzulage, des Beförderungsbudgets und die Aufstockung mit Personal unterstützen.

Leider konnten verschiedene Ehrengäste wegen des Starkregens nicht anreisen, unter ihnen auch unser dbb Landesvorsitzender Ewald Linn. Nach den Grußworten fand eine kurze Pause statt, danach kam die Arbeitssitzung, die mit dem Geschäftsbericht des Vorsitzenden begann:

Geschäftsbericht:

Wir sind die Fachgewerkschaft für den Strafvollzug, kompetenter und anerkannter Gesprächspartner !!!

Der BSJ trägt in vielen Gesprächen mit dem Staatssekretär Dr. Jens Diener und den Fraktionen im saarländischen Landtag seine Forderungen vor. Alle Anträge der Generalversammlung werden an die Gesprächspartner gesandt und sachlich argumentiert vorgetragen. Auch beim dbb Landesverband werden die Anträge eingereicht. Der Vorsitzende führte auch Gespräche mit der Justizministerin Frau Petra Berg.

Bei diesen Gesprächen werden immer wieder unsere Hauptforderungen verdeutlicht und erläutert.

- Erhöhung des Beförderungsbudgets; Wir haben eine Erhöhung um ca. 30.000 Euro erreicht für die letzten Haushalte. Also ein großer Erfolg für den BSJ! Dieses Budget muss auch weiterhin für uns zur Verfügung stehen. Teilweise sind die Bediensteten 20 Jahre im Eingangsamt A 7, 30 Dienstjahre reichen oft nicht, um in die A 9 befördert zu werden, trotz höherwertiger Tätigkeiten.
- Angleichung der Gitterzulage an die Polizeizulage, sowie die Ruhegehaltsfähigkeit, eine berechnete Forderung für den Strafvollzug wird aufrecht erhalten. Wir fordern dies besonders im Hinblick auf die Erhöhung in Rheinland-Pfalz auf 180 Euro im vergangenen Jahr.
- Personalausstattung für den gesetzlichen Auftrag, kein Kaputtsparen für den Strafvollzug. Behandlung statt Verwahrung!!
- 35 neue Stellen die eingespart wurden müssen in die kommenden Haushalte zeitnah eingestellt werden
- Absinken der Überstundenzahl

Die Studie zur Arbeitszufriedenheit wurde von CEVAL vorgestellt, wir fordern die Umsetzung der Handlungsempfehlungen in den saarländischen Justizvollzugsanstalten!

Eine Auszahlung von Überstunden sollte die Ausnahme bleiben. Die Bediensteten benötigen den Freizeitausgleich zur Erhaltung ihrer Dienstfähigkeit.

- Der hohe Krankenstand, ist ein Indikator für die hohe Belastung im Vollzug.

Der BSJ hat auch im vergangenen Jahr im BSBD mitgearbeitet.

An den Hauptvorstandssitzungen und Seminaren hat der BSJ aktiv teilgenommen. Die Probleme und Gesetzesänderungen der einzelnen Bundesländer wurden sachlich dargestellt. Auch in den Bund-Länder-Seminaren hat der BSJ sich aktiv eingebracht.

In den Ländertreffen wird ein Fragenkatalog abgearbeitet, dies bringt uns Informationen im Vergleich mit den anderen Bundesländern. Als Beispiel nennen wir die unterschiedliche Besoldung und die Gitterzulage.

Die Bundesleitung unter dem Bundesvorsitzenden Rene Müller hat die Unterstützung, besonders auch der kleinen Verbände, zugesagt.

Leider hat er in diesen Tagen andere Termine, sonst hätte er sehr gerne teilgenommen. Er hat sich persönlich beim BSJ Vorsitzenden entschuldigt, gleichzeitig seine Zusage für 2025 erteilt.

Zusammenarbeit mit anderen Landesverbänden

Die Südländerseminare und Europaseminare wurden vom BSJ Ehrenvorsitzenden Helmut Bettscheider ins Leben gerufen und werden fortgesetzt. Dies ist eine sehr wichtige Grundlage zu einer aktiven Zusammenarbeit der Landesverbände. Mittlerweile ist aus dem Südländerseminar ein Länder-Treffen geworden. In Vergleichen der teilnehmenden 14 Bundesländer können wir die aktuellen Zahlen in die Vergleichstabellen einbeziehen und haben somit aktuelle Zahlen für unsere Gespräche auf höherer Ebene. Die Tabelle wird demnächst aktualisiert und zur Verfügung gestellt.

Zusammenarbeit mit Rheinland-Pfalz

Eine Arbeitsgruppe trifft sich regelmäßig, die Justizvollzugsschule in Wittlich, wurde besichtigt, ein Gespräch mit dem Schulleiter fand statt.

Die schlechte Unterbringungssituation in der JVS Wittlich wurde bemängelt in den vergangenen Jahren. Diese Probleme gehören der Vergangenheit an. Das Seminargebäude ist mittlerweile, wie die neue Aula, fertiggestellt.

Teambuildingseminare

Wir haben im Saarland mit den neu ernannten Anwärtinnen und Anwärter in saarländischen Jugendherbergen und im Kardinal-Wendel Haus drei Seminare in Eigenregie veranstaltet, mittlerweile gehören diese Seminare zur Ausbildung in der Justizvollzugsschule Wittlich zum Lehrplan. Einen kurzen Film von Pascal Meier konnte man bei der Abschlußveranstaltung am 24.04.2024 bewundern. Ein voller Erfolg für unsere Ausbildung. Hierfür danken wir der Justizvollzugsschule und den Justizministe-

rien in Rheinland-Pfalz und dem Saarland. Kooperation mit der polnischen Vollzugsge- werkschaft NSZZ.

Die Landesverbände Rheinland-Pfalz, Saarland und Thüringen haben im Jahr 2010 einen Kooperationsvertrag unterzeichnet. Nach einem gemeinsamen Seminar 2011 in Steinberg, fand im nächsten Jahr die erste Hospitation in Polen statt. Da das Saarland eine Partnerschaft mit der Wojwodenschaft Vorkarpaten eingegangen ist, wurde dieses Land auch von den polnischen Freunden ausgewählt. An der Jahreskonferenz in Ungarn haben wir 2018 teilgenommen. Die anschließende Konferenz fand in Prüm (Jugendherberge) statt. Durch Corona hatte diese Arbeitsgruppe eine Pause eingelegt. Im letzten Jahr wurde uns durch unsere Polnischen Freunde ein Besuch in Litauen ermöglicht. Wir danken für die Unterstützung der Ministerien, Saartoto und weiteren Förderern, die diese Partnerschaft und die Veranstaltungen ermöglichen.

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des BSJ

Kontakte bestehen zum Saarländischen Rundfunk und zur Saarbrücker Zeitung. In zwei Zeitungsartikeln wurde über die Situation im saarländischen Strafvollzug berichtet. Mit der Presse finden regelmäßige Gespräche des BSJ statt. Für die Gewerkschaftsarbeit ist dieser Kontakt und die Gespräche unerlässlich.

Berichte Vollzugsdienst

Im Vollzugsdienst wird regelmäßig über den saarländischen Strafvollzug berichtet. Für Beiträge aus den Justizvollzugseinrichtungen sind wir dankbar.

Neueinstellungen

Leider zeigt sich die Nachwuchsgewinnung, besonders im Werkdienst, schwierig. In diesem Jahr werden ca. 15 Beschäftigte eingestellt. Eine Anzahl, die auch in den Vollzugseinrichtungen dringend benötigt wird. Unserer Forderung wurde durch ein erneute Schreiben an das Ministerium Nachdruck verliehen. Eine aktuelle Ausschreibung ist vom MdJ erfolgt. Hoffen wir auf eine gute Bewerberzahl. Weitere 26 Stellen Streichung (laut PWC empfohlen) kann der Vollzug nicht verkraften!

- Die Streichung wurde vom Landtag gestoppt (Bei sinkender Gefangenenzahl evtl. jedoch wieder eingeführt)

Beförderungsbudget

Das Budget wurde wiederholt erheblich erhöht, ein besonderer Erfolg des BSJ. Wir haben dies in Gesprächen im Ministerium und im Landtag erreicht!!

Fortbildungsmaßnahmen

„Wir fordern weiterhin interne Fortbildungsmaßnahmen zu ermöglichen und bieten eigene Seminare und Veranstaltungen an. Der allgemeine Titel muss erhöht werden, eine Forderung, die wir aufrechterhalten“. Dies war die Forderung im letzten Jahr.

Zusammenarbeit mit dem Ministerium und der Politik

Wir reden ständig mit dem Ministerium der Justiz und allen Fraktionen im Landtag. Vor jeder Haushaltsberatung sind wir vor Ort im Landtag, um für den Vollzug zu sprechen. Wir wurden als einzige Gewerkschaft aus dem Vollzug offiziell für die abschließende Debatte eingeladen.

Ruhestandsbeamtinnen und –beamte

- Unser Ehrenvorsitzender Helmut Bettscheider wurde in den Landesvorstand der dbb-seniorenvertretung gewählt. Auf seinen Vorschlag hin, wird wieder ein jährliches Ruheständlertreffen durchgeführt. Dort werden die Ehrungen für 25-jährige, und 40-jährige Mitgliedschaft durchgeführt. Ab 50 Jahren Mitgliedschaft wird die Ehrung wie zuvor bei der Generalversammlung gemacht.

Tätigkeiten während des Jahres (in Kurzform)

- Jährliche Klausurtagung seit 2019 in Ottweiler
- Generalversammlung am 17.05.2024
- Besuch von Personalversammlungen und Personalratssitzungen in allen Vollzugseinrichtungen
- Teilnahme an Sitzungen des BSJ und BSBD
- Teilnahme an Seminaren des BSBD und dbb
- Gespräche mit dem dbb Saar, BSBD Bund und Rheinland-Pfalz
- Gespräche mit dem Dienstleistungszentrum Mannheim wegen Rechtsschutz
- Treffen mit BSBD Landesvorsitzenden Rheinland-Pfalz
- Teilnahme an Bund-Ländertreffen
- Gespräche im HPR, Landtag und Ministerium
- Gespräche mit Kolleginnen und Kollegen

in den saarländischen Vollzugseinrichtungen

- Gespräche mit den Behördenleitungen
- Kontakte zu anderen Landesverbänden
- Durchführung von Seminaren, Treffen, Klausurtagungen und Fortbildungsmaßnahmen
- Seminare und Hospitation mit der polnischen Gewerkschaft, Jahreskonferenz mit Partnern und befreundeten Ländern (Slowakei, Ungarn,...). Nach Corona eingeschränkt worden.
- Informationen an die Mitglieder
- Mitwirkung in Arbeitsgruppen
- Persönliche Beratung in Einzelgesprächen ohne Dokumentation
- Rechtsberatung, Weiterleitung von Anträgen, Rücksprache mit RA Wacker
- Beratung und Hilfe für Mitglieder bei Problemen mit der Beihilfe, ZBS, Lohnbescheinigungen, Abschlagszahlungen bei Anwärter/innen, Rückzahlungen von Leistungen
- Fürsprache bei Behördenleitungen, Ministerium, Politik, dbb, ...
- Gespräche mit den örtlichen Personalräten
- Gespräche mit Versicherungen und Banken
- Teilnahme und aktive Arbeit bei der dbb – Jugend
- Veranstaltung von Wanderungen
- Gespräche mit Vertretern der Medien, Interviews nach Anfrage
- Fahrt nach Verdun
- gesteigertes Freizeitangebot (Besichtigung der Bergwerksanlage Eppelborn am 20. April 2018)

Wir können nur gemeinsam etwas erreichen. In fairem Umgang miteinander. Man spricht miteinander, nicht gegeneinander. Ich schließe meinen Geschäftsbericht mit einem Zitat von Dalai Lama: „Wenn wir nicht zusammenarbeiten, werden wir für unsere Probleme keine Lösung finden“

Bei den anschließenden Vorstandswahlen wurde Sascha Klein als 2. Vorsitzender neu gewählt. Sascha Klein ist Vorsitzender des örtlichen Personalrates bei der JVA Saarbrücken und seit 2021 für den BSJ Mitglied im Hauptpersonalrat. Mit ihm beginnt auch die Verjüngung des Vorstandes, ein Generationenwechsel, der bei der nächsten Generalversammlung 2025 fortgeführt werden soll. Neu in den geschäftsführenden Vorstand wurden auch Hans-Jürgen Prümm als stellvertretender (4.) Vorsitzender, sowie Sascha Schmitt als Kassierer und Julie Castra-Forster als neue Schriftführerin gewählt. Wir bedanken uns bei allen

Vorstandsmitgliedern, die ausgeschieden sind für ihren Einsatz und ihre Arbeit für den BSJ.

Die Vorstandswahlen erbrachten folgende Ergebnisse:

BSJ Landesvorsitzender
Markus Wollscheid, JVA Ottweiler (OTW)

2. Vorsitzender
Sascha Klein, JVA Saarbrücken (SB)

3. Vorsitzender
Karsten Ritter, OTW

4. Vorsitzender
Hans-Jürgen Prümm, SB

Kassierer
Sascha Schmitt, SB

Schriftführerin
Julie Castra-Forster, SB

Fachchaftsvertreter/innen

Allgemeiner Vollzugsdienst:
SB Sascha Schmitt und Hans Pascal OTW

Werkdienst:
SB Kapitza Joachim, OTW Uli Kuhn

Frauen:
Gabi Wollscheid, Landesweit

Jugend:
SB Schmitt Sascha und Aileen Bohn,
OTW Hans Pascal, Scherer Tobias

Geh. VVD:
SB Gerhard Schirra, OTW Karsten Ritter

Sozialdienst:
SB Julie Castra-Forster,
OTW Wojciech Piontek

Beschäftigte:
Landesweit und OTW Sascha Bick;
SB Katharina Schneider

Senioren:

Schmitt Bernhard

Ehrenvorsitzender:

Helmut Bettscheider

Nach den Vorstandswahlen wurden folgende Anträge beschlossen:

Antrag 1:

Erweiterung des prüfungsfreien Aufstiegs für alle Laufbahngruppen im Strafvollzug

- allgemeiner Vollzugsdienst
- Werkdienst
- mittlerer Verwaltungsdienst
- gehobener Vollzugs- und Verwaltungsdienst

In der Vereinbarung zwischen der Landesregierung und den Gewerkschaften wurde die Erhöhung von 3 auf 5% des Praxisaufstieges vereinbart, im Vollzug jedoch noch nicht umgesetzt. Wir erneuern diese Forderung und verweisen auf die notwendige Umsetzung.

Antrag 2:

Ausbringung einer Besoldungsstufe A 13 im Sozialdienst

- In den Justizvollzugsanstalten ist bisher nur die A 12 für den Sozialdienst erreichbar. Im Vergleich zu der neuen Behörde „KARO“ fordern wir Gleichbehandlung, denn die Stelle der Leitung der neuen Behörde ist in der A 13 angesiedelt. Der Sozialdienst verrichtet auch leitende Funktionen in der Vollzugsabteilungsleitung. Zudem die Koordination des Sozialdienstes, Personalführung und Betreuung und Behandlung von Gefangenen. Das Endamt A 13 muss erreichbar sein.

Antrag 3:

Angleichung der Gitterzulage an die Poli-



2. Vorsitzender Sascha Klein (links) rechts daneben 4. Vorsitzender Hans-Jürgen Prümm

zeizulage, sowie deren Ruhegehaltstfähigkeit.

- Im Saarland wurde die Gitterzulage von 95,53 auf 111,27 Euro erhöht. Eine weitere Dynamisierung wurde dem BSJ zugesichert.
- In unserem Nachbarland Rheinland-Pfalz wird die Zulage zum 01.07.2024 auf 180 Euro erhöht. Die Zulage bei der Bundespolizei beträgt mittlerweile 220,- Euro. Eine Erhöhung trägt wesentlich zur Zufriedenheit im Vollzug bei, wir müssen konkurrenzfähig werden, für die Zukunft des saarländischen Vollzuges.

Antrag 4:

Personalausstattung nach den gesetzlichen Vorgaben im Vollzug.

Wir fordern weiterhin einen Personalbestand um den gesetzlichen Auftrag zu erfüllen, sowie nahtlose Ersatzeinstellungen und Ausbildung. Jährlich werden ca. 20 ausgebildete Vollzugsbeamte benötigt.

Die Streichung von 35 Stellen muss revidiert werden. Mit dem Rückgang der Bevölkerung ging man von davon aus, dass auch die Gefangenenzahlen sinken. Das Gegenteil ist der Fall, der Bestand stieg um fast 150 Gefangene im Saarland.

- Begründung: In den Justizvollzugsanstalten wachsen die Aufgaben nach den neuen Strafvollzugsgesetzen. Bedienstete, die Vollzugsdienstuntauglich sind, müssen zeitnah ersetzt werden. Jährlich werden viele Überstunden ausgezahlt, die Belastung der Bediensteten nimmt jedoch zu, Freizeitausgleich kann oft nicht mehr in ausreichendem und gesundheitlich notwendigem Maß gewährt werden. Eine neue Personalbedarfsberechnung muss vom Dienstherrn aufgestellt und aktualisiert werden, bei der Berechnung muss der höhere Krankenstand berücksichtigt werden (bisher 6%). Dies muss

sich auch im Personal- und Stellenplan darstellen.

- Die technische Ausstattung mit Kameras ersetzt keine Behandlung von Gefangenen.

Antrag 5:

Erhöhung der Stellenkegel in allen Dienstbereichen

- Wegen dem hohen Altersschnitt, können viele Bedienstete, die zwar Funktionsstellen besetzten, nicht mehr befördert werden. Der Beförderungsstau wurde von den Bediensteten in der CEVAL Befragung bemängelt. Das Saarland rangiert am Ende im Bundesvergleich. In der CEVAL Studie wurde gerade die Beförderung als besonders motivierend genannt. Zu lange Wartezeiten sind zu vermeiden!

Antrag 6:

Anhebung des Eingangsamtes für den Werkdienst nach A 8 und Erhöhung des Spitzenamtes, um Anreize für künftige Einstellungen zu schaffen

- Begründung: Die Meister, die als Bedienstete in den Strafvollzug eintreten, weisen ein wesentlich höheres Lebensalter auf, als Bewerber für die anderen Dienstbereiche im Vollzug. Hierbei gilt es auch die Einstufung in die Erfahrungsstufen dementsprechend zu gestalten. Für die Verwendung im Werkdienst ist eine Berufserfahrung und Ausbildung als Meister von Nöten, diese Erfahrung ist für den Dienstbereich unabdingbar. Die Stellenobergrenze ist auch zu erhöhen, die Gleichbehandlung mit dem AVD bei der Eingruppierung des VDL nach A 11 muss auch für den Werkdienstleiter und dessen Stellvertreter gelten. Eine Änderung des Laufbahnrechtes muss erfolgen. Der Wegfall der Einführungszeit von 6 Monaten wird auch Anreize schaffen, junge Meister in den Dienst zu bekommen.

Antrag 7:

Höhergruppierungen und fachliche Anerkennung von Qualifizierungen

- Fachliche Anerkennung von Qualifizierungen (Bsp. Dolmetschertätigkeiten, Sprachunterricht)
- Eingruppierung der Sozialpädagogen von S 12 nach S 13. Die Gleichbewertung müssen mit Bediensteten der KARO erfolgen (S 13 Eingangseingruppierung KARO, im Vollzug nur S 12)

Antrag 8:

Personalbedarf in der Verwaltung abdecken

- Bei Bedarf 2 jährige Ausbildung im mittleren Verwaltungsdienst ermöglichen (Ausbildung in anderen Bundesländern, Bsp. Hessen)

Antrag 9:

Künftige Einstellungen für höhere Dienstgruppen

- Wir fordern, dass bei Ausschreibungen für den gehobenen oder höheren Dienst interne Bewerber/innen Berücksichtigung finden!

Antrag 10:

Zulagenübertragung für die Beamten im Krankenpflegebereich (Revier), wie im TV-L für die Beschäftigten geregelt.

Dieselbe Tätigkeit muss auch dieselbe Zulage nach sich ziehen.

- Im Tarifvertrag TV-L ist die Zulage neu eingeführt worden, damit soll der Dienst im Krankenpflegebereich der Justizvollzugsanstalten lukrativer werden.

Markus Wollscheid
BSJ Vorsitzender

Pfingsthochwasser trifft auch die Justizvollzugsanstalt Ottweiler

Durch die Starkregenfälle wurde das Saarland mit dem anschließenden Hochwasser stark getroffen. Viele Hilfskräfte waren landesweit im Einsatz. Auch die JVA Ottweiler war zeitweilig von der Außenwelt abgeschlossen. Einen Zugang ermöglichten jedoch die Hilfsorganisationen vor Ort, die wegen einem Dambruch an der Blies in Ottweiler im Einsatz waren.

Vielen Dank an alle, die in diesem Zeitraum den Dienstbetrieb aufrecht gehalten haben. Sie haben auch unmittelbaren Nachbarn der JVA Ottweiler Hilfe angeboten in dieser schwierigen

Lage. Die Bundeswehr und weitere Hilfsorganisationen ermöglichten den Zugang zur JVA Ottweiler über den Damm. Allen Kolleginnen und Kollegen, die in diesen Tagen ihren Dienst trotz sehr schwierigen Verhältnissen verrichteten, gebührt auch unser besonderer Dank. Aber auch vielen Kolleginnen und Kollegen, die in ihrem Ehrenamt bei dem Hochwasser geholfen haben.

Markus Wollscheid
BSJ Vorsitzender

Zehn Anwärter und Anwärterinnen haben ihre Abschlußprüfung erfolgreich in der Justizvollzugsschule Wittlich abgelegt und ihre Ernennungsurkunden erhalten

Nach ihrer Ausbildung werden die Kolleginnen und Kollegen Herz Julia, Bajra Agim Alvin, Jungblut Michael, Maler Sergej, Meng Joelle, Schneider Michael und Toussaint Benedikt der JVA Saarbrücken zugewiesen. Drumm Brandon, Chantal Hartmann und Schneider Linder werden ihren Dienst künftig in der JVA Ottweiler verrichten. Der BSJ Vorsitzende Markus Wollscheid und der 2. Vorsitzende Sascha Klein überbrachten die Glückwünsche des BSJ und boten auch weiterhin die Unterstützung der Vollzugsgewerkschaft an.

Markus Wollscheid
BSJ Vorsitzender



Ehrung für 50-jährige Mitgliedschaft im Bund Saarländischer Justizvollzugsbediensteter für Günter Kunze

Günter Kunze wurde bei der diesjährigen Generalversammlung für seine 50-jährige Mitgliedschaft im BSJ vom Vorsitzenden Markus Wollscheid geehrt. Günter war langjähriger Personalratsvorsitzender in der JVA Saarbrücken. Er ist bei jedem Ruhestandstreffen und Generalversammlung unser gern gesehener Gast, der heute noch seine Erfahrung beim BSJ einbringt. Herzlichen Glückwunsch lieber Günter.

Markus Wollscheid
BSJ Vorsitzender



Ehrung Kunze



Foto: BSBD Saarland, BSJ Vorsitzender Markus Wollscheid (2)

Foto: BSBD Saarland, BSJ Vorsitzender Markus Wollscheid

Erste Vorstandssitzung nach den Vorstandswahlen bei der Generalversammlung am 17.05.2024 beginnt mit neuer Forderung

Die erste Vorstandssitzung des neu gewählten BSJ Landesvorstandes begann mit einer neuen Forderung. Der BSJ Landesvorstand fordert die Erhöhung des Anwärtersonderzuschlages für den Allgemeinen Vollzugsdienst. Bisher wurden 50 % des Grundbetrages der Anwärtervergütung als Sonderzuschlag gezahlt. Die Bewerberzahlen gehen jedoch stets zurück. Viele angesprochene Interessenten sagen ab, da die Einstiegsgehälter im Vollzug zu gering seien. Andere Bundesländer haben ihren Anwärtersonderzuschlag auf 80 % der Grundvergütung erhöht. Dies macht sich nach Rückfra-

gen bei unseren BSBD Freunden bemerkbar bei den Bewerberzahlen. In den nächsten Gesprächen mit der Politik und im Ministerium wird der BSJ diese Forderung vorbringen. Weitere Themen der Sitzung waren die Vorbereitung der Gespräche im Landtag bezüglich der Anträge des BSJ und aktuellen Situation im Vollzug des Saarlandes.

Markus Wollscheid
BSJ Vorsitzender

Landesleitung trifft sich zu einem Gespräch mit der Justizministerin anlässlich der auslaufenden Legislaturperiode

Zum Ende der auslaufenden Wahlperiode der sächsischen Staatsregierung fand auf Initiative des BSBD im Sächsischen Staatsministerium der Justiz ein Treffen der Landesleitung des BSBD mit der Staatsministerin, ihrem Staatssekretär und der Sprecherin für den Justizvollzug statt.

Im Kontext der Gespräche stand die Umsetzung der Vorhaben des Koalitionsvertrages. Der Landesvorsitzende betonte das Engagement der Staatsministerin bei der Umsetzung von Kernzielen des BSBD, wie die Einführung des Anwärtersonderzuschlages, die Aufstockung der Ausbildungszahlen und die geplante Einführung der freien Heilfürsorge. Hier habe man seitens der Koalition geliefert.

Gleichzeitig wurden die weiteren Ziele abgesteckt. Als Schwerpunkt hob Kollege Porr die Hebung der Laufbahn der Justizwachmeister im Rahmen der Dienstrechtsreform 2025 in die LG I-2.EE und der damit im Zusammenhang stehenden Anhebungen aller Laufbahngruppen.

Kollege Porr benannte ebenso eine Herzensangelegenheit des BSBD, die Verbesserung der Bedingungen im Ausbildungszentrum Niederbobritzsch. Hier fordert der BSBD seit langem die Direktabrechnung der Kosten für Verpflegung und Unterkunft zwischen dem ABZ und dem Finanzministerium.

Kollege Porr brachte Themen wie die allseits betonte Wertschätzung ins Gespräch. An verschiedenen Beispielen, wie der Kampf um Ersatz von Uniformstücken nach einem Angriff eines Gefangenen auf einen Bediensteten oder völlig unsinnigen Schadensersatzforderungen gegen Bediensteten wegen Bagatellschäden an einem GTW, verdeutlichte der Landesvorsitzende, dass in diesem Bereich noch erheblicher Verbesserungsbedarf besteht.

Die Gewährleistung der Sicherheit von Vollzugsbediensteten, wozu auch eine Auskunftsperre der Meldebehörden gehört, finden in den einzelnen Dienststellen noch nicht immer das richtige Gehör bei den Verantwortlichen. Inhalte der Ausbildungsordnung und der Einstellungskriterien rundeten das Gespräch ab.

Frau Staatsministerin bedankte sich beim BSBD für die vertrauensvolle und offene Zusammenarbeit. Kritik, gepaart mit konstruktiven Veränderungsvorschlägen mache eine Demokratie aus und bringe den sächsischen Justizvollzug voran.

Die Staatsministerin brachte zum Ausdruck, dass ihrer Fraktion die Belange des Justizvollzuges stets von großer Wichtigkeit war. Sie betonte in diesem Zusammenhang das Engagement ihres Staatssekretärs, Matthias Weilandt, der mit seiner Fachkenntnis im Bereich des Justizvollzuges stets ein sachkundiger Berater in Angelegenheiten des Justizvollzuges war.



Die Landesleitung erwiderte den Dank an die Staatsministerin und brachte die Hoffnung zum Ausdruck, dass es mit der künftigen Leitung des Justizministeriums weiter eine gute Zusammenarbeit geben wird.

Zum Abschluss bedankte sich Kollege Porr nochmals ausdrücklich bei Frau Lucie Hammecke für das langjährige, intensive Zusammenwirken und würdigte deren Eintreten für die Belange des Justizvollzuges. Frau Hammecke hatte als sicherheitspolitische Sprecherin ihrer Fraktion stets ein offenes Ohr für die Probleme des Justizvollzuges und vertrat die Interessen der Bediensteten auch im Landtag.

Frau Hammecke wird in der neuen Wahlperiode aus persönlichen Gründen nicht mehr antreten. Der Landesvorsitzende wünschte ihr für den weiteren Lebensweg alles Gute.

Mit dem Austausch der besten Wünsche und einem Gruppenfoto endete das Treffen.

Landesleitung BSBD Sachsen



v.l.n.r.: Staatssekretär Weilandt, Kollege Leichsenring, Kollege Lüpke, Kollegin Völker-Eckert, Landesvorsitzender Porr, Staatsministerin Meyer, Landtagsmitglied Hammecke, Kollege Handke

Mitgliederversammlung und Neuwahl im Ortsverband Torgau

Am 22. August 2024 fand die Mitgliederversammlung des BSBD-Ortsverbandes Torgau im Landverband des BSBD statt, verbunden mit der Neuwahl des Vorstands.

Bereits bei der letzten Mitgliederversammlung im August 2019 wurde festgestellt, dass die Teilnehmerzahl von lediglich 9 Mitgliedern, bei rund 140 organisierten Mitgliedern, nicht unseren Erwartungen entsprach. Dies führte zu der Frage, wie wir eine höhere Resonanz erzielen und die Wertschätzung sowie Teilhabe für die Interessen und die zukünftige Ausrichtung unseres Ortsverbandes steigern können.

Um eine höhere Teilnahme zu erreichen, beschlossen wir mehrheitlich, die Mitgliederversammlung in einer gut erreichbaren und gemütlichen Lokalität durchzuführen. Dank der sorgfältigen Planung nahmen 24 aktive Mitglieder und Pensionäre an der Veranstaltung teil, welches das gestiegene Interesse an einer aktiven Gewerkschaftsarbeit zeigte.

Besonders erfreulich war, dass nicht nur Mitglieder unseres Ortsverbandes der Einladung folgten, sondern auch Herr Thomas Porr, Landesvorsitzender, und Frau Silke Völker-Eckert, stellvertretende Landesvorsitzende, anwesend waren. Dies ermöglichte umfassende Gespräche und einen intensiven Austausch. Leider konnte der langjährige Vorsitzende, Kollege Bernhard, aus Krankheitsgründen nicht teilnehmen. Er hatte sich, analog der bisherigen Stellvertreterin, Kollegin Bernhardt, für eine Neuwahl nicht mehr aufstellen lassen.

Im Rahmen der Mitgliederversammlung wurden Anträge beraten und Meinungen zu mitgliederbindenden Maßnahmen geäußert und diskutiert. Für den Ortsverband Torgau wurde in geheimer und öffentlicher Wahl ein neuer Vorstand gewählt. Zum Vorsitzenden wurde Herr Mark Krüger gewählt. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden Frau Silke Schmidt, Herr Andreas Pöschel und Herr Torsten Pracht bestimmt. Die Position des Schatzmeisters, die bisher von Herrn Andreas Krausch ausgeübt wurde und musste neu besetzt werden, da Herr Krausch aufgrund eigener Pläne nicht mehr zur Wahl antrat. Wir möchten ihm an dieser Stelle ausdrücklich für seine langjährigen Verdienste um den BSBD-Ortsverband Torgau danken. Als Zeichen unserer



v.l.n.r.: Torsten Pracht, Mark Krüger, Silke Schmidt und Steven Hermann

Wertschätzung überreichten wir ihm an diesem Abend ein Abschiedsgeschenk. Herr Krausch war stets eine Bereicherung für den Vorstand und stand uns jederzeit mit Rat und Tat zur Seite. Zum neuen Schatzmeister wurde Herr Steven Hermann gewählt. Für die regelmäßigen Aufgaben der Rechnungsprüfungen wurde unser erfahrener Kollege Torsten Mündel gewählt. Zudem freuen wir uns, Herrn Luis Avila als neuen Kollegen im Team begrüßen zu dür-

fen, der wertvolle Erfahrungen aus seiner Zeit vor dem Justizvollzug mitbringt.

Für die vor uns liegenden gemeinsamen Aufgaben wünschen wir uns viel Kraft, Offenheit für Neues und stets ein glückliches Händchen im Umgang mit unseren Mitgliedern.

Mark Krüger
Ortsverbandsvorsitzender

Auf in die nächste Lebensetappe

Das Rad dreht sich immer weiter. Nichts steht still. Auch die Zeit vergeht im nu. Vor Dir liegt nun der Ruhestand. Tapfer erkämpft und wohl verdient sollst Du nun das Leben genießen. Alles Gute und viel Glück für Dein weiteres Leben wünschen Dir Deine Kollegen.



Nach 38 Dienstjahren in der Justizvollzugsanstalt Görlitz in den verschiedensten Verwendungen, verabschieden wir unsere geschätzte Kollegin und Gründungsmitglied des OV Görlitz

Kerstin Schenk

in den wohlverdienten Ruhestand.

Kerstin war jederzeit für jeden eine vertrauensvolle Ansprechpartnerin, sie half mit ihrer Erfahrung Auszubildenden bei deren ersten Schritten im Vollzug und allen anderen mit ihrer besonnenen und ehrlichen Art bei so manchem Problem. Wir als BSBD-Ortsverband Görlitz bedanken uns besonders für ihr Engagement bei der Organisation und Durchführung als Wahlleiterin der Wahlen zur Personalvertretung und des Ortsverbandes.

Sören Handke, Vorsitzender OV Görlitz

Gedenkveranstaltung Marwa El Sherbini am 01.07.2024

Nunmehr 15 Jahre nach dem tragischen Vorfall am Landgericht Dresden hatte ich die Möglichkeit, an der Gedenkfeier anlässlich des Todestages von Marwa El Sherbini teilzunehmen.

Als Fachgruppensprecher des BSBD folgte ich auf Einladung der Staatsministerin Frau Meier ermöglicht durch eine Initiative unseres sächsischen BSBD-Vorsitzenden Thomas Porr.

Ich möchte kurz meine Eindrücke von diesem Tag schildern und auch die Chance nutzen, (vielleicht) ein paar Denkanstöße zu geben. Es sei mir auch an dieser Stelle erlaubt, ein paar kritische Worte dazu zu äußern:

Für mich ist es nicht nachvollziehbar, dass es 15 Jahre gedauert hat, bis ein Wachtmeister an dieser Veranstaltung teilnehmen, dem schrecklichen Vorgängen von damals in einem gemeinsamen, würdigen Rahmen gedenken konnte. Auch hätte ich es begrüßt, wenn die anwesenden geladenen Gäste aus Ministerien, Gerichten und Landtag auch einmal das Gespräch mit den Justizwachtmeistern gesucht hätten. Leider sieht man uns allzu oft nur als Mitarbeiter, die für die Sicherheit zuständig sind und bedankt sich, dass die Veranstaltung gut organisiert wurde. Die Idee, dass man ebenfalls zum Gedenken an Marwa El Sherbini anwesend sein könnte, darauf kommt man nicht. Die Justizwachtmeister, die damals unmittelbar bei diesem tragischen Vorkommnis vor Ort waren, sind bis zum heutigen Tag von dem Ereignis und den Folgen ebenfalls stark betroffen. Auch bei Ihnen hat dieses Ereignis bis weit in die Familien hineingewirkt und beschäftigt viele bis heute. Es gibt Kollegen, die nach diesen

furchtbare Erlebnis Ihren Dienst nicht mehr ausführen konnten.

Es ist jetzt 15 Jahre her, und man hat das Gefühl, dass wieder eine gewisse Nachlässigkeit in den Gerichten eingezogen ist. Zum Beispiel kann man die Ausbildung in den Eingriffs- und Sicherungstechniken sowie den Hilfsmitteln anführen; oft muss inzwischen wieder darum gekämpft werden, dass die Ausbildung überhaupt stattfindet. Justizwachtmeister waren damals und sind heute immer diejenigen, welche an erster Stelle sind, wenn es zu Gefahrensituationen im Gericht kommt. Die seit damals eingeführten Techniken und Hilfsmittel will kein Wachtmeister und keine Wachtmeisterin einsetzen, sie sollen und müssen aber bereit sein, um im Falle des Falles zu verhindern, dass es auch nur ein einziges weiteres Ereignis gibt wie am 01. Juli 2009.

Sven Riemer
Fachgruppensprecher



Sven Riemer als Ereigniszeuge



Foto zeigt einen Verhandlungsraum im Landgericht Dresden

Fotos (2): BSBD Sachsen

**Bund der Strafvollzugsbediensteten
Sachsen**

www.bsbd-sachsen.de

Mit dem Dampfer nach Meißen

Am 15. August 2024 fand die diesjährige Seniorenveranstaltung des BSBD e.V. LV Sachsen statt. Bei anfangs noch weniger guten Wetter fanden sich zirka 35 Senioren des BSBD LV Sachsen sowie die Kollegen Leichsenring und Porr aus der Landesleitung am Anleger der Dresdner Dampfschiffahrt ein und starteten in einen schönen Ausflugs- tag. Bei immer besserem Wetter ging es mit dem Dampfschiff nach Meißen. Die Zeit wurde genutzt, um Gespräche zu führen, aktuelle Fragen zu diskutieren und Informationen auszutauschen. Die Themenbreite reichte dabei vom Neubau in Zwickau, der Entwicklung des Nachwuchses in unserem Fachbereich bis hin über Fragen für die Beantragung von Ausgleichszahlungen bei der Berechnung der Ruhestandsgehälter. In Meißen konnte dann, bei schönstem Sommerwetter, in insgesamt drei Stunden Aufenthalt die Stadt erkundet werden, wobei fast die Hälfte der Mitreisenden die Zeit für ein gemeinsames Mittagessen nutzte. Gegen 15.00 Uhr ging es dann zurück auf das Schiff und bei Kaffee und Dresdner Eierschecke fuhren wir zurück nach Dresden. Gegen 18.00 Uhr verabschiedeten wir uns am Anleger dann voneinander und waren uns einig, dass es ein schöner Tag gewesen ist, der unbedingt wiederholt werden soll. Ein besonderes Dankeschön gilt dabei dem Kollegen Müller Rolf der als Beauftragter der Senioren die Riesenaufgabe der Einladungen erbrachte und dem Kollegen Uwe Leichsenring, der als Mitglied der Landesleitung die Organisation der Maßnahme wie immer souverän gemeistert hat.



Seniorenausflug nach Meißen

Der Moritzburger Schlosstriathlon 2024 – Wir waren dabei



Foto: BSBD Sachsen

Mitte Juni war es wieder soweit und das beschauliche Örtchen Moritzburg mit seinem Schlosspark lud alle sportbegeisterten Profis und Amateure für ein ganzes Wochenende zum bereits 22. Schlosstriathlon ein.

Aufgestockt zum Vorjahr fanden sich insgesamt 9 Kollegen der JVA Dresden, die sich dieses Ereignis auf keinen Fall entgehen lassen wollten. Nur gestaltete sich dieses Jahr die Sache leider etwas anders, als in der vergangenen Zeit.

Kurz vor der Veranstaltung musste das Schwimmen wegen eines bis dato ungeklärten Fischsterbens abgesagt werden. Ein Novum. Dafür gab es ersatzweise eine zusätzlichen Renndistanz und es wurde eine Art Duathlon daraus. Alles andere blieb beim Alten und so starteten wir dieses Mal mit der vorjahreserprobten Frauenstaffel (die 3 Turbohasen), einer neu zusammengefundenen Männerstaffel (die 3 Kampftitanen) und 5 knallharte Kollegen bewältigten den Triathlon mit unterschiedlichen Distanzen jeweils ganz aus eigener Kraft. Auch wenn das Wochenende am Samstag mit ordentlich Regen durchwachsen begann und der Sonntag schon wieder ziemlich hohe Temperaturen brachte, gingen alle hochmotiviert und voller Ehrgeiz an die Starts. Angefeuert von den Mitstreitern und Begleitpersonen sowie zahlreichem Publikum am Streckenrand waren trotz

der Anstrengungen vor allem auch Spaß und gute Freude dabei. Die schöne Umgebung in und um Moritzburg tat ihr übriges. Am Schlossteich entlang und durch die angrenzenden Wälder gab jeder sein Bestes. So erreichten alle Kollegen das jeweilige Ziel ihrer Distanzen – zum Teil auch mit verbesserten Zeiten zum Vorjahr. Erwähnen möchten wir an dieser Stelle, dass uns seitens der Anstaltsleitung wieder ein GTW als Transport- und Aufenthaltsfahrzeug bereitgestellt wurde. Darüber hinaus wurden auch in diesem Jahr unsere Startgelder übernommen. Dafür ein ehrliches Dankeschön von allen teilnehmenden Kollegen.

Für jeden Einzelnen von uns war es eine Herausforderung – ob Staffelteilnehmer oder Einzelstarter. Dieses Ereignis aber im Ganzen doch gemeinsam zu bewältigen und gesund und glücklich ins Ziel zu bringen, macht es zu etwas ganz Besonderem. Es bleibt wünschenswert, dass noch viele weitere sportliche Events auf Kollegen unserer JVA warten, die in einem ähnlichen Gemeinschaftssinn durchgeführt werden.

Ortsverband Dresden

Ministerin im Gespräch mit dem Lehrgangbesten



Fotos: BSDB Sachsen-Anhalt (22)







Gutes Erhalten und Neues wagen

Landesvorstandssitzung des BSBD Schleswig-Holstein

Bestärkt durch erfolgreiche Personalratswahlen, einen guten Tarifabschluss und die richtungsweisenden Gewerkschaftstage des BSBD und des dbb sh in 2023 trafen sich die Mitglieder des BSBD-Landesvorstandes am 6. und 7. Mai 2024 zur ersten diesjährigen Sitzung. Im Turmzimmer des Jugendfeuerwehrzentrums Rendsburg wurde zwei Tage erörtert, debattiert und beschlossen, wie der Verband sich organisatorisch künftig aufstellt und sich zu aktuellen beamten- bzw. tarifpolitischen- und berufspolitischen Themen positioniert.

Bericht von der Bundeshauptvorstandssitzung

Einleitend berichtete der stellvertretende Landesvorsitzende Malonn von der Bundeshauptvorstandssitzung des BSBD im Februar: Der BSBD ist bundesweit sehr gut aufgestellt und bleibt die größte im Strafvollzug vertretende Fachgewerkschaft. Deutlich wurde im Austausch mit den anderen Landesverbänden insbesondere, dass der Vollzug des Landes Schleswig-Holstein sich hinsichtlich der Besoldungs- und Dienstzeitstruktur nicht verstecken muss: Beispielsweise die Ruhegehaltsfähigkeit der Gitterzulage und die schrittweise Stundenreduzierung für den allgemeinen Vollzugsdienst nach Jahreszeiträumen geleisteter Wechselschichtdienste sind gewerkschaftliche Erfolge, auf die andere Bundesländer fast schon neidvoll blicken. Ein hoher Organisationsgrad und gute Lobbyarbeit für die Interessen der Beschäftigten zahlen sich aus! Nachbesserungen dagegen sind, vor allem im bundesweiten Vergleich, bei der Höhe der Besoldung erforderlich. Ferner wurde während der zweitägigen Tagung in Erfurt erörtert, wie die Öffentlichkeitsarbeit verbessert und die Seminarorganisation des Bundesverbandes optimiert werden kann. Die bundesweite gewerkschaftliche Präsenz im Bereich Vollzug und die damit verbundene beste Vernetzung ist und bleibt Alleinstellungsmerkmal des BSBD!

Geschäftsverteilung im Landesvorstand

Der Landesvorstand nutzte die Zusammenkunft, um die künftige Aufgabenverteilung untereinander teils neu und differenzierter auszugestalten. Henry Malonn wird den

Verband fortan gegenüber der BSBD-Bundesleitung und dem dbb Landesbund vertreten. Landesvorsitzender Michael Hinrichsen und Henry Malonn bleiben Ansprechpartner der Mitglieder und der Ortsverbände für die Rechtsschutzgewährung. Die Landesseminarleitung bleibt bei Andreas Block in bewährten und verlässlichen Händen. Kaum eine Position erfordert mehr Verantwortung als die der Kassenführung. Die stellvertretende Landesvorsitzende und Hauptpersonalrätin Sonja Zimmermann ist genau die richtige Frau dafür! Mit Nicole Knapp haben wir eine Ansprechpartnerin für die Interessenvertretung der Laufbahngruppe 2, die die vielseitigen Facetten des Vollzuges und seiner Aufgabenfelder in verschiedenen Positionen in den Anstalten und im Justizministerium erfahren hat und dadurch bestens kennt. Melanie Waldmann ist als eine der ersten Frauen im schleswig-holsteinischen Vollzug kompetente Ansprechpartnerin für Belange der Gleichstellung. Daniel Stahl bleibt für Belange der Ausbildung zuständig, Sandra Topke für den Tarifbereich.

Grundsatzpositionen des BSBD SH: Stärkere Mitgliedereinbindung

Satzungsgemäß vertritt der BSBD Schleswig-Holstein seine Mitglieder in allen rechtlichen, wirtschaftlichen, sozialen und berufspolitischen Belangen. Die konkrete Ausgestaltung der Ziele und Werte des BSBD Schleswig-Holstein sollen zeitnah in einem für jedermann zugänglichen Grundsatzprogramm gebündelt werden. Bei der Erstellung des Grundsatzprogramms sollen die Mitglieder maßgeblich eingebunden werden – sie werden im Rahmen eingerichteter Arbeitsgruppen ihre Schwerpunkte, ihre Ideen und vor allem ihr Fachwissen einbringen können.

Im Rahmen der Landesvorstandssitzung wurden Eckpunkte und Themen für das Grundsatzprogramm festgelegt. Die Themen/ Ansätze bieten Orientierung für die Benennung der Arbeitsgruppen und das Grundsatzprogramm, sind aber nicht abschließend oder allumfassend:

- ▶ Wir brauchen ein zeitgemäßes Beamten- und Tarifrecht! So sind Verbesserungen in der Arbeits- und Dienstzeitgestaltung genauso erforderlich wie eine deutliche Erhöhung der „Gitterzulage“ und Verbesserungen in der

Besoldungsstruktur bzw. im Tarifvertrag der Länder. Hierunter fällt unter anderem auch die längst erforderliche Dynamisierung des Dienstbekleidungszuschusses.

- ▶ Das Betriebliche Gesundheitsmanagement ist schon lange keine Nebenbaustelle mehr. Die gestiegenen Anforderungen an die Berufsbilder im Strafvollzug und die damit verbundene Belastung machen eine stetige Evaluierung erforderlich. Daneben ist die Intensivierung der Möglichkeiten beratender und psychologischer Betreuung der Bediensteten, insbesondere vor dem Hintergrund der zunehmenden Zahl der Angriffe auf Bedienstete, erforderlich.
- ▶ Angelegenheiten der Antidiskriminierung und der Gleichstellung gehen uns alle an! Strukturelle Benachteiligungen bestimmter Geschlechter, beispielsweise bei der Diensterteilung oder der Aufgabenwahrnehmung, darf es nicht geben. Wo Diskriminierung in jedweder Form stattfindet, muss ihr entschieden entgegengetreten werden. Darüber hinaus müssen Aufklärungsarbeit geleistet und die Betroffenen unterstützt werden. Wir erwarten vom Land, dass auf besonders schwere Diskriminierungen angemessene dienst- oder arbeitsrechtliche Konsequenzen folgen.
- ▶ Die Laufbahngruppe 2 muss, sowohl für potenzielle Anwärter*innen als auch für erfahrene Bedienstete attraktiver werden. Die Erhöhung des Einstiegsamtes auf die Besoldungsgruppe A10 in der LG 2.1 ist zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt unerlässlich. Bei den Anwärter*innen der LG 2.1 muss die Reisekostenregelung während des Studiums in NRW angepasst werden. Die Karriere- und Entwicklungsmöglichkeiten in der LG 2.1 und 2.2 müssen verbessert werden, damit auch mehr Bedienstete, die im Vollzug ihre Arbeit leisten, mehr Beförderungs- und Aufstiegsmöglichkeiten erhalten.
- ▶ Neue Zeiten, neue Herausforderungen: Die Sicherheit und Ordnung in den Vollzugsanstalten muss stetig evaluiert werden und gesichert sein. Wir bekennen uns zu allen drei „Säulen der Sicherheit“, das heißt: die Anstalten müssen baulich den Anforderungen des

laufenden Jahrhunderts genügen und für den Vollzug geeignet sein. Die Maßstäbe der sozialen Sicherheit müssen an die veränderte Klientel angepasst werden. Hier muss beispielsweise das Fortbildungsangebot ausgebaut werden.

- ▶ Bei dem Wort „Personalbemessungsgrundlage“ schleicht sich ein Stöhnen durch die Anstalten. Selbst die Knasttauben lachen nach der Behauptung, das von der Firma PWC erstellte Gutachten bilde die Personalsituation gemessen an den Arbeitsaufgaben vollumfänglich und gut ab. Kurzum: Die Personalbemessungsgrundlage muss unter Berücksichtigung aller dienstposten- und personengebundenen Aufgaben aktualisiert oder besser noch, neu erstellt werden!

Selbstverständlich erfordert die Erarbeitung eines Grundsatzprogramms einen gewissen Zeitrahmen und kann, da sie ohne Mitgliedereinbindung substanzlos wäre, nicht im Rahmen einer Landesvorstandssitzung erfolgen. Zu der Einrichtung der Arbeitsgruppen wird eine gesonderte Mitgliederinfo nebst Aufruf folgen.

Der BSBD im Dialog mit der Politik

Wir können unsere Geschäftsverteilung effizient neu strukturieren und das schönste Grundsatzprogramm verabschieden – Gewerkschaftsarbeit bleibt brotlose Kunst, wenn es uns nicht gelingt, unsere Forderungen in Politik und Gesellschaft zu transportieren! Wir werden uns weiterhin jährlich mit Vertreter*innen aller im schleswig-holsteinischen Landtag vertretenden Fraktionen treffen. Der Dialog mit den Regierungs- und Oppositionsfraktionen kann Veränderungen bewirken und beide Seiten können durch gegenseitige Informationen profitieren. Es ist geplant, dass wieder Gespräche mit den Fraktionen stattfinden. Nicht weniger wichtig ist der stetige Dialog mit dem Ministerium für Justiz und Gesundheit. Wir möchten die Gelegenheit nutzen, uns bei dem ehemaligen Leiter der Abteilung II „Justizvollzug und ambulante soziale Dienste der Justiz“, Tobias M. Berger für die gute Zusammenarbeit zu bedanken. Wir wünschen ihm gutes Gelingen bei seiner neuen Aufgabe im Innenministerium, u.a. als Landeswahlleiter. Dem neuen Leiter der Abteilung II, Christoph Münch, bisher Leiter des Ministerbüros im Hause, gratulieren wir herzlich zum neuen Amt und verbleiben in der Aussicht eines guten, konstruktiven gegenseitigen Austausches, den wir im Sinne der gemeinsamen Sache ausdrücklich anbieten.

Öffentlichkeitsarbeit des BSBD Schleswig-Holstein

Hier besteht Verbesserungsbedarf. Es ist beabsichtigt, ein Redaktionsteam für die Zeitschrift „DER VOLLZUGSDIENST“ einzurichten, das immer drei Wochen vor Redaktionsschluss tagt und Artikel- bzw. Informationen aus den Ortsverbänden zusammenträgt – mehr Infos folgen gesondert. Die Internetpräsenz des BSBD Schleswig-Holstein muss deutlich verbessert werden. Die Homepage soll endlich wiederbelebt werden! Hierzu wird der Landesvorstand Kostenvoranschläge einholen. Neben einer klassischen Homepage rückt Social Media heutzutage immer mehr in den Fokus: Wir wollen mit einem Instagram-Kanal mit der Zeit gehen.

Vorabinformation/ Save the date!

Vom 27. bis zum 28. Februar 2025 wird ein zweitägiges Mitgliederseminar im Jugendfeuerwehrzentrum Rendsburg stattfinden. Die Teilnahme an der Fachtagung zur Entwicklung des Strafvollzuges und gewerkschaftlichen Themen wird allen Mitgliedern offenstehen. Die Teilnehmerzahl wird auf 30 begrenzt. Anmeldungen werden entsprechend einer proportionalen Regelung bzgl. der Größe der Ortsverbände berücksichtigt. Die Tagung dient auch der Einrichtung von Arbeitsgruppen und Ähnlichem: Sich gewerkschaftlich einzubringen muss nicht immer nur bedeuten, Ämter/ Funktionen zu bekleiden!

Berichte aus den Anstalten

Die Landesvorstandssitzung bot Gelegenheit, Entwicklungen in den Anstalten zu besprechen. Schnell wurde deutlich, dass die Ortsverbände teils gleiche, teils aber auch unterschiedliche Probleme bewegen. Insbesondere der Fachkräftemangel im medizinischen Bereich und die Kostenentwicklung der Dienstbekleidung müssen gegenüber dem MJG stärker thematisiert werden, um Veränderungen zu erreichen. In den JVA'en Neumünster, Lübeck, Flensburg und Itzehoe beschäftigen größere Baumaßnahmen die Bediensteten. Hier darf nicht an den falschen Stellen gespart werden. Die Neubaumaßnahmen in Flensburg und Itzehoe sind dringend erforderlich, um die Belegungsfähigkeit aufrechtzuerhalten! Währenddessen benötigen die Kolleg*innen Sicherheit bezüglich der vorgesehenen dienstlichen Verwendung.

Die DBV stellt sich vor

Im Rahmen der Kooperation mit dem BSBD-Bund hat sich die DBV-Versicherung als Kooperationspartner vorgestellt. Es wird seitens der DBV ein Entwurf einer Kooperationsvereinbarung erstellt, dann entscheidet der Landesvorstand, ob eine Kooperationsvereinbarung geschlossen wird. Dem Landesvorstand ist hier insbesondere der Schutz der Mitgliederdaten wichtig. BSBD-Mitgliedern wird 5,5 Prozent Mitgliedervorteil auf eine Dienstunfähigkeitsversicherung gewährt. Für Mitglieder würde die DBV auf Nachfrage kostenlose umfassende Versorgungsgutachten erstellen. Der BSBD-Landesvorstand will künftig vermehrt über das dbb-Vorsorgewerk informieren.

Verschiedenes

Unter kritischen Blicken der Kassenführung diskutierten wir über Werbemittel und Anreize zur Mitgliedergewinnung. Bezüglich der Werbemittel wollen wir uns künftig vielseitiger aufstellen, irgendwann ist der Bedarf an Kaffeetassen einfach gedeckt. Schlüsselbänder und Querkalender, zum Beispiel für die Vollzugsabteilungen, stehen oben auf unserer Wunschliste. Die im BSBD organisierten Anwärter*innen werden nach bestandener Laufbahnprüfung künftig einen Wertgutschein erhalten, der am Rande der Urkundenvergabe/Ernenennung verbunden mit Glückwünschen ausgegeben wird. Als zusätzlicher Anreiz für die Mitgliedergewinnung sind Prämien an Werbende und Geworbene geplant. Genauere Infos folgen in Kürze!

Der Landesvorstand erörtert kritisch den Dienstpostenwechsel im Rahmen der Probezeit zur Feststellung der Bewährung und der Mobilität. Immer wieder wird dadurch in gut funktionierende Teams nicht unerheblich eingegriffen. Einsatzwünschen der Bediensteten kann nicht in jedem Fall Rechnung getragen werden. Hier werden wir mit dem Hauptpersonalrat und dem dbb Gespräche aufnehmen, um uns einheitlich und stark zu positionieren.

Nach zwei langen intensiven Arbeitstagen traten die Mitglieder des Landesvorstandes die Heimreise an. Unser Dank gilt an der Stelle den Mitarbeiter*innen des Jugendfeuerwehrzentrums Rendsburg für den herzlichen Empfang und die gewohnt tolle Bewirtung! Die nächste Landesvorstandssitzung wird im Oktober 2024, abermals in Rendsburg, stattfinden.

Henry Malonn
Stellvertretender Landesvorsitzender ■

Der BSBD im Dialog mit der Politik

Lars Harms (SSW) empfängt den BSBD-Landesvorstand

In gewohnter Tradition empfing SSW-Fraktionschef Lars Harms am 6. Juni 2024 den BSBD-Landesvorstand auch dieses Jahr zu einem knapp zweistündigen Gespräch in den Fraktionsräumen des SSW im schleswig-holsteinischen Landtag. Für den BSBD folgten Henry Malonn (stv. Landesvorsitzender), Melanie Waldmann (Beisitzerin im Landesvorstand) und Andreas Block (Beisitzer im Landesvorstand) der Einladung. Schon im letzten Jahr nutzte Lars Harms die Mittel einer Oppositionsfraktion, um die Themen des BSBD in den Fokus der Politik zu rücken bzw. unsere Forderungen in der politischen Debatte zu platzieren.

Vollzugsschule

Sowohl Lars Harms als auch der BSBD Schleswig-Holstein favorisieren zwar weiterhin eine Alternative zum Standort Boostedt, vornehmlich Neumünster, das Land hat sich jedoch auf Boostedt als Standort festgelegt; 2027 soll der Neubau der Schulungs- und Unterkunftsgebäude beginnen. Nunmehr erwarten wir aber, dass ausreichend Haushaltsmittel für die Sanierung und Instandsetzung der Vollzugsschule bereitgestellt werden. Fast schon geschockt reagierte der Fraktionschef auf unsere Schilderungen der katastrophalen IT-Ausstattung in der Justizvollzugsschule. Die Anwärtinnen und Anwärter benötigen genug PC-Arbeitsplätze zum Lernen und Arbeiten!

Personalbemessung und -gewinnung

Die Personalbemessungsgrundlage muss bei qualitativ und quantitativ steigenden Anforderungsprofilen an die jeweiligen Dienstposten angepasst werden. Das PWC-Gutachten bildet die Personalsituation in den Vollzugsanstalten nicht mehr umfassend und richtig ab. Herr Harms hat das Thema im Nachklapp zu unseren Gespräch zum Anlass einer kleinen Landtagsanfrage (LT- Drs. 20/2258) genommen. Tatsächlich wurde der Stellenaufbaupfad in den Vollzugsanstalten sukzessive umgesetzt (siehe Abbildungen).

Auf die Frage von Lars Harms, ob die Landesregierung ein neues Personalbemes-

Jahr 2020

Anstalt	Stellen nach Stellenplan	Personalbestand /besetzte Stellen	Prozentuale Auslastung
Lübeck	311,25	297,5	95,6%
Neumünster	266	260	97,7%
Kiel	147,5	139,36	94,5%
Schleswig	109	109,25	100,2%
Flensburg	49	45,6	93,1%
Itzehoe	30	27	90,0%
Moltsfelde	21,25	21,05	99,1%
Gesamt	934,0	899,76	96,3%

Jahr 2024 (1.6.)

Anstalt	Stellen nach Stellenplan	Personalbestand /besetzte Stellen	Prozentuale Auslastung
Lübeck	346	333,75	96,5%
Neumünster	302,5	291,44	96,3%
Kiel	166	162,25	97,7%
Schleswig	118,5	115,1	97,1%
Flensburg	55	51,9	94,4%
Itzehoe	33	33	100,0%
Moltsfelde	22	17	77,3%
Gesamt	1.043,0	1.004,44	96,3%

sungsverfahren anstoßen wird, um auf aktuelle Entwicklungen (neue Gebäude, Novellierung Justizvollzugsgesetz, etc.) entsprechend einzugehen, reagierte die Landesregierung ablehnend: Der Bedarf für neue Gebäude sei unabhängig von der Personalbedarfsanalyse im Stellenaufbaupfad berücksichtigt. Die Änderungen der Justizvollzugsgesetze, die sich durch die Novellierung ergeben haben, wären bei der Erstellung der Personalbedarfsanalyse bereits bekannt gewesen und seien in die Berechnung des Netto-Personalbedarfs eingeflossen. Hier besteht weiter ein Dissens zwischen der Landesregierung und dem BSBD: Wir halten die Anpassung des Stellensolls bei neuen oder gestiegenen Aufgaben für erforderlich. Das PWC-Gutachten bildet nicht (mehr) alle Aufgaben sachgerecht ab.

Ferner trägt die Landesregierung vor, die Attraktivität von Berufen im Justizvollzug

sei in den vergangenen Jahren deutlich gesteigert worden: Dazu gehört u.a. die Zahlung von Anwärtersonderzuschlägen in Höhe von 70 Prozent, die in 2023 erstmalig auch für das duale Studium des Vollzugs- und Verwaltungsdienstes übernommen wurden, das Eingangsamt von A8 im Allgemeinen Vollzugsdienst, die Stundenreduzierung im Wechselschichtdienst, ein umfangreiches betriebliches Gesundheitsmanagement und die Möglichkeiten der Personalentwicklung. Die vorgenannten Aspekte zur Steigerung der Attraktivität von Berufen im Vollzug erkennen wir an; durch die Umsetzung der gewerkschaftlichen Forderungen des BSBD wurden strukturelle Verbesserungen im Laufbahn- und Besoldungsrecht erreicht!

Laufbahngruppe 2

Die Laufbahngruppe 2 muss, sowohl für potenzielle Anwärter*innen als auch für erfahrene Bedienstete attraktiver werden.

Die Erhöhung des Einstiegsamtes auf die Besoldungsgruppe A10 in der LG 2.1 ist zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt unerlässlich. Die Karriere- und Entwicklungsmöglichkeiten in der LG 2.1 und 2.2 müssen verbessert werden, damit auch mehr Bedienstete, die im Vollzug ihre Arbeit leisten, mehr Beförderung- und Aufstiegsmöglichkeiten erhalten. In den Vollzugseinrichtungen des Landes gibt es tatsächlich nur neun Stellen, auf denen Bedienstete das „Endamt“ A13 der Laufbahn 2.1 erreichen können. Das ist, gemessen an den gestiegenen Anforderungen und der steigenden Stellenzahl, zu wenig.

Abschiebungshafteinrichtung Glückstadt

Die Zustände in der Abschiebehafteinrichtung Glückstadt sind aus Sicht des BSBD so nicht mehr tragbar. Besondere Vorkommnisse offenbaren immer mehr und gravierendere bauliche Mängel. Es werden nach wie vor nicht alle Planstellen besetzt, manche Aufgaben werden von einem externen Sicherheitsdienstleister wahrgenommen. Wir stehen entschieden gegen die Privatisierung aller Vollzugseinrichtungen in jeder Form! Herr Harms folgte unsere Schilderungen mit großem Interesse.

Auch die Situation in der AHE Glückstadt griff er mit einer kleinen Landtagsanfrage (LT-Drs. 20/2257) auf. Auf entsprechende Frage stellte die Landesregierung die aktuelle Personalsituation ausführlich dar:

„Die Personalbedarfsberechnung für den Betrieb der Abschiebungshafteinrichtung sieht bei einer Vollbelegung aller 60 Haftplätze einen Stellenbedarf von insgesamt 82 Stellen vor. Bei der Übernahme der AHE in die Zuständigkeit des MJG waren im Stellenplan 65 Planstellen [...] vorgesehen. Die Planstellen waren am 1. November 2022 mit 50,57 Vollzeitäquivalenten, also insgesamt mit einer Quote von 77,80 Prozent besetzt. Im Haushalt 2023 wurden weitere sieben Planstellen für die Übernahme der ausgebildeten Anwärterinnen und Anwärter ausgebracht, sodass die Gesamtzahl der Planstellen auf 72 Stellen gestiegen ist. Mit Stand 1. Juni 2024 sind die Planstellen mit 50,97 Vollzeitäquivalenten besetzt. Das entspricht einer Quote von 70,79 Prozent. Nach derzeitigem Stand beenden fünf Anwärterinnen und Anwärter zum 30. September 2024 ihre Ausbildung. Für acht weitere Anwärterinnen und Anwärter endet die Ausbildung zum 31. März 2025. Darüber hinaus liegen derzeit drei Versetzungsanträge aus anderen Bundesländern vor. Es



v.l.n.r.: Melanie Waldmann, Andreas Block, Henry Malonn (alle BSBD), Lars Harms (SSW)

haben aber auch vier Bedienstete der Abschiebungshafteinrichtung Versetzungsanträge gestellt und werden die Einrichtung zum 1. Oktober 2024 verlassen.“

Auf Nachfrage, wie viele dokumentierte Vorkommnisse sich in der AHE bisher ereigneten und wie auf diese reagiert wurde, antwortet die Landesregierung, dass sich seit dem Übergang der Abschiebungshafteinrichtung in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Justiz und Gesundheit vier außerordentliche Vorkommnisse im Sinne des einschlägigen Erlasses (Az.: II 221/4434-325; „Berichts- und Anzeigepflichten von Justizvollzugseinrichtungen bei außerordentlichen Vorkommnissen und Straftaten“) ereignet hätten. Hierbei handele es sich um eine Entweichung im Oktober 2022, eine Tötlichkeit gegenüber Bediensteten im August 2023, bei dem sich drei Mitarbeitende Rötungen am Handgelenk bzw. am oberen Nasenbein zu zogen, sowie zwei Haftraumbrände im Januar und Februar 2024. Externe Bedienstete sowie Besucherinnen und Besucher seien bei keinem der Vorkommnisse zu Schaden gekommen. Jedes besondere Vorkommnis werde auch einrichtungsintern aufgearbeitet. Diese Aufarbeitung betreffe zum einen die etwaige Verbesserung von Abläufen, aber auch die kommunikative Auseinandersetzung mit den Geschnehten.

Verschiedenes

Die Landesregierung plant bekanntermaßen, die Versorgungsfonds für die Beamtin-

nen und Beamten des Landes aufzulösen. Hier herrscht klare Einigkeit zwischen SSW und BSBD: Die Pläne sind Ausdruck mangelnder Wertschätzung für den öffentlichen Dienst und finanzpolitisch schlussendlich fatal!

Gleichmaßen einig sind sich Lars Harms und BSBD bei dem „ewigen Thema“ Dienstsport: Körperliche Fitness ist Grundvoraussetzung für die Arbeit im Vollzugsdienst, das sollte der Dienstherr mit der Anrechnung einer Stunde/Woche Dienstsport als Arbeitszeit anerkennen. Besonders unverständlich: Bei den Justizwachtmeistern, deren Laufbahn auch im Justizressort angesiedelt ist, wird die Forderung längst umgesetzt.

Der Dienstbekleidungszuschuss muss dringend dynamisiert bzw. an den Preiskatalog des LZN angepasst werden. Harms schloss sich der Haltung des BSBD an: Preissteigerung bei der Dienstbekleidung dürfen nicht zu Reallohnverlusten führen. Die Qualitätsmängel müssen abgestellt werden.

Insgesamt können wir wieder von einem konstruktiven Gespräch in lockerer Atmosphäre berichten. Beide Seiten wollen den gewinnbringenden Dialog aufrechterhalten, um Verbesserungen für die Bediensteten zu erwirken!

Henry Malonn
Stv. BSBD Landesvorsitzender

Im Gespräch mit Landtagsabgeordneten der CDU

Arbeitskreis „Innen und Recht“ empfängt BSBD Vertreter

Der BSBD-Landesvorsitzende Michael Hinrichsen und sein Stellvertreter Henry Malonn folgten am 10. Juli 2024 der Einladung des Arbeitskreises „Innen und Recht“ der CDU-Landtagsfraktion zu einem gegenseitigen Austausch über aktuelle Herausforderungen des Vollzuges in den schleswig-holsteinischen Landtag. Ein besonderes Anliegen war es uns, die Abgeordneten der Regierungsfraktion auf die zunehmende Gewaltbereitschaft der Gefangenen, die steigende Zahl psychisch Auffälliger und den Belegungsdruck im Land aufmerksam zu machen, so ein realistisches Bild von den Gegebenheiten in den Anstalten zu vermitteln und durch diese Sensibilisierung im Sinne der Bediensteten auf Entscheidungsprozesse einzuwirken.

Steigende Gewaltbereitschaft

Wir schilderten den Abgeordneten teilweise erschreckende Einzelfälle, mit denen die Bediensteten täglich konfrontiert sind. Dabei ist besonders fatal, dass immer mehr Verfahren, die verbale oder körperliche Gewalt gegen Bedienstete zum Gegenstand haben, gem. §§ 153, 153a und 154 StPO nach teilweise jahrelangem Warten eingestellt werden, bevor es zur Anklage kommt. Ein Umstand, der auch aus Sicht der Mitglieder des CDU-Arbeitskreises so nicht hinnehmbar ist. Als Arbeitnehmervertretung ist es dem BSBD gleichermaßen ein Anliegen, dass „der schwarze Peter“ nicht „nach unten geschoben wird“: Sofern die Verfahrenseinstellungen auf Personalmangel bei den Verfolgungsbehörden, insbesondere den Staatsanwaltschaften, zurückzuführen sind, muss die Personalbemessung dort angepasst werden. Die Abgeordneten zeigten sich interessiert und betroffen. Man möchte sich dem annehmen und im Arbeitskreis Lösungsmöglichkeiten erörtern.

Zunehmende Zahl psychisch auffälliger Gefangener

Dass die Zahl psychisch auffälliger Gefangener zugenommen hat, wurde von Politik und Öffentlichkeit erkannt. Mit der geplanten Implementierung einer stationären intramuralen psychiatrischen Abteilung in der JVA Lübeck hat die Landesregierung auf diese Entwicklung reagiert. Bis zur endgültigen Einrichtung der Abteilung bedarf es aber unbedingt kurz- und mittelfristiger Maßnahmen: Es müssen mehr Stellen



v.l.n.r.: Michel Deckmann, Marion Schiefer (beide CDU), Henry Malonn, Michael Hinrichsen (beide BSBD), Dr. Hermann Junghans, Seyran Papo (beide CDU)

für Psychiaterinnen/Psychiater geschaffen werden. Methoden, neue psychoaktive Stoffe, deren Konsum häufig erst Psychosen induziert, zu erkennen und schlussendlich außer Verkehr zu ziehen, müssen gezielt gefördert werden. Der Einsatz von Drogen-spürhunden in den JVA'en des Landes hat hier schon viel bewirkt, die vielen Drogenfunde lassen jedoch auf eine noch viel zu hohe Dunkelziffer schließen! Erschwerend kommt hinzu, dass viele psychisch auffällige Gefangene einen Migrationshintergrund haben und die oft vorhandenen Sprachbarrieren eine adäquate Behandlung unmöglich machen. Videodolmetschen erleichtert den Vollzugsbediensteten den Arbeitsalltag zwar enorm, birgt aber eine deutlich distanziertere Gesprächsatmosphäre, die ein Behandlungssetting fast unmöglich macht.

Unser Berufsbild ändert sich

Besondere Vorkommnisse und psychisch auffällige oder gewalttätige Gefangene dominieren inzwischen den Arbeitsalltag und das Berufsbild von Vollzugsbediensteten. Insbesondere der behandlerische Teil der Arbeit leidet darunter. Gesetzliche Ansprüche der Gefangenen, zum Beispiel auf abteilungsinternen Aufschluss oder Diagnose- und Behandlungssport, können deshalb oft nicht umgesetzt werden. Der BSBD bekennt sich ausdrücklich zum modernen am Vollzugsziel orientierten Strafvollzug. Die Einrichtung gesetzlicher Ansprüche der Gefangenen auf teilweise personalintensive Maßnahmen lähmt aber ungemein und

muss deshalb mit personeller Aufstockung einhergehen!

Erhöhter Personalbedarf

Aus haushalterischer Sicht ist die Anpassung der Personalbemessungsgrundlage für den Justizvollzug gerade zwar utopisch, aufgrund vorgenannter Gesichtspunkte jedoch erforderlicher denn je. Das Gutachten der Firma PWC wurde sukzessive umgesetzt. Dennoch machten wir deutlich, dass die Anpassung der Personalbemessung im Verhältnis zu den neu hinzugekommenen Aufgaben unerlässlich ist. Die Abgeordneten sichern zu, hier „am Ball zu bleiben“. Bezüglich der Personalgewinnung begrüßt der BSBD ausdrücklich die Kampagne der Landesregierung zur Nachwuchskräftegewinnung. Die Präsenz des Vollzuges auf Jobmessen macht vielen Menschen die „Welt hinter den Mauern“ zugänglicher und über die kurzen Clips und Beiträge auf der Plattform „Instagram“ wird eine hohe Reichweite erzielt. So werden insbesondere junge Menschen angesprochen. Auf Nachfrage der Abgeordneten, wie sich die hohe Personalfuktuation erklären lässt, verwiesen die Gewerkschaftsvertreter erneut darauf, wie sich unser Berufsbild verändert hat: Die Erwartungen von Bewerber*innen an den Berufsalltag widersprechen oft der Realität!

Weitere Themen angesprochen

Weiterer Schwerpunkt des Gesprächs waren die Zustände in der Abschiebungshaft-

einrichtung Glückstadt. Hier hat zum 1. Juli 2024 ein Führungswechsel stattgefunden: Thomas Dönitz, vorher Vollzugsleiter in der JVA Neumünster, ist neuer Einrichtungsleiter. In der AHE gilt es nun, Regelungslücken zu schließen und so reibungslose Arbeitsabläufe zu gewährleisten. Es ist in der Verantwortung der Landesregierung, erforderliche Baumaßnahmen anzustoßen und umzusetzen.

Ein besonderes Anliegen für den BSBD: Das erhöhte Unfallruhegehalt sollte schon bei einem Grad der Schwere eines Dienstun-

fallens von 40 Prozent bezogen werden können. Derzeit werden die erhöhten Bezüge erst nach Dienstunfähigkeit gewährt, die auf einen Dienstunfall einhergehend mit 50 Prozent Grad der Schwere beruht. Immer häufiger werden Bedienstete nach posttraumatischen Belastungsstörungen, insbesondere infolge besonderer Vorkommnisse, vorzeitig wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt, eine PTBS rechtfertigt aber regelmäßig „nur“ einen Grad der Schwere von 30 Prozent. Bei einer PTBS also werden erhöhte Unfallruhebezüge allenfalls in Kombination

mit anderen Erkrankungen gezahlt, sodass die Summe einen Grad der Schwere von 40 Prozent ergeben würde.

Insgesamt können wir von einem gewinnbringenden Austausch in angenehmer Gesprächsatmosphäre berichten. Auch bei Meinungsverschiedenheiten bleibt der Diskurs mit dem Arbeitskreis „Innen und Recht“ immer konstruktiv und von beidseitigem Innovations- und Veränderungswillen geprägt. Das wollen wir fortsetzen!

Henry Malonn
Stv. BSBD Landesvorsitzender

Zum „Tag des öffentlichen Dienstes“ am 23. Juni: Die „Marke öffentlicher Dienst“ braucht mehr Zugkraft

Die Gesellschaft ist den Menschen, die sich mit ihrer Tätigkeit im öffentlichen Dienst um das Allgemeinwohl kümmern, zu großem Dank verpflichtet. „Ohne die Kolleginnen und Kollegen können wir uns den Rechts- und Sozialstaat und auch die Demokratie abschminken“, betont dbb Landesvorsitzender Kai Tellkamp. Umso wichtiger sei es, dass im erforderlichen Umfang Personal gewonnen und gebunden werden kann. Doch die „Marke öffentlicher Dienst“ zieht nicht mehr so richtig.

Die Gründe sind vielfältig und überwiegend hausgemacht. Dazu gehört die Verwässerung des Arbeitgeber-Profiles im öffentlichen Dienst. Einheitliche Tarifverträge? Fehlzanzeige, seitdem die Länder mit dem TV-L sowie Bund und Kommunen mit dem TVöD ihr eigenes Süppchen kochen. Einheitliches Beamtinnenrecht? Ebenfalls Fehlzanzeige, seit jedes Land eigene Besoldungsgesetze beschließen kann und Schleswig-Holstein an der 41-Stunden-Woche festhält.

Aber es hapert auch bei anderen Punkten. Attraktivität? Bleibt offenkundig in vielen Bereichen auf der Strecke, weil die Arbeitszeit und die Belastung zu hoch sind und die Bezahlung weder leistungsgerecht noch konkurrenzfähig ist. Wertschätzung? Sieht mit Blick auf Sparzwänge der Politik sowie Angriffe und Beleidigungen bei der Aufgabenerfüllung anders aus. Bürgerorientierung? Leidet häufig unter stockender Digitalisierung, Personalmangel und veralteten Strukturen.

„Die Tätigkeit im öffentlichen Dienst ist zweifelsfrei sinnstiftend – aber sie muss auch mit Blick auf die Arbeitsbedingungen erstrebenswert sein“, mahnt Tellkamp. Als aktuelles Beispiel für Frustration bei Beamtinnen und Beamten nennt der dbb sh die überlange Dauer bis zur Rechtsklarheit in wichtigen Anspruchsfragen. So steht noch immer die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes über die Zulässigkeit des Eingriffs in das Weihnachtsgeld aus, der in Schleswig-Holstein bereits vor 17

Jahren erfolgt ist. „Dies muss als ausgesprochen problematische Entwicklung bezeichnet werden, die die herausragende Funktion des Berufsbeamtentums und die uneingeschränkte Identifikation mit dem Rechtsstaat nachhaltig beschädigen kann“, heißt es in einem jetzt verschickten Schreiben des dbb sh an das Bundesverfassungsgericht, das wir auf unserer Homepage veröffentlicht haben.

dbb sh



dbb sh • Mühlenstr. 65 • 24103 Kiel
An das
Bundesverfassungsgericht
Zweiter Senat

Verfahrensgang 2 BvL 13/18

Sehr geehrte Frau Prof. Dr. König,
sehr geehrte Damen und Herren,

vor knapp sechs Jahren legte Ihnen das Verwaltungsgericht Schleswig mit Beschluss vom 20.09.2018 (Az.: 12 A 69/18) gem. Art. 100 GG die Frage vor, ob die Regelungen zur Besoldungsgruppe A 7 des Jahres 2007 mit Art. 33 Abs. 5 GG vereinbar sind.

Da das durch Klageeinreichung bereits im Jahr 2007 eingeleitete Ausgangsverfahren von uns initiiert wurde, insbesondere um die Zulässigkeit des Eingriffs in die Sonderzahlungen zu klären, begleiten und verfolgen wir den Verfahrensgang kontinuierlich. Mit Veröffentlichung der Jahresvorschau für Jahr 2023 wurde das oben genannte Verfahren für 2023 zur Entscheidung angekündigt, was bei den Betroffenen erhebliche Erwartungen weckte. Aufgrund einer Erkrankung des Berichterstatters und zwei turnusmäßigen Wechseln im Senat konnte das umfangreiche und anspruchsvolle Verfahren leider nicht mehr im Jahr 2023 abgeschlossen werden. Wie wohl alle Beobachter gingen wir davon aus, dass nach Genesung des Berichterstatters und Neubesetzung der beiden Posten in Ihrem Senat im ersten Quartal 2024 mit einer Veröffentlichung der Entscheidung gerechnet werden durfte.

Leider war stattdessen eine widersprüchliche Kommunikation zu verzeichnen: Das Verfahren war in der am 13.03.2024 veröffentlichten Jahresvorschau 2024 nicht mehr enthalten. Im taglich veröffentlichten Jahresbericht 2023 wurde aber angekündigt, dass „das Bundesverfassungsgericht [...] demnächst unter anderem über Verfahren zur Besoldung in Berlin, Bremen und Schleswig-Holstein [entscheidet].“ Diese Entscheidungen sind jedoch bis heute nicht erfolgt beziehungsweise veröffentlicht.

Selbstverständlich liegt es uns fern, die richterliche Unabhängigkeit auch hinsichtlich der zeitlichen Prioritätensetzung der Entscheidungsfindung in Frage zu stellen. Dennoch halten wir es nach sorgfältiger Abwägung für geboten, Sie über die Auswirkungen einer derart langen und rechtfertigungsbedürftigen (vergl. BVerfG vom 21.12.2023 – 2 BvL 3/19 – Vz 3/23) Verfahrensdauer in Kenntnis zu setzen.

Dabei ist zu bedenken, dass von der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes der Umgang mit einer von den jeweiligen schleswig-holsteinischen Landesregierungen für die

20. Juni 2024

Jahre 2007 bis 2021 per Erlass zugesagten Nachzahlung der jährlichen Sonderzahlung abhängt, die für den Fall einer rechtskräftigen höchstrichterlichen Verurteilung des Landes erfolgen würde. Diese Zusage bezieht sich auf alle Landes- und Kommunalbeamtinnen und -beamte, denen unabhängig von ihrer Besoldungsgruppe zugesichert wurde, dass entsprechende Anträge nicht erforderlich seien.

Vor diesem Hintergrund erreichen uns zunehmend Anfragen von Beamtinnen und Beamten, die – nach nunmehr 17 Jahren – nicht nur den Verfahrenstand zum Gegenstand haben, sondern auch eine erhebliche Enttäuschung erkennen lassen. Viele Beamtinnen und Beamten haben mittlerweile das Gefühl, dass für sie der Justizgewährungsanspruch nicht mehr eingehalten wird und das Treue- und Fürsorgeverhältnis zwischen den Dienstherren und seinen jeweiligen Beamtinnen und Beamten nur noch einseitig zu Lasten der Beamtinnen und Beamten Geltung hat. Dies muss als ausgesprochen problematische Entwicklung bezeichnet werden, die die herausragende Funktion des Berufsbeamtentums und die uneingeschränkte Identifikation mit dem Rechtsstaat nachhaltig beschädigen kann.

Wir stehen selbstverständlich zu den hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums. Es ist jedoch nachvollziehbar, dass die Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte und zuvor des Bundesverfassungsgerichtes zum Streikverbot bei vielen Beamtinnen und Beamten für Irritationen sorgt, wenn das Streikverbot unter anderem damit begründet wurde, dass Ansprüche auf angemessene Alimentation gerichtlich durchgesetzt werden können, aber nach 17 Jahren noch keine Entscheidung vorliegt.

Aufgrund der vergangenen und jüngsten Preissteigerungen und der Rechtsprechung zum Ausschluss einer Verzinsung von Nachzahlungen bei Feststellung einer Unteralimentierung erscheint eine massive Betroffenheit des Rechts auf Eigentum aus Art. 14 GG möglich. Die Nachzahlungsbeträge werden mit fortschreitenden Verfahrensdauern wirtschaftlich immer weiter entwertet und es werden für die Besoldungsgesetzgeber damit starke fiskalische Anreize gesetzt, weiterhin verfassungswidrige Besoldungsgesetze zu erlassen. Dies ist aus unserer Sicht beispielsweise im Jahr 2022 mit der Einführung des Familienergänzungszuschlages gem. § 45a SHBesG geschehen, was zur Verminderung einer abermals überlangen Verfahrensdauer bereits Gegenstand einer Verfassungsbeschwerde (2 BvR 2217/22) ist. Aus unserer Sicht erscheint es daher – auch unter Berücksichtigung der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (EGMR, Urt. v. 22.05.2008 – 33977/06; Melidani/Griechenland) – dringend erforderlich, den Gesichtspunkt einer fehlenden Verzinsung im Rahmen kommandierender Entscheidungen kritisch zu beleuchten.

Wir bitten Sie und Ihren Senat, alle für eine Förderung des Verfahrensganges dienlichen Maßnahmen in Betracht zu ziehen und zu ergreifen. Abschließend erlauben wir uns einen Hinweis auf das amerikanische Rechtsproverb:

„Justice delayed is justice denied.“

Für eine Rückmeldung, die die Verfahrensdauer als nachvollziehbar erscheinen und eine zeitliche Perspektive hinsichtlich der Entscheidung erkennen lässt, wären wir sehr dankbar.

Mit freundlichen Grüßen

Kai Tellkamp
Landesvorsitzender

BSBD im Dialog mit dem MJG

Gespräch mit dem neuen Leiter der Abteilung II Christoph Münch

Am 23. Juli 2024 empfing Christoph Münch, neuer Leiter der Abteilung II im Ministerium für Justiz und Gesundheit (Justizvollzug, ambulante soziale Dienste der Justiz und freie Straffälligenhilfe) den BSBD-Landesvorsitzenden Michael Hinrichsen und seinen Stellvertreter Henry Malonn zum Antrittsbesuch. Während des Treffens wurde insbesondere ausgelotet, welche Interessen beide Seiten teilen und welche Ziele gemeinsam verfolgt werden können.

Psychisch auffällige Gefangene

Wir nutzten die Gelegenheit, Herrn Münch zu schildern, wie sehr einzelne psychisch auffällige Gefangene den Vollzugsalltag beeinträchtigen. Die Gegebenheiten des Strafvollzuges stellen für psychisch kranke Gefangene häufig eine zusätzliche Belastung dar. Für eine adäquate Behandlung dieser Gefangenen reichen die vorhandenen Stellen für Psychiater*innen aber nicht aus. Seit der letzten Regierungskonstitution im Frühsommer 2022 sind die Ressorts Justiz und Gesundheit im gleichen Ministerium verortet. Wir hoffen, dass sich die Zusammenarbeit der Vollzugseinrichtungen mit psychiatrischen Einrichtungen im Hinblick auf die dortige Unterbringung von Gefangenen während und nach der Inhaftierung durch die „kürzeren Wege“ auf übergeordneter Ebene verbessert.

Zunehmende Gewaltbereitschaft der Gefangenen

Der steigenden Gewaltbereitschaft der Gefangenen muss aus unserer Sicht entschieden entgegengewirkt werden. Zukünftige Gesetzesvorschriften und Vorschriften auf dem Erlasswege müssen aus Sicht des BSBD mit Augenmaß getroffen werden: Wir bekennen uns zum modernen am Vollzugsziel orientierten Strafvollzug, dennoch gilt: Rechtsansprüche der Gefangenen dürfen nicht mit der noch weiteren Begrenzung unserer Eingriffsmöglichkeiten einhergehen.

Betriebliches Gesundheitsmanagement

Wir machten darauf aufmerksam, dass die vorhandenen Strukturen des Betrieblichen Gesundheitsmanagements vor dem Hintergrund der zunehmenden psychischen Belastungen, die mit dem Beruf einhergehen, ausgebaut werden müssen. Prüfen könnte



Christoph Münch im Gespräch mit Henry Malonn und Michael Hinrichsen (von links).

man aus unserer Sicht beispielsweise die Einrichtung eines internen Sozialdienstes zur Unterstützung der Beschäftigten in allen sozialen und rechtlichen Belangen. Das Angebot an Beratungsangeboten nach besonders belastenden Ereignissen empfinden wir als gut.

Belegungskapazitäten

Die Belegungskapazitäten im Land stoßen an ihre Grenzen. Der Neubau der JVA Flensburg dauert an, es bedarf kurz- und mittelfristiger Maßnahmen, um Belegungsspitzen „abzufedern“. Wir schilderten Herrn Münch, was es im Vollzugsalltag für die Bediensteten bedeutet, Gefangene auf Doppelhafräumen oder sogar Notbetten gemeinschaftlich unterzubringen: langwierige Diskussionen und schlussendlich immer eine erhebliche Gefahr für die Sicherheit und Ordnung der Anstalt.

Weitere Themen

Weitere Themen des Gesprächs waren die Zustände in der Abschiebehafteinrichtung Glückstadt, die Vollzugsschule in Boostedt bzw. die dort erforderliche Instandsetzung und die aus unserer Sicht dringend erforderliche Anpassung der Personalbemessungsgrundlage. Die Laufbahngruppe 2 muss, sowohl für potenzielle Anwärter*innen als auch für erfahrene Bedienstete attraktiver werden. Die Erhöhung des Einstiegsamtes

auf die Besoldungsgruppe A10 in der LG 2.1 ist zur Wiederherstellung der Wettbewerbsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt aus unserer Sicht unerlässlich.

Ein besonderes Anliegen für den BSBD: Das erhöhte Unfallruhegehalt sollte schon bei einem Grad der Schwere eines Dienstunfalles von 40 Prozent bezogen werden können. Derzeit werden die erhöhten Bezüge erst nach Dienstunfähigkeitsentscheidungen gewährt, die auf einen Dienstunfall einhergehend mit 50 Prozent Grad der Schwere beruht. Immer häufiger werden Bedienstete nach posttraumatischen Belastungsstörungen, insbesondere infolge besonderer Vorkommnisse, vorzeitig wegen Dienstunfähigkeit in den Ruhestand versetzt, eine PTBS rechtfertigt aber regelmäßig „nur“ einen Grad der Schwere von 30 Prozent. Bei einer PTBS also werden erhöhte Unfallruhebezüge allenfalls in Kombination mit anderen Erkrankungen, sodass die Summe einen Grad der Schwere von 40 Prozent ergeben würde, gezahlt. Herr Münch nahm unsere Erörterungen zur Kenntnis und zeigte Verständnis. Schlussendlich ist die Problematik ressortübergreifend.

Wir können insgesamt von einem konstruktiven Gespräch berichten und wollen den Dialog aufrechterhalten.

Henry Malonn
Stv. BSBD Landesvorsitzender

Spitzentreffen in Erfurt

Neue JVA Zwickau und Personalsituation im Justizvollzug waren Schwerpunkt

Am 19.07.2024 fand auf Initiative des BSBD Landesverbands Thüringen in Erfurt ein Spitzentreffen der BSBD Landesverbände Thüringen und Sachsen (vertreten durch die beiden Landesvorsitzenden Ronny Rüdiger und Thomas Porr) statt, bei dem wir auch unseren Bundesvorsitzenden Rene Müller begrüßen konnten. Besonders erfreulich war, dass uns neben dem BSBD Bundesvorstand auch unsere Dachverbände, der Thüringer Beamtenbund und Tarifunion (ttb) mit dem Landesvorsitzenden Frank Schönborn und einen seiner Stellvertreter Uwe Allgäuer sowie der Sächsische Beamtenbund und Tarifunion (SBB) mit seiner Landesvorsitzenden Nanette Seidler beratend und unterstützend zur Seite standen. Der Teilnehmerkreis deutet bereits darauf hin, dass natürlich die künftige JVA Zwickau und in diesem Zusammenhang die Auswirkungen des unbekanntem Fertigstellungs- und Inbetriebnahmezeitpunktes auf die Beschäftigten, aber auch auf den Justizvollzug in den beteiligten Ländern ein Hauptthema des Treffens gewesen ist. Generelle Fragen, aber auch die praktische Umsetzung des Übergangs der Beschäftigten sind nach wie vor ungeklärt. Offen bleibt auch, wie Thüringen seinen im Staatsvertrag vorgesehenen Anteil an Beschäftigten für die neue JVA sicherstellen will. In diesem Zusammenhang war natürlich auch die Personalsituation im Thüringer Justizvollzug Thema. Thüringen steuert im Justizvollzug hinsichtlich der Personalausstattung auf eine Katastrophe zu. Die Fertigstellung und Inbetriebnahme der JVA Zwickau und der damit erforderliche zusätzliche Personalaufwand fällt voraussichtlich in

die Zeit, in der die Zahl der Versetzungen in den Ruhestand (Altersabgänge) sprunghaft steigt, weil dann viele Bedienstete der einstellungsstarken Jahrgänge zu Beginn der 90-er Jahre die Altersgrenze erreichen werden. Seit dem Jahr 2017, in dem vom damaligen Justizminister Lauinger das „Personalentwicklungskonzept für den Justizvollzug“ vorgestellt wurde, hat sich die Personalsituation aus unserer Sicht weiter verschärft. Auf unsere damalige und latent gewordene Kritik, dass 40 Einstellungen im Jahr nicht ausreichen, um den in der Personalberechnung errechneten Personalbedarf in absehbarer Zeit zumindest annähernd zu erreichen, reagierte Ministerin Denstädt zwischenzeitlich aus unserer Sicht dünnhäutig und teilte gegenüber dem MDR mit, sie wolle ebenfalls, dass das Leben und die Arbeit der Bediensteten gut geschützt seien. Aus ihrer Sicht gebe es aber keinen Personalmangel. "Mehr Personal geht natürlich immer", so Denstädt. "Aber wir haben vorgebaut und stellen zwei Mal pro Jahr neue Bedienstete ein. Seit letztem Jahr ist das neu. Damit können wir die Altersabgänge ganz gut abfangen." (Quelle: MDR- Thüringen, 15.07.2024). Bekanntermaßen erfolgt durch die von ihr als große Neuerung verkündete Maßnahme lediglich eine Verteilung der Anwärter auf 2 Lehrgänge, ohne dass sich die Einstellungszahlen erhöhen. Zudem wird die Personalberechnung und die derzeitige Personalsituation negiert und offensichtlich allenfalls versucht „Altersabgänge ganz gut abzufangen“.

Darüber hinaus war die zunehmende Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst im

Allgemeinen und im Justizvollzug im Besonderen Thema. Leider entzieht sich der öffentlichen Wahrnehmung, dass der Justizvollzug auf Grund der deutlich gestiegenen Zahl an psychisch auffälligen und gewaltbereiten Gefangenen in besonderer Weise von solchen Entwicklungen betroffen ist. Eine statistische Erfassung entsprechender Ereignisse erfolgt bisher nicht. Auch entsprechende Meldepflichten sind in den Bundesländern unterschiedlich geregelt. Drohungen gegen Bedienstete sind im Justizvollzug mittlerweile fast zur Tagesordnung geworden, selbst in den Fällen, in denen Straftaten angezeigt werden, erfolgt in vielen Fällen im Justizvollzug eine Einstellung unter Verweis auf den Umstand, dass die Strafe im Vergleich zu der bereits zu verbüßenden Strafe zu gering ausfalle. Unabhängig davon ist der Vollzug auf diese Herausforderung schlecht bzw. nur unzureichend vorbereitet. Insbesondere für Aus- und Fortbildung sowie Einsatztrainings bestehen kaum personelle Ressourcen, da die Personalausstattung noch nicht einmal zu einem kontinuierlichen Dienstbetrieb ausreicht.

Letztlich haben wir vereinbart, die Zusammenarbeit mit dem BSBD Sachsen weiter zu intensivieren. Regelmäßige Treffen, ein ständiger Informationsaustausch sowie die Vernetzung der Jugendvertretungen sollen erste Schritte sein. Der BSBD Bund und die Dachverbände haben uns diesbezüglich ihre Unterstützung zugesagt.

Der Landesvorstand

NACHRUF

Wir trauern um unseren langjährigen, erst kürzlich pensionierten Kollegen

Volker Grünbeck

Er ist plötzlich, für uns alle unfassbar im Alter von nur 62 Jahren verstorben.

Wir haben mit Ihm einen erfahrenen, freundlichen und hilfsbereiten Kollegen verloren, der sich stets weit über das Dienstliche hinaus persönlich eingebracht hat.

Wir werden ihn stets in guter Erinnerung behalten und ein ehrendes Andenken bewahren.

Unser tiefes Mitgefühl gilt seinen Angehörigen.

Der BSBD Ortsverband der JVA Untermaßfeld (Juli 2024)

Frühlingsplausch in der JVA Goldlauter

Der Ortsverband der JVA Goldlauter hatte für den 13.05.2024 ab 13.00 Uhr zum Frühlingsplausch eingeladen. Unser Ziel war es, jenseits von Besprechungen, Tagesordnungen zwanglos einfach Zeit miteinander zu verbringen, ins Gespräch zu kommen und natürlich auch für Fragen zur Verfügung zu stehen. Es gab für alle Kolleginnen und Kollegen eine Thüringer Rostbratwurst und ein Erfrischungsgetränk. Der Wettergott hatte Erbarmen mit uns und brachte Sonnenschein pur. Somit war die Veranstaltung gut besucht. Es kamen nicht alle gleichzeitig, sondern so, wie der Schichtplan es hergab. Natürlich wurde nach dem aktuellen Stand der Übertragung der Tarifergebnisse gefragt. Zum damaligen Zeitpunkt war das entsprechende Gesetz noch nicht verabschiedet. Es war nur bekannt, dass im Juni soll eine weitere Lesung im Landtag durchgeführt werden sollte und der Entwurf vorsah, dass die Landesregierung die Besoldungs- und Vorsorgebezüge, unter der Berücksichtigung der Ergebnisse der Tarifgemeinschaft vom 09. Dez. 2023, anpassen will. Dabei wird die lineare Erhöhung der Bezüge von 2023 einbezogen. Kritisiert wurde, dass es eine „normale“ Erhöhung der Bezüge durch lineare Anpassung, also eine stinknormale Lohnerhöhung, gar nicht mehr gibt und nur erhöht wird, was unbedingt erhöht werden muss, weil das Bürgergeld steigt und die Alimentation angepasst werden muss. Eine Trennung zwischen der Übertragung von Tarifergebnissen und der amtsangemessenen Alimentation ist kaum noch wahrnehmbar.

Als ich vor vielen Monaten im Justizvollzug angefangen habe, wurden Tarifergebnisse recht zeitnah für die Beamten übernommen. Später wurden die Ergebnisse gestückelt und so spätere Erhöhungen herausgezögert. Wie läuft es in diesem Jahr? Die Tarifgemeinschaft einigte sich am 09.12.2023. Eine Erhöhung von 1,46 Prozent soll es zum 01.11.2024 geben. Fast ein Jahr später. Weitere 5,5 Prozent gibt es erst zum 01.02.2025 und wann die Auszahlung der noch anteilige Betrag der so genannten Inflationsprämie erfolgt, ist immer noch unklar.

Ein großes Thema war natürlich auch der Personalmangel. An allen Ecken klemmt es. Junge Leute wollen nicht mehr in den Justizvollzug, weil er nicht attraktiv genug ist.



Schichtarbeit, Wochenend- und Feiertagsarbeit, unterirdische Zuschläge bei Dienst zu ungünstigen Zeiten sind keine Zugpferde bei der Werbung für den Nachwuchs.

Aber der größte Wunsch der Kollegen ist eine offene und ehrliche Kommunikation, egal auf welchen Ebenen. Alles andere macht Bluthochdruck und Magenbeschwerden.

Ansonsten blieb natürlich auch viel Raum für individuelle Gespräche, für die sonst kaum Zeit bleibt.

Bedanken möchte ich mich im Namen des Ortsverbandsvorstandes bei allen Unterstützern und den vielen Helfern im Hintergrund. In diesem Sinne, bleibt gesund! Ich wünsche allen Kolleginnen und Kollegen einen ruhigen Dienst mit netten Kollegen.

Dorit Zitzmann



Nachlesen,
was im Justizvollzug
aktuell geschieht.

... ergänzen Sie das Puzzle
Ihrer beruflichen
Zukunft im Justizvollzug ...



... werden Sie Mitglied im

BSBD

Gewerkschaft Strafvollzug

- Der **BSBD** ist die einzige Fachgewerkschaft für die Kolleginnen und Kollegen im Justizvollzug.
- Der **BSBD** vertritt deutschlandweit die Interessen von mehr als 25.000 Beamten und Tarifbeschäftigten.
- Der **BSBD** ist vor Ort in allen 16 Bundesländern für Sie präsent.
- Der **BSBD** ist eigenständig unter dem Dach des Deutschen Beamtenbundes organisiert.

Bund der Strafvollzugsbediensteten
Deutschlands

Mehr Informationen: www.bsbd.de

**AUS DEM
VOLLZUG**

**FÜR DEN
VOLLZUG**

Foto: drubig-photo/stock.adobe.com

Werden Sie Mitglied



Gewerkschaft Strafvollzug



WIR
stehen
zusammen!



Mehr
Informationen:
www.bsbd.de